REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 461 · 19.4.2002

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 37 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Schrecken ohne Ende. Krieg und Terror in Israel/Palästina - Achim Rohde
2. Danke für 23.144,26 Euro!
3. Der eigentliche Skandal ist die Vertuschung. Interview mit Rolf Gössner zum NPD-Verbotsverfahren und zur Rolle von V-Leuten
4. Grenzgänger. Hommage an einen Verräter - Achim Rohde
5. Israel und Palästina - ein Rückblick - Knut Mellenthin
6. Israel-Palästina: Leiden und Angst auf beiden Seiten. Presseerklärung von medico international (Frankfurt am Main) und CSS (Zürich)
7. "Entscheidende Grundrechte wurden außer Kraft gesetzt." RA Volker Ratzmann zu Repression und Polizeigewalt in Genua und Göteborg
8. Revolutionäre Moral oder revolutionäre Politik. Anmerkungen zum Beitrag von Klaus Viehmann - mb., Berlin
9. Operation Absturz. Lufthansas erfolglose Kriminalisierungsversuche gegen AbschiebegegnerInnen - N., Libertad!
10. Globalisierung und Gesundheit. Wenn aus PatientInnen KundInnen werden - Andreas Wulf
11. Wahlkampf um Zuwanderung. Rot-Grün geht es um Deutschland, der Union um die Deutschen - Juliane Schmidt
12. Zehn Thesen zum Zuwanderungs-Gesetz - Franck Düvell
13. Viel Rauch um Nichts oder: Das Parteiengetöse um eine Reformruine - Volker Maria Hügel
14. "Ich bin staatenlos, und das ist auch gut so." Massenhafte Abschiebungen von Staatenlosen nach Rumänien stehen bevor - Jan Hoffmann
15. What's next after Afghanistan? Ein Überblick über aktuelle und potenzielle Schauplätze - Knut Mellenthin
16. Uran Munition strahlt weiter. USA setzt DU-Munition auch in Afghanistan ein - Boris Kanzleiter
17. "...den Herren das Leben unmöglich machen" - Italiens bleierne Jahre: Aufstieg und Niederlage der Roten Brigaden - Js.
18. Verbale Exzesse. Die Berlusconi-Regierung und der Mord an Marco Biagi - Js.
19. Sri Lanka: Auf dem Weg zum Frieden? Regierung und Guerilla beginnen Friedensverhandlungen - Elvira Vernes
20. Trostlose Aussichten. Seit 10 Jahren protestieren ehemalige koreanische "Trostfrauen" in Seoul - Rainer Werning
21. Friedenskrieg mit Frontantrieb. In den Philippinen verstärken die USA ihre Militärpräsenz - Rainer Werning
22. Ideologischer Explosivstoff. In Putins Russland liefern "nationale Patrioten" die Stichworte - Kai Ehlers
23. "...judenreiner als irgendeine andere Organisation." Willige Verstrickung: Die evangelische Kirche und der Nationalsozialismus - Klaus-Peter Lehmann
24. Koalition des Verdrängens. Deutschland und der Völkermord an den Armeniern - TS
25. Ambivalenzen praktischer Globalisierungskritik. Jenseits des "pro und contra attac" - Uli Brand
26. Konfrontation abgeschwächt. Kritische Anmerkungen zur Wehrmachtsausstellung - IGA Bielefeld
27. Bertinottis Gratwanderung. Rifondazione comunista und die Wende nach links - Henning Böke
28. Historischer Sonderfall. Die Französische KP nach dem Eurokommunismus - Bernhard Schmid
29. Vom Abschied von Tarzan zur Rehabilitierung von Protest. Konturen einer pluralen Linken: herrschaftskritisch und ohne Sehnsucht nach Einheitlichkeit - Moe Hierlmeier
30. Respekt, verdammt noch mal. Microphone Mafia spielt auf der ak-Geburtstagsparty - DSe
31. Who the hell is Fantômas?
32. AUFGEBLÄTTERT
33. KALENDER
34. LESERINBRIEF
35. EDITORIAL

36. Quelldatei blick461.htm
37. Zuwanderung: Kasperltheater mit Folgen

1. Schrecken ohne Ende. Krieg und Terror in Israel/Palästina

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/pal.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:pal

Die entsetzlichen Bilder des aktuellen israelisch-palästinensischen Krieges übertreffen die Befürchtungen auch vieler pessimistischer BeobachterInnen, die eine ähnliche Entwicklung seit Jahren vorhergesagt haben. Im Anschluss an das "Pessach-Massaker" eines palästinensischen Selbstmordattentäters in einem Hotel in Netanja ist die Regierung Sharon zur lange angekündigten Zerschlagung der palästinensischen Autonomiebehörde übergegangen, der sie die volle Verantwortung für diese perfide Art des Terrorismus anlastet.

Bei der schrittweisen Eroberung sämtlicher palästinensischer Bevölkerungszentren handelt es sich ungeachtet aller offiziellen Verlautbarungen um mehr als eine zeitlich begrenzte Polizeiaktion - Ziel ist die militärisch abgestützte Umstrukturierung des israelischen Kontrollsystems. Dafür spricht die Tatsache, dass entgegen der bislang geltenden israelischen Politik nun auch der mächtige Sicherheitsdienst des Jibril Rajoub weitgehend zerschlagen wurde. Rajoubs Apparat war das mit Abstand bedeutendste Exekutivorgan der palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland. Er war gleichzeitig derjenige palästinensische Sicherheitsdienst, der zum aktivsten und verlässlichsten Partner der Israelis bei der bilateralen Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen wurde. Rajoubs Leute hatten sich bislang nicht an bewaffneten Aktionen gegen Israelis beteiligt, die Gebäude seiner Organisation waren daher auch bislang nicht zum Ziel israelischer Angriffe geworden. Der Hamas gilt Rajoub als Kollaborateur der Israelis, weil er bis zur Eroberung seiner Basen durch die israelische Armee dort Hamas-Mitglieder gefangen hielt. Andere Sicherheitsdienste Arafats hatten ihre Hamas-Gefangenen schon seit längerem freigelassen.

Ohne diesen Apparat steht Arafat im Westjordanland nunmehr endgültig ohne eine operative Hausmacht da. Die weiterhin von allen Seiten an ihn gerichteten Forderungen, den palästinensischen Terror wirksam zu bekämpfen, sind scheinheilig und realitätsblind. Die israelische Armee hat damit eine Situation geschaffen, in welcher der Warlordisierung der besetzten Gebiete Tür und Tor geöffnet ist.

Israel könnte auf zweierlei Art reagieren: Es könnte versuchen, sich - wie angekündigt - "nach getaner Arbeit" aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen und sich durch eine Art Chinesischer Mauer von der Westbank abzuschotten. Ein solches Modell ist zwar in Israel gerade ziemlich populär, aber auf Grund der engen Verflechtung zwischen israelischem Kernland und den Siedlungen in den besetzten Gebieten nur schwer umzusetzen. Im Übrigen würde Sharon für eine derartige "Lösung" nur so lange eine Mehrheit hinter sich haben, wie keine palästinensischen Selbstmordattentäter nach Israel eindringen. Das ist aber nicht zu verhindern.

Die Alternative wäre die längerfristige Übernahme der Ordnungsmacht durch Israel in den ehemals autonomen Gebieten. Ein solches Szenario widerspricht freilich israelischen Interessen: Bei erneuter Besetzung der Autonomiegebiete fiele Israel auch die Verantwortung für die palästinensischen Bevölkerungszentren zu, mit allen juristischen und sonstigen Konsequenzen, nicht zuletzt in Bezug auf etwaige palästinensische Schadenersatzforderungen vor israelischen Gerichten. Zudem bietet ein solches Szenario die Garantie für kontinuierliche Verluste unter den dort stationierten israelischen Truppen und für die Fortsetzung der Selbstmordattentate innerhalb Israels.

Arafat ohne Hausmacht

Denn das von Israel proklamierte Ziel, den Terror militärisch zu besiegen, ist unerreichbar. Auch nach einem etwaigen Rückzug der Israelis aus den Autonomiegebieten werden die Attentate nach einer Phase der Restrukturierung des palästinensischen Untergrundes bald wieder einsetzen. Im Unterschied zu der Phase vor der israelischen Invasion wird es aber jetzt keine Autonomiebehörde mehr geben, die auch nur als rudimentäre Ordnungsmacht auftreten könnte. Letztendlich wird vor allem Hamas gestärkt aus diesem Machtvakuum hervorgehen. Der Hass auf die Besatzung, der immer öfter in einen blinden Hass auf alle Juden ausufert, dürfte nach den gegenwärtigen Erfahrungen der PalästinenserInnen mit den israelischen Truppen die Reihen der Selbst-Mörder noch weiter anschwellen lassen. Diese individualisierte Form des nationalen Kampfes ist im buchstäblichen Sinne selbstzerstörerisch, politisch erreicht sie exakt das Gegenteil von dem, was ihre

Strategen sich davon offenbar erhoffen. Doch mit Rationalität hat dieser Konflikt nur noch wenig zu tun, hier sind kriegslüsterne Psychopathen am Werk, denen jedes Verständnis fehlt für die letztlich alternativlose Notwendigkeit der Koexistenz beider Gesellschaften.

Es ist schon gespenstisch: Nachdem noch vor kurzem einige Hundert israelische Wehrdienstverweigerer von sich reden machten und Hoffnungen auf eine wirksame innerisraelische Opposition gegen die Politik der Regierung Sharon nährten, sind mittlerweile knapp 30.000 (von insgesamt 425.000) Reservisten mobilisiert. Fast niemand widersetzte sich dem Einberufungsbefehl. Zwar gibt es im israelischen Sprachgebrauch die Figur einer "schwarzen Flagge", welche über offensichtlich illegitimen Befehlen eines Offiziers an seine Untergebenen wehe und letzteren die Pflicht zur Verweigerung dieser Befehle signalisiere. Doch die Zustimmungsraten für Sharon sind im Zuge der israelischen Offensive von 45 Prozent im März auf momentan 62 Prozent angestiegen. Die überwiegende Mehrheit der jüdischen Israelis unterstützt diesen Krieg. (Gideon Lévy in Ha'aretz, 7.4.02) Dabei ist das, was die israelische Armee gegenwärtig in den besetzten Gebieten anrichtet, wohl kaum mit dem Begriff "legitime Selbstverteidigung" zu beschreiben. Dieser Krieg ist ein Angriffskrieg, den Israel selbst gewählt hat, eine folgenschwere Katastrophe, die nur das Gegenteil dessen erreichen wird, was Sharon & Co. angeblich damit bezwecken, nämlich die Verbesserung der Sicherheitslage für israelische BürgerInnen. Es geht vielmehr darum, die Kraft der palästinensischen Nationalbewegung nachhaltig zu brechen und eine unter der jüdisch-israelischen Wählerschaft mehrheitsfähige politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu diktieren.

Die öffentliche Debatte in Israel hat sich seit dem Beginn der Offensive nochmals radikalisiert, mittlerweile wird auch die lange als tabu geltende "Transferlösung" offen diskutiert. Dahinter verbirgt sich der Wunsch einer steigenden Anzahl jüdischer Israelis, sich des Problems zu entledigen, indem die palästinensische Bevölkerung zur Auswanderung bewegt wird. "Keine Araber - Kein Terror" ist dieser Tage ein häufig zu hörender Slogan. Betrachtet man die Praxis der israelischen Armee in ihrer gegenwärtigen Offensive, so liegt ein solcher Plan tatsächlich im Bereich des Vorstellbaren: Die Lebensbedingungen der PalästinenserInnen werden zur Zeit durch systematische Zerschlagung der gesamten Infrastruktur, ökonomische Strangulierung und andauernde Übergriffe gegen ZivilistInnen unerträglich gemacht. Die meisten Schauplätze des Kampfes sind zur geschlossenen militärischen Zone erklärt worden, so dass Journalisten keinen oder nur punktuellen Zutritt dort haben.

Palästinensische Eliten unter Migrationsdruck

Nach bislang nicht überprüfbaren Berichten kommt es in den besetzten Gebieten gegenwärtig zu zahlreichen Verletzungen der 4. Genfer Konvention (zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten) durch die israelische Armee. Dadurch entsteht de facto ein Auswanderungsdruck, dem sich vor allem die gebildeten und besitzenden Schichten in der palästinensischen Gesellschaft längerfristig wohl kaum entziehen würden, sollte die Lage weiterhin so perspektivlos bleiben. Eine Abwanderung der Eliten aber wäre der Beginn des endgültigen Zerfalls der palästinensischen Gesellschaft.

Eine endlose Krise in Israel/Palästina ist für die Stabilität aller arabischen Staaten in der Region eine ernste Gefahr. Mangelnde Legitimität machten arabische Regime in den vergangenen Jahrzehnten gerne mit anti-israelischer Rhetorik wett, da sie sich damit der Sympathie der Massen sicher sein - und diese so von hauseigenen Problemen ablenken konnten. Heute ist das Problem der arabischen Regime, dass sich ihre Bevölkerungen mit überwältigender Mehrheit mit den PalästinenserInnen identifizieren, die arabischen Staaten sich aber keine militärische Konfrontation mit Israel leisten können und auch keinen unnötigen Ärger mit den USA riskieren wollen.

Diese ungemütliche Lage trägt erheblich zur Instabilität der arabischen Regime bei. Auch deswegen fand der saudische Friedensplan letztlich die schnelle Unterstützung der gesamten Arabischen Liga. Aus dieser Gemengelage könnte schnell ein regionaler israelisch-arabischer Krieg werden, den Israel zwar dank seiner militärischen Überlegenheit gewinnen dürfte, der aber das Land empfindlich schwächen und die gesamte Region auf Dauer destabilisieren würde. Sollten die USA schließlich den angekündigten Sturz Saddam Husseins in Angriff nehmen, ohne den israelisch-palästinensischen Konflikt in einigermaßen erträgliche Bahnen gelenkt und eine politische Perspektive eröffnet zu haben, so wird die gesamte Region in Aufruhr versinken. Die einzigen politischen Gewinner einer Destabilisierung der Region wären muslimische Fundamentalisten. Schöne Aussichten.

Was also ist zu tun? Die Notwendigkeit einer Internationalisierung des Konfliktes scheint ja mittlerweile von allen relevanten Akteuren akzeptiert zu werden. Über die Art und Weise einer internationalen Einflussnahme auf den israelisch-palästinensischen Konflikt bestehen jedoch weiterhin große Meinungsverschiedenheiten. Die USA scheinen sich nur insoweit darauf einlassen zu wollen, als es ihrem "Antiterrorkrieg" nutzt. Es sieht bislang nicht so aus, als signalisiere die kürzliche Änderung in Bushs Rhetorik eine wirkliche strategische Rückstufung der amerikanischen Unterstützung für Israel.

In der EU wird derweil schon über die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Israel und die Entsendung internationaler Friedenstruppen in das Konfliktgebiet diskutiert. Die deutsche Regierung fände es sogar angebracht, nach dem Vorbild der internationalen Protektorate in Mazedonien, Kosovo und Afghanistan ein multilaterales Truppenkontingent zusammenzustellen, dem auch Bundeswehrverbände angehören sollten. Selbst seriöse Leute wie der grüne Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises (DIAK), Christian Sterzing, plädieren für eine Entsendung deutscher Soldaten nach Israel. Man kann gar nicht so schnell gucken, wie die rot-grüne Regierung deutsche Großmachtpolitik salonfähig zu machen sucht. Nur noch eine Minderheit findet die Vorstellung deutscher Truppen in Israel/Palästina vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte unerträglich. Das könnte auch für Israelis gelten, die auf Grund des miesen Rufes der UN in Israel UN-Blauhelmen weit misstrauischer begegnen würden als Truppen "befreundeter" Staaten. Aber so weit ist es noch nicht.

Bleibt die Forderung nach Wirtschaftssanktionen gegen Israel, die auch von einer Gruppe namhafter palästinensischer und israelischer Intellektueller in einem Ende März veröffentlichten "Aufruf an die globale Zivilgesellschaft" erhoben wurde. Sicher ist es an der Zeit, Rüstungsexporte nach Israel einzustellen. Solange aber die USA nicht mitziehen, die den militärisch-industriellen Komplex Israels mit jährlich über 2 Milliarden Dollar subventionieren, bleibt eine solche Aktion rein symbolisch. Ähnliches gilt für das Einfrieren ökonomischer Beziehungen mit Israel. Wirtschaftssanktionen würden die ohnehin schon angeschlagene israelische Volkswirtschaft zusätzlich schwächen, zu einem Anstieg der bereits jetzt hohen Arbeitslosigkeit führen und zu einer weiteren Erosion der israelischen Mittelschichten beitragen. Solche Maßnahmen würden den Druck auf das politische System Israels erhöhen; es wäre aber keineswegs vorhersehbar, welche politischen Tendenzen dadurch gestärkt würden. Im Angebot sind Kriegstreiber, Volksverhetzer und religiöse Fundamentalisten einerseits und eine bislang kaum messbare zivilgesellschaftliche Gegenbewegung andererseits. (zur Erosion der israelischen Mittelschichten siehe Hanna Kim in Ha'aretz, 29.3.02) Übrigens: Bei der ersten kurzfristigen Besetzung Ramallahs durch die israelische Armee im März häuften sich die Berichte über Soldaten, die palästinensische Haushalte regelrecht ausgeraubt hätten, bevor sie abzogen. Ökonomischer Druck wird nach unten weitergegeben - auch das ist eigentlich eine Binsenweisheit, die bereits beim Wirtschaftsembargo gegen den Irak zu beobachten war und ist.

Deutsche Truppen bald auch im Nahen Osten?

Ohne die USA als größtem Handelspartner Israels blieben Wirtschaftssanktionen letztlich ohnehin wirkungslos. Und für den zweitgrößten Handelspartner Israels, nämlich Deutschland, bleiben derartige Maßnahmen auf Grund der nahe liegenden Assoziation mit dem Boykott jüdischer Geschäfte nach 1933 und der zu erwartenden Stärkung antisemitischer Ressentiments in der deutschen Gesellschaft ein Ding der Unmöglichkeit.

Was können deutsche Linke in dieser verfahrenen Situation überhaupt tun? Nicht viel. Angesichts ihrer politischen Bedeutungslosigkeit könnten sie wenigstens die Zeit nutzen, um ein kritisches Verständnis der strukturellen Gründe für diese katastrophale Entwicklung in Israel/Palästina zu entwickeln. Der traditionelle Antiimperialismus wie auch die antideutschen Meinungspeitschen haben jedenfalls keine tragfähigen Analysen anzubieten und sollten schnellstens entsorgt werden.

Achim Rohde

2. Danke für 23.144,26 Euro!

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:35

Etwas mehr als 1.500 Euro sind im letzten Monat auf unserem Spendenkonto eingegangen. Dafür vielen Dank.

Zum Erreichen unseres diesjährigen Spendenziels von 27.098,43 Euro fehlen uns leider noch schlappe 3.954,17 Euro. Was also tun? Weiter drängeln, bitten und betteln.

Wir haben uns dafür entschieden, euch nicht weiter zu nerven. Die ansonsten ak beiliegenden Überweisungsträger sind alle aufgebraucht, auf das Ausfüllen der Selbigen kann also auch nicht mehr verwiesen werden.

Untergangsstimmung ist bei uns trotzdem nicht angesagt. Denn: Wir haben neue Verkaufsstellen im Bahnhofsbuchhandel in Berlin und München aufgetan (siehe Buchladenliste). Damit werden die ak-

Verkaufszahlen weiter steigen. Außerdem konnten wir in den letzten Monaten einige neue Fördermitglieder im Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik begrüßen. Mit Fantômas haben wir unser neues Magazin auf den Weg gebracht und werden damit sicherlich auch neue LeserInnen bekommen.

Kurzum: Die Finanzlücke lässt sich am besten schließen durch mehr verkaufte aks, neue Abos (für ein neues ak-Abo gibt es nicht nur elf ak-Ausgaben und zwei Fantômas-Hefte, sondern als zusätzliches Bonbon die neue akArchiv.3 CD-Rom mit allen ak-Artikeln von 1991-2001) und weitere Fördermitglieder.

Natürlich freuen wir uns aber auch über jede weitere Spende, die im nächsten Monat auf unserem Spendenkonto eingehen wird!

ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr.: 13150-204

BLZ: 200 100 20

Postbank Hamburg

Verwendungszweck: Spende

3. Der eigentliche Skandal ist die Vertuschung. Interview mit Rolf Gössner zum NPD-Verbotsverfahren und zur Rolle von V-Leuten

Interview mit Rolf Gössner zum NPD-Verbotsantrag und zur Rolle von V-Leuten

Rubrik: Geheimdienste; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:30

ak: Dem NPD-Verbotsantrag standen Sie von Anfang an skeptisch gegenüber. Welche Ihrer Vorbehalte, die Sie letztes Jahr in der "Frankfurter Rundschau" (8.10.2001) dargelegt haben, sehen Sie durch die so genannte V-Mann-Panne bestätigt?

Rolf Gössner: Zum einen zeigt die jüngste Affäre, dass der Verfassungsschutz (VS) des Bundes und der Länder über ein ganzes Netz von V-Leuten praktisch in die rechtsextremen Strukturen verstrickt ist. Davon musste man auch im Fall der NPD ausgehen, denn die Rekrutierung von V-Leuten gehört zum Standardprogramm von Geheimdiensten. Diese so genannten Vertrauensleute werden für ihre VS-Tätigkeit eigens verpflichtet. Sie stammen aus der jeweiligen Szene oder werden dort eingeschleust. Problem im NPD-Verbotsverfahren ist doch, dass solche staatlich finanzierten V-Leute, die schon lange (teils mit Wissen des NPD-Vorstands) für den VS tätig sind oder waren, als Kronzeugen die Beweise für das Parteiverbot liefern sollen - Beweise, die sie möglicherweise selber mitproduziert haben. Ob dies tatsächlich der Fall ist, sei dahingestellt - zumal auch die NPD, ganz verführte Unschuld, behauptet, dass die sie belastenden Äußerungen und Verhaltensweisen das Werk derjenigen seien, die im Auftrag des VS in der Partei tätig waren. Doch allein angesichts der Tatsache, dass es sich bei V-Leuten in aller Regel um äußerst dubiose Gestalten handelt, die aus purem Eigennutz zu Verrätern werden oder quasi als "Doppelagenten" fungieren, sind Informationswert und Wahrheitsgehalt hochgradig zweifelhaft. Und solche zweifelhaften Belastungszeugen werden ausgerechnet in einem verfassungsgerichtlichen Verbotsverfahren aufgefahren, das als Ultima-ratio-Maßnahme gilt und dessen Ziel es ist, eine Partei von der Teilnahme am demokratischen Prozess auszuschließen.

Wie bewerten Sie das Beharren von Innenminister Schily auf der Rechtmäßigkeit und Durchführbarkeit des Verbotsverfahrens ohne weitere Änderungen? Führt das nicht zu einem klassischen Geheimverfahren?

Das Verbotsverfahren birgt tatsächlich gravierende rechtsstaatliche Probleme: Es besteht die Gefahr, dass noch nicht bekannte VS-"Quellen", die Beweise gegen die NPD lieferten, aus Geheimhaltungsgründen nicht offen gelegt werden - schließlich sollen solche Zuträger aus der rechten Szene im Gerichtsverfahren nicht "verbrannt" werden, um sie vor Racheakten zu schützen oder weil sie weiterhin unerkannt in der rechten Szene arbeiten sollen. Das bedeutet: Nicht die unmittelbaren Zeugen werden dem Gericht über ihre Beobachtungen berichten, sondern so genannte Zeugen vom Hörensagen - also die geheimdienstlichen V-Mann-Führer, die dann "aus zweitem Munde" über die Aussagen ihrer Quellen berichten. Damit ist eine unmittelbare Überprüfung der Glaubwürdigkeit der ursprünglichen, aber geheim gehaltenen Zeugen durch das Gericht praktisch nicht möglich - wobei die V-Mann-Führer ihren V-Leuten in punkto Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit in aller Regel die besten Zeugnisse ausstellen. Auch gegen ein so genanntes "in-camera-Verfahren", bei dem die V-Leute-Problematik unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt würde, gibt es erhebliche verfassungsrechtliche Einwände.

In Verbotsverfahren, die sich auf Aussagen von V-Leuten stützen, hat man das juristische Problem der Zuordnung. Wem sind die Äußerungen und Handlungen der V-Leute zuzurechnen: der NPD oder dem Verfassungsschutz, letzten Endes also dem Staat? Gibt es aus dieser "Falle", in die der Rechtsstaat durch seine Arbeit mit V-Leuten gerät, einen bürgerrechtlich sauberen Ausweg?

Meines Erachtens liegt das eigentliche Problem in der Existenz von Geheimdiensten, die mit solchen verdeckten nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden arbeiten und sich zwangsläufig in die zu beobachtenden Strukturen verstricken. Dieser Bereich ist der öffentlichen Kontrolle weitgehend entzogen. Das ist demokratiewidrig. Insofern gibt es eigentlich nur einen bürgerrechtlich sauberen Ausweg aus dem Dilemma: Die Geheimdienste müssten aufgelöst werden, zumindest müssten ihnen die nachrichtendienstlichen Mittel entzogen werden. Doch auch mit V-Leuten, die von der politischen Polizei, also dem Staatsschutz in politisch

verdächtigen Szenen geführt werden, gibt es vergleichbare Probleme. Und solche V-Leute der Polizei könnten auch in der NPD tätig (gewesen) sein. Entscheidend ist jedenfalls der hohe Preis, den diese geheimen Aufklärungsmethoden mit sich bringen: Mit ihren Mitteln der Unterwanderung und Infiltration mischen die staatlichen "Sicherheitsorgane" in den rechtsextremen Szenen partiell mit, verstricken sich fast zwangsläufig in kriminelle Machenschaften, wobei dann auch Straftaten geduldet oder indirekt gefördert, zumindest aber nicht verhindert werden. Die V-Mann-Skandale etwa in Thüringen oder Brandenburg, früher in Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen haben diesen Mechanismus der klandestinen Verstrickung in die zu beobachtenden Szenen offenbart und das waren nur die Spitzen eines Eisbergs.

Muss man bei einer solchen Infiltration nicht von einer Steuerung, zumindest von einer nicht unmaßgeblichen Einflussnahme auf die NPD über Jahre, in einigen Fällen über Jahrzehnte durch den Verfassungsschutzes ausgehen?

V-Leute geraten im Laufe der Zeit nicht selten auch in führende Positionen bis hinauf in Vorstandsetagen von Organisationen. Sie üben also mitunter tatsächlich entscheidende Funktionen aus - so auch im Fall der NPD. Zwar widerspricht dies rechtsstaatlichen Grundsätzen und soll auch angeblich durch interne Dienstanweisungen ausgeschlossen werden - aber die Praxis sieht anders aus. Über solche führenden Funktionäre nimmt bzw. nahm der VS - gewollt oder ungewollt - Einfluss auf die Politik der NPD. Im Übrigen betätigen sich V-Leute in der Praxis nicht nur als Informanten, sondern tragen als geheime Mitarbeiter dazu bei, Organisationen zu zersetzen, zu illegalisieren oder deren Arbeit zu behindern. Damit betreibt der VS selbst Politik, obwohl er als Geheimdienst durch Verfassung und Gesetz ursprünglich auf das Sammeln von Nachrichten beschränkt bleiben sollte. Darüber hinaus finanziert der VS über die Entlohnung seiner V-Leute auch noch das rechte Treiben mit nicht unerheblichen Summen. Als "Nebenwirkung" dieser geheimdienstlichen Tätigkeit fördert der VS sozusagen das Objekt, das er beobachten soll.

Sie haben davon gesprochen, dass die NPD in ihrer heutigen Funktion als tendenziell rechtsmilitantes Sammlungsbecken selbst das Resultat von früheren Organisationsverboten ist. Glauben Sie, dass durch gezielte staatliche Repression rechte Strömungen in die eine oder andere Richtung gedrängt werden, bzw. gedrängt worden sind?

So allgemein ausgedrückt, ist das grundsätzlich denkbar. Die NPD hat jedenfalls das Personal jener Organisationen, die in den 90er Jahren verboten worden sind - wie etwa FAP, Nationale Front oder Deutscher Kameradschaftsbund - weitgehend aufgefangen. So betrachtet ist die NPD heutiger Prägung auch das Resultat staatlich-repressiver Eingriffe; sie ist ein staatlich mitgeschaffenes Problem, das nun ebenfalls verboten werden soll. Da die Mitglieder der später möglicherweise verbotenen NPD ja nicht mitverboten werden können, werden sie sich andere Betätigungsfelder in anderen rechten Gruppen, Organisationen und Parteien suchen.

Es gibt auffällige Übereinstimmungen zwischen dem Wirken neonazistischer Gruppen und staatlicher Politik, das zeigt zum Beispiel die Kampagne zur Abschaffung des Asylrechts Anfang der 90er. In der FR schreiben sie, dass Rechtsextremismus ein Problem der politischen Mitte, nicht der Ränder sei. Würden Sie in diesem Zusammenhang auch so weit gehen und sagen, dass neofaschistische Organisationen zumindest punktuell Manövriermasse von interessierten Kräften in Staatsapparat und Gesellschaft sind?

Man kann sicherlich ungestraft behaupten, dass die Politik der früheren rechtsliberalen Regierungskoalition unter Mitwirkung der damals noch oppositionellen SPD - gerade in der Debatte um das Asyl- und Ausländerrecht - rechte Propaganda und Gewalt zum Anlass genommen hat, gegen MigrantInnen diesen restriktiven Kurs zu fahren, wie wir ihn seit Beginn der 90er Jahre kennen. Diese Politik richtete sich also weniger gegen fremdenfeindliche Gewalt als vielmehr gegen deren Opfer, die Fremden.

Nun, ich gehe davon aus, dass die rot-grüne Bundesregierung tatsächlich mit lauterer Absicht Politik gegen rechte Organisationen und rechte Gewalt betreiben will. Dabei gerät sie aber im Fall des umstrittenen NPD-Verbots in ein Dilemma: Denn Parteiverbote werfen mehr grundsätzliche Probleme auf, als sie zu lösen im Stande sind. Abgesehen von einer gewissen Verunsicherung der rechten Szene drängt eine solche hoheitliche Verbotspolitik zwar die Betroffenen ins Abseits, doch ihr unseliger Geist wirkt weiter. Weit gefährlicher noch dürfte aber die mögliche Folge dieser "entlastenden" Delegation des Problems an den Staat sein: die gesellschaftliche Verdrängung der Ursachen und Bedingungen von Rechtsextremismus, Rassismus

und Ausländerfeindlichkeit. Sie behindert womöglich nicht nur eine offensive politische Auseinandersetzung und eine engagierte Gegenwehr durch gesellschaftliche Instanzen und die Bürger selbst; sondern sie befördert auch eine Sicherheitskonzeption, die der Bevölkerung vorgaukelt, verhängnisvolle politische Entwicklungen könnten geheimdienstlich, polizeilich, strafrechtlich oder schließlich per Verbotsdekret eliminiert werden. Das dürfte tatsächlich schon deshalb unmöglich sein, weil Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus keineswegs ausschließlich ein Problem der gesellschaftlichen Ränder sind, sondern ein Problem, das weit in die Mitte der Gesellschaft reicht.

Die Grünen sprechen immer noch davon, dass die Antragsschrift sorgfältig begründet sei, und kritisieren die FDP, die eine Rücknahme fordert. Die PDS hat schon im Frühjahr 2001 auf das V-Leute-Problem hingewiesen. Was würden Sie der PDS jetzt empfehlen? Ausstieg? Weitermachen?

Der PDS muss ich ja in dieser Angelegenheit nichts empfehlen - aber die Regierungen in Bund und Ländern wären gut beraten, wenn sie das von ihnen durch Nachlässigkeit oder aus klammheimlicher Berechnung ausgelöste V-Leute-Problem ernsthafter angehen und entsprechende Konsequenzen ziehen würden. Es ist zwar kein Skandal, dass V-Leute in der NPD tätig waren und sind - weil es sich, unter relativ vagen Voraussetzungen, wie gesagt, um eine rechtlich zulässige Maßnahme handelt. Die Tatsache aber, dass solche V-Leute in führende Ämter und Funktionen der NPD gelangt sind und trotzdem weiter für den VS arbeiteten, ist ein Skandal. Der eigentliche Skandal des Verbotsverfahrens liegt aber darin, dass die Verstrickung von V-Leuten in die NPD von der Exekutive gegenüber dem Bundesverfassungsgericht vertuscht, jedenfalls nicht offen gelegt wurde, obwohl wesentliche Teile des Verbotsantrags gerade auf Aussagen solcher dubiosen "Zeugen" beruhen. Jedenfalls ist die Grenzlinie zwischen VS und VS-unterwanderter NPD nur noch schwer auszumachen. Nach einer solchen Täuschung eines Verfassungsorgans noch darauf zu bauen, man könne das Verbotsverfahren mit derartigen "Zeugen" fortführen, ja man könne sie sogar aus Gründen des "Staatswohls" oder zu ihrem Schutz im Verbotsverfahren geheim halten oder in einem "in-camera-Verfahren" vernehmen, halte ich für dreist und rechtsstaatswidrig.

Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und parlamentarischer Berater und Mitherausgeber von "Ossietzky". Zuletzt erschienen: "Erste Rechts-Hilfe - Rechts- und Verhaltenstipps im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten", Göttingen 1999 sowie ",Big Brother`& Co. - Der moderne Überwachungsstaat in der Informationsgesellschaft", Hamburg 2000. Sein Beitrag zu den rechtspolitischen Kontroversen um das NPD-Verbot ist erschienen in: FR, 8.10.2001

4. Grenzgänger. Hommage an einen Verräter

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:33

Als die israelische Armee zu Beginn ihrer militärischen Offensive Anfang April in Ramallah einmarschierte und Arafat in seinem eigenen Hauptquartier gefangen setzte, geriet ein 30-jähriger US-Amerikaner unverhofft in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Adam Shapiro stammt aus einer liberalen mittelständischen jüdischen Familie in Brooklyn, New York. Sein Interesse für den Mittleren Osten entwickelte sich während seines Studiums, er war an einem Programm für jüdische und arabische Jugendliche mit dem Titel "Seeds of Peace" beteiligt, in den späten 1990ern hat er einige Zeit als Englischlehrer und Touristenführer im Jemen gearbeitet. Seit drei Jahren lebt Shapiro in Israel/Palästina. Als Mitarbeiter einer internationalen NGO, die sich der humanitären Hilfe für PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten verschrieben hat. Er wohnt seit mehreren Monaten in Ramallah, zusammen mit seiner palästinensischen Freundin, die aus Detroit stammt.

Während der israelischen Angriffe auf Ramallah war Shapiro dort als freiwilliger Helfer in einem Notarztwagen unterwegs und bemühte sich um die Bergung von Verletzten und Toten. Nach längeren Verhandlungen mit israelischen SoldatInnen gelang es ihm, Zutritt zum umzingelten Präsidentenpalast Arafats zu bekommen, wo zahlreiche Verletzte auf Hilfe warteten. Das Verlassen des Geländes erwies sich inmitten der Kampfhandlungen als unmöglich, und so kam es, dass Shapiro insgesamt 24 Stunden dort ausharren musste. Er nutzte diese Zeit u.a. für ein Interview mit dem amerikanischen Nachrichtensender CNN, eine der wenigen Stimmen aus dem Inneren der präsidentiellen Ruine, die in jenen Tagen an die Weltöffentlichkeit drangen. Als Zeichen seiner Anerkennung lud Arafat ihn zu einem gemeinsamen Frühstück in den ihm verbliebenen Kellergewölben ein.

In Israel, wie auch in den jüdischen Gemeinden in den USA und Europa gehören Leute wie Shapiro zu einer kleinen Minderheit. Wer sie als naive TräumerInnen oder erlebnishungrige KriegstouristInnen abstempelt, verkennt, wie entscheidend solche Grenzüberschreitungen für die langfristigen Möglichkeiten einer jüdisch-arabischen Koexistenz sind. Wenn irgend etwas palästinensische Kinder und Jugendliche, die leibhaftige Juden und Jüdinnen in ihrem Leben eigentlich nur in Gestalt von SiedlerInnen und SoldatInnen kennen gelernt haben, davon abhalten kann, in einen blinden Hass auf alle Juden und Jüdinnen zu verfallen, so ist es das Wissen um die Existenz von Leuten wie Shapiro.

Morddrohungen nach CNN-Interview

In den jüdischen Gemeinden der USA sieht man das offenbar anders. Im Anschluss an das Interview ihres Sohnes auf CNN wurde die Familie Shapiro in ihrem Appartment in Brooklyn zum Ziel von Morddrohungen und Hatemails. Im Umkreis ihres Wohnortes tauchten Flugblätter mit einer Telefonnummer auf, unter der dem "Verräter" Adam Shapiro und seiner Familie ein "feuriger Tod" gewünscht wurde; auch der Wohnort der Shapiros wurde dort bekannt gegeben. Eine eigens eingerichtete Homepage enthielt persönliche Informationen über die Familie und forderte zu Aktionen gegen sie auf. Auf einer Demonstration der jüdischen Jugendorganisation "Betar", die der SiedlerInnenbewegung nahe steht, vor dem israelischen Konsulat wurde Adam Shapiro als "Verräter" und als "Stück Dreck" bezeichnet, ihm und seiner Familie müsse das Leben zur Hölle gemacht werden. Ein Kommentator der New York Post titulierte Shapiro gar als "jüdischen Taliban", unter Anspielung auf den "amerikanischen Taliban" John Walker Lindh, dem gerade der Prozess gemacht wird.

Rechtsruck der jüdischen Dachverbände

Mittlerweile hat die Familie Shapiro als Reaktion auf diese Drohungen ihr Appartment in Brooklyn mit unbekanntem Ziel verlassen und steht unter dem Schutz von FBI-Beamten. Zum Glück gibt es auch öffentliche Unterstützung. Die linksliberale New York Times etwa veröffentlichte einen ausführlichen Kommentar zu diesen Vorgängen, in dem sie derartige Hetze gegen anders Denkende mit deutlichen Worten kritisierte (NYT, 3.4.02). Auch die Anti-Defamation League verurteilte diese Vorgänge scharf und stellte im Namen der Familie Shapiro Anzeige gegen die Initiatoren dieser Hetzkampagne.

Diese Begebenheit wirft ein Schlaglicht auf die gegenwärtige Atmosphäre in den jüdischen Gemeinden der USA. Allgemein wird ein deutlicher Rechtsruck der jüdischen Dachverbände dort konstatiert. So genießt die Regierung Sharon zur Zeit die bedingungslose Solidarität selbst der Reformjuden, die üblicherweise liberale

Ansichten vertreten und in der Vergangenheit den Oslo-Prozess enthusiastisch unterstützt haben. Angesichts der gegenwärtigen Eskalation des israelisch-palästinensischen Konfliktes scheint jedoch der Zwang, sich für eine der beiden Seiten zu entscheiden, praktisch unausweichlich geworden zu sein.

Hass entfaltet Eigendynamik

Adam Shapiro selbst hat inmitten der Hölle von Ramallah erst mit einiger Verspätung von der Besorgnis erregenden Reaktion erfahren, die sein Interview in den USA ausgelöst hat. Da die Wasser- und Stromversorgung in der Westbank weitgehend zusammengebrochen ist, ist ein Großteil der Bevölkerung dort vom Kontakt zur Außenwelt abgeschnitten. Seine Reaktion schwankte zwischen Unglauben und Wut. Dies sei exakt die Art von Hass, die eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes verhindere, so Shapiro. Recht hat er. Während die Ursachen des Konfliktes eher im materiellen Bereich zu finden sind, haben der gegenseitige Hass und der Zwang zur Sippenhaft mittlerweile eine Eigendynamik entfaltet, die ohne Hilfe von außen kaum zu entschärfen ist. Umso bedeutender sind Ausnahmen wie Adam Shapiro. Nicht umsonst hat ihm die israelische Tageszeitung Ha'aretz in ihrer Wochenendbeilage (12.4.02) ein ausführliches Porträt gewidmet.

Achim Rohde

Die Fotos auf dieser Seite haben Adam Shapiro und Huwaida Arraf am 2. April aufgenommen. Sie zeigen das Massenbegräbnis nach dem Anschlag auf das Krankenhaus von Ramallah, bei dem zahlreiche PalästinenserInnen ums Leben kamen. Die Fotos finden sich auf

indymedia.org

5. Israel und Palästina - ein Rückblick

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:14

Selten waren die Fronten im Nahost-Konflikt so verhärtet wie zur Zeit: Im März verloren 76 jüdische ZivilistInnen durch palästinensische Selbstmordattentate ihr Leben, und bei der israelischen Militäroffensive wurden allein am Karfreitag 200 PalästinenserInnen getötet. Wie schwierig es ist, einen für beide Seiten einvernehmlichen Kompromiss zu finden, zeigen die gescheiterten Friedensverhandlungen der letzten Jahre. Um die aktuelle Eskalation der Gewalt verstehen zu können, ist es wichtig, einen Blick auf die Geschichte dieses Konfliktes zu werfen.

Nach dem ersten Weltkrieg übertrug der Völkerbund, Vorläufer der UNO, Palästina als Mandatsgebiet an Großbritannien, mit der Maßgabe, dort eine jüdische "Heimstätte" zu schaffen. Zwischen 1922 und 1936 wuchs der jüdische Bevölkerungsanteil im Mandatsgebiet von 86.000 (11 Prozent) auf 400.000 (30 Prozent).

Der am 29. November 1947 beschlossene UNO-Teilungsplan sah die Bildung eines jüdischen und eines arabischen Staates vor. Während nicht viel mehr als ein Drittel der Bevölkerung Palästinas Juden waren, sollte der jüdische Staat 54 Prozent des Territoriums erhalten. Als Hintergrund dieser Resolution ist zu sehen, dass nach dem Völkermord des deutschen Nationalsozialismus an den europäischen Juden und Jüdinnen der internationale Rückhalt für die Bildung eines lebensfähigen jüdischen Staates mit einem aufnahmefähigen Territorium sehr groß war. Der UNO-Teilungsplan von 1947 bedeutete aber auch, dass zahlreiche Dörfer und mehrere Städte mit ausschließlich arabischer Bevölkerung (insgesamt rund 500.000 Menschen) gegen ihren Willen dem Staat Israel zugeschlagen werden sollten. Das war voraussehbar ohne militärische Gewalt nicht zu verwirklichen.

UNO-Teilungsplan war unrealistisch

Problematisch an dem UNO-Vorschlag war auch, dass jeder der beiden Staaten aus drei voneinander getrennten bzw. nur durch enge Korridore miteinander verbundenen Teilgebieten bestehen sollte. Angesichts der Tatsache, dass die Feindseligkeit zwischen beiden Bevölkerungsgruppen sehr hoch war - gerade damit begründete die UNO ihren Teilungsbeschluss(!) - waren mit dieser Landkarte Konflikte vorprogrammiert. Nicht nur die arabische Seite lehnte den UNO-Teilungsplan ab. Auch die von den späteren israelischen Regierungschefs Begin und Schamir geführten rechten Milizen Irgun und Lehi erklärten, der Vorschlag sei illegal und für das jüdische Volk nicht bindend. Als unmittelbare Reaktion auf die UNO-Teilungsresolution verschärfte sich die bewaffnete Konfrontation zwischen den Bevölkerungsgruppen. Anfang April 1948 begannen die zionistischen Milizen eine koordinierte Großoffensive gegen die überwiegend arabisch besiedelten Gebiete. In wenigen Wochen erreichten sie fast vollständig die im Teilungsplan vorgesehenen Linien. Eine Massenflucht der arabischen Bevölkerung setzte ein, besonders nachdem das von den rechtszionistischen Milizen begangene Massaker im Dorf Deir Jasin bekannt geworden war.

Als am 14. Mai 1948 das britische Mandat endete und der Staat Israel offiziell proklamiert wurde, griffen die arabischen Nachbarstaaten, insbesondere Jordanien und Ägypten, in die Kämpfe ein. Entgegen immer noch verbreiteten falschen Darstellungen - Israel habe gegen eine 25fache Übermacht um seine nackte Existenz kämpfen müssen - setzten die arabischen Staaten zu keiner Zeit mehr als insgesamt 50.000 Soldaten ein. Das waren weniger, als Israel selbst zu dieser Zeit mobilisieren konnte. Die arabische Intervention stellte für die Streitkräfte des jungen Staates kein wirkliches militärisches Problem dar. Als Ergebnis des Krieges von 1948/49 vergrößerte Israel sein Territorium gegenüber dem UNO-Teilungsplan um rund 50 Prozent. 600.000-700.000 AraberInnen wurden während des Krieges gewaltsam vertrieben oder flohen vor den Kampfhandlungen. Eine Rückkehr wurde ihnen nach dem Krieg von Israel verweigert. Jordanien annektierte im geheimen Einverständnis mit der israelischen Regierung das Westjordanland einschließlich Ostjerusalem, Ägypten kontrollierte den Gaza-Streifen.

Im Juni-Krieg 1967, den Israel mit einem "Präventivschlag" gegen Ägypten, Jordanien und Syrien ausgelöst hatte, besetzten israelische Truppen das Westjordanland und das Gebiet von Gaza. Erneut flüchteten mehrere hunderttausend PalästinenserInnen in die Nachbarländer. Im November 1967 beschloss der UNO-Sicherheitsrat die Resolution 242, die seither die Grundlage aller Friedensverhandlungen ist. Die Hauptpunkte sind: 1. Rückzug Israels aus den Gebieten, die es im Juni-Krieg besetzt hatte. 2. Einstellung aller

kriegerischen Erklärungen und Handlungen. Anerkennung und Respektierung der Souveränität und Integrität aller Staaten der Region. 3. "Eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems".

Resolution 242 als Verhandlungsgrundlage

Die Resolution 242 spricht also nicht von der Gründung eines palästinensischen Staates - die sich nur auf die Resolution 181 aus dem Jahre 1947, den UNO-Teilungsplan, berufen kann. Deshalb und wegen der Anerkennung Israels, die auch als Anerkennung aller seit 1947 geschaffenen Fakten interpretiert wurde, weigerte sich die PLO bis 1988, die Resolution 242 zu akzeptieren. Auf israelischer Seite lehnten der Likud und die rechten Parteien die Resolution ebenfalls ab. Die SozialdemokratInnen erkannten sie zwar formal an, aber nur mit einem sinnentstellenden Trick: Weil die englische Version nur von einem "Rückzug aus besetzten Gebieten" statt von einem "Rückzug aus den besetzten Gebieten" spricht, stellte sich die israelische Arbeitspartei auf den Standpunkt, die Resolution 242 verlange gar nicht den Rückzug aus allen besetzten Gebieten, sondern überlasse es Israel selbst, wie weit es sich zurückziehen möchte. Diese Interpretation ist aber im Kontext der Resolution eindeutig unzulässig. Denn diese besagt auch eindeutig, im Einklang mit der UNO-Charta, "dass es nicht zulässig ist, Territorium durch Krieg zu erobern".

Gleich nach Ende des Juni-Krieges begann die damals regierende sozialdemokratische Arbeitspartei mit einer systematischen Siedlungspolitik, um die Besetzung des Westjordanlandes und des Gaza-Gebietes praktisch unumkehrbar zu machen. Die Siedlungen wurden strategisch so geplant, dass sie die wichtigsten Verbindungslinien kontrollierten und das von PalästinenserInnen bewohnte Gebiet in viele Inseln aufsplitteten. Menachem Begin, dessen rechte Likud-Partei 1977 die Regierung übernahm, steigerte diese Siedlungspolitik noch weiter.

Was künftig mit den besetzten Gebieten geschehen sollte, blieb unklar. Konsens der meisten israelischen Parteien war und ist, sie nicht in das Staatsgebiet zu integrieren, da man den PalästinenserInnen sonst auf Dauer nicht die Bürgerrechte verweigern könnte. Das aber würde die klare jüdische Bevölkerungsmehrheit und Prägung Israels gefährden. Konsens war zweitens, keinen palästinensischen Staat zuzulassen. Während die rechte Likud-Partei und die mit ihr verbündeten Religiösen "keinen Quadratmeter" der besetzten Gebiete jemals wieder räumen wollten, waren die SozialdemokratInnen immerhin bereit, über die Übergabe von Teilen des Westjordanlandes an Jordanien zu verhandeln.

Erst mit der im Dezember 1987 begonnenen Aufstandsbewegung, der Intifada, begann sich die politische Situation der PalästinenserInnen zu verbessern. Ein knappes Jahr später, Mitte November 1988, beschloss der Nationalrat, das palästinensische Parlament, die Gründung eines eigenen Staates. Mit deutlicher Mehrheit akzeptierte das Gremium die bis dahin umstrittene UNO-Resolution 242 , die die Anerkennung des Existenzrechts Israels einschließt. Damit war von palästinensischer Seite der Weg zu gleichberechtigten Verhandlungen frei.

Baraks "großzügiges Angebot" ...

Aber immer noch weigerte sich Israel, direkt mit den PalästinenserInnen zu sprechen. An der Konferenz in Madrid im November 1991, die den Auftakt einer langen Reihe von überwiegend in den USA und Norwegen geführten bilateralen Verhandlungen bildete, durften nur von Israel zugelassene Palästinenser als Teil einer jordanischen Delegation teilnehmen. Doch danach schien es zunächst erstaunlich schnell voranzugehen. Am 9. und 10. September 1993 kam es zur gegenseitigen Anerkennung zwischen der PLO und Israel. Damit war der Weg frei zum ersten Abkommen, der Grundsatzerklärung zur palästinensischen Autonomie, das am 13. September 1993 in Washington unterzeichnet wurde. Es wird auch als Oslo-Abkommen (I) bezeichnet, weil es dort ausgehandelt wurde.

Oslo I sah die Bildung einer palästinensischen Übergangsregierung durch freie Wahlen unter internationaler Beobachtung vor. Zuvor sollten sich die israelischen Truppen schrittweise aus allen Städten und Bevölkerungszentren des Westjordanlandes und Gazas zurückziehen. Das Abkommen sollte für eine Übergangsperiode von höchstens fünf Jahren gelten und bis dahin zu einer dauerhaften Lösung auf Grundlage der UNO-Resolution 242 führen. Die zweite Etappe der Verhandlungen, über die gemeinsame Gestaltung einer endgültigen Regelung, sollte 1996 beginnen. Die Anfangsschritte schienen erfolgversprechend zu verlaufen. Am 13. Mai 1994 kam Jericho als erste Stadt der besetzten Gebiete unter palästinensische Verwaltung. Am 18. Mai 1994 war der Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gaza-Gebiet

abgeschlossen. Am 28. September 1995 unterzeichneten der sozialdemokratische Ministerpräsident Rabin und PLO-Chef Arafat in Washington ein neues Abkommen, das den Zeitplan für den Rückzug Israels aus sechs weiteren Städten vorgab.

Nur wenige Wochen später, am 4. November 1995, wurde Rabin von einem jüdischen Fanatiker ermordet. Die Parlamentswahlen im Mai 1996 brachten Netanyahu, den Vertreter der extremen Position innerhalb der rechten Likud-Partei, an die Regierung. Die von den PalästinenserInnen als Provokation gewertete Öffnung eines antiken Tunnels am Tempelberg, in der Nähe der Al-Aksa-Moschee, führte zu Massenprotesten, die blutig unterdrückt wurden. Während der dreitägigen Auseinandersetzungen wurden 57 PalästinenserInnen und 15 Israelis getötet.

Der Wahlsieg des Sozialdemokraten Barak im Mai 1999 veränderte das Verhandlungsklima nur geringfügig zum Positiven. Im September 1999 konnte endlich die zweite Gesprächsphase über eine endgültige Regelung beginnen, drei Jahre später als im ersten Oslo-Abkommen vorgesehen. Inzwischen war schon die 1993 vereinbarte fünfjährige Übergangsperiode ergebnislos abgelaufen, auf die nach palästinensischen Vorstellungen eigentlich der vollständige Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und die volle staatliche Unabhängigkeit hätten folgen sollen. Tatsächlich hatte sich die Armee zwar aus den Städten zurückgezogen, kontrollierte aber immer noch den größten Teil des Westjordanlandes. Die Autonomie-Verwaltung erstreckte sich auf kaum 20 Prozent der Gebiete, wenn auch auf über 90 Prozent der palästinensischen Bevölkerung.

Im Juli 2000 legte Barak bei den Verhandlungen in Camp David das nach israelischer Interpretation denkbar "großzügigste" Angebot vor. Die Ablehnung dieses Vorschlags wird häufig als Beweis angeführt, dass die palästinensische Seite an einer konstruktiven Lösung gar nicht wirklich interessiert sei, sondern nichts Geringeres als die Zerstörung Israels anstrebe. Den PalästinenserInnen musste dieses "großzügige Angebot" jedoch wie Hohn erscheinen. Indem Barak damit das Höchstmaß des überhaupt mit Israel Verhandelbaren markierte, machte er deutlich, dass die Hoffnung vieler PalästinenserInnen, auf dem bisherigen Verhandlungsweg einen eigenen Staat zu erreichen, nur auf Illusionen und Täuschungen beruhte.

... war eine Enttäuschung

Baraks "großzügiges Angebot" sah vor, dass Israel zehn Prozent des Westjordanlandes mit den wichtigsten Siedlungen, darunter den Großraum von Ostjerusalem, direkt annektieren würde. Darüber hinaus wollte Israel "aus Sicherheitsgründen" weitere zehn Prozent des Westjordanlandes auf unbegrenzte Zeit militärisch besetzt halten, darunter das gesamte Grenzgebiet nach Jordanien. Das Westjordanland wäre dadurch in vier Einzelgebiete aufgesplittet worden, die nur durch schmale, jederzeit von Israel leicht zu unterbrechende Korridore verbunden wären. Das palästinensische Territorium hätte keine eigenen Außengrenzen, sondern wäre ringsum von "militärischen Sicherheitszonen" Israels umgeben. Dafür hätten sich die PalästinenserInnen auch noch verpflichten müssen, die fast vollständige Annexion Ostjerusalems ausdrücklich zu akzeptieren. Ferner hätten sie offiziell auf das Rückkehrrecht der über 2,5 Millionen Flüchtlinge verzichten müssen, die zur Zeit außerhalb Palästinas leben. Das ist in Wirklichkeit keine praktische Frage, da Gaza und Westjordanland, wo jetzt schon mehr als eine Million Menschen in Flüchtlingslagern leben, gar nicht aufnahmefähig wären. Aber der politische Stellenwert des Streits ist hoch: Offizielle Preisgabe des Rückkehrrechts würde so interpretiert werden, dass die Flüchtlinge außerhalb Palästinas abgeschrieben werden. Als zusätzlich ungerecht wird dabei von den PalästinenserInnen empfunden, dass Israels eigenes "Rückkehr"-Gesetz ganz selbstverständlich jedem auf der Welt, der nach fragwürdigen und umstrittenen Kriterien als Jude gilt, das Niederlassungsrecht auf seinem Staatsgebiet zugesteht.

Ein Staat auf dem zersplitterten, winzigen, ringsum von israelischen Truppen eingeschlossenen Territorium, das Baraks "großzügiges Angebot" vorsah - nicht einmal halb so groß wie Schleswig-Holstein, aber mit etwas mehr als der gleichen Einwohnerzahl -, wäre weder politisch souverän noch wirtschaftlich lebensfähig. Sein Funktionieren wäre permanent von der Gnade Israels abhängig, das schon in der Vergangenheit immer wieder aus unterschiedlichen Anlässen Teile der besetzten Gebiete abgeriegelt hat. Die Frustration der PalästinenserInnen ist nicht nur dadurch bedingt, dass die Verhandlungen nach hohen Anfangserwartungen schon seit mehreren Jahren festgefahren sind. Sie haben darüber hinaus erlebt, dass seit Beginn der Verhandlungen vor zehn Jahren die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten noch stärker ausgeweitet wurden als je zuvor, um unumkehrbare Fakten zu schaffen. Seit Unterzeichnung des ersten Oslo-Abkommens 1993 hat sich die jüdische Bevölkerung in den besetzten Gebieten mehr als verdoppelt. Gleichzeitig befand

sich die Wirtschaft in den besetzten und von Israel isolierten Gebieten schon vor der militärischen Eskalation der letzten Monate auf einem Tiefpunkt.

Am 28. September 2000 begann die sogenannte zweite Intifada. Auslöser war ein provokatorischer Auftritt Scharons am Tempelberg, in der Nähe der Al-Aksa-Moschee. Innerhalb der ersten drei Wochen wurden bei den Unruhen 135 Menschen getötet, darunter 127 PalästinenserInnen.

Die vorgezogenen Parlamentswahlen im Februar 2001 brachten Hardliner Scharon an die Regierung. Schon vorher hatte Barak sein "großzügiges Angebot" zurückgezogen, mit der Begründung, es sei nach der Ablehnung durch die PalästinenserInnen nicht mehr verhandelbar.

Knut Mellenthin

6. Israel-Palästina: Leiden und Angst auf beiden Seiten. Presseerklärung von medico international (Frankfurt am Main) und CSS (Zürich)

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:19

Beendigung der israelischen Besatzung ist Bedingung für friedliche und gerechte Lösungen im Nah-Ost-Konflikt. AugenzeugInnen berichten.

Die VertreterInnen der basismedizinischen Entwicklungshilfeorganisationen Centale Santaire Suisse CSS Zürich und medico international (Frankfurt am Main) sind kürzlich von einem Besuch bei ihren israelischen und palästinensischen PartnerInnen zurückgekehrt. Der Konflikt in dieser Kriegsregion verschärft sich täglich und verursacht tiefe Verletzungen.

Erste Feststellung und grundlegende Folgerung: Tag für Tag leiden Menschen auf beiden Seiten und haben Angst. Niemand weiß, wer das nächste Opfer ist. Auch wenn die Gewalt angesichts der israelischen Militärmacht keineswegs symmetrisch ist: Das Leiden ist identisch, wenn nahe stehende Menschen getötet oder schwer verwundet werden. Wir verstehen die Ängste in der israelischen Bevölkerung vor weiteren Bombenattentaten, die Tod und Verderben auslösen, ebenso wie wir die Ängste der PalästinenserInnen vor dem nächsten nächtlichen Luftangriff oder der nächsten militärischen Aktion mit Panzern und Bodentruppen verstehen.

Wir haben die Unterordnung der Rechte der PalästinenserInnen unter diejenigen der Israelis gesehen und gehört. Die Koalitionsregierung von Ariel Sharon hat ein eindrückliches System so genannter "Sicherheit" zum Schutz vor den PalästinenserInnen errichtet. Die Checkpoints der israelische Armee (über 120 allein in den besetzten Gebieten) haben den Auftrag, alle Bewegungen zu kontrollieren. Kein - oder kaum ein - Problem für die BewohnerInnen der jüdischen Siedlungen. Die PalästinenserInnen müssen jedoch jedes Passieren aushandeln. Der Erfolg hängt oft von der Willkür der Soldaten ab.

An einem Abend um 18.30 Uhr: Wir verhandeln mit israelischen Soldaten an einem Checkpoint nahe von Tulkarem, um nach einem Tag bei unseren PartnerInnen in der Westbank nach Israel zurückzukehren. Nach einer Viertelstunde ist die Sache geregelt. Aber wir lassen zwei Palästinenserinnen zurück, die nach Hause gehen möchten. Sie sind seit über vier Stunden dort. Die Soldaten sind jedoch der Meinung, "dass sie noch nicht lange genug warten". Solche Ungerechtigkeiten und Erniedrigungen verstärken die gegenseitige Entmenschlichung, lassen die Perspektive eines Dialogs und nachbarschaftlichen, friedlichen Zusammenlebens in der Region täglich in weitere Ferne rücken und verstärken das Abschotten in beiden Gesellschaften.

Während unserer Reise durch diese Region und in der Begegnung mit ihren BewohnerInnen rückte die Frage, weshalb immer wieder von Verzweiflung und Erniedrigung geprägte PalästinenserInnen zu verurteilende Gewalttaten begehen, oft in den Hintergrund. Die Frage war vielmehr, wie die Millionen anderen es trotzdem schaffen, ihre Würde und eine Friedensperspektive zu bewahren.

Lange und intensive Diskussionen sowohl mit PalästinenserInnen als auch mit Israelis über mögliche "Lösungen" bestätigen das Faktum: Es gibt die Besatzungsmacht und die Besetzten. Alle unsere GesprächspartnerInnen sind sich einig: Der Weg einer Lösung führt über die Anerkennung und die Wiedergutmachung des am palästinensischen Volk begangenen Unrechts. Israel muss den ersten Schritt tun, indem es sich aus den besetzten Gebieten einschließlich der Siedlungen zurückzieht.

Frankfurt am Main und Zürich im März 2002

Weitere Informationen erhalten Sie bei

Jochi Weil, Centale Santaire Suisse CSS Zürich, Department Palestine and Israel, Tel. 0041 1 462 20 03 oder 242 72 44; www.css-zh.ch

Dr. med. Andreas Wulf, medico international, Frankfurt am Main, Tel. 0049 69 94 43 8 35 ; www.medico.de

Die CSS Zürich besteht seit 1937 und unterstützt basismedizinische Projekte in Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Vietnam, Eritrea, Cuba und Palästina.

Medico international leistet seit 1968 partnerorientierte Nothilfe und unterstützt langfristig Projekte in den Bereichen Basisgesundheit und Menschenrechte in 17 Ländern Lateinamerikas, Afrikas und des Nahen Ostens.

7. "Entscheidende Grundrechte wurden außer Kraft gesetzt." RA Volker Ratzmann zu Repression und Polizeigewalt in Genua und Göteborg

Rubrik: Italien; Schweden; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:32

Interview mit Volker Ratzmann, Rechtspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus. Der Berliner Anwalt vertritt einige MandantInnen, die in Genua Opfer von Polizeigewalt wurden.

ak: Herr Ratzmann, Sie waren am 6. April in Genua bei einem Treffen, das auf Initiative von europäischen Anwalts- und Juristenvereinigungen stattfand. Worum ging es dort?

Volker Ratzmann: Das Treffen war die erste Arbeitssitzung des Tribunals der Kommission zur Wahrung der Grundrechte im Prozess der Globalisierung. Mitglieder der Kommission sind u.a. Dario Fo und Tony Bunyan von Statewatch. Die Gründung dieser Kommission ging auf die Initiative von europäischen Anwalts- und Juristenvereinigungen wie den Europäischen Demokratischen Anwält/innen (EDA) und der Vereinigung europäischer JuristInnen für Demokratie und Menschenrechte zurück, die durch die Vorgänge in Genua während des G8-Gipfels alarmiert waren. Dort hat es Grundrechtseinschränkungen in bisher nicht da gewesener Weise gegeben, die viele aufgeschreckt haben. Von der Genueser Stadtregierung ist unsere Initiative begrüßt worden. Sie hat die Sitzung unterstützt. Ihre Vertreter haben selbst kritisch Stellung bezogen und klar zum Ausdruck gebracht, dass von vornherein geplant war, entscheidende Grundrechte außer Kraft zu setzen.

Nicht nur die brutale Polizeigewalt und die anschließende Repression, sondern auch die massiven Behinderungen im Vorfeld wie die Ausreiseverbote in der Bundesrepublik haben das Missverhältnis von mangelnder Demonstrations- und Informationsfreiheit auf europäischer Ebene deutlich gemacht. Darüber hinaus zeigt sich die zunehmende politische Bedeutung von europäischen Institutionen.

Einer der konkreten Vorschläge, der von der EDA kam und jetzt bereits mehrfach anlässlich von Gipfeln praktiziert wurde, ist die Aufstellung so genannter Legal Teams, Gruppen von AnwältInnen, die international zusammengesetzt sind und sowohl beobachtend wie verteidigend tätig sind, sei es bei verweigerter Einreise oder bei Festnahmen. Wir haben auf der Anwaltsebene bei der europäischen Zusammenarbeit im strafrechtlichen Bereich noch ein großes Defizit, das wir schnellstens abbauen müssen.

Sie messen dieser Zusammenarbeit große Bedeutung zu. Warum?

Der Prozess der Globalisierung ist gekennzeichnet von einer Liberalisierung und Internationalisierung des Kapitalmarktes und einer Absicherung der Kapitalakkumulationsmöglichkeiten durch den Ausbau nationaler und internationaler Repressionsapparate. Der Bruch, der sich aus dem Verhältnis internationaler Protest und nationale Repression ergibt, hat sich besonders an den Ausreiseverboten gezeigt. Während die Berliner Polizei für sich in Anspruch nehmen durfte, zum Schutz italienischer Rechtsgüter Ausreiseverbote und Meldeauflagen zu verhängen, sollte nach Meinung der Verwaltungsgerichte dem nicht die Demonstrationsfreiheit entgegenstehen. Die Meldeauflagen sind nationales Recht und die EU-Grundrechtecharta würde die bundesdeutschen Behörden nicht binden. Wer also im Ausland demonstrieren wolle, könne sich in Bezug auf Beschränkungen nicht auf die Demonstrationsfreiheit berufen. In diesem Verhältnis bleiben die Grundrechte auf der Strecke. Das wollen wir thematisieren.

Während in Göteborg schon 13 Prozesse gegen GlobalisierungsgegnerInnen abgeschlossen sind, ist in Genua noch kein einziges Verfahren eröffnet worden. Was sind die Gründe für die Verzögerung?

Das können wir nur vermuten. Die Behörden haben nichts in der Hand, sitzen auf einem Berg von Material und versuchen krampfhaft etwas zu konstruieren. Das dauert. Derzeit werden wohl hunderte von Videos analysiert und versucht anhand biometrischer Daten darauf befindliche Personen zu identifizieren. Diese Personenidentifizierung wird selbst anhand von Konturen vorgenommen, die durch Gesichtsmasken erkennbar

sind oder technisch gemacht werden. Deshalb wohl auch dieses rasende Interesse an Material von Indymedia. Es sind ja zahlreiche Büros durchsucht worden. Das dort befindliche Material ist von großem Interesse für sie.

Gibt es schon Anklageschriften gegen DemonstrantInnen und wenn ja, was wird ihnen vorgeworfen?

Meines Wissens gibt es noch keine Anklagen. Aber die Vorwürfe konzentrieren sich wohl hauptsächlich auf Sachbeschädigung, so etwas wie Landfriedensbruch und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, die aus den "Black Blocks" konstruiert werden soll. Dies ist eine Besonderheit des italienischen Strafrechts, das sich darin von dem in der Bundesrepublik unterscheidet. Die kriminelle Vereinigung bundesrepublikanischer Provenienz verlangt eine Verfestigung der Struktur. Eine spontane Bildung etwa durch uniformes Auftreten auf einer Demonstration und gemeinsames Agieren reicht hierfür nicht, in Italien aber scheinbar schon. Auch der spontane Anschluss etwa auf einer Demo reicht nicht aus; man muss schon in eine Gruppe eingebunden, wenngleich auch nicht notwendiger Bestandteil für die Funktionsfähigkeit sein.

Nach dem Gipfel erklärte die mailändische Staatsanwältin Canepa, dass die inhaftierten GipfelgegnerInnen, insbesondere die sogenannte 10er-Gruppe aus Deutschland dem "Black Block" angehören. Als "Beweise" für die These dienten sichergestellte Stadtpläne, Zigarettenfilter und schwarze Kapuzenpullis. Besteht die Gefahr, dass in Italien reine Indizienprozesse gegen die GegendemonstrantInnen geführt werden, wie es die PDS-Abgeordnete Heidi Lippmann kurz nach ihrem Genua-Besuch im August 2001 befürchtet hat?

Indizienprozesse sind etwa völlig Normales, auch hier. Das Schlimme sind die Schlussfolgerungen, die aus der Indizienkette gezogen werden. Der "Black Block" soll so etwas sein wie eine sich spontan bildende kriminelle Vereinigung, eine Rechtsfigur, die nach italienischem Recht möglich sein soll. Es gilt dann für die Staatsanwaltschaft nur zu beweisen, wer in der Situation im Rahmen des "Black Block" agierte. Wer allerdings meint, dass jeder dazugehört, der im Juli in Genua einen schwarzen Kapuzenpulli dabeihatte, betreibt wohl eher Esoterik denn Juristerei. Zumal zumindest die Angehörigen des so genannten 10er-Blocks unabhängig von jeglicher Aktion außerhalb von Genua festgenommen wurden. Ich wage die These, dass das für Haftbefehle hier nicht ausgereicht hätte. Hier zeigt sich schon eine italienische Besonderheit, die sicherlich massiv im Ermittlungsapparat, nicht so in der Justiz angelegt ist.

Bisher hat Schweden die härtesten Urteile gegen die globalisierungskritische Bewegung gefällt. Während in Göteborg bisher 31 Personen Gefängnisstrafen wegen gewalttätigen Aufruhrs erhalten haben, wurden in Prag die Strafen lediglich zur Bewährung ausgesetzt. Wie schätzen Sie die Situation in Italien ein?

Die Einschätzungen der italienischen Verteidiger gehen da auseinander. Die meisten gehen wohl davon aus, dass die Verfahren gegen die bundesdeutschen Beschuldigten nicht eröffnet werden, weil das Material nicht ausreicht und die Verfahren eingestellt werden. Sollte es zu Verfahrenseröffnungen kommen, ist der Ausgang natürlich ungewiss. So richtig vorstellbar ist eine Verurteilung auf der Grundlage der vorhandenen Indizien nicht - aber vor Genua konnte man sich auch so einiges nicht vorstellen. Sollte es zu Verurteilungen kommen, ist laut italienischer Kollegen mit Strafen bis zu drei Jahren zu rechnen. Die Frage, die sich für den Fall eines Prozesses stellt, ist, ob die Angeklagten teilnehmen oder nicht. Im Gegensatz zum bundesdeutschen Strafrecht ist eine Verurteilung in Abwesenheit möglich. Nach Einschätzung der italienischen Verteidiger ist nicht mit einer sofortigen Vollstreckung, d.h. unmittelbarer Festnahme nach einer Verurteilung zu rechnen. Käme es zu einer Verurteilung, müsste die italienische Regierung um Vollstreckung ihres Urteils in der Bundesrepublik nachsuchen, wenn sie der Verurteilten nicht habhaft wird.

Eine Auslieferung der bundesdeutschen Verurteilten ist allerdings zur Zeit noch nicht möglich. Zwar ist das Grundgesetz den entsprechenden europäischen Richtlinien angepasst worden, wonach Staaten der EU untereinander unabhängig von der Staatsbürgerschaft ausliefern. Bislang fehlt aber noch ein Ausführungsgesetz, so dass eine Auslieferung nicht stattfinden kann. Die Vollstreckung einer ausländischen Strafe setzt zudem voraus, dass das Urteil in rechtsstaatlicher Weise zu Stande gekommen ist und sich auf Tatbestände stützt, die auch in der Bundesrepublik mit Strafe bedroht sind. Beim "Black Block" wäre das schon problematisch. Bislang ohne Bedeutung ist auch noch der europäische Haftbefehl in diesem Kontext.

Die Haftbefehle sind aufgehoben. Würden sie wieder in Kraft gesetzt und würden die Regeln des europäischen Haftbefehls Anwendung finden, würde es sicherlich problematisch, allerdings wohl nur, wenn die Betreffenden außerhalb der Bundesrepublik festgenommen würden. Ansonsten gilt der Auslieferungsschutz für deutsche Staatsbürger durch die Bundesrepublik.

Anfang April hat die italienische Justiz gegen 16 Polizisten Verfahren wegen gewalttätiger Übergriffe beim G8-Gipfel eingeleitet. Auch in Deutschland wurden Betroffene dazu interviewt, die Anzeige gegen Unbekannt gestellt hatten. Wie sind die Erfolgsaussichten in diesen Verfahren?

Es ist wie immer eine Frage der Identifizierung und Zuordnung von Handlungen. Der Geschehensablauf ist wohl mittlerweile einigermaßen nachvollziehbar. Die Ereignisse in der Diaz-Schule sind auch klar als Rachefeldzug der Polizei ohne Rechtsgrundlage einzuschätzen. Aber wer hat was gemacht? Die Darstellungen der Opfer waren jedenfalls so drastisch, dass selbst hartgesottene bundesdeutsche Polit-Staatsanwälte ihr Unverständnis zum Ausdruck bringen mussten. Allerdings ist der italienische Ermittlungsapparat für die Ermittlungen gegen die Polizisten eher dürftig ausgestattet. Die zwei Staatsanwälte, die in Berlin zu Vernehmungen waren, sind mit den Ermittlungen allein, während ein ganzes Heer von Polizisten und Staatsanwälten gegen die beschuldigten Demonstranten ermittelt. Aber der politische Druck scheint hoch zu sein und die Missstände in der italienischen Polizei können nicht mehr geleugnet werden.

Was allerdings fehlt, sind die internationalen Konsequenzen. Zumindest von einem grünen Außenminister ist eine klare Haltung zu erwarten, dass Italien wohl kein Ort mehr für internationale Zusammenkünfte sein kann, jedenfalls nicht vor Aufklärung der Ereignisse. Wer tatsächlich ein demokratisches vereintes Europa will, kann nicht umhin dafür Sorge zu tragen, dass den in der Grundrechtecharta verbrieften Freiheitsrechten auch institutionalisiert Geltung verschafft wird. Dazu gehört sowohl die Demonstrationsfreiheit wie die Aufklärung rechtswidriger Übergriffe. Staatliche Eingriffsbefugnisse auf europäischer Ebene gibt es genug, bisher sind die Freiheitsrechte auf der Strecke geblieben.

"In Genua hat es Grundrechtseinschränkungen in bisher nicht da gewesener Weise gegeben."

"Wer allerdings meint, dass jeder dazugehört, der im Juli in Genua einen schwarzen Kapuzenpulli dabeihatte, betreibt wohl eher Esoterik denn Juristerei."

8. Revolutionäre Moral oder revolutionäre Politik. Anmerkungen zum Beitrag von Klaus Viehmann

Anmerkungen zu Klaus Viehmann

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Radikale Linke; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:31

Die Situation im Berliner RZ-Prozess hat sich entscheidend verändert. Hintergrund sind die Einlassungen von drei der fünf Angeklagten. Verändert hat sich zum einen die juristische Ausgangslage. Eine justiziable Demontage des Kronzeugen ist vor dem Staatsschutzsenat ungleich schwerer geworden, bewertet er die Teilgeständnisse doch als Bestätigung der Angaben des Kronzeugen. Mit den Einlassungen wurden aber zugleich der Version des Kronzeugen plausible Gegendarstellungen über die RZ der 80er Jahre in Berlin zur Seite gestellt. In der kritischen Öffentlichkeit ist damit einmal mehr deutlich geworden, dass die Geschichten Tarek Mouslis eine krude Mischung aus selbst Erlebtem, Halbwahrheiten und offensichtlichen Lügen sind, die als Grundlage einer Verurteilung nicht ausreichend ist.

In der Solidaritätsarbeit zum Berliner RZ-Prozess hat der Begriff "Freilassung" von Anfang an eine große Rolle gespielt. Das kurz nach den ersten Verhaftungen im Dezember 1999 zusammengekommene Soli-Bündnis nannte sich "Berliner Bündnis für Freilassung". Die Homepage der Kampagne firmiert unter "www.freilassung.de". Der im Herbst 2000 veröffentlichte Aufruf von BürgerrechtlerInnen, PolitikerInnen der Grünen und der PDS, RechtsanwältInnen und KünstlerInnen forderte ebenfalls "die sofortige Freilassung". Was allerdings genau mit dem Begriff Freilassung gemeint war, blieb unbestimmt und wurde unterschiedlich definiert. Für die einen kam darin zum Ausdruck, dass sie prinzipiell der politischen Justiz das Recht absprachen, über die Revolutionären Zellen zu richten. Auf der anderen Seite gab es aber auch diejenigen, die sich aus bürgerrechtlichen Bedenken für die Einstellung des §129a-Ermittlungsverfahrens und die Aufhebung der Haftbefehle einsetzten. Diese Unbestimmtheit der Forderung begleitet die Soli-Arbeit von Beginn an.

"Einlassung - Entlassung?" ist der Titel einer Wortmeldung von Klaus Viehmann. (vgl. ak 460) Darin gibt er vor dem Hintergrund der Aussagen dem Begriff einen neuen Bedeutungszusammenhang, wenn er zugespitzt formuliert: "Egoismus macht frei?". Die Teilgeständnisse der drei Angeklagten sind für ihn "eigennützige Ich-Politik" und "in gewisser Weise" Folge einer "Prozesstaktik, bei der von den Angeklagten und der Verteidigung auf eine politische Antwort verzichtet wurde - aus welchen Gründen auch immer." (1)

Grundsätzlich setzt sich Klaus Viehmann im Weiteren mit den Einlassungen auseinander, der Problematik, die damit für die beiden Angeklagten verbunden ist, die von ihrem Recht zu schweigen Gebrauch machen, und den speziellen Bedingungen in einem Verfahren, das geprägt ist von einem unerschütterlichen Verurteilungswillen. Da wird viel Richtiges gesagt. Stutzig macht allerdings, mit welcher Überzeugung er ein persönliches Opfer von den Angeklagten einfordert. Denn angesichts der momentanen Schwäche der radikalen Linken müsste klargemacht werden, worin der politische Gewinn eines solchen Opfers bestünde - und zwar konkret, hier und heute. Bislang hat es darauf keine Antworten gegeben.

Eine Antwort kann wahrscheinlich auch nur sehr schwer gefunden werden, wenn man bedenkt, dass hier (auch) einem politischem Projekt der Prozess gemacht wird, das Geschichte ist. Die Angeklagten stehen wegen einer Politik aus den späten 80er Jahren vor Gericht, die ihren damaligen Trägerinnen und Trägern angesichts der politischen Verhältnisse der 90er Jahre nicht mehr angemessen erschien. Schon 1992 erklärten die RZ das "Scheitern unserer Politik".

Dieser Umstand drückte von Beginn an diesem Verfahren seinen Stempel auf und bestimmt das Verhalten der Angeklagten vor Gericht, die Schwierigkeiten der Soli-Arbeit und nicht zuletzt die Kontroversen, die es darüber in den letzten zwei Jahren gab, ohne dass diese hätten positiv gewendet werden können. Vorzuwerfen ist Viehmann, dass er so tut, als würde dieses Problem gar nicht existieren. Denn nur so kann sein Halbsatz "aus welchen Gründen auch immer" verstanden werden, mit dem er seine Kritik an der bisherigen Prozesstaktik abschließt.

Die Auflösung der RZ wurde in den eigenen Reihen nicht kritiklos und widerspruchsfrei hingenommen. Darauf hat Matthias Borgmann hingewiesen, wobei er auf die "eine oder andere widersprüchliche

Auflösungserklärung" der RZ Bezug nahm. "Und wenn man den damals veröffentlichten Erklärungen glauben darf, dann hatten sie offensichtlich ihre massivsten Kritiker in den eigenen Reihen organisiert." (ak 459) Ob dabei die Angeklagten eine Rolle gespielt haben, und wenn ja, welche Haltung sie dabei eingenommen haben, ist unerheblich. Aber mensch kann annehmen, dass der Auflösungsprozess der RZ für die daran Beteiligten selbst ein widersprüchlicher Vorgang war, der nicht ohne Brüche, Verwerfungen und Neuorientierungen vonstatten ging. Der gemeinsame politische Zusammenhang konnte gerade eben noch in einem selbstbestimmten Akt aufgelöst werden. Ein knappes Jahrzehnt später wird dann diese Vergangenheit zum Gegenstand eines Staatsschutzprozesses. Das Ergebnis ist bekannt und kann im Gerichtssaal 500 des Kriminalgerichts Moabit begutachtet werden. Natürlich wäre ein kollektives, solidarisches Verhalten der Angeklagten wünschenswert gewesen. Doch gab es die Bedingungen dafür?

Problematisch von Anfang an

"Der geforderte Preis, der Macht ein wenig zu Gefallen zu sein, widerspricht den eigenen (linken) Ansichten und Erkenntnissen und auch der eigenen (linken) Praxis, weswegen man in den Knast gekommen ist", gibt Viehmann zu bedenken. "Ein Deal wird mit Einzelnen auf Kosten anderer versucht, er funktioniert nie mit Kollektiven. Das vertrauensvolle solidarische Leben, Arbeiten und Kämpfen, was jede linke Organisierung herstellen will, wird gesprengt und das bürgerliche eigennützige Individuum wiederhergestellt." Die Organisation, die ein "vertrauensvolles, solidarisches Leben, Arbeiten und Kämpfen" herstellen wollte, ist Geschichte. Und wie jede/r interessierte ProzessbeobachterIn feststellen kann, verstehen sich die Angeklagten nicht als politisches Kollektiv. Nicht einmal ist geklärt, ob denn überhaupt alle Angeklagten Teil dieser Strukturen waren. Das einmal beiseite gelassen, ist diese Tatsache kaum überraschend, erinnert mensch sich an den Auflösungsprozess der RZ. Einen kollektiven politischen Neuanfang hat es nicht gegeben. Das Projekt war einfach zu Ende. Die Loyalität und Verantwortung gegenüber dem politischen Projekt, für das man Kopf und Kragen riskiert hatte, fiel somit auf den Einzelnen zurück. Warum das im Prozess nicht aufgefangen werden konnte, das müsste diskutiert werden. Matthias Borgmann gab jedenfalls zu bedenken: "Die Frage wäre leicht zu beantworten, wenn es die RZ noch gäbe. Dann hätte vielleicht durch den Bekennermut Einzelner die Organisation profitieren können. So eine Art bescheidenes Märtyrertum wäre dann zumindest möglich gewesen." (ak 459)

Dies hätte nur dann aufgefangen werden können, wenn der Prozess in einem politischen Umfeld stattgefunden hätte, das eine Auseinandersetzung mit den RZ eingefordert, umgesetzt und getragen hätte. Viehmann kritisiert, dass "die damals und heute herrschende Flüchtlings- und Kriegspolitik und die politischen Ziele dieses Verfahrens nie thematisiert oder gar angegriffen (wurden)". Aber welche Antworten hätte ein politischer Prozess über die RZ-Flüchtlingskampagne für die heutige antirassistische Praxis geben können? "Was eine antirassistische Flüchtlingspolitik anbelangt, kann ich nicht erkennen, dass diejenigen, die in den letzten Jahren aktiv waren, ihre politischen Bezüge in RZ-Erklärungen gesucht hätten. Daher empfinde ich eine Verengung auf das RZ-Thema als einen Rückschritt", gab ein FFM-Aktivist einen Monat nach der Verhaftung seines Kollegen Harald Glöde zu bedenken (ak 434). Man mag über diese Einschätzung streiten und hätte das vermutlich auch besser getan, eine solche Auseinandersetzung aber hat es nicht gegeben. Festzustellen ist auch, dass niemand diese Verbindung ernsthaft herzustellen versucht hat.

Bezeichnende Unmöglichkeit

Auch der Verweis auf die Veranstaltungen "Zeiten des Zorns - zur Geschichte und Politik der RZ", an denen über 2.000 Leute teilgenommen haben, helfen da nicht weiter. Schon gar nicht, als damit der Eindruck erweckt wird, es handele sich bei über 2.000 Veranstaltungsbesuchern und -besucherinnen per se um das Potenzial für eine derartige kontinuierliche Thematisierung. Festzuhalten bleibt doch, dass sich alle bisherigen Versuche, die Soli-Arbeit an solchen Überlegungen auszurichten, als nicht tragfähig erwiesen haben. Was vielleicht fataler ist, weil bezeichnend für die Situation der radikalen Linken: Über das Stadium der Kritik an der Soli-Arbeit ist dieser Ansatz nie hinausgekommen.

Aber wäre das nicht eine Vorbedingung gewesen, um die Angeklagten mit solch hohen Ansprüchen konfrontieren zu können. "Hier und heute aus dem Knast zu kommen, ist nicht das Wichtigste", so Viehmann. "Solidarität mit den Mitgefangenen ist wichtiger. Die Wirkung des eigenen Verhaltens auf die verbliebene politische Öffentlichkeit ist wichtiger. Eine ungebrochene Persönlichkeit und Biografie sind wichtiger, denn sie

sind ein guter Start in das Leben nach dem Knast. Ob der ein paar Monate oder gar Jahre früher oder später erfolgt, ist gerade bei halbwegs erträglichen Haftbedingungen zweitrangig."

Die Gegenüberstellung, die Viehmann hier aufmacht, ist schief. Sollte es sich wirklich um eine reale Alternative handeln, müsste geklärt werden, was diesen hohen persönlichen Einsatz rechtfertigt. Mehr als ein politisches Symbol persönlicher Widerständigkeit wäre das nicht. Sicherlich, für den Einzelnen mag ein Durchhalten für den "guten Start in das Leben nach dem Knast" eine notwendige Bedingung sein. Ein solches Handeln jedoch, vor dem Hintergrund der derzeitigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und des Standes der Klassenkämpfe, als die einzig gangbare politische Handlungsalternative sehen zu wollen, erscheint einigermaßen borniert.

Solidarität gilt für alle

Bleibt allerdings die Frage zu klären, wie die Gefangenen - und zwar alle - möglichst ungeschoren aus dem Prozess herauskommen. Unter den gegebenen Bedingungen kann der Maßstab dafür wohl nur sein, was die Einzelnen persönlich bereit sind, auf sich zu nehmen. Auch wenn sich die Ausgangsbedingungen verschlechtert haben, die Notwendigkeit der Solidarität mit den Gefangenen bleibt bestehen. Das gilt allerdings auch für die Gefangenen untereinander. Denn wie Klaus Viehmann zu Recht schreibt, "ein von Angeklagten direkt oder indirekt bestätigter Kronzeuge ist eine härtere Nuss".

Ob die Gemeinsamkeiten unter den Angeklagten aufgebraucht sind, wird sich im weiteren Prozessverlauf zeigen. Ein klärendes Wort könnte da hilfreich sein, zum Beispiel, indem man die Haltung von Matthias Borgmann und Harald Glöde gegenüber den Anwürfen des Gerichts und der Bundesanwaltschaft verteidigt, die sich einem Deal nach dem Motto "Sagen Sie irgendwas (Belastendes), und Sie sind (erst mal) ‚raus`" verweigern. So könnte man eventuell auch das Misstrauen Klaus Viehmanns ein wenig zerstreuen, der zu Recht auf ein weiteres Problem der Einlassung hinweist: "Wenn ehemalige Militante ... Aussagen machen, werden sie in ein paar Monaten oder Jahren noch schweigend sechs Monate Beugehaft oder gar eine neue Anklage hinnehmen?"

mb., Berlin

Anmerkung:

1) Alle kursiv gesetzten Zitate sind dem Text von Klaus Viehmann entnommen.

9. Operation Absturz. Lufthansas erfolglose Kriminalisierungsversuche gegen AbschiebegegnerInnen

Lufthansas erfolglose Kiminalisierungsversuche gegen AbschiebegegnerInnen

Autor: N., Libertad! · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:12

Gegen die kreativen Aktionen von AbschiebegegnerInnen bringt die Deutsche Lufthansa AG nun die Mittel der Justiz in Anschlag. Mit Anzeigen und Strafandrohungen geht sie gegen AktivistInnen der deportation.class-Kampagne und andere AntirassistInnen vor - bislang erfolglos. Auch die Online-Demonstration gegen Lufthansa wird ein prozessuales Nachspiel haben.

Jährlich werden 10.000 Flüchtlinge mit Linienmaschinen der Deutschen Lufthansa AG abgeschoben - ein unsauberes Geschäft, das lange Zeit im Verborgenen ablief. Seit etwa zwei Jahren ist das anders, denn die Image-Verschmutzungskampagne deportation.class, die kein mensch ist illegal 1999 startete, war ungewöhnlich erfolgreich. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsgruppen, KünstlerInnen und Internet-AktivistInnen haben sich ihr angeschlossen. Auch die Pilotenvereinigung Cockpit und die ÖTV wandten sich an Lufthansa und forderten ihre MitgliederInnen auf, sich nicht an den Zwangsabschiebungen zu beteiligen.

Die Kampagnen-Logos prangen mittlerweile auf zahlreichen Flugblättern, Aufklebern, Plakaten und Plastiktüten. Die Proteste gegen das Abschiebegeschäft sind zu einem festen Bestandteil in den Berichten über die Lufthansa-Aktionärsversammlungen geworden, im Kino laufen Trailer der Kampagne, es gibt Filmdokumentationen, und immer wieder finden zahlreiche und vielfältige Aktionen in ganz Europa statt.

Der Kranich im Angriffsflug

Im März 2001 riefen Libertad! und kein mensch ist illegal dazu auf, mit einer Online-Demonstration gegen die Abschiebungen der Deutschen Lufthansa AG zu protestieren. Dabei sollte die Lufthansa-Homepage während der Aktionärsversammlung der Fluglinie für zwei Stunden blockiert werden. Mehr als 150 Gruppen, darunter auch Gewerkschaften und NGOs, schlossen sich dem Aufruf und der breiten, inzwischen internationalen Kritik an der Abschiebepraxis an. Schon vor Beginn der Online-Demonstration erreichte die deportation.class-Kampagne ein breites Medienecho. Am 20. Juni 2001 trugen dann mehr als 13.000 TeilnehmerInnen mit millionenfachen Zugriffen auf die Internetpräsenz des Konzerns zum Erfolg der Protestaktion bei. Die Lufthansa-Server waren - obwohl sie zuvor mit reichlich Zusatzkapazitäten ausgestattet worden waren - so ausgelastet, dass sie während der Internetblockade zeitweise nicht erreichbar waren und keine Flugtickets mehr gebucht werden konnten.

Die gewitzten und unkonventionellen Mittel der deportation.class-Kampagne kratzen erfolgreich am Image der Lufthansa. Die Fluggesellschaft will aber auf das lukrative Geschäft nicht verzichten und erklärte sich weiterhin an den zum Teil tödlich verlaufenden Abschiebungen zu beteiligen. Mit Anzeigen und Strafandrohungen will sie sich den Dorn in ihrem Auge, zu dem die Kampagne zweifelsohne geworden ist, entfernen - bislang erfolglos.

Stellvertretend für die AbschiebegegnerInnen wurde die Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) wegen einer deportation.class-Plakatausstellung unter Druck gesetzt, die im Internet zu sehen ist. Seit Mai 2001 versucht die Lufthansa FFM wegen angeblicher Urheberrechtsverletzungen per einstweiliger Verfügung den Betrieb der deportation.class-Sites zu verbieten. Bei Zuwiderhandlung drohte der Konzern mit einem Ordnungsgeld von einer viertel Million Euro. Die einstweilige Verfügung wurde im Februar 2002 auch in zweiter Instanz vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main abgelehnt, weil FFM glaubhaft machen konnte, dass sie weder die inkriminierten Seiten betreibt noch Einfluss auf deren Gestaltung hat.

Klage gegen KünstlerInnen

Ein mit Abstürzender-Kranich-Logo und gelben "Lufttransa-Deportation-Class"-Schriftzug verzierter weißer Kleinbus war ein weiteres juristisches Ziel der Lufthansa. Der Bus war Teil eines Künstlerprojektes und wurde bei zahlreichen antirassistischen Aktionen im Rhein-Main-Gebiet und am Frankfurter Flughafen eingesetzt. Lufthansa sah dadurch "in nicht hinzunehmender Weise" ihr Image angegriffen, ihren geschützten Markennamen verunglimpft und gar ihre Sicherheit in Gefahr. Sie erwirkte eine einstweilige Verfügung, gegen die die Betroffenen Widerspruch einlegten.

Während der öffentlichen Verhandlung im Januar 2002 vor dem Frankfurter Landgericht gaben der auf seinen Doktortitel Wert legende Lufthansa-Rechtsanwalt und die dazugehörige Justiziarin kein gutes Bild ab. Verzweifelt versuchten sie geltend zu machen, dass der englischsprachige Begriff "deportation" eine Assoziation mit der Deportationspolitik in der NS-Zeit beabsichtige und deshalb als besonders rufschädigend einzuschätzen und deshalb zu untersagen sei. Auf Nachfrage mussten sie allerdings einräumen, dass Lufthansa bei Abschiebungen als Bezeichnung für die Betroffenen selbst den Begriff des "deportee" verwende. Weil "deportation.class" an die business- und economy-class angelehnt ist und es sich schließlich um eine internationale Kampagne mit durchgehend englischsprachigen Begriffen handelt, war schon in der Verhandlung absehbar, dass das Gericht der Lufthansa-Argumentation nicht folgen würde.

Die Lufthansa-Justiziarin trug zudem mit Einwürfen und Zwischenbemerkungen, die offenbar aus dem Gefühl der nahenden Niederlage resultierten, zum Amüsement der MedienvertreterInnen und BesucherInnen bei, die in dem kleinen Gerichtssaal zum Teil auf dem Boden sitzen mussten. Nach ihrem Verweis auf den 11. September und die Gefahr einer möglichen Einschleichung auf das Flughafengelände mit Hilfe dieses Busses, versuchte einer der Richter mit einem groben "Jetzt ist's aber genug!" die Justiziarin auf den Boden der Realität zurückzuholen.

Auch in diesem Fall hat das Landgericht alle Teile der Verfügung aufgehoben, mit der Lufthansa die Nutzung des Busses im öffentlichen Raum hat untersagen lassen. Es sah in der Aufmachung des Busses weder eine Verunglimpfung noch eine andere massive Herabsetzung. Auch der Einsatz des Busses bei künstlerischen Aktivitäten sei vom Grundrecht der Meinungs- und Kunstfreiheit gedeckt. Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig. Der Deportation-Class-Bus wurde in den letzten Monaten in einem Museum und einer Ausstellung über zeitgenössische Kunst und Kritik ausgestellt und ist zur Zeit bundesweit als Teil von politisch-künstlerischen Performances unterwegs. Er wird auch einen Beitrag zu den Protesten während der Lufthansa-Aktionärsversammlung am 19. Juni in Köln zusteuern.

Auch gegen die von der Medienöffentlichkeit mit großem Interesse verfolgte Online-Demo erstattete Lufthansa Anzeige. Darin sprach sie von einem großen erlittenen Schaden, den sie allerdings in ersten Pressemitteilungen nach der Demonstration ausdrücklich verneint und auch bis heute noch nicht beziffert hat. Die Staatsanwaltschaft wertete den Aufruf zum Internetprotest als Nötigung. Sie leitete ein Ermittlungsverfahren gegen den Domain-Inhaber der Initiative Libertad! und gegen den für die deportation.class-Zeitung presserechtlich verantwortlichen Aktivisten von kein mensch ist illegal ein. Sowohl auf der Internetpräsenz als auch in der Zeitung wurde über die Online-Demo informiert und dafür mobilisiert.

Die Staatsanwaltschaft ließ im Oktober 2001 die Tür des Frankfurter Dritte-Welt-Hauses einschlagen, das Büro von Libertad! und von weiteren dort ansässigen Initiativen sowie die Wohnung des eingetragenen Domain-Inhabers vom Staatsschutz aufbrechen und sämtliche Rechner, Festplatten und andere Speichermedien beschlagnahmen. Da unstrittig ist, dass Libertad! auf Papier und elektronisch zu der Protestaktion aufgerufen hatte, kann hinter der Beschlagnahme nur die Absicht stecken, einen umfassenden Einblick in die Arbeit von Libertad! zu gewinnen, dem Verein wirtschaftlich zu schaden und ihm die technische Arbeitsgrundlage zu entziehen.

Wegen angeblicher Arbeitsüberlastung seit dem 11. September lehnten sowohl das BKA als auch das hessische LKA den Beginn der Sichtung der insgesamt zehn beschlagnahmten Computer vor Dezember 2002 zunächst ab. Erst die rechtsanwaltliche Androhung einer einstweiligen Verfügung und einer gerichtlichen Klärung der Verhältnismäßigkeit bewirkte, dass das LKA nun doch die Prüfung vorzieht.

Lufthansa hatte den Ermittlungsbehörden die IP-Adressen der Rechner, die zur Zeit der Demonstration die Lufthansa-Webseiten besuchten, und die jeweilige Anzahl der Zugriffe mitgeteilt. Der Staatschutz stufte diejenigen als potenzielle DemonstrantInnen ein, die im fraglichen Zeitraum mehr als 2.000-mal die Seiten

aufriefen, und bat Provider, die IP-Adressen in reale BenutzerInnen aufzulösen. Ob das geschah, ist aus den bisherigen Ermittlungsakten nicht ersichtlich. Eine mögliche Ausweitung der Kriminalisierung auf andere AufruferInnen und potenzielle TeilnehmerInnen ist jedoch fraglich. Die vor der Online-Demo und unmittelbar nach den Durchsuchungen öffentlich geäußerte Solidarität zahlreicher Gruppen und Einzelpersonen erschwert ein solches Vorhaben. Nicht ohne Grund lautet der Vorwurf nur auf Nötigung, womit die schwierige Bewertung von Protest im Internet vermieden wird. Ein bereits vor der Online-Demo verfasstes Gutachten des BKA bringt die Verunsicherung der Ermittler zum Ausdruck. Auf Grund fehlender Gesetze fällt ihnen eine juristische Beurteilung schwer. Sie sahen von einem Eingreifen vor der Demo am 20. Juni 2001 ab, weil sie diese offenbar nicht als Straftat werteten.

Die Online-Demo wird mit Sicherheit ein prozessuales Nachspiel haben. Großes Interesse daran bekunden sowohl die InitiatorInnen AnwältInnen und Anwaltsvereinigungen, die ihre Unterstützung zusagten, als auch die Ermittlungsbehörden, die durch eine dann erfolgte Rechtsprechung erstmalig juristisch Handhabbares erhalten werden. Der noch nicht terminierte Prozess wird erneut das schmutzige Geschäft der Lufthansa in die Öffentlichkeit bringen. Auf Grund der neuen Aktionsform und des Präzedenzcharakters des Prozesses wird er große Aufmerksamkeit auf sich ziehen und ebenso öffentlichkeitswirksam sein wie die Online-Demo selbst. Die deportation.class-Kampagne kann - egal, wie der Richterspruch ausfallen wird - nur gewinnen. Im Prozess wird es aber um mehr gehen als um die Kampagne gegen Abschiebungen. Es geht um die mit der Online-Demo zum ersten Mal in der BRD praktizierte Aktionsform eines virtuellen Sit-ins, um Netzaktivismus, die Zukunft von Protest im Netz und um die Demonstrationsfreiheit im Internet als öffentlichen Raum, dem Ort, an den viele Konzerne in Zukunft ihre Geschäfte mehr und mehr verlagern werden.

Ermittlungen und bevorstehender Prozess

Auf der Homepage der Online-DemonstrantInnen http://go.to/online-demo wurde inzwischen ein Software-Bausatz für Online-Demonstrationen ins Netz gestellt. "Wir hoffen, dass eProtest im Zeitalter von eCommerce Schule macht", erklärte eine der OrganisatorInnen, "und wir rufen alle DemokratInnen und AbschiebegegnerInnen dazu auf, online und offline gegen diese kleingeistige Polizeistaatsmentalität zu protestieren." Wer seine Unterstützung erklären möchte, setze sich mit Libertad! in Verbindung (kampagne@libertad.de) und/oder spende für die neu angeschafften Computer und für anstehende Prozess- und Anwaltskosten auf das Konto: Förderverein Libertad! e.V., Ökobank BLZ 500 90 100, Konto-Nr. 202 158 10, Stichwort: "Online-Demo". Dokumentationen und Informationen zur Online-Demo und der anschließenden Repression sowie die Möglichkeit elektronischen Protests unter http://www.libertad.de

N., Libertad!, Frankfurt am Main

http://www.deportation-alliance.com

http://go.to/online-demo

http://www.libertad.de

10. Globalisierung und Gesundheit. Wenn aus PatientInnen KundInnen werden

Autor: Andreas Wulf · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:17

Was haben Männer in Harlem und Männer in Bangladesh gemeinsam? Eine Lebenserwartung von 58 Jahren. Folge einer radikal ungleichen Verteilung von Lebens- und Gesundheitschancen, die wiederum Folge des globalisierten Kapitalismus ist: Ein Überblick über die Auswirkungen von Globalisierung auf staatliche Gesundheitssysteme und menschliche Gesundheit.

Vor allem die im Rahmen von Globalisierungsmaßnahmen vorgenommene Liberalisierung von Finanz- und Arbeitsmärkten hat einen negativen Einfluss auf Verteilungsgerechtigkeit und Gesundheitsverhältnisse, weil dabei gewerkschaftlich ausgehandelte Mindestlöhne und Höchstarbeitszeiten unter die Räder kommen und Arbeitsschutzbestimmungen kaum noch eingehalten werden. Die Maquila-Industrien in Mittelamerika sind dafür ebenso charakteristisch wie die "Sweat shops" (Schwitzbuden) in den USA, in denen meist illegalisierte MigrantInnen für die Bekleidungsmultis schuften.

Besonders krass zeigen sich die gesundheitlichen Folgen der Globalisierung auch in den Staaten der früheren Sowjetunion. Der massive ökonomische Einbruch der 90er-Jahren brachte steigende Arbeitslosenzahlen und die Zunahme sozialer Ungleichheit mit sich. Depressionen, Alkoholismus, stress-bedingte Symptome und Tod durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Suizide und Gewalt treffen vor allem eine neu entstandene Schicht von "Transitionsverlierern": zumeist männliche Arbeiter, Kollektivbauern und mittlere Parteifunktionäre ohne weitergehende Ausbildung, oftmals schließlich arbeitslos geworden, sowie Migranten oder Angehörige ethnischer Minderheiten. Die Reprivatisierung der großen Staatsbetriebe brachte eine neue Elite hervor, deren Aneignungsstrategien oft auf Korruption und mafiösen Methoden beruhen, was bei den VerliererInnen zusätzlich zu den materiellen Notlagen Gefühle von ohnmächtiger Wut, Hoffnungslosigkeit und Kränkung erzeugt, die wiederum die soziale und gesundheitliche Misere verstärken. So fiel die Lebenserwartung von 1989 bis 1999 in Russland, Weißrussland, Kasachstan und der Ukraine für Männer um 3 bis 4,5 Jahre, bei Frauen war dieser Verlust etwas geringer. Schätzungsweise vier Millionen zusätzliche Tote gehen auf das Konto der ökonomischen Krise in diesen Ländern.

Öffentlicher Abbau von Gesundheit

Doch Statistiken bilden das Ausmaß der gesundheitlichen Folgen nur unzureichend ab. Auch in Ländern mit nur vorübergehenden ökonomischen Krisen in den "globalisierten" 90er-Jahren sind gesundheitliche Folgen des plötzlichen Einkommensverlustes vieler Haushalte auch noch lange nach der Erholung der makroökonomischen Raten spürbar. Untersuchungen der Weltbank über die Folgen der mexikanischen (1995) und thailändischen (1997-98) Finanzkrisen belegen langfristige Verschlechterungen des Gesundheitszustandes von Kindern. Häufig mussten Kinder während der Finanzkrise die Schule verlassen und an gesundheitsgefährlichen Arbeitsplätzen zum Familieneinkommen beitragen. Akute Unterernährung kann darüber hinaus zu dauerhaften geistigen Leistungseinbußen führen.

Im marktorientierten Paradigma der Globalisierung gilt der öffentliche Sektor mit seinen - mehr oder weniger - abgesicherten Arbeitsplätzen als ineffizient. Anreize zum besseren Wirtschaften soll der Wettbewerb schaffen. Die Privatisierung der staatlichen Gesundheitssysteme war deshalb in den 80er- und 90er- Jahren weltweit das Patentrezept der WirtschaftsstrategInnen. Der Staat soll sich auf seine Rolle als Rahmensetzer zurückziehen. Der Markt soll mehr Transparenz und Kontrolle des Leistungsangebotes gewährleisten. PatientInnen sollen sich nicht mehr als dankbare HilfsempfängerInnen, sondern als KundInnen verstehen, die ihre Gesundheitsdienstleistungen kompetent einkaufen. Krankenversicherungen, ÄrztInnen, TherapeutInnen und Pflegende sollen sich als AnbieterInnen solcher Leistungen definieren. Am radikalsten verordnete man diese Rezepte den hochverschuldeten Entwicklungsländern, die durch die Reduktion oder den kompletten Abbau der öffentlichen Dienste ihre Ausgabenseite sanieren sollten. Dies betraf Gesundheit und Bildung, aber auch öffentliche Subventionen für Grundnahrungsmittel. Auch in den Industriestaaten wurden die Konzepte von Wettbewerb und ökonomischen Anreizen zur Kosteneinsparung und Effizienzsteigerung der

Gesundheitssysteme favorisiert. Die "Health Sector reform." war das Schlagwort des Jahrzehnts. Mit ihm führte man den "kontrollierten Wettbewerb" ein.

Public-private Mix und Brain Drain

Eine schon lange existierende Form der Globalisierung im Gesundheitswesen ist die Arbeitsmigration von GesundheitsarbeiterInnen. Der größte Teil dieser ArbeitsmigrantInnen geht vom Süden in den Norden, also von Entwicklungs- (oder Schwellen-)ländern in die reichen Zentren der Welt. Typische "Export-Länder" sind Indien, die Philippinen und Südafrika, von wo aus ÄrztInnen, Pflege- und technisches Personal in die Golfstaaten, die USA, Großbritannien und Australien emigrieren. 70 Prozent aller philippinischen Krankenschwestern arbeiten außerhalb des Landes. In Südafrika verlässt ein Drittel bis die Hälfte aller AbsolventInnen der medizinischen Fakultäten das Land kurz nach dem Examen. Die südafrikanische Gesundheitsministerin verhandelte erst kürzlich mit der kanadischen Regierung, um die offensiven Anwerbepraktiken der kanadischen Krankenhäuser einzuschränken. Mit sich verschlechternden Arbeitsperspektiven im eigenen Land und sinkenden Löhnen im öffentlichen Sektor verschärft sich diese Tendenz, die aus individueller Sicht völlig verständlich ist, für das Versorgungssystem als Ganzes aber katastrophale Folgen hat. Ein systematischer Abfluss von Fachwissen setzt ein, das in den Ländern des Südens dringend benötigt wird.

Dieser externe "Brain Drain" wird durch einen internen Wissensabfluss verstärkt: Viele GesundheitsarbeiterInnen können nicht mehr allein von den öffentlichen Löhnen leben und wandern ganz oder teilweise in das private Gesundheitssystem ab. Tendenziell folgen aus dieser Entwicklung die Vernachlässigung der Arbeit im öffentlichen Sektor sowie die Rekrutierung von PrivatpatientInnen aus den öffentlichen Sprechstunden, die z.B. ÄrztInnen noch abhalten. Diese Überlebensstrategien der GesundheitsarbeiterInnen gefährden besonders für diejenigen den Zugang zu einer geregelten Gesundheitsversorgung, die solche teil- oder ganzprivatisierten Dienste nicht aus der eigenen Tasche bezahlen können. Vielfach funktionieren staatliche Kompensationsmechanismen für Bedürftige nur unzureichend. Auch die Diskrepanz zwischen der gesundheitlichen Versorgung in den Städten und der Versorgung in den ländlichen Gebieten verschärft sich, weil nur in den Städten GesundheitsarbeiterInnen genügend Gelegenheit zu privater Arbeit finden, weshalb sie die Städte ungern verlassen.

Wie ein kaputtes Auto ...

Die Kombination aus ökonomischer Notwendigkeit und Marktideologie, nach der sich jeder selbst die nächste ist, führt nicht nur zu einer radikalen Beschädigung des professionellen Ethos. Sie verstärkt auch die Entwicklung eines zweigeteilten Gesundheitssystems: Auf der einen Seite gibt es ein schäbiges öffentliches System mit unmotiviertem, überarbeitetem und schlechter qualifiziertem Personal, auf der anderen Seite einen Privatsektor, der qualifizierte Leistungen nur gegen Bezahlung bereitstellt und der keine Verantwortung für die gesundheitliche Versorgung der ökonomisch Schwachen übernimmt.

Auch wenn diese Verhältnisse hierzulande in Kürze kaum zu erwarten sind: Vergleichbare Tendenzen sind auch in unserem Gesundheitssystem festzustellen. Die Verwandlung des Ärztin-Patienten-Verhältnisses in eine Geschäftsbeziehung nach der Logik der Dienstleistungsmärkte macht aus PatientInnen KundInnen, die Leistungen nachfragen, die von den AnbieterInnen (ÄrztInnen, TherapeutInnen, Pflegenden) angeboten werden.

Gegen das PatientIn-als-KonsumentIn-Konzept gibt es eine Menge einzuwenden. So ist der Informationsvorsprung der medizinischen ExpertInnen prinzipiell uneinholbar. Die Nachfrage der PatientInnen erfolgt in der Regel unspezifisch und wird erst durch die Fachkompetenz der AnbieterInnen zu einem Angebot konkreter Dienstleistungen. Auch ist PatientInsein mit Ängsten, Schmerzen und Hilfsbedürftigkeit verbunden und macht eine vertrauensvolle Haltung gegenüber den HelferInnen erforderlich, die die Rolle der/s "souveränen KonsumentIn" schwächt. Schließlich tendiert das Marktmodell zur Ausweitung der durchgeführten Maßnahmen, unabhängig von ihrem Nutzen. Denn auch der Medizinbetrieb unterliegt der für Warengesellschaften typischen Logik, wonach "mehr Medizin" automatisch besser für die Gesundheit und "teurere Medizin" besser als "billige Medizin" ist. Somit werden auch finanziell gutgestellte PatientInnen vielleicht wie "königliche KundInnen" bedient, aber nicht wie kranke Menschen behandelt..

Wichtig ist daher nicht nur, die Seite der PatientInnen zu stärken, wie es im Bereich der chronischen Erkrankungen durch Selbsthilfegruppen geschieht, in denen PatientInnen zu ExpertInnen in eigener Sache werden. Das KonsumentInnenkonzept muss generell in Frage gestellt werden, weil es die Eigenleistung der PatientInnen bei der Herstellung der eigenen Gesundheit systematisch ausblendet. Dies ist der wesentliche Unterschied zwischen dem kranken Menschen und dem kaputten Auto, das man in die Reparatur gibt.

Zudem verdeckt das KonsumentInnen-Konzept auch die soziale Dimension der Abhängigkeit von medizinischen ExpertInnen: Bessere Bildung ermöglicht mehr Handlungsspielräume ihnen gegenüber, und so gewinnen Mittel- und Oberklassen-Angehörige von den Wahlmöglichkeiten nach dem KonsumentInnenkonzept mehr als Angehörige niedrigerer Schichten.

Vom Krankenhaus zum Profitcenter

Verschärft wird diese Tendenz durch eine weitere Form des Handels mit Gesundheitsdienstleistungen: der kommerziellen Präsenz von großen Krankenhauskonzernen, die mit Joint Ventures zusätzliche private Einrichtungen in anderen Ländern aufbauen; zum Teil, um die niedrigeren Lohnkosten für einen "Behandlungstourismus" zu nutzen, zum Teil, um das kaufkräftige Segment des jeweiligen Landes abzuschöpfen. Mit der Konzentration auf High-Tech-Medizin im Gegensatz zu breiteren Dienstleistungen werden Ressourcen speziell für diejenigen eingesetzt, die dafür bezahlen können. Thailand ist ein Beispiel für eine solche Dynamik im Gesundheitsbereich. Nach der Eröffnung von Joint-Venture-Krankenhäusern setzte ein interner Brain Drain ein, der die höher qualifizierten Kräfte in den privaten Bereich zog und die Versorgung im öffentlichen Sektor und besonders in den ländlichen Gebieten weiter beeinträchtigte.

Auch in Indien werden Joint Ventures benutzt, um im Vergleich zu den westlichen Industriestaaten kostengünstige Behandlungen anzubieten. So kosten dort Bypass-Operationen ein Zehntel des üblichen Preises in den USA. Außerdem verzehnfachte sich der Betrag, den PatientInnen aus Bangladesh zwischen Mitte und Ende der 90er-Jahre in Indien für spezialisierte Gesundheitsversorgung ausgaben, zumeist für Krebs-, Herz-und Nierenerkrankungen. Jordanien und der Libanon sind vergleichbare regionale Zentren für High-Tech-Medizin im Mittleren Osten.

So wird die Kluft zwischen attraktiven PatientInnen, an denen sich verdienen lässt, und lästigen Armen, deren Behandlung sich betriebswirtschaftlich nicht lohnt, immer größer. Auch die gegenwärtige Umgestaltung der Krankenhäuser in Deutschland folgt dieser Tendenz.

Pille gegen Hundeheimweh ...

Die Kosten für die stationäre Versorgung sind der größte Einzelposten in der gesetzlichen Krankenversicherung. Dementsprechend groß ist das Interesse, hier durch verstärktes betriebswirtschaftliches Management Kosten einzusparen. Dazu gehören auf der Tagesordnung marktliberaler Gesundheitspolitik neben der Privatisierung von Krankenhäusern vor allem interne Umstrukturierungen: Aus Verwaltungseinheiten, aus Service-Bereichen wie Wäscherei oder Küche, aus klinischen Fach-Abteilungen macht man sogenannte Profit-Center, die im Rahmen der Krankenhausgesamtplanung eigenständig wirtschaften. Diese Gesundheits-Unternehmen orientieren ihre Angebote direkt an dem Bedarf ihrer "KundInnen" und nutzen Gewinne selbst zur Reinvestition oder Umsatzbeteiligung der MitarbeiterInnen.

Mögliche Vorteile dieser Konzepte liegen neben der größeren Transparenz und Optimierung von Abläufen innerhalb der Profit-Center in der stärkeren Motivation und Eigenverantwortlichkeit der MitarbeiterInnen. Diese können ohne Zweifel zu wichtigen und längst überfälligen Verbesserungen der Institution Krankenhaus führen, was die Arbeitsbedingungen und die Freundlichkeit gegenüber den PatientInnen angeht. Doch auf der anderen Seite gibt es erhebliche Risiken: Die gesundheitspolitische Zielvorstellung einer gesicherten Krankenhausversorgung für die gesamte Bevölkerung lässt sich mit Profit-Center-Strukturen schwerlich vereinbaren. Durch die Bildung eigenverantwortlicher Unterstrukturen innerhalb des Krankenhauses fallen wichtige Möglichkeiten des finanziellen Ausgleichs zwischen teureren und weniger teuren "Fällen" weg. Die Kassen finanzieren in diesem Konzept nicht mehr Krankenhaustagessätze, sondern festgelegte Entgelte für standardisierte Behandlungsfälle. Schon wenige, besonders "teure" Behandlungsfälle können deshalb die betriebswirtschaftliche Rechnung des Profit-Centers aus der Bahn werfen. So muss die Behandlung kostenintensiver PatientInnen systematisch vermieden werden. Schon jetzt zeigt sich die Tendenz in

betriebswirtschaftlich streng geführten Krankenhäusern, solche PatientInnen trotz offiziellem Versorgungsauftrag abzuwehren.

... statt Impfung gegen Malaria

Am deutlichsten zu erkennen ist diese Entwicklung in den USA. Die Untersuchungen der US-amerikanischen Konsumentenorganisation Public Citizen dokumentieren in allen Teilen der USA diese illegalen Praktiken, das sogenannte Patienten-Dumping, sowohl in Häusern, die "for profit" als auch in solchen, die "non-for-profit", geführt werden. (1) Damit wird die strukturelle Logik solcher Mechanismen auch gegen politisch anderslautende Vorgaben durchgesetzt.

In der Welthandelsorganisation WTO ist ein heiß debattiertes Thema die Arzneimittelproduktion. Die Transnationalen Pharmamultis wollen sich ihre Erfindungen und Entdeckungen mit einem 20-jährigen Patentschutz weltweit absichern lassen. Dabei werden sie vor allem von den USA und anderen Industriestaaten mit exportorientierter Pharmaindustrie wie der EU oder der Schweiz unterstützt. Das Patentrecht soll für diesen langen Zeitraum die Profite der HerstellerInnen sichern und eine effektive Produktkonkurrenz durch kostengünstige Nachahmerpräparate verhindern. In den letzten beiden Jahren wurden die enormen Preisdifferenzen zwischen konkurrierenden Präparaten vor allem am Beispiel der virushemmenden Medikamente zur Behandlung von AIDS diskutiert. Das führte zu einem unerwartet erfolgreichen Druck auf die Hersteller, erhebliche Preisnachlässe zuzulassen. Dabei könnte man die Tatsache, dass es überhaupt eine medikamentöse Therapieoption für die Gesundheitskatastrophe AIDS in den Entwicklungsländern gibt, einen glücklichen Zufall nennen, wenn das Wort "Glück" in diesem Zusammenhang nicht zynisch wäre. Denn die meisten der Gesundheitsprobleme der Marginalisierten in diesen Ländern sind in der Logik der Pharmakonzerne, ihrer ManagerInnen und AktionärInnen im wahrsten Sinne des Wortes nichts wert. Arme verfügen über keine Kaufkraft, die das Engagement für neue Medikamente oder Impfstoffe gegen Malaria, Tuberkulose oder Schlafkrankheit rentabel erscheinen lassen.

Auf der Suche nach den großen Gewinnern im Kampf um die Marktprozente konzentriert man sich auf die Probleme und Bedürfnisse der wohlhabenden Staaten: auf das nächste Antidepressivum, den neuesten Blutdruck- oder Blutfettsenker oder auch auf Viagra für Frauen. Erst kürzlich soll jetzt endlich der Genort des männlichen Haarausfalls gefunden worden sein, so dass wir wahrscheinlich bald mit dem ultimativen Medikament gegen diese vorletzte Hürde auf dem Weg zur ewigen Jugend rechnen können. Selbst ein Mittel gegen Heimweh von Haustieren ist bei einem Pharmamulti in der Entwicklung.

In Deutschland führte eine unerwartete, punktuelle "große Koalition" aus Unionsparteien und SPD 1992 mit der Gesundheitsreform eine begrenzte Konkurrenz der gesetzlichen Krankenkassen um Versicherte ein. Wirtschaftlichkeitsreserven sollten erschlossen und Beiträge, das heißt Lohnnebenkosten stabil werden. Zwar führte man auch interne Umverteilungsmechanismen - den sog. "Risikostrukturausgleich" - zwischen den Versicherungen ein. Aber der Wettbewerb um die "besseren" gegen die "schlechteren" Risiken, also um diejenigen, die weniger Kosten verursachen als Beiträge zahlen, ist der wesentliche Mechanismus, der im Wettbewerb Erfolg verspricht. Von den Folgen sind nicht nur chronisch Kranke betroffen. Auch Angehörige der sogenannten unteren Schichten werden zu Risikogruppen, weil sie auf Grund ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen stärker von Krankheit, Behinderung und vorzeitigem Tod bedroht sind.

Die chilenische Militärdiktatur hat schon vor 20 Jahren vorexzerziert, wie man die allgemeine, solidarisch finanzierte Sozialversicherung zu Gunsten der Krankenkassenkonkurrenz abbaut: Gezielt werben private, profitorientierte Krankenversicherungen junge, gutverdienende KundInnen an, denen die Kassen im Verhältnis zur Einkommensklasse günstige Einstiegsprämien anbieten können, während ärmere, besonders kinderreiche Familien weiterhin auf die öffentliche Grundversicherung angewiesen sind, die wie die deutsche gesetzliche Krankenversicherung lohnabhängige Beiträge kennt. Damit bedienen sich die Kassen der Technik der Rosinenpickerei, da sie gezielt den sozial besser gestellten Teil der Gesellschaft versorgen, der außerdem geringere Erkrankungsrisiken trägt, die überall auf der Welt gleich sozial ungleich verteilt sind.

Konkurrenz der Rosinenpicker

Aber auch die Besserverdienenden werden durch hohe Zuzahlungsregelungen bei schwerwiegenden und vor allem lang andauernden, chronischen Krankheitsverläufen in ihrer vermeintlich besseren Absicherung enttäuscht. Die wenigsten Versicherten wissen genau über ihren Versicherungsschutz Bescheid, den sie

zudem in "gesunden Zeiten" abschließen, wenn es für die Versicherten schwierig ist, mögliche zukünftige Krankheitssituationen einzuschätzen. So sind die Versicherten mit steigendem Alter, wenn die Versicherungsprämien auch für Besser- und Gutverdienende oft unbezahlbar werden, wieder auf die öffentliche Sozialversicherung angewiesen - just dann, wenn erfahrungsgemäß chronische Beschwerden und Erkrankungen zunehmen. Auf diese Weise entlastet sich die private Versicherungsbranche zusätzlich von Kosten und schiebt die Einkommensschwächsten, die Krankesten und Ältesten dem öffentlichen Sektor zu.

So weit das chilenische Modell. Bei den Diskussionen rund um die Reform der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland werden vergleichbare Tendenzen sichtbar; vor allem in der Teilprivatisierung der Rentenversicherung. Auch die Diskussionen um Rückerstattungen von Krankenkassenbeiträgen für kostengünstig Versicherte zeigen bereits die Richtung an, in die gedacht wird. Noch ist das gesundheitspolitische Solidarprinzip nicht aufgegeben und ermöglicht so Umverteilungen zwischen Jungen und Älteren, Familien und Singles, Männern und Frauen, Menschen mit höheren und niedrigeren Gesundheitsrisiken, Besser- und Schlechterverdienenden. Aber der Wettbewerb um die "guten Risiken" findet verdeckt schon statt. Gezielt werden zusätzliche Angebote gemacht, die neue Mitglieder werben sollen, die ein günstiges Risikoprofil aufweisen. Die Kassen umwerben die flexible, moderne, gutverdienende und gesundheitsbewusste Mittelschicht. Und die wandert von den großen Kassen ab hin zu neuen nur noch per Telefon und E-Mail erreichbaren "virtuellen Betriebskrankenkassen". Diese zeigen sich im Gegenzug für den verringerten personalintensiven Service dann besonders großzügig bei der Bewilligung alternativer Therapieformen wie Akupunktur und Naturheilkunde. Auf der anderen Seite nehmen die Umverteilungspotenziale in den großen Kassen ab, zumal diese bereits durch verringerte Einnahmen infolge der hohen Arbeitslosenzahlen belastet sind, für die die staatlichen Stellen nur reduzierte Beiträge bezahlen.

So treibt die Einführung von Wettbewerb, Privatisierung und Konkurrenz die Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung voran. Dadurch geraten wichtige Ziele in der Gesundheitspolitik in Gefahr, wie Solidarität oder gleicher Zugang zu einer qualifizierten Gesundheitsversorgung. Die Profitlogik, das treibende Moment im kommerzialisierten System, bevorzugt diejenigen, denen es sowieso schon besser geht, die sich eine bessere Marktübersicht verschaffen können und die sich um ihre Gesundheit in einer gewissen Weise kümmern können. Andere, die mehr auf soziale Umverteilungsmechanismen und auf gesellschaftliche Solidarität angewiesen sind, werden systematisch ausgeschlossen und weiter marginalisiert.

Für eine Orientierung auf einen gerechten, gesicherten Zugang zu Gesundheitsdiensten und darüber hinaus auf eine Perspektive, die die sozialen Ungleichheiten in Hinsicht auf Krankheit und Tod verringern will, steht die Forderung nach dem Menschenrecht auf Gesundheit. Natürlich ist mit dem Zugang zum Gesundheitssystem noch nicht Gesundheit hergestellt. Vielfach sind es viel grundlegendere Dinge als das Gesundheitswesen, die dazu beitragen, dass Menschen besser, gesünder und länger leben können. So banale Dinge wie gute, ausreichende Nahrung, sauberes Wasser, sanitäre Einrichtungen, gute Wohnmöglichkeiten, ein sicheres Einkommen, stabile soziale Beziehungen, die Abwesenheit von Krieg, Gewalt und Ausbeutung. Für diese Perspektive stand und steht die alte Strategie der primären Gesundheitfürsorge (Primary Health Care), die die Weltgesundheitsorganisation 1978 verabschiedete und die kurz danach in den meisten Ländern unter die Räder der beginnenden marktwirtschaftlichen Orientierung der Strukturanpassungsmaßnahmen kam.

Von Opfern zu ProtagonistInnen

Vergessen wurde sie aber nicht, vor allem nicht von den Betroffenen selbst, denn das PHC-Konzept betont nicht nur die Verantwortung des Staates zur Gewährleistung dieser Grundversorgung aller mit den notwendigen Diensten; es stellt die aktive Beteiligung der Menschen an der Planung und Durchführung "ihrer" Gesundheitsdienste ebenso heraus, wie die Notwendigkeit eines aktiven Beitrags jedes und jeder einzelnen an seiner oder ihrer Gesundheit.

Das Recht auf Gesundheit entsteht aus beidem, dem formulierten Rechtsanspruch und dem Aktivwerden der Menschen, ihn umzusetzen. So setzt sich zum Beispiel die südafrikanische Treatment Action Campaign (2) in diesem Sinne aktiv für die Rechte der AIDS-Kranken auf Behandlung ein und ist zugleich ein treibender Faktor in der Bekämpfung dieser Epidemie in Südafrika.

Auch die Idee einer ganzen Weltgesundheitsversammlung von unten, wie sie schon lange von den GesundheitsaktivistInnen als Gegenstück zur jährlich stattfindenden Weltgesundheitsversammlung der staatlichen VertreterInnen geplant war, konnte im Dezember 2000 in Bangladesh verwirklicht werden, nachdem ein ganzes Jahr lang Aktivitäten zur Vorbereitung in allen Teilen der Welt stattgefunden hatten. Die dabei vertieften Kontakte werden in den jeweiligen Kontinenten fortgeführt (3).

Wenn Gesundheit für alle mit Solidarität, Umverteilung und gemeinsamem Engagement zusammenhängt, dann ist das Marktmodell sicher nicht die beste aller möglichen Lösungen. Welche anderen Lösungen möglich wären, sollten wir nicht ExpertInnen überlassen. Wie die People's Health Assembly sagte, ist es wichtig, von Opfern zu ProtagonistInnen zu werden.

Andreas Wulf

Anmerkungen:

1) Public Citizen Report: Questionable Hospitals: Patient Dumping Report (2001), www.citizen.org/questionablehospitals/

2) http:// www.tac.org.za

3) http://www.phamovement.org

Diesen Beitrag haben wir mit freundlicher Genehmigung des Autors der Internet-Zeitschrift http://www.links-netz.de entnommen und veröffentlichen ihn in einer gekürzten und redaktionell bearbeiteten Fassung.

11. Wahlkampf um Zuwanderung. Rot-Grün geht es um Deutschland, der Union um die Deutschen

Autor: Juliane Schmidt · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; CDU/CSU; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:09

Dafür, dass die WählerInnen im politischen Establishment durch die Bank als leicht manipulierbares Stimmvieh gelten, sind sie doch recht schlau. Und das anscheinend gerade bei einem Thema, mit dem die Regierungskoalition sie unbedingt verschonen will. Alle Umfragen der letzten Wochen bezeugen, dass die Mehrheit den Konflikt um das Zuwanderungsgesetz für reine Show hält. Da haben sie weitgehend Recht.

Angefangen hatte alles mit einem richtigen Thema, über das sich die Parteien noch vor wenigen Monaten einig gewesen waren: nämlich, dass sowohl Zuwanderung als auch ein Zuwanderungsgesetz notwendig seien. Der im August 2001 von Innenminister Otto Schily (SPD) vorgelegte Gesetzesentwurf war von der CDU wohlwollend aufgenommen worden, Differenzen schienen minimal. Die SPD wiederum machte früh deutlich, dass sie in dieser Frage eng mit den Christdemokraten zusammenarbeiten wollte. Nicht nur, um einen breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen, sondern vor allem, weil die Regierungsparteien auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat, den das Gesetz passieren muss, auf die Stimmen der unionsgeführten Länder angewiesen sind. Tatsächlich schien ein Kompromiss möglich. Damit war spätestens mit dem 11. September und dem beginnenden Bundestagswahlkampf Schluss.

Union erfindet "Ausländerfrage" neu

Die Auseinandersetzung um den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU war auch eine um die künftige Strategie der Partei, die allgemein als weitgehend profillos gilt. Mit der Kür Stoibers zum Kandidaten fiel auch die Entscheidung, die "Ausländerfrage" aufs Neue zu erfinden, um so der CDU/CSU ein Feld zu schaffen, auf dem sie sich gegenüber Rot-Grün inszenieren kann. So stellten sie Punktekataloge auf, von deren Berücksichtigung sie ihre Zustimmung zum Gesetz abhängig machten. Ging Schily in der Folge auf diese Forderungen ein und änderte den Entwurf, war die Union trotzdem nicht zufrieden.

"Die CDU wollte von Anfang an nicht kooperieren", sagt Memet Kilic, Vorsitzender des Bundesausländerbeirates, "eigentlich ist Schily für den Rechtsruck der CDU verantwortlich. Damit, dass er immer weiter auf sie zugegangen ist und die Grünen und alle anderen hat links liegen lassen, konnten sie sich immer weiter nach rechts bewegen." Als die Forderungen immer alberner wurden, konnte man es nicht mehr ignorieren: Die Bundes-CDU wollte dieses Gesetz einfach nicht. Sollte nicht eine Schlappe für die Regierung daraus werden, blieb nur noch die Möglichkeit, einzelne Landesregierungen zu umwerben. SPD und Grünen schwebte ein Coup wie im Jahr 2000 vor, als sie vor allem durch großzügige Finanzspritzen die unionsgeführten Länder Berlin, Bremen und Brandenburg dazu bringen konnten, gegen die Linie der Bundes-CDU und für die Steuerreform zu stimmen. Das hat jedoch dieses Mal genauso wenig geklappt, wie der Versuch der Union, mit einem Vermittlungsverfahren die Sache zu verschleppen.

Die SPD hat sich dann durchgesetzt, mit unlauteren Mitteln, wie einige sagen. Das wird ihr allerdings nicht allzu viele Sympathiepunkte kosten. Denn spätestens seit sich der Schaum vor Roland Kochs (CDU) Mund und das hasserfüllte Schweigen Jörg Schönbohms (CDU) als billige Showeffekte herausgestellt haben, hat auch die CDU nicht mehr den Part der Aufrichtigen im Spiel um die Wähler. Die erste Runde geht somit eindeutig an die SPD. Trotz der Trickserei des Bundesratspräsidenten Wowereit (SPD) und selbst, wenn das Gesetz nie in Kraft treten sollte, weil Bundespräsident Rau sich weigert, es zu unterzeichnen. Denn die Abstimmung im Bundesrat ist Teil des Pokerspiels Wahlkampf, bei dem es in erster Linie darum geht, wer sich durchsetzen kann. Und das ist in diesem Bereich die SPD.

Nun geht es in die zweite Runde, und die heißt Wahlkampf. Einen Wahlkampf kann man nicht mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes bestreiten, also müssen sich die Parteien jetzt wieder auf ihre Inhalte besinnen, und damit Profil beweisen. Denn trotz des Versuchs der Regierungsparteien, alle von der CDU/CSU vorgeschlagenen Restriktionen zu berücksichtigen, blieben doch Unterschiede bestehen. Die Erklärungen der einzelnen Ministerpräsidenten im Vorfeld der Abstimmung im Bundesrat haben es noch einmal deutlich gemacht: Der SPD geht es um Deutschland, der CDU/CSU um die Deutschen. Die SPD möchte mit Hilfe ausgewählter MigrantInnen den Standort Deutschland retten, die CDU/CSU möchte das Gebärverhalten

deutscher Frauen verändern, um das Volk vor außereuropäischen Kultureinflüssen zu bewahren. Während die Unionsparteien den reaktionären Albtraum der ethnisch homogenen Nation heraufbeschwören, bramarbasiert die SPD über den nutzbringenden und ganz unbedenklichen Edelmigranten. Beides läuft darauf hinaus, dass wieder darüber diskutiert wird, ob die MigrantInnen gut sind oder schlecht für Deutschland.

Trotz Trickserei Punktsieg für Rot-Grün

Mit diesen monatelangen Auseinandersetzungen um die Themen "Ausländer" und "Zuwanderung" sind diese längst Teil des Wahlkampfes geworden. Trotzdem besteht ständig die Angst davor, dass Stoiber eben diese Themen im Wahlkampf besetzen könnte. Und tatsächlich hat er das jetzt angekündigt: Zuwanderung wird zum Thema im sachsen-anhaltinischen Landtagswahlkampf. Die vielfache Aufforderung der Regierungsparteien und der Zivilgesellschaft, Zuwanderung nicht zum Wahlkampfthema zu machen, ermöglicht Stoiber, sich auf die imaginäre Seite "des Volkes" zu stellen, dem der Mund verboten werden soll. Diese populistische Haltung suggeriert, "das Volk" und seine Stimme würden nicht gehört, woraus sich der Vorwurf stricken lässt, Rot-Grün betreibe undemokratische Politik. Das ist natürlich Quatsch, denn schon immer hat es parteiübergreifende Konsense gegeben, was Wahlkampfthema sein darf und was nicht, und viele Entscheidungen werden ohne Meinungshebung der Bevölkerung gefällt. Weder zur EU noch zum Euro noch zur NATO sind je Volksbefragungen durchgeführt worden. Interessant ist an dieser Stelle wiederum die von der CDU/CSU vorgenommene Definition des "Volkes", dass da entscheiden soll, denn die in Deutschland lebenden MigrantInnen und ihre Meinungen zum Thema Zuwanderung sind hier bestimmt nicht gefragt. In der Mühe um die Volksdeutschen bleiben die Unionsparteien hartnäckig.

Auf in die zweite Runde: Wahlkampf

Die Strategie Stoibers, Profil durch Populismus zu gewinnen, ist in den eigenen Reihen allerdings auf Ablehnung gestoßen. Der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler bemerkte, wer im Wahlkampf eine Kampagne gegen Ausländer fahre, sei reif für die Psychiatrie, und die CDU-Chefin Angela Merkel versicherte sofort nach Stoibers Vorstoß, dass Wirtschaftspolitik und nicht Zuwanderung zentrales Thema der CDU in Sachsen-Anhalt sei. Der CDU/CSU ist also bewusst, dass eine Partei, die wie sie Partei der Mitte sein will, nicht als einzigen Verbündeten den rassistischen Mob mobilisieren kann.

Das Thema Zuwanderung wird derweil stetig auf kleiner Flamme weiter geköchelt. Der rassistische Wahlkampf läuft also - so oder so. Das sieht auch Kilic so: "Der Wahlkampf wird auf dem Rücken zum Teil nicht einmal stimmberechtigter Migranten ausgetragen." Für seinen Verband kündigt er an: "Die Ausländerbeiräte werden sich nicht mehr auf interkulturellen Festen als volkstanzende Dönerverkäufer präsentieren, sondern Gegenposition beziehen. Wir werden uns gegen die rassistische Stimmung im Land wehren. Die Verteidigungslinie stinkt mir. Wir sind keine braven Gastarbeiter mehr, die ihre Bitten an die Obrigkeit stellen. Wir sind Teil der Gesellschaft und wir werden unsere Rechte verteidigen. Ich kann nur davor warnen, Migranten für einen Wahlkampf zu instrumentalisieren, aber wenn das geschieht, dann werden wir dagegen aufstehen."

Juliane Schmidt

12. Zehn Thesen zum Zuwanderungs-Gesetz

Autor: Franck Düvell · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:10

Die Migrationsdebatte in der Europäischen Union und in der Bundesrepublik repräsentiert in mehrfacher Hinsicht einen Paradigmenwechsel. Selbstverständlich geht die neue Politik aus dem Alten hervor, dennoch ist sie nicht einfach das Alte, sondern ein Politikwechsel. Damit wird die Politik des Neoliberalismus zur Grundlage des Entwurfs für eine neue Migrationspolitik. Die Gesellschaft als Ganzes wird nach den Kriterien eines Betriebes reorganisiert, Migration und Bevölkerung betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten angepasst. Das Resultat sind "hire-and-fire"- und "just-in-time"-Migrationsideologien. Konsequenterweise wird daher von der Deutschland AG, England plc oder dem Konzern Bremen gesprochen. Dass dies unter dem Deckmantel "grüner" Politik geschieht, ist nach der Welle neuer Kriege nun auch nicht mehr überraschend.

I.

Nach der Flüchtlingskrise und der Krise der Asylpolitik, nach dem Arbeits- und Fachkräftemangel, sowie nach den ausufernden Konsequenzen der Laissez-faire-Politik in Bezug auf irreguläre Migration zielt die neue Migrationspolitik auf die Wiedergewinnung der Kontrolle über die Auswirkungen der Migrationsprozesse auf Europa. Der Begriff der "Steuerung" im deutschen Zuwanderungsgesetz oder des Managements in der Sprache der EU bringt dies sehr deutlich zum Ausdruck.

II.

Die aktuelle Migrationsdebatte versucht zudem, die Lehren aus der Migration und Arbeitswanderung der Nachkriegszeit zu ziehen. Sie definiert als Problem, das die Zuwanderung damals weitgehend unreguliert erfolgte, dass es keine Qualitätskontrolle gab, dass die Arbeitsmigranten sich massenhaft unkontrolliert niederließen und zudem ihre Familien nachholten und dass sie über das Ende des Wirtschaftsbooms, also der Nachfrage blieben, dies war explizit nicht gewollt. Insofern sind die Konzepte von heute nicht die Wiederaufnahme der Politik von damals, sondern tatsächlich neu.

III.

Ebenso stellt sie mehr dar als eine Ausweitung der bislang gültigen Anwerbestoppausnahmeverordnungen, einer sperrigen und inkonsistenten Praxis, mittels derer ausländische Saison- und WerkvertragsarbeitnehmerInnen angeworben worden waren. Das Zuwanderungsgesetz zielt auf eine kohärente Steuerung aller Formen von Migration, auch das ist eine Neuerung.

IV.

Ebenfalls neu ist die Reimplementierung ökonomischer Kriterien in die Migrationspolitik, die nun zu einem, wenn nicht gar dem Leitmotiv der Politikgestaltung wird. Daraus resultieren eine Reihe von Konflikten zwischen dem wirtschaftsliberalen Lager, den Apologeten der Politik der Globalisierung und den Vertretern der Wirtschaft, sowie den Anhängern völkisch-nationaler und wirtschafts- sowie arbeitnehmerprotektionistischer Konzeptionen. Letzteren, insbesondere einer Reihe von GewerkschaftsvertreterInnen scheint diese Nähe aber zunehmend unangenehm zu werden.

V.

Die systematische Anwendung von Nützlichkeitskriterien ist insofern neu, als die Nützlichkeit beispielsweise der ersten Einwanderungsperiode bis 1973 zwar als gegeben vorausgesetzt worden war, nicht aber, wie das neue Gesetz vorsieht systematisch per Punktesystem verifiziert werden soll. Die Nützlichkeitskriterien identifizieren implizit auch die Unnützen, denen wird die Mobilität verwehrt, stattdessen werden sie in den Herkunftsregionen eingehegt und bleiben den dort herrschenden Verhältnissen ausgeliefert, mit allen, mitunter auch tödlichen Konsequenzen.

VI.

Selbstverständlich ist die Zuwanderungsdebatte auch zu sehen im Kontext der Diskussion um die hohen metropolitanen Lohn- und Lohnnebenkosten, sowie der Staatsquote, also den ständig anwachsenden

Sozialhaushalten. Einerseits werden mit der Migration die geltenden lohn- und sozialpolitischen Standards unterlaufen und in einem weiteren Schritt wohl auch angegriffen. Andererseits wird die intensivierte Verfolgung und Abschiebung der Unerwünschten nicht zuletzt mit haushaltspolitischen Argumenten begründet.

VII.

Die migrationspolitischen Intentionen für die Gegenwart und für die Zukunft sind verschieden. Aktuell geht es in der Tat darum, und das haben alle Seiten mehr als deutlich gemacht, nicht ein Mehr an Migration anzustreben, sondern dessen Qualität zu kontrollieren. In Zukunft, auch dies wurde deutlich, geht es allerdings sehr wohl um mehr Migration nach bevölkerungspolitischen und Qualitätsmerkmalen. In beidem greift die Politik sowohl an der zynischen Konzeption von Humankapital an, als auch an den nationalsozialistischen Vorstellungen von einem gesunden, wertvollen und produktiven "Volkskörper". Diese Kontinuität hat Agamben (1) trefflich analysiert.

VIII.

Aus der neuen Migrationspolitik und dem neuen Migrationsregime, denen eine Neubewertung von Migration und Mobilität zu Grunde liegt, ergibt sich auch eine Neubewertung des Konzeptes Grenze. Die herkömmliche Außengrenze traditioneller Nationalstaaten hat sich als zunehmend porös erwiesen, die gestiegene globale Mobilität und das rasant gestiegene Reiseaufkommen - es hat sich in den vergangenen zehn Jahren verzehnfacht - machen eine Reihe von Aufgaben der Grenze alten Typs hinfällig. Daraus resultieren andere Konzepte von Grenze, die innere Grenze. Die Paradoxie des neben ein anders von einer auf Migration drängenden Haltung, insbesondere durch die Unternehmer, sowie verschiedener Parteien und Organe der EU einerseits, sowie die epidemischen Siege xenophober Parteien in Frankreich, Österreich, Italien, Dänemark und jüngst in den Niederlanden lassen erkennen, dass die Migrationsabwehr mehr und mehr ins Innere verlegt wird. Die starre Außengrenze wird ersetzt durch neue und flexible Formen, Grenze wird je nach Bedarf errichtet, mal wird Schengen suspendiert, mal die BGS-Kontrolle auf dem Bahnhof, mal ist es die Rasterfahndung. Auch rassistische Gewalt hat hier ihren Platz. Die Reisebeschränkungen für Flüchtlinge, aber auch für politische AktivistInnen, sowie die flächendeckende Einführung von Technologien zur Kontrolle von Mobilität sprechen eine deutliche Sprache.

IX.

Die deutsche Zuwanderungsdebatte ist Teil einer europäischen Konzeption. Mit dem Vertrag von Amsterdam haben sich alle EU-Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame und in den Grundzügen einheitliche Politik geeinigt. Damit sind die Voraussetzungen für ein kohärentes Vorgehen in einem Großraum Europa und seiner Peripherie hergestellt worden. Außerdem sind erst dadurch die Voraussetzungen für einen neuen, weil machtvolleren Zugriff auf die Herkunftsregionen gegeben. Migrationspolitik ist nicht mehr Sache nationaler Überlegungen, sondern transnationaler Institutionen. Da damit auch nationale Interessen in den Hintergrund treten, werden sie durch arbeitsmarktpolitische und kleinräumliche, regionale Kriterien ersetzt (was gut für Baden-Württemberg ist, muss also nicht gut für Bremen sein).

X.

Der Paradigmenwechsel in der europäische Migrationspolitik ist Ausdruck und Teil des Entwurfs einer globalen Politik für ein neues Migrationsregime. Analog zur Steuerung und Regulierung der weltweiten Geld- und Warenströme, sowie der Durchsetzung weltweit einheitlich günstiger Investitions- und Handelsbedingungen (GATT, WTO) setzt diese Politik auf die Steuerung und Regulierung der Bewegung von Menschen, in der Sprache der Neoliberalen nichts anderes als Humankapital. Im Entwurf liegt bereits ein "General Agreement on the Movement of People" (GAMP) vor, das aus der Feder der Direktoren der International Organisation for Migration (IOM) und des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA) stammt.

Die Konsequenzen dieses Kurswechsels sind noch gar nicht abzusehen. Deutlich geworden ist allerdings, dass die ersten Opfer Asylsuchende und Flüchtlinge sein werden. Auch die Bürgerrechte, insbesondere jene von AusländerInnen werden der neuen Kontrollpolitik geopfert und machen einem neuen Autoritarismus platz, der 11.9. kam da gerade recht. Mit der Verbreitung des Konzeptes Aussonderung und Internierung der Unerwünschten in Lagern von Deutschland über die südeuropäischen Staaten bis in die Ukraine oder nach Australien (auch Gaza muss man unter diesem Gesichtspunkt betrachten) beginnt sich eine global einheitliche

Linie durchzusetzen. Dass in solcherart totaler Institution die schlimmsten Gräueltaten latent sind, haben die jüngsten Skandale des "food for sex" in afrikanischen Flüchtlingslagern gezeigt. Der neue Wirtschaftsrationalismus wird den kruden und brutalen Rassismus, den Hass auf das Andere nicht ersetzen, im Gegenteil, der entlädt sich in wachsender Offenheit und Brutalität auf die Feinde der produktiven Gesellschaft. Die zeitgleich überall erlassenen Antidiskriminierungsgesetze erstrecken sich ja gerade nicht auf die Unerwünschten. Mittelfristig wird diese Migrationspolitik aber auch unter dem Gesichtspunkt eines Angriff auf die soziale, politische und Klassenzusammensetzung zu betrachten sein. Und dort, wo sich der regulative Anspruch der EU in einem autoritären Zugriff auf alle Herkunfts- und Transitstaaten ausdrückt, nimmt er Züge eines neuen Imperialismus an. Das diese Planungen so nicht aufgehen, sondern stattdessen die Konfrontationslinien verschieben und die Konfrontation intensivieren wird, steht auf einem anderen Blatt.

Franck Düvell

Antirassismus-Büro Bremen

(eine Gruppe aus dem

Netzwerk kein mensch ist illegal)

Anmerkung:

1) Giorgio Agamben: Homo Sacer - Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt/Main 2002

13. Viel Rauch um Nichts oder: Das Parteiengetöse um eine Reformruine

Autor: Volker Maria Hügel · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:16

Jetzt ist es also verabschiedet worden, das viel diskutierte Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von UnionsbürgerInnen und AusländerInnen. Ob es aber, wie vorgesehen, am 1. Januar 2003 in Kraft treten wird, weiß heute noch niemand. Zuvor muss es erst noch der Bundespräsident unterzeichnen - und die CDU erwägt den Gang zum Verfassungsgericht. So weit - so unsicher. In jedem Fall ist das Thema Zuwanderung in aller Munde und für die Flüchtlings- und Migrationsarbeit und damit auch für Pro Asyl ein Dauerbrenner.

Pro Asyl hat als einzige Bundesorganisation im Flüchtlings- und Menschenrechtsbereich bis zuletzt an seiner Kritik an diesem Gesetz festgehalten, obwohl der UNHCR, amnesty international und die Wohlfahrtsverbände unisono mit den beiden großen Kirchen die Verabschiedung dieses Gesetzes gefordert hatten. Wieso eigentlich? Betriebsblinde Nörgler, die Verbesserungen nicht anerkennen können? Nein! Die Antworten liegen - wie so oft - in der Bewertung der Details des Gesetzes.

Mit diesem Gesetz findet kein Paradigmenwechsel in der Politik, keine Hinwendung zum liberalen Einwanderungsland statt. Kurz gesagt: Der Nützlichkeitsaspekt in der Frage "Wer darf/soll nach Deutschland kommen?" überlagert die Ansätze des Gesetzes, ein auf Integration abzielendes Regelwerk zu schaffen. Zum letzteren gehört, dass erstmalig Ansprüche auf Sprachkurse und Orientierungshilfe in das Zuwanderungsgesetz hineingeschrieben wurden. Andere Regelungen wie z.B. die Einschränkungen im Familiennachzug sowie die neu geschaffene Hürde zur Erlangung eines Daueraufenthaltes (durch den Wegfall der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis) bekräftigen, dass das Zuwanderungsgesetz ebenso wie das geltende Ausländergesetz (AuslG) auf Abwehr ausgerichtet ist.

Große Teile des geltenden AuslG sind wortgleich in das neue Aufenthaltsgesetz (AufenthG) übernommen worden (z.B. Einreisehindernisse, Ausreiseverpflichtung, Abschiebung, Abschiebehaft, Zurückweisung und -schiebung). Es bleiben die Kausalzusammenhänge: "Kein Aufenthaltstitel, also zur Ausreise verpflichtet" und "Wer nicht freiwillig das Land verlässt, wird abgeschoben". Die Regelungen des Gesetzes orientieren sich gerade nicht an den Bedürfnissen der bereits hier lebenden Flüchtlinge, denen die Abschiebung droht! Auch ist das Asylbewerberleistungsgesetz nicht etwa abgeschafft worden, sondern es ist eine Ausdehnung der gekürzten Leistungen auch über drei Jahre hinaus vorgesehen. Verschärfung statt Abschaffung eines auf Abschreckung zielenden Gesetzes.

Daneben wird auch die Residenzpflicht auf alle ausreisepflichtigen AusländerInnen erweitert und die Länder werden ermächtigt, so genannte Ausreisezentren einzurichten, in denen sich Ausreisepflichtige aufzuhalten haben. Ist schon die Abschiebehaft bei Flüchtlingen nicht hinzunehmen, so wird mit den Ausreisezentren ein weiteres Instrument der Ausgrenzung und gleichzeitig Abschreckung gesetzlich verankert. Im AufenthG wird darüber hinaus bei anerkannten Flüchtlingen nur noch von einem Aufenthalt aus humanitären Gründen gesprochen, womit der Eindruck erweckt wird, als sei es eine Großzügigkeit Deutschlands und nicht etwa eine Verpflichtung, diesen Menschen Schutz zu gewähren.

Nicht-staatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung werden in die Liste der Abschiebungshindernisse im AufenthG gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) aufgenommen. Natürlich ist diese Regelung positiv zu bewerten, aber die Überschwänglichkeit ist nicht nachzuvollziehen. Deutschland ist im europäischen Kontext zusammen mit Frankreich das Schlusslicht bei der Auslegung der Genfer Konvention. In allen anderen EU-Staaten ist das, was jetzt hier bejubelt wird, seit langem Rechtspraxis. Eine längst überfällige Regelung ist damit auch in Deutschland umgesetzt.

Allerdings waren schon zuvor Flüchtlinge, die wegen geschlechtsspezifischer oder nicht-staatlicher Verfolgung ihr Land verlassen haben, nicht vollkommen rechtlos. Nicht grundsätzlich wurde ihnen ein Abschiebungsschutz abgesprochen. Diese Personen haben in der Vergangenheit lediglich eine ausländerrechtliche Duldung erhalten. Sie können in Zukunft mit einer Statusverbesserung rechnen; das ist sehr zu begrüßen. Es bleiben aber die Hürden bestehen, die die Rechtsprechung zur Erlangung des asylrechtlichen Schutzes generell

aufgestellt hat: Schutzverneinung bei Vorhandensein einer inländischen Fluchtalternative; das Vorbringen muss glaubwürdig sein und die Verfolgungsmaßnahmen müssen eine asylerhebliche und damit existenzbedrohende Intensität aufweisen, ansonsten droht die Abschiebung.

Die Kritik steckt im Detail

Die Status für Asylberechtigte und GFK-Flüchtlinge (Flüchtlinge, denen Abschiebungsschutz nach der GFK gewährt wird) werden angeglichen. Die in Deutschland praktizierte und in Europa einmalige Differenzierung zwischen Asylberechtigten (Art. 16a GG) und Flüchtlingen gemäß der GFK (§ 60 AufenthG) mit unterschiedlichen Aufenthaltsgenehmigungen und dementsprechend unterschiedlichen Rechtsfolgen und Ansprüchen (Arbeitsaufnahme, Familienzusammenführung u.a.m.) wird durch dieses Gesetz zwar aufgehoben. Dies geschieht, indem die Rechtsposition der GFK-Flüchtlinge um das so genannte Familienasyl (der Status erstreckt sich auch auf Ehegatten und minderjährige Kinder) erweitert wird. Beide Gruppen erhalten zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis, und nach drei Jahren, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF als Nachfolger des jetzigen Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge) festgestellt hat, dass die Voraussetzungen für einen Widerruf oder eine Rücknahme nicht vorliegen, eine Niederlassungserlaubnis. Auch bei der generellen Unterscheidung zwischen den Asylstatus ist Deutschland bisher Schlusslicht in der EU. Die Statusangleichung ist daher nur ein längst überfälliger Nachholakt, der aber durch die neue 3-Jahres-Frist gleich wieder verwässert wird. Allein aus integrationspolitischer Sicht ist diese obligatorische Überprüfung falsch, bedeutet sie doch für die Betroffenen jahrelange Unsicherheit über die Dauerhaftigkeit ihres Aufenthalts. Widerruf und Rücknahme sind bereits nach geltendem Recht möglich. Wozu dann noch diese neue Frist?

Dagegen ist die neue Soll-Bestimmung für Flüchtlinge zum Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis, denen das BAMF Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG (die Europäische Menschenrechtskonvention, das Folterverbot, das Verbot der Todesstrafe und die Möglichkeit, auf die Abschiebung zu verzichten, wenn konkrete Gefahr für Leib und Leben besteht) eingeräumt hatte, uneingeschränkt zu begrüßen. Allerdings sind die Auswirkungen des sich anschließenden Satzes 2 des § 25 Absatz 3 AufenthG derzeit unabsehbar: "Die Aufenthaltserlaubnis wird nicht erteilt, wenn die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist." In vielen Fällen wird dieser Nachsatz die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis verhindern.

Der Wegfall der ausländerrechtlichen Duldung ist das Highlight von Schilys großem Etikettenschwindel beim Zuwanderungsgesetz. War im Süssmuth-Bericht noch darauf hingewiesen worden, dass mehr als eine Viertel Million Menschen in Deutschland - oft schon über viele Jahre - lediglich geduldet werden, was rechtlich nicht hinnehmbar sei, so kommt das Zuwanderungsgesetz im AufenthG zu einer überraschenden Lösung: Die Duldung als Rechtstitel ist abgeschafft. Aber: Was bedeutet Duldung? Nach der Definition im Ausländerrecht ist die Duldung die zeitlich befristete Aussetzung der Abschiebung. Sie erzeugt keinen rechtmäßigen Aufenthalt, und die Verpflichtung zur Ausreise bleibt bestehen. Dann liest man den § 60 Abs. 11 Satz 3: "Dem Ausländer ist hierüber eine Bescheinigung auszustellen." Und das Wort hierüber bezieht sich auf die Aussetzung der Abschiebung. Also haben wir statt der Duldung jetzt eine minderwertige Bescheinigung, die aber den gleichen Rechtszustand regelt. Jetzige Duldungsinhaber müssen nach einem Jahr Duldung einen Monat vor der geplanten Abschiebung über diese informiert werden. So können sie wenigstens noch ihre Arbeitsverhältnisse und Wohnungen kündigen, ihre Ausreise vorbereiten und sich von Freunden und Verwandten verabschieden. Mit einer Bescheinigung kann jederzeit ohne Vorankündigung abgeschoben werden - ein unhaltbarer, menschenverachtender Zustand.

Die Härtefallregelung im AufenthG ist viel zu unbestimmt und abhängig davon, dass die Länder dementsprechende Organe (z.B. Härtefallkommissionen) einrichten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich dadurch nichts verbessern wird. Bayern z.B. hat bereits angekündigt, diese Regelung nicht umzusetzen. Besser wäre eine deutliche Kompetenzerweiterung der Ausländerbehörden gewesen.

Das Nachzugsalter wird generell auf zwölf Jahre gesenkt. Das Kindernachzugsalter liegt nach dem AuslG derzeit bei 16 Jahren. In der EU wird der Kindernachzug mit Hinblick auf die UN-Kinderrechtskonvention auf 18 Jahre festgelegt werden - so lange ist ein Mensch minderjährig. Mit dem Zuwanderungsgesetz wird der Kindernachzug generell auf zwölf Jahre festgelegt. Ausnahmen sind zwar möglich; wie die deutschen Auslandsvertretungen dies aber in der Praxis handhaben werden, ist ungewiss und kaum zu kontrollieren. Hierdurch wird Minderjährigkeit rechtlich - siehe auch die bestehende Asylmündigkeit mit 16 Jahren - deutlich

unter 18 Jahre gedrückt. Auf diesem Wege die Rechte der Eltern ausländischer Kinder gegenüber Deutschen erheblich zu benachteiligen, ist nicht nur integrations-, sondern auch noch familienfeindlich. Und übrigens: Das noch weiter gesenkte Nachzugsalter war eine der Konzessionen gegenüber der CDU, die dem Gesetz bekanntlich dann doch nicht zugestimmt hat.

Was fehlt im Zuwanderungsgesetz?

- Die seit langem geforderte Rücknahme des Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention.

- Regelungen zu Illegalisierten. Nicht einmal die Minimalforderungen der Süssmuth-Kommission - illegalisierte Kinder dürfen zur Schule gehen, und die Schule ist nicht verpflichtet, sie zu melden; Betreuung und Beratung von Illegalisierten wird straffrei - wurden umgesetzt.

- Staatlich garantierte Verfahrensberatung für Flüchtlinge vor und im Asylverfahren.

Für Pro Asyl wird es schwieriger

- Regelung zur Finanzierung der Integrationskurse.

- Und das mit der angekündigten Vereinfachung hat wohl auch nicht ganz geklappt. Gibt es bislang vier Arten der Aufenthaltsgenehmigung, werden es zwar zukünftig nur noch zwei sein (befristete Aufenthaltserlaubnis und unbefristete Niederlassungserlaubnis). Nur: Da die Aufenthaltserlaubnis an einen bestimmten Zweck gebunden ist und über diesen eindeutig definiert ist, werden wir in Zukunft elf verschiedene Aufenthaltserlaubnisse haben.

Für Pro Asyl und die Flüchtlings- und Menschenrechtsarbeit in Deutschland werden die Aufgaben unter dem neuen Zuwanderungsgesetz nicht leichter, sondern eindeutig schwieriger werden. Für Flüchtlinge einen völkerrechtlichen Status zu erlangen und damit effektiven Flüchtlingsschutz zu gewährleisten, war und ist das Anliegen aller Flüchtlingsorganisationen. Die Sorge in der Vergangenheit galt aber daneben maßgeblich auch den Flüchtlingen, die durch Fehler im Asylverfahren, der oft zu engen Rechtsauslegung und durch die ausländerrechtliche Praxis bei Nichtanerkennung erhebliche Nachteile erlitten und/oder von Abschiebung bedroht waren. Abschiebungsschutz für verfolgte Minderheiten, z.B. Roma und Ashkali aus dem Kosovo, die derzeit in Deutschland geduldet werden, wird in Zukunft noch schwieriger zu erreichen sein als nach dem AuslG.

Mit diesem Gesetz wurden die Erwartungen und Hoffnungen auf eine Liberalisierung der Abschiebungspraxis und eine Verbesserung der Aufenthaltsmöglichkeiten tief enttäuscht. Die von Pro Asyl heftig kritisierte Abschiebehaft für Flüchtlinge wird um die Ausreisezentren ergänzt statt abgeschafft. Durch die Zweckbindung aller Aufenthaltserlaubnisse entsteht Unklarheit in Bezug auf die jeweilige arbeits- und sozialrechtliche Stellung. Ob es ein vollständiges Arbeitsverbot für Bescheinigungsinhaber geben wird, ist ungewiss. Die vielen unklaren Regelungen werden auch die Ausländerbehörden vor neue Herausforderungen stellen, und eine Flut von Verwaltungsgerichtsprozessen wird folgen. Weniger Rechtssicherheit, mehr Ordnungsrecht, weniger Ansprüche, mehr Eingriffe in das tägliche Leben. Es wird komplizierter werden als bisher, das sagen schon heute Praktiker und Praktikerinnen. Die Aktiven in der Flüchtlings- und Menschenrechtsarbeit werden diese neuerliche Herausforderung annehmen, annehmen müssen.

Volker Maria Hügel

Der Autor ist Leiter des Projektes "Qualifizierung der Flüchtlingssozialarbeit" bei der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. in Münster. Seit 1978 in der Flüchtlings- und Migrationsarbeit tätig, Mitglied des Vorstandes der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl, Dozent an der Fachhochschule für Sozialwesen in Münster, Schwerpunkt Ausländer- und Asylrecht, Mitglied der Härtefallkommission beim Innenministerium NRW.

14. "Ich bin staatenlos, und das ist auch gut so." Massenhafte Abschiebungen von Staatenlosen nach Rumänien stehen bevor

Autor: Jan Hoffmann · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:21

Im Gegenzug für die visafreie EU-Einreise ihrer Staatsangehörigen hat sich Rumänien bereit erklärt, ehemals von dort stammende Staatenlose visumfrei einreisen zu lassen. Damit hat es auch der Rücknahme von zwangsweise Abgeschobenen zugestimmt. Insbesondere die hessische und die bayerische Landesregierung tun sich seitdem bei der Vertreibung der Staatenlosen, die zumeist seit Anfang der 90er Jahre in Deutschland leben, hervor.

7. März, 4.30 Uhr: An der Tür der Familie Mogos in Wiesbaden klingelt es Sturm. Familienvater Marin Mogos öffnet verschlafen die Tür und wird von rund einem Dutzend Männer und Frauen in Zivil zur Seite gedrängt. Abschiebung! Die Familie hat es seit Wochen erwartet und ist dennoch nicht vorbereitet. Auch die Kinder, die 18-jährige Gabi, der 17-jährige Gheorghe und die 15-jährige Dorina, mittlerweile wach geworden, folgen in aller Eile der barschen Aufforderung, die Sachen zu packen. Eine Person fehlt: die Mutter Anisoara Mogos, seit Jahren an Depressionen leidend, geht wie so oft in schlaflosen Nächten am Rhein spazieren. Bis 7.30 Uhr wird noch gewartet, dann werden Marin, Gabriela und Gheorghe - bereits alle mit Handschellen gefesselt - aufgefordert, mitzukommen. Der Vater wehrt sich, schreit. "Wir müssen auf meine Frau warten!" und wird mit einer an den Kopf gehaltenen Pistole zur Ruhe gebracht. Die drei werden von acht BeamtInnen zum Münchner Flughafen transportiert und von dort weiter mit einer Lufthansa-Maschine nach Bukarest.

Deutschland ruht nicht

Vier PolizistInnen warten mit Dorina in der Wohnung auf die Mutter, die gegen 10.30 Uhr zurückkommt und ebenfalls gefesselt wird. Sie bricht zusammen, wird ohnmächtig, wacht nach einigen Minuten wieder auf. Eine Untersuchung im Krankenhaus wird verweigert, und es geht weiter, diesmal zum Frankfurter Flughafen. Dort werden Mutter und Tochter durchsucht, die für den Fall der Abschiebung bereitgestellten 1.000 EUR weggenommen: "Kriegt ihr später wieder!" Und weiter geht es zum Lufthansa-Flieger, Ankunft 16.25 Uhr Bukarest.

Die Mogos' sind staatenlose ehemalige RumänInnen und zudem Roma. Wie viele andere sind sie 1990 nach dem Sturz des diktatorisch regierenden Präsidenten Ceaucescu vor den Repressionen und Unruhen und den Pogromen gegen Roma ins Ausland geflohen. Sie stellten Asylanträge, die - ungeachtet der konkreten Verfolgungsschicksale - angesichts der sich nun als Demokratie gebärdenden neuen Staatsform Rumäniens abgelehnt wurden. Der zu dieser Zeit bereits extrem niedrigen Anerkennungsquote von etwa drei Prozent standen durchschnittlich 25 Prozent in allen anderen EU-Ländern gegenüber. Ab 1993 - mit der Verschärfung des deutschen Asylgesetzes - avancierte Rumänien zum "sicheren Drittstaat", Asylanträge waren nun vollends chancenlos. Hunderte von Flüchtlingen hatten jedoch nach ihrer Flucht die legale Entlassung aus der rumänischen Staatsangehörigkeit beantragt und erhielten in Deutschland infolgedessen Duldungen. Die Ausstellung von Staatenlosenpässen verweigerten die deutschen Behörden, denn diesen als "tatsächliches Abschiebehindernis" geltenden Zustand hatten die Flüchtlinge "selbst zu verantworten". Dennoch konnten die meisten der Staatenlosen sich einigermaßen einrichten, ihre Kinder wuchsen hier auf, gingen zur Schule, und manche der Eltern schafften es trotz der rigiden Arbeitserlaubnispraxis, arbeiten zu gehen, wenige erhielten schließlich sogar Aufenthaltsgenehmigungen.

Deutsche Politik ruht nicht, wenn es darum geht, "erschlichene" Aufenthaltsverhältnisse zu beenden. 1998, im Zuge eines speziellen Rücknahmeabkommens zwischen der BRD und Rumänien zur Abschiebung der "rumänischen Räuberbanden", die damals deutsche Wohnsiedlungen verunsicherten, wurde auch eine Vereinbarung getroffen, welche die Rückführung der nach dem 1.2.1999 staatenlosen Ex-RumänInnen zum Ziel hatte. Daneben gab es noch eine sogenannte "abgestimmte Niederschrift", welche die Rücknahme auch der bis zu diesem Datum staatenlos gewordenen durch Rumänien beinhaltete. Dieses Dokument wurde jedoch von Rumänien nicht ratifiziert und für nicht mit den Gesetzen vereinbar erklärt. Dennoch war dieses Papier von nun an die Grundlage ausländerrechtlicher Bemühungen, allen Staatenlosen

Aufenthaltsgenehmigungen und Reisedokumente weiterhin vorzuenthalten und sie im Zustand der "Ausreisepflichtigkeit" zu belassen.

Rumänien ist EU-Kandidat und wird als Durchreiseland in den letzten Jahren vor allem mit deutschem Geld und Know-how konsequent zum Bollwerk gegen Flüchtlingsströme aufgerüstet. Ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Mitgliedschaft war die visumfreie Einreise rumänischer Staatsangehöriger in die EU, die ab 1.1.2002 eingeführt wurde. Vor allem der deutsche Innenminister Otto Schily verlangte jedoch für seine Zustimmung die Rücknahme aller Staatenlosen. Im Frühjahr 2001 - die rumänische Regierung war gerade auf den früheren Ceausescu-Parteigänger Iliescu übergegangen - wurde diese Rücknahme schließlich durch dessen Innenminister Rus zugesichert. In der Folge schickten die deutschen Behörden Listen der für die Abschiebung vorgesehenen Staatenlosen nach Rumänien und erhielten von dort postwendend die Bestätigung, dass die Betreffenden "visumfrei" nach Rumänien einreisen könnten. Der Weg für Abschiebungen war frei.

Bereits die ersten Ausreiseaufforderungen der Ausländerbehörden an Staatenlose, z.T. Musterbeispiele der vielbeschworenen "Integration", führten jedoch bereits zur Gegenwehr der Betroffenen und ihres Umfelds, die sich zunächst in engagierten Berichten der Medien niederschlugen. Schon bald ruderte das Schily-Ministerium zurück und schob die Verantwortung an die Landesregierungen weiter, indem es sie in einem Schreiben bat, Bleibemöglichkeiten für die "nicht auffällig gewordenen echten Staatenlosen" zu eruieren. Die Länderinnenministerien reagierten unterschiedlich: während in den meisten Bundesländern die Praxis der Ausreiseaufforderungen gestoppt bzw. relativ kulant weitere Aufenthalte gewährt wurden, fuhren insbesondere Bayern und Hessen einen harten Kurs.

So wurde im August 2001 der Staatenlose Carol Romanov aus Bayern abgeschoben, der sich danach fast zwei Monate in der Transitzone des Flughafens Otopeni (Bukarest) weigerte, in das Land einzureisen. Wenige Wochen später traf es Manuela Ursu aus dem hessischen Hochtaunuskreis mit ihrem kleinen Kind.

Staatlich sanktionierter Menschenhandel

Aber selbst in Bayern gab es schließlich eine ganze Reihe individueller Bleibemöglichkeiten, wohl infolge des spektakulären Falles Romanov. Allein in Hessen, wo die meisten der dort lebenden Staatenlosen Petitionen an den Landtag richteten und zahlreiche Gespräche von Seiten der Kirchen geführt wurden, wurde von höchster Stelle allen Bleibemöglichkeiten eine Absage erteilt. Im November 2001 teilte Innenminister Bouffier den Ausländerbehörden mit, dass Petitionen nun keine aufschiebende Wirkung mehr hätten und alle Duldungen bis 31.12.2002 zu befristen seien.

Vor allem in Nordhessen, wo mehrere von der Abschiebung bedrohte Staatenlosen-Familien leben, können diese auf große Unterstützung durch Kirchengemeinden und aus der Bevölkerung zählen. So wurde die Familie Dumitrescu in Hofgeismar in eine Kirche aufgegenommen und einer anderen Familie ebenfalls Kirchenasyl zugesagt. Mit einer großen Demonstration, getragen vor allem von SchülerInnen, mit Mahngottesdiensten und einer unterstützenden Berichterstattung in der Lokalpresse konnte ein vorläufiger Abschiebestopp für die Dumitrescus erreicht werden. In der osthessischen Gemeinde Ortenberg musste die Familie Zamfir nach einem Abschiebeversuch untertauchen. Hier setzt sich neben den Kirchengemeinden und Nachbarn der Familie sogar der Ex-Postminister und CDU-Bundestagsabgeordnete Schwarz-Schilling für ein Bleiberecht ein und schickte einen entsprechenden Appell an die Landesregierung.

Die Wiesbadener Familie Mogos konnte bisher nicht auf eine entsprechende Lobby zählen. Dies soll sich nun ändern. Die Wiesbadener Caritas sowie ein evangelischer Flüchtlingshilfeverein fordern öffentlich die Rückkehr der Familie. Sie bezeichnen die Abschiebung in das Niemandsland des Bukarester Flughafens als Menschenrechtsverletzung gegenüber den Staatenlosen. Die Mogos' werden dort in einer Baracke im Transitbereich festgehalten, bewacht und unter Druck gesetzt von der rumänischen Grenzpolizei. Deren Chef versucht tagtäglich unter Drohungen, Marin Mogos zur Einreise nach Rumänien zu bewegen. Nahrungsmittel sowie medizinische Versorgung müssen die Mogos selbst finanzieren, was ihnen derzeit nur mit Hilfe von außen gelingt. Dem zuckerkranken Vater gehen demnächst die Insulinpräparate aus und der suizidgefährdeten Mutter fehlen bereits die vom Arzt verordneten Antidepressiva.

Ein Leidensgenosse in der Transit-Baracke ist der staatenlose Roma Mihaj Ion. Er war bereits am 8. Februar - nach 24 Jahren Aufenthalt in Deutschland, seine Ehefrau und sieben Kinder leben noch hier - ebenfalls in

einer Lufthansa-Maschine abgeschoben worden. Ion ist schwer krank, er leidet an chronischer Thrombose, die in Deutschland bereits mehrfach zu Klinikaufenthalten führte. Nach einem Zusammenbruch in der Transitzone vermutete eine hinzugezogene Ärztin einen Herzinfarkt. Da Ion nicht freiwillig in ein Krankenhaus und damit nach Rumänien einreisen wollte, wurde er schließlich mit einem Polizeigroßaufgebot gewaltsam in eine Klinik gebracht. Bei diesem Einsatz wurden auch die Ion zu Hilfe eilenden Mogos' geprügelt und getreten und als "Zigeunerpack", die Frauen als "Huren" und "Schlampen" beschimpft und mit Vergewaltigung bedroht.

Interniert im "no man's land"

Im Januar 2002 informierten Staatenlose die Aktionsgruppen der "deportation class stop!"-Kampagne von kein mensch ist illegal (kmii) über die in Hessen zu erwartende Abschiebewelle. Es war davon auszugehen, dass die Ausländerbehörden wie bisher Plätze bei der rumänischen Fluggesellschaft Tarom buchen würden. Diese hatte im vergangenen Jahr - nach Aktionen von kmii-Guppen in den deutschen Tarom-Filialen - die Abschiebe-Charterflüge von Düsseldorf in die Türkei gestoppt. Auf die Anfrage, wie Tarom mit Abschiebungen in ihren Passagierfliegern umgehe, antwortete deren Generalmanager, es werde niemand gegen seinen Willen mitgenommen.

Berichte darüber in der rumänischen Presse führten offensichtlich - in Verbindung mit mehreren Erklärungen von Staatenlosen an die Adresse der Fluggesellschaft, sie würden keinesfalls freiwillig nach Rumänien zurückkehren - dazu, dass Tarom solche Abschiebungen tatsächlich verweigerte. Im Fall eines freiwillig nach Rumänien zurückkehrenden Staatenlosen verlangte Tarom gar eine schriftliche Freiwilligkeitserklärung. Die "in Not" geratenen Ausländerbehörden buchten deshalb für die Abschiebung von Mihai Ion und der Familie Mogos Plätze in Maschinen der Lufthansa, der neben Tarom einzigen Gesellschaft mit Direktflügen nach Bukarest. Nach der zunächst von der "Abteilung Konzernsicherheit" geäußerten Skepsis, ob Rumänien abgeschobene Staatenlose tatsächlich ohne Visum einreisen lasse, stimmte Lufthansa den Abschiebungen schließlich zu.

Der von den Abgeschobenen berichtete Ablauf ist haarsträubend: Alle Mitglieder der auf die zwei Flüge von München und Frankfurt aufgeteilten Familie Mogos wurden in Handschellen an Bord gebracht. Um die Mogos' angesichts der am Flugzeugeingang wartenden FlugbegleiterInnen zur Ruhe zu zwingen, zogen die begleitenden BGS-Beamten ihre Schusswaffen, verbunden mit verbalen Drohungen, im Falle von Widerstand "passiere etwas". Diese massive Einschüchterung, exerziert unter anderem an einer 15-Jährigen und einer nervenkranken Frau, hatte die erwünschte Wirkung: die Ruhe an Bord blieb erhalten, das Flugpersonal ließ die Abschiebung zu - und ignorierte damit die Empfehlungen der Pilotengewerkschaft Cockpit, in Handschellen an Bord geführte deportees, "passengers not willing to travel", nicht zu transportieren.

Jan Hoffmann,

kein mensch ist illegal

Um den in der Transitzone Internierten Unterstützung bis zur Rückkehr nach Deutschland zu sichern, wurde ein Spendenkonto eingerichtet: Diakonische Flüchtlingshilfe, Konto-Nr. 4001176, Ev. Kreditgenossenschaft eG (BLZ 500 605 00), Verwendungszweck: Staatenlos.

15. What's next after Afghanistan? Ein Überblick über aktuelle und potenzielle Schauplätze

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:15

Die amerikanische Militärintervention in Afghanistan hatte gerade erst begonnen, da begann in den Medien ein fröhliches Ratespiel: Wer kommt als nächster dran? Auf den aussichtsreichsten Plätzen liegen Irak, Somalia, Iran, Sudan, Jemen, Libanon und Libyen. Ungefähr in dieser Reihenfolge.

Mit seiner Kongress-Rede zur Lage der Nation am 29. Januar heizte Präsident Bush das Wettfieber weiter an: Er benannte Nordkorea, Iran und Irak als Teile einer "Achse des Bösen", wobei er mit der Formulierung "Staaten wie diese" die Option für weitere Kandidaten offen ließ. Amerika werde "tun, was notwendig ist, um die Sicherheit unserer Nation zu gewährleisten", und zwar schon sehr bald: "Die Zeit ist nicht auf unserer Seite. Ich werde nicht auf Ereignisse warten, während sich die Gefahren zusammenballen. Ich werde nicht daneben stehen, während das Unheil näher und näher kommt. Die USA werden es den gefährlichsten Regimes der Welt nicht gestatten, uns mit den vernichtendsten Waffen der Welt zu bedrohen."

In den folgenden Tagen räumten Bush, sein Verteidigungsminister Rumsfeld und andere US-Politiker Iran und Nordkorea die Chance ein, freiwillig, aber rasch auf die bisher noch nicht einmal öffentlich präzisierten Forderungen der USA einzugehen. Saddam Hussein scheint selbst dieser Ausweg nicht mehr offen zu stehen. Die wichtigsten Medien der Vereinigten Staaten fordern spätestens seit dem 11. September so bald wie möglich seinen Sturz mit amerikanischer Militärhilfe. Zwar nicht der Präsident selbst, aber die Mehrheit der Mitglieder seines engsten Führungskreises, vor allem der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz, haben sich ebenfalls für einen schnellen Krieg gegen den Irak ausgesprochen. Bush habe mit seiner Kongress-Rede "klar gemacht, dass wir vorhaben, die Machtverhältnisse in Bagdad zu ändern", kommentierte Anfang Februar Richard Perle, Chefberater des Verteidigungsministeriums. "Ich denke, es gibt nichts, was Saddam Hussein tun könnte, um uns zu überzeugen, dass von Irak keine Gefahr mehr ausgeht."

Die Mission bestimmt die Koalition

Wenige Tage nach Bushs Kongress-Rede wurde auf der internationalen Sicherheitstagung in München (2.-3. Februar) deutlich, dass die USA für die jetzt verkündeten Kriegspläne bei ihren europäischen Verbündeten - mit Ausnahme Großbritanniens - keine Zustimmung finden. Ebenso klar machten die amerikanischen Vertreter aber auch, dass ihnen diese Situation gleichgültig, wenn nicht sogar willkommen ist, weil sie eine umfassende Neuordnung der Verhältnisse zwischen den USA und ihren einzelnen Verbündeten zur Folge haben wird.

Paul Wolfowitz erklärte in seiner Ansprache auf der Tagung, dass "die Mission die Koalition bestimmen muss, nicht umgekehrt". Soll heißen: Die US-Regierung lässt sich bei ihren Schritten nicht von ihren Partnern beeinflussen, sondern sie sucht sich für die von ihr beschlossenen Schritte jeweils die passenden Partner. Anderenfalls würde - hier zitierte Wolfowitz seinen Verteidigungsminister Rumsfeld - "die Mission auf den ‚kleinsten gemeinsamen Nenner` reduziert". War nach dem 11. September eine breite "Anti-Terror-Koalition" beschworen worden, die angeblich die gesamte "zivilisierte Welt" umfasste, so stellte Wolfowitz in München richtig: "Es wird nicht eine einzige Koalition geben, sondern sehr unterschiedliche Koalitionen für unterschiedliche Missionen." Wenn der stellvertretende Verteidigungsminister in dieser Rede Bushs Ausspruch wiederholte: "Countries must make a choice" - alle Länder müssen sich entscheiden, auf welcher Seite sie stehen -, so liegt darin eine Drohung gegen die europäischen Verbündeten zumindest impliziert. Ebenso in der Aussage von Wolfowitz, alle Staaten, die "für Frieden, Sicherheit und Recht" eintreten, "stehen mit uns vereint in diesem Kampf zwischen Gut und Böse", und "diejenigen Länder, die sich weigern, aktiv zu werden", würden "die Folgen zu tragen haben".

Die sieben "Schurkenstaaten"

Die "Achse des Bösen" wurde von drei Ländern auf fünf oder sogar sieben ausgeweitet, als im März durch Presseveröffentlichungen Teile eines geheimen Pentagon-Papiers bekannt wurden. Dort ist "unter bestimmten Umständen" der Einsatz von Atomwaffen nicht nur gegen Irak, Iran und Nordkorea, sondern auch gegen Libyen und Syrien, und ferner sogar gegen China und Russland vorgesehen. Nachdem der 11. September für die Legitimierung von Angriffs- und Interventionskriegen gegen geradezu beliebig nominierte Kandidaten nur

noch eine untergeordnete Rolle spielt, und Themen wie der Besitz (oder die Entwicklung) bestimmter Waffen sowie die mögliche Konkurrenz zum Anspruch der USA auf Vorherrschaft in buchstäblich jeder Region der Welt in den Vordergrund gerückt sind, ist die Verlängerung der "Achse des Bösen" um China und Russland auf längere Sicht konsequent und sogar zwangsläufig.

Erst unter diesem Aspekt machen die rätselhaften Andeutungen von Vizepräsident Dick Cheney, Generalstabschef Myers und anderen Sinn, der nach dem 11. September begonnene Krieg werde vielleicht niemals enden, "jedenfalls nicht zu unseren Lebzeiten", er könne bis zu 50 Jahren dauern. Keines der als "Schurkenstaaten" nominierten Länder könnte der Militärmaschine der USA (und ihrer eventuellen Verbündeten) länger als ein paar Wochen standhalten. Anders wäre es, wenn letzten Endes China und Russland das eigentliche Ziel dieses - wie einige US-Autoren jetzt schon sagen - "Vierten Weltkriegs" wären, wobei sie den mit dem Zusammenbruch der UdSSR zu Ende gegangenen Kalten Krieg als dritten Weltkrieg mitzählen.

Konfrontation mit islamischer Welt

Vorerst jedoch entwickelt sich der am 11. September proklamierte "War on Terrorism" zu einem Krieg gegen den, propagandistisch gesprochen, "militanten Islam" - und in der Realität zu einer Konfrontation auf allen Ebenen mit der islamischen Welt, einschließlich traditioneller Verbündeter und Abhängiger der USA. Der Krieg in und um Afghanistan hat vermutlich noch gar nicht richtig begonnen. Die auf der Bonner Konferenz im Dezember künstlich installierte "Übergangsregierung", deren Chef Karsai gelegentlich unverblümt als CIA-Agent bezeichnet wird, übt in keiner Weise die Souveränität über das Land aus. Weder gegenüber den USA, die in Afghanistan uneingeschränkt und zeitlich unbegrenzt ihren eigenen Krieg führen, noch gegenüber ihren in unzählige Interessengruppen zersplitterten Untertanen. Als problematisch für die USA wird sich erweisen, dass sie Afghanistan wie ein Protektorat behandeln, aber für eine so hoch gesteckte Aufgabe bei weitem nicht das erforderliche Militär- und Verwaltungspersonal im Land haben. Die USA werden künftig vor der Entscheidung stehen, entweder Afghanistan wieder sich selbst zu überlassen oder mit verstärkten militärischen Mitteln in die sich entwickelnden Machtkämpfe einzugreifen. Die Amerikaner haben die bisherigen Kämpfe, an denen sie selbst beteiligt waren - im Dezember in der Region von Tora Bora und im März in der Provinz Paktia ("Operation Anaconda") nur durch den massiven Einsatz von äußerst undifferenzierten Massenvernichtungsmitteln (schwerste Bomben, die im weiten Umkreis jedes Leben auslöschen) gewonnen. Diese sind aber zur Führung eines Guerillakrieges in stärker bewohnten Gebieten kaum geeignet.

Irak gilt als nächstes Kriegsziel der USA, weil es einige ähnliche Voraussetzungen wie Afghanistan aufweist, vor allem eine militärisch aktive Opposition, vergleichbar der Nordallianz, die als Hilfstruppe mit massiver Luftunterstützung der USA die Fähigkeit gewinnen könnte, große Teile des Landes zu erobern und schließlich das Regime Saddam Husseins zu stürzen. Der 1991-92 gegründete Irakische Nationalkongress (INC), eine Dachorganisation der Opposition, wurde vom CIA aufgebaut und wird von den USA finanziert. Im INC sind in erster Linie kurdische Organisationen des Nordirak und schiitische Gruppierungen des Südirak vertreten. Lediglich die kurdischen Organisationen verfügen über gewisse Rückzugsräume auf irakischem Territorium. Allerdings sind diese seit 1996 sehr eingeschränkt, weil die irakische Armee damals unter Ausnutzung der Interessenkonflikte zwischen den kurdischen Organisationen PDK und PUK eine erfolgreiche Gegenoffensive durchführen konnte. Damals verlor der INC seinen territorialen Rückhalt im Irak; er residiert seither im Londoner Exil.

Ein wesentlicher Faktor, der bisher einer Entscheidung der US-Regierung zum militärischen Vorgehen gegen Saddam Hussein entgegen steht, ist der desolate Zustand des INC. Zum einen ist der Konflikt zwischen den Kurden-Organisationen PDK und PUK immer noch nicht wirklich beigelegt. Probleme gibt es auch mit der Einbeziehung der schiitischen Oppositionsgruppen. Ihre ideologische Nähe zum Iran, von dem sie auch Unterstützung erhalten, bereitet vielen US-Politikern noch Unbehagen. Da die USA kein Auseinanderfallen des Irak wollen, wurden alternativ zur Unterstützung des INC immer wieder - erfolglos - gemeinsam mit Saudi-Arabien Putschversuche irakischer Armee- und Sicherheitsdienst-Kreise gefördert. Auf der anderen Seite hat der INC, zu dem es in der irakischen Opposition keine vergleichbare Alternative gibt, eine sehr starke und aktive Lobby in Kongress und Senat, die Saddam Hussein "lieber früher als später" gestürzt oder ausgeschaltet sehen würde.

Israel hat sich als erster Staat nach den USA ausdrücklich die Bush-Doktrin zu eigen gemacht, wonach Regierungen berechtigt sind, in "Selbstverteidigung" gegen andere vorzugehen, die Terroristen beherbergen und/oder schützen. In diesem Sinn hat Scharons Regierung am 3. Dezember der sogenannten Palästinensischen Nationalen Autorität (PNA), also der möglichen Regierung eines künftigen Palästinenserstaats, offiziell den Krieg erklärt. In dem Kabinettsbeschluss heißt es, die PNA sei "eine Einheit, die den Terrorismus unterstützt und dementsprechend behandelt werden muss". Gleichzeitig wurden zwei der PNA und Arafat nahe stehende bewaffnete Organisationen, "Tansim" und "Force 17", zu "terroristischen Organisationen" erklärt, "gegen die entsprechend vorgegangen werden muss".

Auf Grund dieser Beschlüsse eröffneten die israelischen Streitkräfte im Dezember eine Serie von Angriffen auf die Polizei- und Militärkräfte sowie auf die zivilen Strukturen der PNA. Ende März/Anfang April wurde der Feldzug gegen die PNA zu einer Generaloffensive gegen die besetzten Gebiete ausgeweitet. Die israelischen Militärschläge haben ganz bewusst Arafats Autorität und - durch die Zerschlagung oder Lähmung aller PNA-Strukturen - auch seine praktischen Möglichkeiten weitgehend demontiert. Die Annahme, nach diesem brutalen Feldzug noch irgendeinen "gemäßigten" palästinensischen Politiker zu finden, der an Stelle Arafats kooperativer als dieser gegenüber Israel und gleichzeitig konsensfähig in seiner eigenen Bevölkerung sein könnte, muss man in den Bereich des Irrsinns verweisen. Offenbar verfolgt die Regierung Scharon keine andere Perspektive als die Unmöglichmachung palästinensischer Verwaltung und Politik sowie im Anschluss an die Militäroperationen die dauerhafte Abriegelung des Westjordanlandes und des Gasa-Gebietes, möglicherweise sogar durch die schon vor dem 11. September offen diskutierte Errichtung eines "Sicherheitszaunes" oder einer "Mauer".

Indien hat ebenfalls versucht, sich nach dem Angriff kaschmirischer Rebellen auf das Parlament in Neu Delhi im Dezember vorigen Jahres gegenüber Pakistan auf die "Bush-Doktrin" zu berufen. Danach habe Indien nicht nur das Recht zu Luftangriffen gegen mutmaßliche Terroristen-Stützpunkte im pakistanischen Teil Kaschmirs, sondern auch zu Angriffen gegen Pakistan, falls das Regime nicht scharf genug gegen die "Terroristen" vorgehen sollte. Das Szenario gegenseitiger Drohungen könnte erneut zu einem Krieg zwischen Indien und Pakistan führen, wobei die Verfügung beider Kontrahenten über Atomwaffen ein zusätzliches Risiko darstellen würde. Die USA haben - bisher mit Erfolg - in diesem Konflikt auf beide Seiten Druck zur Zurückhaltung ausgeübt.

Das Militärregime Pakistans hat am 12. Januar fünf islamistische Parteien und Organisationen verboten. Mindestens 2.000 Menschen wurden in diesem Zusammenhang verhaftet, doch sollen in der Zwischenzeit 1.300 schon wieder entlassen worden sein. Wieweit in einem Land, dessen Geheimdienst und Militär seit Jahrzehnten engstens mit islamistischen Organisationen und Kräften verbunden sind, eine effektive Repression gegen eben diese Kräfte überhaupt durchzusetzen ist, bleibt ungewiss.

Unter dem Einfluss der USA hat das militärisch weit überlegene Indien zunächst auf eine Verschärfung des Konflikts verzichtet. Ein Ergebnis ist aber auch, dass absehbar Indien in Konkurrenz zu Pakistan in die Rolle eines privilegierten Verbündeten der USA in der Region befördert wird. Zwischen Indien und den USA wurde im Januar eine engere Zusammenarbeit bei der Terrorismus-Bekämpfung und der Austausch geheimdienstlicher Informationen vereinbart.

Das Verhältnis zwischen USA und Iran hatte sich seit der Wahl des mit Reformversprechungen angetretenen Präsidenten Khatami 1997 verbessert. Nach dem 11. September war der Iran sogar zum Partner in der Anti-Terror-Koalition avanciert. Eine seit langem vom Iran unterstützte schiitische Organisation ist in der siegreichen Nordallianz vertreten. Dass Teheran jetzt plötzlich wieder zur "Achse des Bösen" gehören soll, sollte eigentlich ernüchternd auf alle muslimischen Staaten wirken, die bisher glaubten, sich durch Beteiligung an dem von Bush ausgerufenen Weltkrieg dauerhafte Vorteile verschaffen zu können. Zumal dem Iran nun - unter anderem - von den USA genau das vorgeworfen wird, was jahrelang erwünscht war, nämlich seine "Einmischung in innerafghanische Verhältnisse". Dem Iran wird außerdem die Unterstützung extremistischer palästinensischer Gruppen und der schiitischen Hisbollah im Libanon vorgeworfen.

Für eine Kriegführung gegen den Iran nach afghanischem (und demnächst vielleicht auch irakischem) Muster fehlt allerdings bisher ein Bündnispartner im Land selbst. Die von einigen Lobbyisten zuversichtlich publizierte Behauptung, die gesamte iranische Bevölkerung warte nach zwei Jahrzehnten Mullah-Regime sehnsüchtig auf den Tag, an dem amerikanische Bomber ihre Städte in Schutt und Asche legen, um einer Rückkehr des

Schah-Sohnes auf den Pfauenthron den Weg zu ebnen, findet bei den Politikern bisher kein Echo. Die US-Administration scheint die latente Kriegsdrohung zunächst einmal benutzen zu wollen, um Teheran zu Zugeständnissen, beispielsweise Rüstungskontrollen und -abbau, zu zwingen. Iran hat nach eigenen Angaben in den letzten Wochen zahlreiche "Taliban-Anhänger" festgenommen, die über die Grenze geflüchtet waren. Es könnte sich demnächst der Forderung ausgesetzt sehen, diese an die USA auszuliefern oder amerikanischen Ermittlern Verhöre zu ermöglichen.

Auf den Philippinen wollen die USA "vorübergehend" rund 1.100 Soldaten und Angehörige von Spezialeinheiten wie den berüchtigten Green Berets mit unterschiedlichen Begründungen und Aufgaben stationieren. Während 400 Soldaten im Norden "an Manövern teilnehmen" sollen und sich dafür auf der vor zehn Jahren von den USA geräumten Luftwaffenbasis Clark eingerichtet haben, sollen etwa 690 der Angehörigen der Special Forces auf mehreren Inseln im Süden die philippinische Armee im Kampf gegen muslimische Rebellen ausbilden. Dies schließt die Teilnahme an Patrouillen und damit unter Umständen auch an Kampfhandlungen ein. Das ist ein schon in den sechziger Jahren in Laos und Vietnam erprobter Weg, sich absehbar und gezielt in einen Krieg hinein zu "eskalieren". Außerdem unterstützen die USA durch Aufklärungsflugzeuge die Regierungstruppen im Kampf gegen Moslem-Rebellen auf der Insel Basilan. Die US-Präsenz auf den Philippinen ist vorerst auf maximal zwölf Monate begrenzt. Einer von den USA angestrebten erneuten dauerhaften militärischen Festsetzung steht die Verfassung der Inselgruppe und die Bevölkerungsstimmung noch entgegen. Die USA hatten ihre Militärstützpunkte auf den Philippinen, darunter die riesige Marinebasis Subic Bay, erst 1991 geräumt.

70 Millionen Dollar für amerikanische Militärhilfe

Die direkte amerikanische Militärhilfe soll sich in diesem Jahr auf 70 Mio. US-Dollar belaufen, gegenüber 22,1 Mio. in 2001. Die Stationierung von "Militärberatern" stellt ein Modell auch für andere Länder, beispielsweise Indonesien, dar, die Konflikte mit islamistischen Rebellengruppen haben. Verteidigungsministerium und führende Armeekräfte der USA bedrängen den Kongress, die Wiederaufnahme der Militärhilfe für die indonesischen Streitkräfte zu gestatten, die 1999 wegen der Menschenrechts-Verletzungen in Osttimor unterbrochen worden war. Als ersten Schritt hat das Parlament im Dezember zugestimmt, dass indonesische Offiziere wieder an amerikanischen Ausbildungsprogrammen zur Terrorismusbekämpfung teilnehmen dürfen. Die US-Regierung hat darüber hinaus Indonesien 10 Mio. US-Dollar für die Polizeiausbildung zur Verfügung gestellt.

In drei der ehemaligen Sowjetrepubliken in Mittelasien haben sich die USA unter dem Vorwand des Rachefeldzugs nach dem 11. September militärisch ohne Zeitlimit festgesetzt. In Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan unterhalten die Amerikaner nun auf Grundlage von Verträgen, deren Einzelheiten geheim gehalten werden, Militärstützpunkte in unmittelbarer Nähe zu Russland. Mit Kasachstan wird noch verhandelt. Lediglich Turkmenistan hat seine Neutralität erklärt und lehnt die Stationierung ausländischer Truppen ab. Vor allem das autoritäre usbekische Regime und die Koalitionsregierung in Tadschikistan, an der Moslemgruppierungen beteiligt sind, stehen unter starkem Druck islamistischer Kräfte. Das stärkste Kontingent unterhalten die USA in Usbekistan. Nach unterschiedlichen Angaben befinden sich dort 2-3.000 Soldaten. Die Zusammenarbeit mit den USA reicht schon mehr als drei Jahre zurück. Sie begann offenbar nach den Bombenanschlägen auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998.

Im Februar hat das US-Militär unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung auch im Kaukasus, in Georgien, Fuß fassen könne. Bis zu 200 amerikanische Soldaten, darunter auch Angehörige der Special Forces, sollen rund 1.000 Mann einer georgischen Sondereinheit ausbilden. Außerdem sollen 15 georgische Offiziere für anderthalb Monate zur Fortbildung in die USA reisen. Die Amerikaner werden zehn Kampfhubschrauber liefern, die angeblich zur Bekämpfung islamistischer Rebellen in Nordgeorgien, im Grenzgebiet zu Tschetschenien, eingesetzt werden sollen. Den Kürzeren gezogen haben die russischen Militärs, die zuvor der georgischen Regierung mehrfach "angeboten" hatten, eigene Soldaten zu schicken, falls Georgien mit den aus Tschetschenien über die Grenze geflüchteten Rebellen nicht fertig würde.

Jemen, das nach dem 11. September als vorrangiges Ziel potenzieller amerikanischer Angriffe galt, hat vorerst die akute Gefahr abgewendet, indem es sich weitgehend den Forderungen der US-Regierung unterwarf. Die jemenitische Armee ging im Dezember und Januar gegen Stammeskrieger vor, denen die USA eine

Verbindung mit Bin Laden vorgeworfen hatte. Mehrere fundamentalistische Religionsschulen wurden geschlossen und zahlreiche ausländische Schüler festgenommen, zum Teil ausgewiesen.

Inzwischen hat angeblich auch die Entsendung von etwa 100 amerikanischen Militärberatern und Ausbildern begonnen. Jemen, die USA und Großbritannien wollen "im Laufe der nächsten drei Monate" im Südwesten des Landes gemeinsame Militärübungen durchführen. Das Manövergebiet liegt in Nachbarschaft zu "Regionen, in denen Mitglieder von Al-Kaida Zuflucht gefunden haben könnten".

Somalia galt im Dezember noch als ein vorrangiges Interventionsziel der USA und ihrer Verbündeten, weil sich in dem völlig desorganisierten Land angeblich einige hundert Mitglieder des "Terrornetzwerks" von Bin Laden verbergen sollten. Kriegsschiffe und Überwachungsflugzeuge der NATO, einschließlich sieben Schiffen und 1.800 Mann der Bundesmarine, wurden im benachbarten Dschibuti und in den angrenzenden Gewässern stationiert. Somaliland, das 1991 einseitig seine Unabhängigkeit erklärte, ebenso wie die 1998 abgespaltene Region Puntland, erklärten eilfertig ihre Unterstützung für eine Militärintervention. Auch der überwiegend christliche Nachbarstaat Äthiopien wartet nur auf ein Signal, unter dem Vorwand der Terrorismus-Bekämpfung zum eigenen Vorteil losschlagen zu dürfen. Mehrere Clans, die die Zentralregierung in Mogadischu nicht anerkennen, verhandelten ebenfalls mit den Amerikanern. Aber auch die Regierung hat die USA zur Intervention eingeladen. Deren Hauptinteresse besteht aber vermutlich nur im Erwerb des früheren sowjetischen Stützpunkts Berbera im separatistischen Somaliland und nicht in der Übernahme irgendeiner Verantwortung für das desolate Land.

Interventionsziel Kolumbien

Ein wenig beachteter, aber sehr aussichtsreicher Kandidat für eine stärkere Einbeziehung in den von Bush ausgerufenen Weltkrieg "gegen den Terrorismus" ist Kolumbien. Dieses Land stärker in den Vordergrund der amerikanischen Kampagne zu rücken, würde vor allem den propagandistischen Vorteil bieten, das ansonsten absolut eindeutige anti-muslimische Image des "War on Terrorism" leicht zu verändern.

Die US-Regierung hat Anfang Februar die zusätzliche Bereitstellung von 98 Mio. US-Dollar beantragt, die zur Finanzierung einer bis zu 4.000 Mann starken kolumbianischen "Critical Infrastructure Brigade" dienen sollen. Aufgabe dieser Truppe soll der Schutz einer Pipeline sein, durch die im Dienst einer amerikanischen Firma Öl aus Nordost-Kolumbien an die Atlantikküste transportiert wird. Unmittelbar zur Unterstützung des Kampfes gegen die FARC hat Präsident Bush 29 Mio. US-Dollar beim Kongress beantragt, nachdem die kolumbianische Regierung im Januar den dreijährigen "Friedensprozess" mit der linksgerichteten Guerilla-Organisation FARC einseitig abbrach und eine Generaloffensive gegen das der Befreiungsbewegung zugestandene Territorium anordnete.

Ein wichtiges Signal setzte im Februar CIA-Direktor Tenet, als er die FARC in den Rang einer internationalen, amerikanische Interessen direkt bedrohenden Terrorgruppe erhob und damit ausdrücklich zum Objekt der US-Kriegführung erklärte. Zwar hat die FARC, wie Tenet eingestand, bisher keine "amerikanischen Ziele" angegriffen. Aber sie "stellt eine ernste Bedrohung der US-Interessen in Lateinamerika dar, weil sie uns mit der Regierung in Verbindung bringt, die sie bekämpft".

Knut Mellenthin

16. Uran Munition strahlt weiter. USA setzt DU-Munition auch in Afghanistan ein

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Irak; Afghanistan; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:05

Auch drei Jahre nach den Nato-Luftangriffen auf Jugoslawien im Frühjahr 1999 befinden sich noch immer Partikel von Munition aus abgereichertem Uran (Depleted Uranium - DU) in der Luft auf dem Balkan. Zu diesem erstaunlichen Ergebnis kommt eine Ende März vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) veröffentlichte Studie. Die Munition wird von KritikerInnen seit Jahren für Krebserkrankungen und andere rätselhafte Krankheitsbilder bei tausenden Soldaten und ZivilistInnen, die mit ihr seit dem ersten massenhaften Einsatz im Krieg gegen Irak 1991 in Berührung gekommen sind, verantwortlich gemacht.

Für die UNEP-Studie untersuchten 14 internationale WissenschaftlerInnen in Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und mit Unterstützung des Weltgesundheitsprogrammes (WHO) insgesamt 161 Proben, die sieben Einschlagorten in Serbien und Montenegro entnommen wurden. (1) "Das Team war überrascht, dass auch zwei Jahre nach dem Ende des Konfliktes noch DU-Partikel in der Luft zu finden waren", erklärte Pekka Haavisto, Vorsitzender des UNEP Teams, bei der Vorstellung des Berichtes.

Neben der überraschenden anhaltenden Verteilung in der Luft, brachte die Studie ein zweites Besorgnis erregendes Ergebnis. Die Korrosion der DU-Munition, die oft unentdeckt tief im Boden steckt, gefährdet das Grundwasser: "Die größte Sorge ist die mögliche Grundwasservergiftung durch korrodierende Geschosse (Munition aus DU). Die Masse der vom UNEP Team gefundenen Geschosse hat sich auf Grund von Korrosion um 10 bis 15 Prozent verringert. Diese schnelle Korrosionsgeschwindigkeit unterstreicht die Notwendigkeit, die Wasserqualität an den DU belasteten Orten jährlich zu überprüfen", erklärt die UNEP.

Die Schlussfolgerungen der ForscherInnen fallen widersprüchlich aus. Einerseits betonen sie zwar, es bestehe keine unmittelbare Gefahr für die Bevölkerung. Damit bliebt die UN-Organisation ihrer beschwichtigenden Linie treu, die sich durch alle bisherigen Berichte zieht und die von KritikerInnen als eine Vertuschung der tatsächlichen Gefahren bezeichnet wird. Andererseits fordern die UNEP-ForscherInnen dringend Sicherheitsmaßnahmen. Der UNEP-Direktor Klaus Töpfer, ehemaliger CDU-Umweltweltminister im Kabinett Helmut Kohls, sagte bei der Vorstellung der Studie: "Die UNEP Studie in Serbien und Montenegro bestätigt, dass es eine weitgehende Kontamination an den Einschlagorten gibt. Wir konnten kein Radioaktivitätsniveau feststellen, das eine direkte Gefahr für die Umwelt und die menschliche Gesundheit darstellt. Dennoch empfehlen wir mit Nachdruck Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen."

Das dürfte jedoch unmöglich sein. Die NATO hat im Frühjahr 1999 etwa 2.300 Luftangriffe auf Jugoslawien geflogen. Dabei warfen die Piloten mindestens 22.000 Tonnen explodierendes Material ab. Nach NATO Angaben wurden insgesamt 35.000 Projektile aus abgereichertem Uran abgefeuert, zum größten Teil im westlichen Kosovo, aber auch an anderen Orten in Serbien und Montenegro. Jugoslawische Stellen sprechen sogar von 50.000 Projektilen. Dies entspricht etwa 1 bis 1,5 Tonnen Uran-238, die hauptsächlich von A-10 Kampfflugzeugen der US-Luftwaffe abgefeuert wurden. (2)

Abgereichertes Uran in der Luft

Die Geschosse mit einer besonders hohen Dichte dienen dazu, extrem harte Materialien wie die Panzerung von Bunkern und schweren Fahrzeugen zu durchschlagen. Beim Aufprall verbrennt die Munition aus abgereichertem Uran. Sie hat neben diesen beiden Eigenschaften den Vorteil, dass das niedrigstrahlende DU als Abfall der Kernindustrie anfällt und somit kostenlos zu haben ist. Gefährdend ist das bei der Verbrennung entstehende Uranoxid vor allem, wenn es eingeatmet wird oder auf andere Arten in den Körper gelangt. Außerdem besteht die begründete Vermutung, dass in der DU-Munition auch weitere hochgefährliche Substanzen wie Plutonium enthalten sind, die auf Grund der Herkunft des Materials aus der Atomindustrie beigemischt sein könnten. (3)

Die NATO hat zwar zugesagt, alle möglichen Einschlagsorte bekannt zu machen. Aber dies ist bisher nur unzureichend geschehen, wie die UNEP bemängelt. An vielen Stellen in Serbien, Kosovo und Montenegro können die DU-Geschosse also weiter vor sich hin rosten. Selbst in der Belgrader Innenstadt könnten in den

Trümmern des Verteidigungsministeriums verbrannte DU-Geschosse herumliegen, wie in der Presse gemutmaßt wird. Mit schöner Regelmäßigkeit atmen PassantInnen an der Bushaltestelle davor den durch Windstöße aufgewirbelten Staub aus dem ehemaligen Generalstab ein.

Die Krebsrate im Irak hat sich verdreifacht

Bereits 1994 und 1995 hatte die US-Luftwaffe etwa 10.800 DU-Geschosse in rund 4.000 Angriffen auf Stellungen der bosnischen Serben eingesetzt. Zum bisher größten - und erstmaligen - Einsatz von DU-Munition war es 1991 beim Angriff der USA auf Irak gekommen. Damals waren fast eine Million uranhaltiger Geschosse abgefeuert worden. (4) So alt wie die militärische Nutzung der DU-Munition ist auch die Kontroverse über mögliche Gesundheitsschäden, die sie lange nach ihrer Explosion verursacht. Ehemalige Soldaten der US-Armee machen die Munition für das "Golf-Kriegs-Syndrom" verantwortlich, einer rätselhaften Krankheit, unter der tausende Veteranen des US-Geführten Krieges gegen den Irak 1991 leiden. (5)

Irakische WissenschaftlerInnen berichten, die Krebsrate bei Kindern habe sich in ihrem Land zwischen 1991 und 1999 fast verdreifacht. Erkrankten 1991 noch 4 von 100.000 Kindern an Krebs, waren es 1999 schon 11. Die Leukämierate sei zwischen 1990 und 1997 um 60 Prozent angestiegen, erklärten sie bei einer Konferenz in Bagdad Ende März. Auch sie bringen den Anstieg mit der DU-Munition in Verbindung. (6)

In den westlichen Staaten wurde die Öffentlichkeit erst vergangenes Jahr aufgeschreckt, als bekannt wurde, dass sechs italienische Soldaten, die auf dem Balkan im Einsatz waren, an Leukämie gestorben waren. Der Einsatz von DU-Munition durch die NATO wurde in Presseberichten für die Toten verantwortlich gemacht. In den folgenden Wochen berichteten zahlreiche Medien über rätselhafte Erkrankungen und Leukämiefälle auch unter Soldaten aus anderen NATO-Staaten, die auf dem Balkan im Einsatz waren. WissenschaftlerInnen aus Jugoslawien erklärten damals, sie könnten in Folge der NATO-Angriffe einen starken Anstieg von Krebserkrankungen feststellen. Gedächtnisschwund, Magenschmerzen und Sprechschwierigkeiten - Symptome die auch beim sogenannten Golfkriegssyndrom auftreten - wurden von ÄrztInnen verstärkt auch bei ihren PatientInnen festgestellt. Kurzzeitig fanden die Berichte auch Eingang in die deutschen Tageszeitungen, deren KommentatorInnen bekümmert nach dem Schicksal der deutschen Soldaten fragten. Immerhin beschrieb die Süddeutsche Zeitung unter der Überschrift "Wir sind alle potenzielle Krebspatienten" auch die Sorgen der Menschen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. (7)

Der renommierte Arzt Zoran Stankovic sagte gegenüber der Presse, dass es sehr wahrscheinlich sei, dass der drastische Anstieg von Krebserkrankungen unter BewohnerInnen eines Vorortes von Sarajevo in den vergangenen Jahren mit dem Einsatz von DU-Munition zusammenhinge, die die NATO dort gegen Stellungen serbischer Truppen eingesetzt hatte. Der Chef der Abteilung für forensische Medizin der medizinischen Militärakademie in Belgrad erklärte, dass einige der Opfer schusssichere Westen benutzt hätten, die teilweise aus recycelter DU-Munition gefertigt gewesen seien. Andere hätten in einer Fabrik gearbeitet, in der Panzer und andere Fahrzeuge repariert worden seien, die 1994 von der NATO mit DU-Munition beschossen worden seien. "Vierhundert Menschen starben an verschiedenen Formen von Krebs in den vergangenen fünf Jahren. Sie waren Teil einer Gemeinde von etwa 4.000 Serben aus Hadzici (nahe Sarajevo)", erklärte Stankovic. (8) Auch aus dem Kosovo drangen Berichte an die Öffentlichkeit, die auf eine drastische Erhöhung von Krebsfällen nach den NATO-Bombardements 1999 hinwiesen. (9)

Nach anfänglichen Dementis der Verteidigungsministerien, die eine Gefährdung durch DU-Munition ausschlossen, sicherte die NATO im Januar 2001 eine umfassende Untersuchung der Vorgänge zu. Ende November vergangenen Jahres hat die Militärallianz schließlich einen offiziellen Bericht veröffentlicht, in dem sie weiter an ihrer These festhält, dass eine Erkrankung von Soldaten durch DU-Munition auf dem Balkan nicht zu erkennen sei. Das von den Kriegern mit dem blauen Stern einberufene ad hoc Komitee, das unter Teilnahme zahlreicher internationaler Organisationen und Regierungen gebildet worden war, stellt fest: "Bis heute hat keine Nation berichtet, über einen Hinweis auf angestiegene Krankheitsfälle unter den Peacekeepern auf dem Balkan im Vergleich zu Krankheitsfällen bei anderen Soldaten, die nicht auf dem Balkan eingesetzt sind, zu verfügen." (10)

"Bunker Buster" gegen Talibanhöhlen

Doch auch wenn die NATO keinen Beweis für eine verstärkte Erkrankung ihrer über 50.000 Balkan-Soldaten gefunden haben will, kann sie die mögliche Gefährdung nicht leugnen. Dazu sind die wissenschaftlichen

Befunde zu zahlreich und qualifiziert. Zeitgleich mit der Veröffentlichung des NATO-Berichtes fand im vergangenen November in Prag eine internationale Konferenz statt, auf der zahlreiche WissenschaftlerInnen ihre Bedenken gegen die DU-Munition wiederholten. Sie wiesen außerdem darauf hin, dass sich der DU-Staub über hunderte Kilometer vom Ort der Explosion verbreiten könne und auch kleinste Partikel gefährlich seien. Nicht zuletzt aus diesem Grund sind die Ergebnisse der aktuellen UNEP Studie, die genau davor warnt, dass die DU-Partikel sich weit ausstreuen, so Besorgnis erregend. (11) Auch eine neue Mitte März veröffentlichte Studie der Royal Society nährt die Befürchtungen. Die britische Akademie der Wissenschaften stellt fest, dass Soldaten, die mit DU-Munition in Kontakt geraten sind, unter bestimmten Umständen Nierenschäden erleiden und an Lungenkrebs erkranken können. Verseuchte Böden stellten darüber hinaus eine Gefahr für die Zivilbevölkerung dar. (12)

Trotz aller Warnungen setzen die US-Luftwaffe, aber auch andere NATO-Armeen weiterhin DU-Munition ein. Es geht schließlich um den Kampf der "Zivilisation" gegen das "Böse". War DU 1999 im Kosovo-Krieg noch hauptsächlich in den gehärteten Köpfen von 30-Millimeter Massenmunition enthalten, benutzt die US-Luftwaffe im aktuellen Krieg in Afghanistan schwere Waffen mit DU-ummantelten Raketensprengköpfen, berichtet Le Monde Diplomatique im März. (13) Diese sogenannten "Bunker Buster" GBU-28 sollen die Höhlenstellungen der Taliban zerstören. Sie enthalten ein vielfaches der Menge an Depleted Uranium als die im Kosovo verwendete Munition. Die Bomben durchdringen in wenigen Sekunden dutzende Meter dicke Beton- und Felswände. Das Geschoss explodiert entweder sobald es ins Freie tritt oder eine bestimmte vorprogrammierte Tiefe erreicht hat. Die dabei freigesetzen Staubpartikel aus Uranoxid sind klein genug, um den Weg in die menschliche Lunge zu finden.

Boris Kanzleiter, Belgrad

Anmerkungen:

1) Die Studie findet sich unter: http://postconflict.unep.ch

2) Fach, Ilina: Zerstörung und Wiederaufbau Jugoslawiens: Ein düsteres Bild www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/ jugoslawien/lage.html

3) Das US-Militär testet Waffen mit abgereichertem Uran. Der große Mythos vom sauberen Krieg, Le Monde diplomatique Nr. 6701 vom 15.3.2002 4) Vom Golfkrieg bis in den Kosovo. Der Einsatz uranhaltiger Munition und der Protest dagegen. www.ippnw.de/frieden/du/chronik.htm

5) www.gulflink.osd.mil/du_index.htm

6) Baghdad Holds Meeting on Depleted Uranium Impact, Reuters 26.3.2002

7) Süddeutsche Zeitung, 5. Januar 2001

8) Hundreds Died of Cancer After DU Bombing - Doctor, Reuters 13.1.2001

9) Michel Chossudovsky, Low Intensity Nuclear War, www.telepolis.de, 31.01.2001

10) Chairman's Summary on the Ad Hoc Committee on Depleted Uranium, www.nato.int/du/docu/d010523e.htm, 23.11.2001

11) Uran-Munition auch in Afghanistan eingesetzt? Eine internationale wissenschaftliche Konferenz in Prag über die Wirkung von Depleted Uranium. www.uni-kassel.de/fb10/frieden/ themen/DU-Geschosse/queck.html

12) The health hazards of depleted uranium: part I and part II. www.royalsoc.ac.uk

13) Das US-Militär testet Waffen mit abgereichertem Uran. Der große Mythos vom sauberen Krieg, Le Monde diplomatique Nr. 6701 vom 15.3.2002

17. "...den Herren das Leben unmöglich machen" - Italiens bleierne Jahre: Aufstieg und Niederlage der Roten Brigaden

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:04

Nach dem Mord an dem italienischen Regierungsberater Marco Biagi sorgt sich manch ein Kommentator, nun stehe eine Neuauflage der "bleiernen Jahre" des bewaffneten Kampfes bevor. Auch wenn das eher unwahrscheinlich ist - das Attentat sollte auch für potenzielle "SympathisantInnen" Anlass sein, die Erfahrungen der italienischen Stadtguerilla in den 70er und 80er Jahren zu reflektieren. Was die neu formierten "Roten Brigaden" offensichtlich versäumt haben ...

Für die Ermordung des Regierungsberaters Marco Biagi hat eine Gruppierung die Verantwortung übernommen, die sich Brigate Rosse per la costruzione del Partito comunista combattente nennt: "Rote Brigaden für den Aufbau der kämpfenden kommunistischen Partei". Der Name ist von dem Teil der italienischen Stadtguerilla übernommen, der sich 1983 als Brigate Rosse/Partito comunista combattente (BR/PCC) reorganisierte. Auch in dem Bekennerschreiben zum Mord an Biagi, in dem die Attentäter auf "30 Jahre revolutionärer Praxis" Bezug nehmen, stellen sie sich in eine Traditionslinie zu den 1970 entstandenen Roten Brigaden. Offensichtlich sehen sie sich als deren Erben und als Fortsetzer einer 1988 unterbrochenen und 1999 - mit dem Mord an dem Regierungsberater Massimo D'Antona - wieder aufgenommenen "revolutionären Praxis" des bewaffneten Kampfes. Dass es sich bei den heutigen BR/PCC um Erbschleicher handelt, wird deutlich, wenn man sich die Entstehungs- und Blütezeit der "historischen" Roten Brigaden ansieht.

Deren Gründung kann nur vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Krise der späten 1960er Jahre verstanden werden. Als Chiffre für die ganz Westeuropa ergreifende Jugendrevolte hat sich die Jahreszahl "1968" eingebürgert. Die damit verbundenen politischen Inhalte - der Protest gegen den Krieg in Vietnam, das Aufbegehren gegen Autoritäten etc. - prägten auch die italienische Kulturrevolution dieser Jahre. Als nationale Besonderheit hinzu kam zum einen eine Radikalisierung breiter Teile der Arbeiterklasse, vor allem der ungelernten und schlecht bezahlten "Massenarbeiter" (operai massa). Die aus dem Süden des Landes in die industriellen Zentren des Nordens gezogenen jungen Leute waren dort einem speziellen Rassismus ausgesetzt und scharfer Ausbeutung unterworfen. Sie zeigten sich für den Radikalismus der Neuen Linken besonders empfänglich, auch weil die traditionellen Arbeiterorganisationen - die kommunistische Partei (PCI) und die Gewerkschaften - sich vornehmlich an den Interessen der vergleichsweise "privilegierten" Facharbeiterschaft orientierten.

Neben den Studierenden wurden so die ArbeitsmigrantInnen aus dem Mezzogiorno bei FIAT, Pirelli etc. die aktivsten TrägerInnen des "heißen Herbstes" von 1969. Zu den Kampfformen dieser Bewegung gehörten Streiks, Sabotage, Fabrikbesetzungen, militante innerbetriebliche Demonstrationszüge mit "Strafaktionen" gegen Streikbrecher und besonders verhasste Vorgesetzte, aber auch Aktionen außerhalb der Betriebe wie Hausbesetzungen, "proletarische Enteignungen" und organisiertes Schwarzfahren. Die im "heißen Herbst" geprägten Parolen entwickelten internationale Ausstrahlung, insbesondere "Vogliamo tutto e subito!" ("Wir wollen alles, und zwar sofort!") oder "Prendiamoci la città!" ("Nehmen wir uns die Stadt!").

Von der Fabrikguerilla in die Illegalität

Die zweite italienische Besonderheit lag in der Stärke der Faschistischen, die in vielen Fällen mit Teilen der Polizei und der Geheimdienste zusammen arbeiteten oder von den Unternehmern für Spitzeldienste angeheuert wurden. Faschistische Bombenanschläge mit staatlicher Duldung, wenn nicht Förderung, waren die wichtigsten Mittel einer "Strategie der Spannung" gegen die Linke. Als Zäsur gilt das "Staatsmassaker" (strage di Stato) vom 12. Dezember 1969: ein Bombenanschlag auf die Landwirtschaftsbank an der Mailänder Piazza Fontana, bei dem 16 Menschen getötet wurden. (vgl. ak 433) Während die Polizei alles tat, um das Attentat Anarchisten in die Schuhe zu schieben, bewaffneten sich Teile der Linken. Etliche, wie Giangiacomo Feltrinellis Gruppi d'azione partigiana (GAP), taten das in Erwartung eines Rechtsputsches, den es mit Waffengewalt zu verhindern gelte.

Die Genossinnen und Genossen, die 1970 die Brigate Rosse gründeten, teilten diese Einschätzung nicht. Einen schnellen Sieg der Revolution erwarteten sie ebenso wenig. Dieser sei erst möglich nach "einem langen ‚Stellungskrieg`, in dessen Verlauf die Arbeiterklasse in dem Maße stärker wird, in dem sie sich weiter organisiert", schrieb Renato Curcio, der maßgebliche Stratege der BR-Gründergeneration. Curcio war im August 1969 zusammen mit seiner Frau Margherita ("Mara") Cagol vom Soziologischen Institut in Trento nach Mailand gegangen, wo die Klassenkämpfe besonders heftig ausgetragen wurden. Im September 1969 gründeten Gruppen von "Arbeiterstudenten" und betriebliche Basiskomitees das Collettivo Politico Metropolitano, über das Curcio später sagte: "Im Collettivo wurde gesungen, Theater gespielt, Ausstellungen wurden organisiert ... Es herrschte eine ausgelassen explosive und fröhlich anregende Stimmung. Bis zum 12. Dezember `69. Mit dem Bombenanschlag, dem Massaker von der Piazza Fontana, schlug die Stimmung jäh um." Da das Attentat und seine politische Instrumentalisierung eine "Kriegserklärung an die linke Bewegung" darstellten, war nun ein Wendepunkt erreicht, an dem, so Curcio, nur zwei Wege offen schienen: "Alles fallen zu lassen und die Geschichte des Collettivo abzuschließen oder weiterzumachen, aber unter der Bedingung, dass wir uns komplett neu organisierten."

Nach einer Übergangsphase in der Sinistra Proletaria gründeten Renato Curcio, Mara Cagol, Alberto Franceschini und andere im September 1970 die Brigata Rossa (zunächst im Singular), die erstaunlich offen agierte. Technisches Know-how über den Bau von Molotow-Cocktails mit Zeitverzögerung vermittelten ehemalige Partisanen, die den Brigadisten auch ihre alten Waffen übergaben. Als erste militante Aktion der BR gilt ein Brandanschlag auf das geparkte Auto des Pirelli-Aufsehers Pellegrini, der Linke bespitzelte und fotografierte (November 1970). Weitere Anschläge dieser Art folgten; besonders viel Schaden richtete ein Angriff auf die Pirelli-Teststrecke Lainate an, wo im Januare 1971 acht LKWs durch Brandsätze zerstört wurden. In Flugblättern, die vor und in den Fabriken verteilt wurden, erklärten die BR - nach Selbstdefinition die "ersten Formationen der bewaffneten Propaganda" -, der Sinn ihrer Aktionen bestehe darin zu zeigen, "dass klandestine Gruppen organisierter Proletarier, die über direkte Zusammenhänge mit der Fabrik, dem Stadtviertel, der Schule und den (Arbeits-)Kämpfen verfügen, diesen Herren das Leben unmöglich machen können."

Die Illusion vom Angriff auf das "Herz des Staates"

Der Verweis auf enge Kontakte zu den Massenkämpfen war kein Lippenbekenntnis; in den Anfangsjahren waren die BR nicht nur in den wichtigsten Großbetrieben verankert, sondern beteiligten sich auch an Hausbesetzungen und antifaschistischen Aktionen. Sehr zum Unwillen der PCI-Führung, die in den Linksradikalen generell "Provokateure" sah, weigerten sich die kommunistischen Basismitglieder, die ihnen wohl bekannten Genossinnen und Genossen der "Fabrikguerilla" zu denunzieren. Etliche ArbeiterInnen waren von dem Mut der Guerilla begeistert. Auch die erste von den BR organisierte Entführung im März 1972 fand großen Anklang: eine "symbolische Strafaktion" gegen den verhassten Sit-Siemens-Manager Idalgo Macchiarini, der 20 Minuten in einem Kleintransporter durch Mailand gefahren, verhört, mit der Pistole an der Schläfe fotografiert und wieder entlassen wurde. Tags darauf erschien auf den Titelseiten der Tageszeitungen ein Foto von Macchiarini - mit Pistole und umgehängtem Schild, auf dem neben dem roten Stern und dem Schriftzug "Brigate Rosse" stand: "Schlag zu und verschwinde. Nichts bleibt ungestraft. Treffe einen, erziehe hundert. Alle Macht dem bewaffneten Volk". Nach dieser Aktion tauchten die BR vollends in die Illegalität ab. Das war kein freiwilliger Schritt, sondern "der zwangsläufige Ausweg, um der immer enger werdenden Schlinge der Polizei zu entkommen", wie Renato Curcio später einräumte.

Opfer zeitlich begrenzter Entführungen durch die BR wurden im folgenden Jahr auch Bruno Labate, Provinzsekretär der neofaschistischen Pseudo-Gewerkschaft CISNAL, und der Alfa-Manager Michele Mincuzzi. Die Entführung des Personalchefs von FIAT, Ettore Amerio, im Dezember 1973 war schon mehr als eine Demonstration der eigenen Stärke. Amerio wurde acht Tage festgehalten und erst entlassen, als drei Forderungen erfüllt waren: Die Unternehmensleitung von FIAT nahm Entlassungen zurück; der Entführte enthüllte die Praktiken des Unternehmens, Faschisten als Spitzel in den Betrieb zu holen; die von FIAT-Chef Agnelli kontrollierten Tageszeitungen La Stampa und Corriere della Sera berichteten sachlich über die Ziele der Roten Brigaden. Die Entführung des Staatsanwalts Mario Sossi im April endete zwar schon nach sechs Tagen mit dessen Freilassung, sie stellt aber dennoch eine weitere Eskalation dar. Zwar erklärte sich das Appellationsgericht bereit, die Forderung der BR zu erfüllen und acht politische Gefangene freizulassen. Die Umsetzung dieser Zusage wurde allerdings von dem Oberstaatsanwalt Francesco Coco hintertrieben. Da das

zu erwarten gewesen war, hatten die BR Sossi sozusagen "auf Bewährung" entlassen und erklärt: "Indem wir Sossi freilassen, stellen wir Coco und diejenigen, die ihn decken, vor eine präzise Verantwortung: entweder die Genossen sofort freizulassen oder aber die eigenen Gesetze nicht zu respektieren." Damit setzten sich die BR selbst unter Zugzwang. Im Juni 1976 folgte die "Hinrichtung" Cocos; zusammen mit seinen beiden Leibwächtern wurde er in Genua auf offener Straße erschossen.

Coco war der erste, dessen Tod die BR gewollt hatten. Die Erschießung zweier Neofaschisten im Juni 1974 bei einem Überfall auf ein MSI-Büro in Padua wurde von den BR als "Betriebsunfall" und politischer Fehler gewertet. Drei Wochen nach dem faschistischen Bombenanschlag auf eine Gewerkschaftskundgebung in Brescia (sechs Tote) hielt sich die Erregung über den aus dem Ruder gelaufenen Racheakt zwar in Grenzen; gleichwohl hatte Giorgio Bocca recht, der in dem Wochenmagazin L'Espresso schrieb: "Auf ein faschistisches Blutbad antwortet man nicht mit der Erschießung zweier unbekannter Parteiangestellter des MSI."

Die "Aktion Moro" - der Anfang vom Ende

Die mit der Ermordung des Staatsanwalts Coco forcierte Militarisierung der BR lässt sich auch nicht durch die harte Repression rechtfertigen, der die gesamte radikale Linke ausgesetzt war. Die ersten Toten gingen eindeutig auf das Konto der "anderen" Seite: der Faschisten und des Staates. Mehrere Linke wurden regelrecht liquidiert - von einer Polizei, der durch eilig erlassene Sondergesetze Straffreiheit beim Kampf gegen den Terror zugesichert wurde. So wurde am 9. Juli 1975 Mara Cagol von der Polizei erschossen, nachdem sie sich bereits ergeben hatte. Dieser staatliche Mord fand zu einer Zeit statt, als die BR-Kommandos ihre Feinde noch gezielt in die Beine schossen - als ersten den rechten Christdemokraten Massimo De Carolis, dessen Bestrafung die BR so kommentierten: "Natürlich hatte er mehr verdient, aber in diesen Dingen haben wir keine Eile. Wir werden die Schraube bald anziehen und ebenso die wirklichen ‚Kriminellen` in ihren Schlupfwinkeln ausfindig machen." Die Ermordung Cocos gut ein Jahr später wurde dann schon als ein bewusster Schritt in die militärische Offensive gerechtfertigt: "Coco hinzurichten war keine ‚exemplarische` Repressalie. Mit dieser Aktion öffne sich eine neue Phase des Klassenkrieges, die auf die Zersetzung des Staatsapparates abziele. Zu diesem Zweck werden die Leute getroffen, die ihn repräsentieren und seine konterrevolutionäre Initiative dirigieren."

Von einer "Massenverankerung" der BR oder zumindest einer engen Verbindung zur außerparlamentarischen Linken konnte zu diesem Zeitpunkt keine Rede mehr sein. Auch die militante Jugendrevolte des Jahres 1977 vollzog sich unabhängig von den Aktionen der Guerilla. Die Entführung des Präsidenten der Democrazia Cristiana (DC), Aldo Moro, im März 1978 stieß zwar auf breite Bewunderung, ebenso wie weitere "militärische Erfolge", insbesondere die Entführung des Richters Giovanni D'Urso, durch die Anfang 1981 die Schließung des Sondergefängnisses Asinara durchgesetzt werden konnte. Aber schon der Verlauf der Moro-Entführung, die nach 55 Tagen mit der Ermordung der Geisel endete, zeigte die politische Schwäche der Roten Brigaden. Renato Curcio, der damals zusammen mit anderen BR-Gefangenen vor Gericht stand und dort seine Solidarität mit den Entführern bekundete, formulierte seine Kritik später so: "Von Anfang an hatte ich den Eindruck, dass die BR hier eine Aktion durchführten, die über ihren politischen Möglichkeiten lag." Der Entschluss, Moro zu töten, zeuge von Mangel an "politischer Stärke und Weitsicht": Ein Moro in Freiheit hätte seiner Partei, die offensichtlich nichts für seine Rettung tun wollte, ungleich größere Probleme bereiten können. Mario Moretti, der Kopf des Unternehmens, gab später zu, die BR wären vom gnadenlosen Kurs der DC und des PCI überrascht worden.

Aber nicht nur das Ende der Moro-Entführung, auch ihre Zielsetzung lässt Zweifel an der politischen Kompetenz der BR aufkommen. So ging es zunächst nicht um die Freilassung von 13 Gefangenen (diese Forderung wurde später nachgeschoben), sondern um Enthüllungen, die Moro über die geheime Funktionsweise des Staates machen sollte, den die Roten Brigaden als Stato imperialista delle multinazionali ("imperialistischen Staat der multinationalen Konzerne") kurz: SIM, fehleinschätzten. Während Moro über den SIM nichts zu sagen wusste, wurde seine brisante Enthüllung über die geheime Bürgerkriegsarmee Gladio von seinen EntführerInnen nicht verstanden. Das hat - neben diversen anderen Ungereimtheiten - Spekulationen über eine Verschwörung genährt, in deren "höherem Auftrag" die BR gehandelt hätten. (Dass diese Verschwörungstheorien allesamt nicht zu halten sind, wurde in ak 413 ausführlich begründet.)

Der strategische Fehler lag am Anfang

Letztlich war die Moro-Entführung die praktische Anwendung einer falschen "Theorie": Die christdemokratische Partei sei das "Herz des Staates", das sich durch Anschläge auf Repräsentanten der DC treffen ließe. Diese ziemlich einfältige Analyse wurde später von den BR/PCC noch unterboten. Sie behaupteten: Jeder "antiimperialistische" Anschlag "schwächt das ganze System und öffnet einen politischen Raum für das Wachstum der proletarischen Bewegung." Das Zitat stammt aus dem Jahr 1983, aber auch schon zehn Jahre zuvor hatten die BR die komplexe Wirklichkeit allzu grobschlächtig vereinfacht. Nach der Entführung des FIAT-Personalchefs (Dezember 1973) schrieben sie: "Historischer Kompromiss oder bewaffnete proletarische Macht: Das ist die Entscheidung, vor der die Genossen heute stehen. Die Mittelwege sind verschüttet." Die Organisationen, welche die angeblich verschütteten "Mittelwege" zwischen PCI und Roten Brigaden beschritten - z.B. Lotta Continua - kritisierten die "Robin-Hood-Aktionen" der BR schon damals. Dass der Kampf auf dem Niveau der Fabrikguerilla nicht lange fortzusetzen war, lag auf der Hand. Stefan Seifert, der ein faktenreiches Buch über die Geschichte der Roten Brigaden geschrieben hat, beschreibt die Unvermeidlichkeit der Eskalation so: "Es liegt wohl im Wesen des Krieges zwischen Stadtguerilla und kapitalistischem Staat, dass sich eine Guerilla, die nicht innerhalb kürzester Zeit aufgerieben werden will, der Dynamik immer höherer Ebenen des Kampfes nicht entziehen kann und insofern eine direkte Konfrontation mit den Staatsorganen, also auch die Verteidigung der Strukturen der Guerilla in gewisser Weise vorprogrammiert ist." Wobei zu präzisieren wäre, dass allein militärisch eine "höhere Ebene des Kampfes" erreicht wurde und die "direkte Konfrontation mit den Staatsorganen" nur in die Niederlage führen konnte.

Wenn der weitere Weg der Roten Brigaden also vorprogrammiert war, dann ist natürlich nicht nur die Eskalation des bewaffneten Kampfes bis hin zum vorsätzlichen Mord zu kritisieren, sondern auch sein Ausgangspunkt. Renato Curcio erklärte schon 1992 sein grundsätzliches Interesse an einer Diskussion, die der linke Publizist Alberto Asor Rosa gefordert hatte - mit dem Ziel einer "offenen Anerkennung des politischen Fehlers, der von Anfang an in der Strategie der Brigadisten enthalten war". Selbst der gern als "Hardliner" präsentierte Mario Moretti, der wie Curcio für die "Abschwörer" nur Verachtung übrig hat, ist zu einer selbstkritischen Diskussion der BR-Geschichte bereit: "Wenn man mich bedrängt, zu erklären, warum wir uns geirrt haben, bin ich bereit es zu tun. Aber ich kann es nur vernünftig tun, wenn wir die Fehler aller betrachten und auch den Kontext, in dem wir uns befanden." Genau das ist es, was die Gegenseite - der Staat und die ihn tragenden Parteien - konsequent verweigert; auch die bedingungslose Entlassung der politischen Gefangenen wäre Voraussetzung für eine offene Debatte über die "bleiernen Jahre".

Wer immer sich heute hinter dem Firmenschild BR/PCC verbirgt: Diese Leute haben mit den Morden an Massimo D`Antona und Marco Biagi allenfalls ihre militärischen Fähigkeiten bewiesen. Sie sind aber offensichtlich weder bereit noch in der Lage, die politischen Folgen ihres Tuns zu bedenken. Aus der vernichtenden Niederlage ihrer VorläuferInnen haben sie nichts gelernt. Und die sind unter weitaus günstigeren Bedingungen angetreten.

Js.

Lesenswerte Bücher über die Roten Brigaden:

Renato Curcio: Mit offenem Blick. Ein Gespräch zur Geschichte der Roten Brigaden in Italien von Mario Sciajola; Berlin (ID Verlag) 1997

Mario Moretti: Brigate Rosse. Eine italienische Geschichte; Interview von Carla Mosca und Rossana Rossanda; Hamburg/Berlin/Göttingen (VLA/Schwarze Risse/Rote Straße) 1996

Primo Moroni, Nanni Balestrini: Die Goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien; Berlin/Göttingen (Schwarze Risse/Rote Straße) 1994

Stefan Seifert: Lotta armata. Bewaffneter Kampf in Italien. Die Geschichte der Roten Brigaden; Berlin/Amsterdam (Edition ID-Archiv) 1991

18. Verbale Exzesse. Die Berlusconi-Regierung und der Mord an Marco Biagi

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:03

Vier Tage vor der bislang größten Demonstration gegen die Regierung Berlusconi wurde Marco Biagi, ein Berater eben dieser Regierung, in Bologna auf offener Straße erschossen. Nach dem Attentat auf den christdemokratischen Senator Roberto Ruffilli im April 1988 gab es nur einen einzigen politischen Mord, zu dem sich eine Nachfolgeorganisation der Brigate Rosse (BR) bekannte: Am 20. Mai 1999 wurde in Rom der linksdemokratische Regierungsberater Massimo D'Antona erschossen; in ihrem Bekennerschreiben bezeichneten die "Roten Brigaden für den Aufbau der kämpfenden kommunistischen Partei" (BR-PCC) ihr Opfer als einen jener "Spitzenexponenten des dominierenden Gleichgewichts, der politisch-operativen Scharniere in den Beziehungen zwischen Exekutive und Gewerkschaftsbünden, der Interpreten der politischen Funktion des Sozialpakts". Damit wurden nicht nur führende Politiker, sondern auch im Hintergrund agierende politische "Techniker" zum legitimen Ziel mörderischer Anschläge erklärt.

Zweifellos gehörte D'Antona, Berater des damaligen Arbeitsministers der Mitte-Links-Regierung, Antonio Bassolino, ebenso in diese Kategorie der "Techniker" wie Biagi. Letzterer, Professor für Arbeitsrecht an der Universität Modena, hatte als Berater des amtierenden "Welfare"-Ministers Roberto Maroni (Lega Nord) dessen im Herbst vergangenen Jahres vorgelegtes "Weißbuch über den Arbeitsmarkt" konzipiert. Wenige Tage vor seinem Tod erschien ein von Biagi mitunterzeichneter Appell für die Abschaffung des 1970 erkämpften Artikels 18 im "Arbeiterstatut": Dieser Artikel, der unrechtmäßig Entlassenen die Wiedereinstellung garantiert, steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaften.

Für die Rechtsregierung war schon am Abend des 19. März klar, wer die Täter sind und aus welchem Motiv sie töteten: Die Gruppierung, die für den Mord an D'Antona verantwortlich sei, habe auch Biagi auf dem Gewissen; in beiden Fällen sei die selbe Waffe benutzt worden - eine zumindest vorschnelle Behauptung, da entsprechende kriminaltechnische Untersuchungen Wochen dauern. Noch schneller schien der Regierung die Frage der "moralischen Mittäterschaft" geklärt. Es sei der von der Linken in der laufenden Konfrontation gesäte Hass, der die Täter zur Waffe habe greifen lassen.

Während Ministerpräsident Silvio Berlusconi auf direkte Beschimpfungen seiner politischen Gegner verzichtete und statt dessen zur "größtmöglichen Einheit" der Demokraten aufrief, wurde sein "Reformminister" Umberto Bossi (Lega Nord) deutlicher: Die Linke habe nicht nur die Wahlen, sondern auch den Kopf verloren; wenn "ein italienischer Intellektueller" (gemeint war Nobelpreisträger Dario Fo) in Paris von Faschismus und Diktatur in Italien rede, sei es kein Wunder, "dass jemand zur Pistole greift".

Die Kaltschnäuzigkeit, mit der die Politiker des Rechtsblocks den Mord gegen die gesamte Linke instrumentalisieren, ist beängstigend. Dabei liegt es auf der Hand, dass der Mord an Biagi den Rechten nützt. Er hat zwar die Mobilisierung zur Demo in Rom nicht aufhalten können, dem Protest aber einen Teil seiner Wucht genommen: Die Veranstalter sahen sich gezwungen, nicht nur für die Verteidigung sozialer Rechte, sondern gleichberechtigt auch "gegen den Terrorismus" zu demonstrieren. Hinzu kommen die aberwitzigen Spekulationen über die politischen Milieus, die angeblich zum Rekrutierungsfeld für die Stadtguerilla geworden seien. Verdächtig ist alles, was sich jenseits der linksdemokratischen Mehrheitslinie bewegt: Sozialzentren, globalisierungskritische Initiativen, autonome Gruppen, Rifondazione Comunista, gewerkschaftliche Basiskomitees (Cobas) und Teile des Gewerkschaftsbundes CGIL. Eine so weit gefasste Definition des Feindes liefert einen Freibrief für staatliche Aktionen auch außerhalb der Legalität: Razzien an den Treffpunkten der Linken, Infiltration potenziell "gewaltbereiter" Gruppen, Anschläge unter freundlicher Mithilfe staatlich besoldeter agents provocateurs.

Das alles gehört - nicht erst seit Berlusconi - ohnehin zum polizeilichen Alltag. Allerdings gewinnen Aktionen der Staatsgewalt nach dem Motto "legal, illegal, scheißegal" in der Öffentlichkeit neue Legitimität, wenn sie als Reaktion auf die Bedrohung durch den Terrorismus ausgegeben werden. Rückschlüsse auf die "wahren" Urheber des Mordes an Marco Biagi ergeben sich dadurch allerdings nicht. Luca Casarini, der Medienstar der Tute Bianche, der umgehend von "staatlichem Mord" an Biagi sprach, kann für seine Verschwörungsthese

keine ernsthaften Anhaltspunkte vorbringen. Vielmehr scheint das Bekennerschreiben der BR-PCC, wie schon im Fall D'Antona, authentisch.

Wer aber sind die Täter? Die alten Roten Brigaden gibt es schon lange nicht mehr. Ob einzelne Veteranen heute zu den BR-PCC gehören oder ob es sich bei diesen um eine reine Neugründung handelt, wissen auch die staatlichen Ermittler nicht. Sprache und Inhalt des Bekennerschreibens sollen eine "Kontinuität mit der revolutionären Praxis der letzten 30 Jahre" suggerieren. "Wir haben Marco Biagi hingerichtet (giustiziato)", heißt es da; schon mit der "Hinrichtung" D'Antonas sei der "Angriff auf das Herz des Staates" wieder aufgenommen worden. Ist die Anmaßung, "Hinrichtungen" durchzuführen, eine moralische Bankrotterklärung, so zeugt die Vorstellung, damit das "Herz des Staates" treffen zu können, von einer politischen Naivität, die nach den Erfahrungen der 70er und 80er Jahre nur schwer nachvollziehbar ist.

Selbst die "technische Perfektion" des Anschlags wirft bei näherem Hinsehen Fragen auf: Warum wurde Biagi im Dezember vergangenen Jahres die Eskorte entzogen, obwohl er - laut Bericht der Geheimdienstkoordination CESIS - als mit der Arbeitsmarktreform befasster Experte besonders gefährdet schien? Warum bekam er auch dann keinen Polizeischutz, als er selbst - unterstützt von Minister Maroni - darum bat? Vielleicht weil sein gewaltsamer Tod politischen "Nutzen" versprach?

Dass der Mord an Biagi den oppositionellen Bewegungen vergleichsweise geringen Schaden zugefügt hat, ist vor allem den Scharfmachern der Rechtsregierung zu "verdanken". Sie haben nach der Demonstration der drei Millionen in Rom mit ihren Tiraden gegen die Gewerkschaften maßlos überzogen. Tonangebend war einmal mehr Umberto Bossi, der geiferte: "Die Terroristen sind die Söhne eines erbitterten gewerkschaftlichen Protestes". Während die Minister von Alleanza Nazionale die "verbalen Exzesse" ihrer Regierungskollegen kritisierten, machte Ministerpräsident Berlusconi zwischen den Fronten eine denkbar schlechte Figur. Da die Regierung eine förmliche Entschuldigung verweigerte, sagten die Gewerkschaften ein für den 26. März geplantes Spitzengespräch mit der Regierung und dem Unternehmerverband ab. Nun sind die Kampflinien um so deutlicher markiert. Das kann der Mobilisierung zum ganztägigen Generalstreik am 16. April nur nutzen.

Js.

19. Sri Lanka: Auf dem Weg zum Frieden? Regierung und Guerilla beginnen Friedensverhandlungen

Autor: Elvira Vernes · Rubrik: Sri Lanka · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:11

Nach nahezu 20 Jahren permanentem Ausnahmezustand, 80.000 Toten und geschätzten 1,5 Millionen Flüchtlingen inner- und außerhalb der Landesgrenzen sieht es in Sri Lanka seit vergangenem Dezember so aus, als würden der Waffenstillstand vom vergangenen Februar und die im Mai beginnenden Friedensverhandlungen nun eine längere Phase des Friedens einleiten, zumindest aber die militärischen Kampfhandlungen nachhaltig unterbrechen können. Für die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) ist das nach dem Beginn ihres Kampfes für einen eigenen Tamilenstaat nach den Pogromen von 1983 und nach den im April 1995 gescheiterten Verhandlungen nun die zweite Chance und eine neue Herausforderung für eine politische Lösung des Konflikts. Für die srilankische Regierung - sie vertritt die singhalesische Bevölkerungsmehrheit - steht die nationalstaatliche Integrität auf dem Spiel. Von militärischer Niederlage zu Niederlage und gebeutelt von Sprengstoffanschlägen in der Hauptstadt Colombo steht die Regierung politisch und wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand.

Rund eine Milliarde US-Dollar oder rund sechs Prozent des Bruttoinlandprodukts gab die Regierung im Jahr 2000 für ihren Verteidigungshaushalt aus - in den 70er Jahren war es lediglich ein Prozent - und steht damit auf dem zweiten Platz hinter den USA. Zur Finanzierung des Krieges gegen die Guerillaorganisation wurde 1994 eine Verteidigungssteuer von 4,5 Prozent eingeführt, die mittlerweile (2001) auf 7,5 Prozentpunkte angehoben wurde. Zwar konnten die Militärs Ende der 90er Jahre die Kontrolle über die Jaffna-Halbinsel wiedergewinnen, jedoch kann weder aus der dortigen Landwirtschaft, noch aus den an der Ostküste gelegenen Bodenschätzen wirtschaftlicher Profit für die Nationalökonomie geschlagen werden, denn von den Gebieten im Norden und Osten ist die Regierung in Colombo abgeschnitten. Und insbesondere der Tourismus, eine der Haupteinnahmequellen des Landes neben Tee- und Kokosexporten und der Textilproduktion in den mittlerweile zwölf Freihandelszonen des Landes, kam in den vergangenen Jahren insbesondere an den Stränden der Ostküste nahezu vollständig zum erliegen, zahlreiche Nationalparks befinden sich unter der Kontrolle der LTTE.

Gab es 1998 nach Angaben der Zentralbank Sri Lankas noch ein Wirtschaftswachstum von 4,7 Prozent, so ist dieses mittlerweile rückläufig. Ministerpräsident Wickremasinghe sprach Anfang des Jahres im Abgeordnetenhaus gar von einem siebenprozentigen Rückgang des Wirtschaftswachstums: "Das Land steht kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Weder gab es signifikante Direktinvestitionen aus dem Ausland, die Inlandsinvestitionen liegen danieder, und die Exporte gehen zurück." Sri Lanka, das sich gern als einer der Gewinner des neoliberalen Globalisierungsprozesses sähe, steht mit knapp 25 Mrd. US-Dollar im Ausland in der Kreide und sieht sich dadurch entsprechendem Druck des IWF ausgesetzt.

Kriegsökonomie am Ende

Unter diesen Bedingungen bemüht sich seit zwei Jahren die norwegische Regierung mit ihrem Stellvertretenden Außenminister Helgesen um eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen - seit dem Wahlsieg der United National Party (UNP) im vergangenen Dezember mit mehr Aussicht auf Erfolg. Die bis dato regierende Peoples Alliance (PA) unter der derzeitigen Präsidentin Chandrika Bandaranaike Kumaratunga hatte der Regierung in Oslo Parteilichkeit vorgeworfen und sich wenig kompromissbereit gezeigt. Die Befreiungstiger beantworteten diese harte Haltung mit dem Abbruch der Friedensverhandlungen und - ohne Vorankündigung - mit einem verheerenden Anschlag im Stadtzentrum der Hauptstadt Colombo.

Der vorerst letzte Versuch der PA-Vorsitzenden und Ministerpräsidentin Kumaratunga, den Friedensprozess, an dessen Ausarbeitung sie nicht beteiligt wurde, zu torpedieren, scheiterte Anfang des Jahres. Ende Februar hatte sie in einem umfassenden Brief an den Präsidenten dessen vorbedingungslose Bereitschaft zum Waffenstillstand scharf kritisiert und den Einsatz des Militärs angedroht. Internationaler Druck, aber auch die Tatsache, dass sie derzeit selbst in ihrer eigenen Partei wenig positive Resonanz findet, ließen diesen Vorstoß ins Leere laufen.

Die bisherigen Blockaden scheinen bei den Verhandlungen unter Führung Helgesens, nun weitgehend ausgeräumt zu sein. Neben dem neuen Ministerpräsidenten, Ranil Wickremasinghe (UNP), sind daran der

Londoner Repräsentant und Chefunterhändler der LTTE, Anton Balasingham, sowie demnächst auch der LTTE-Führer in Sri Lanka, Velupillai Pirapaharan, beteiligt.

Allerdings mussten die Liberation Tigers bereits vor den Mitte Mai beginnenden Gesprächen weitgehende Zugeständnisse machen: Weder wird das Ziel eines eigenständigen Staates im Norden und Osten der Insel zur Vorbedingung für Verhandlungen gemacht, noch bestehen die Befreiungstiger weiter darauf, dass das Verbot ihrer Organisation auf der Insel aufgehoben wird. Diesen Zugeständnissen, die nicht zuletzt auf internationalen Druck - auch im Zusammenhang mit der nach oben und unten offenen US-Liste "terroristischer" Organisationen und Einzelpersonen nach dem 11. September - zu Stande gekommen sein dürften, stehen erhebliche Einflussgewinne in der innertamilischen Auseinandersetzung auf der kleinen Insel gegenüber. Allen an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen beteiligten Gruppierungen gelten mittlerweile uneingeschränkt die Tamil Tigers als die einzige repräsentative Stimme der tamilischen Bevölkerung. Damit sind sowohl die tamilischen Kräfte, die bisher mit der singhalesischen Regierung zusammengearbeitet hatten, wie auch die Tamilen-Organisationen an den Rand gedrängt, die sich eine eigenständige Perspektive auf Frieden und Verständigung nach den Pogromen der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit gegen die tamilische Minderheit erhalten hatten.

Im Waffenstillstandsabkommen vom Februar 2002 (Sri Lanka Truce Deal) ist zudem festgelegt, dass die Kämpfer der Befreiungstiger uneingeschränkte, wenn auch unbewaffnete Bewegungsfreiheit genießen, die sie seitdem für massive Mobilisierungskampagnen in den entlang der von ihnen kontrollierten Gebiete liegenden Städten nutzen. In Trinkomalee, Batticaloa und Amparai an der Ostküste, in Vavuniya und Mannar an der Nordwestküste setzen die Vertreter der LTTE seitdem Komitees mit ihren Sympathisanten ein, sammeln Spenden und fordern die Zivilbevölkerung auf, ihre Häuser mit an die Farben der LTTE angelehnten Flaggen zu schmücken. Auch sonst bemühen sich die Liberation Tigers um einen Ausbau ihrer Positionen. So soll nach Informationen des Internationalen Roten Kreuzes (ICRC) und verschiedener tamilischer Menschenrechtsorganisationen, die allerdings sofort und entschieden von Regierung und LTTE-Führung dementiert wurden, der Waffenstillstand von den Tigers genutzt worden sein, um weitere Kämpfer zu rekrutieren. Anders als in den Jahren zuvor, in denen die LTTE sich mit Zwangsrekrutierungen von vor allem Jugendlichen einen unrühmlichen Namen machte, scheint es sich dabei aber um freiwillige Kämpfer zu handeln.

Im Gegenzug für die Zugeständnisse der LTTE akzeptierte die neue Regierung die Öffnung der Straßen in die so genannten Uncleared areas, also die von der LTTE kontrollierten Gebiete, für Hilfs- und Nahrungsmittellieferungen. Der Status quo der militärischen Basen wurde ebenso festgeschrieben, wie Regeln für die gefahrlose Bewegungsfreiheit der LTTE-Mitglieder. Mittlerweile haben Militärs und Guerillakämpfer nach 15 Jahren gemeinsam begonnen, auch die A9, die Jaffna-Kandy Road, vom bisherigen Nadelöhr im Norden, Vavuniya, zur ganz an der Nordspitze gelegenen Halbinsel Jaffna von Minen zu räumen und so für Hilfskonvois wieder zugänglich zu machen.

LTTE baut Einfluss aus

Mobil gegen den Friedensprozess macht im Landesinnern die radikal-nationalistische singhalesische Janatha Vimukti Peramuna (JVP), einst Bündnispartner der LTTE im Kampf gegen die indische Armee, die 1987 von der damaligen Regierung zur Niederschlagung der Befreiungstiger geholt worden war. Für sie steht zunächst die militärische Zerschlagung der LTTE im Vordergrund, bevor es zu einer Lösung der "Tamilenfrage" kommen könne. Noch bedeutsamer aber ist der buddhistische Klerus, der mit seinen rund 20.000 Mönchen einem mythologisch überhöhten Nationalismus huldigt und in der Vergangenheit schon mehrfach Friedensverhandlungen erfolgreich torpedieren konnte. Doch auch gemäßigtere Kritiker des derzeitigen Ausgleichsprozesses erinnern daran, dass es zahlreiche negative Erfahrungen in Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der Befreiungstiger gegeben hat. Die Herausforderungen, denen sich die unter der Führung Norwegens stehende skandinavische Vermittlungskommission gegenübersieht, sind jedenfalls groß. Auch die im "Memorandum of understanding", dem Waffenstillstandsvertrag, festgelegten Verantwortlichkeiten haben es in sich: Bei Streitigkeiten zwischen Regierung und Militär auf der einen und der LTTE auf der anderen Seite haben die internationalen Beobachter in den landesweit sechs installierten Beobachtungs- und Kontrollkommissionen das letzte Wort.

International dürfte die Ankündigung der britischen Regierung vom November 2000, das Büro der Befreiungstiger in London, wichtigster Auslandsstützpunkt der LTTE, schließen zu wollen, der entscheidende Anlass für eine neue Friedensinitiative der Befreiungstiger gewesen sein, die mit der Wahl der UNP zur Regierungspartei ein Jahr später einen neuen Ansatzpunkt fand. Die etwa 600.000 Tamilen in der Diaspora, ein Großteil von ihnen lebt in Großbritannien, Frankreich, Kanada, Australien und der Bundesrepublik, stellen ein hoch elaboriertes Kommunikations- und vor allem das zentrale Finanzierungsnetzwerk der LTTE dar. Ein Verbot hätte die etwa 15.000 Befreiungstiger, deren Ausrüstung als besser und moderner als die der insgesamt 150.000 Kämpfer der srilankischen Landstreitkräfte gilt, von ihrer finanziellen Basis abschneiden und so in ihrer Existenz gefährden können. Nur wenig ist darüber bekannt, inwieweit auch eine gewisse Kriegsmüdigkeit innerhalb der LTTE-Strukturen selbst Einfluss auf den erneuten Vorstoß der Befreiungstiger nach zwanzig Jahren Kämpfen hat, denn auch die von ihnen kontrollierten Gebieten, das zeigen erste Reisen in das jetzt zugängliche Vanni-Gebiet nördlich von Vavuniya, liegen wirtschaftlich am Boden.

Auf die ökonomischen Zusammenhänge hat unlängst auch der in Norwegen lehrende Professor für Entwicklungsstudien, N. Shanmugaratnam, auf einem Globalisierungs-Symposium im srilankischen Kandy hingewiesen: "Der ‚ethnische Konflikt` in Sri Lanka kann als nachhaltige Ethnisierung eines Verteilungskonflikts verstanden werden. Nicht dass es nicht auch jenseits dessen Verteilungskonflikte geben würde, im Gegenteil. Aber die beiden vergangenen zwei Dekaden haben die Polarisierung entlang ethnischer Linien vertieft. Es ist gar keine Frage, dass es der Bevölkerung ohne den Krieg besser gehen würde, aber das darf uns nicht den Blick dafür trüben, dass die anhaltende neoliberale Wirtschaftspolitik die Tendenz in sich trägt, weitere Verteilungskonflikte und Ausgrenzungen zu produzieren."

Für den 15. Mai ist nun die erste Runde der Friedensgespräche geplant, über einen detaillierten Fahrplan ist noch nichts bekannt geworden. Nur so viel scheint klar zu sein: Die vergangenen 20 Jahre Krieg und die parallel stattfindende Ausrichtung der Ökonomie auf die Interessen von Großkonzernen und neoliberaler Wirtschaftsideologie haben ein im Norden und Osten weitgehend zerstörtes Land hinterlassen - und landesweit eine durch die Kriegsökonomie frustrierte und entkräftete Zivilbevölkerung. Den schwierigsten Weg hat Sri Lanka noch zu gehen.

Elvira Vernes, z.Zt. Colombo

20. Trostlose Aussichten. Seit 10 Jahren protestieren ehemalige koreanische "Trostfrauen" in Seoul

Seit zehn Jahren protestieren ehemalige koreanische "Trostfrauen" in Seoul

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:08

Es gleicht einem traurigen, mitunter bizarren Ritual. Seit dem 8. Januar 1992 demonstrieren alte koreanische Frauen im Zentrum der südkoreanischen Metropole Seoul vor der japanischen Botschaft gegen vergangenes Leid und andauernde Demütigung. Und das Mittwoch für Mittwoch zur Mittagszeit. Am Mittwoch, den 13. März, war es das 500. Mal, dass sich die Frauen auf Plastikstühle vor dem Botschaftsgebäude des östlichen Nachbarn hockten und Transparente mit den Aufschriften wie "Enthüllt die Wahrheit" oder "Löst das Problem der Comfort Women" entrollten.

Traurig ist diese Inszenierung, weil die Gruppe der Demonstrantinnen stets kleiner und das ihnen widerfahrene Unrecht größer wird. Bizarr wirkt das ungewöhnliche Mittwoch-Sit-in, wenn mal wieder die Zahl der aufgebotenen Sicherheitskräfte die der Protestierenden bei weitem übersteigt. Offensichtlich befürchten die Polizisten, dass sich radikale StudentInnen der Frauendemonstration anschließen. Trostlose Aussichten für Frauen, denen man viele Namen gab - "Trostfrauen" im Deutschen, "Comfort Women" im Englischen, "jungun wianbu" im Koreanischen und "jugun ianfu" im Japanischen -, die bei so viel penetrantem Euphemismus doch endlich nur eines wollen: ein angemessenes Schuldeingeständnis der Täter und eine Entschädigung für deren Nachkommen.

Zwangsrekrutierung von Sexsklavinnen

Schätzungsweise 80.000-200.000 Mädchen und Frauen aus Korea, China, den Philippinen, Indonesien, Osttimor und Burma sind von den Truppen der Kaiserlich Japanischen Armee zwischen 1932 und 1945 gewaltsam in Soldatenbordelle verschleppt und millionenfach als Sexsklavinnen missbraucht worden. Vor allem waren Koreanerinnen davon betroffen, da Japan die koreanische Halbinsel von 1910 bis 1945 als Kolonie ausgeplündert hatte. In den 40er-Jahren hießen die "Comfort Women" auch "jungshindae", das eigentlich so viel heißt wie "den Körper freiwillig für die Arbeit einsetzen". Unter diesem japanisch geprägten Begriff wurde der uneingeschränkte Einsatz im Dienste des "Tenno" (Japanischer Kaiser) verstanden. Weshalb eine internationale Juristinnengruppe anlässlich eines - symbolischen - Kriegsverbrechertribunals auch den früheren japanischen Kaiser Hirohito Mitte Dezember 2000 der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig sprach. Die Sexsklavinnen der Kaiserlich Japanischen Armee wurden zwangsrekrutiert, weil man Geschlechtskrankheiten und den Verrat militärischer Geheimnisse ebenso vermeiden wollte wie Unruhen in der jeweiligen Bevölkerung, wenn es andernfalls zu unkontrollierten Vergewaltigungen gekommen wäre.

Erst Anfang der 90er-Jahre fanden einige der überlebenden "Comfort Women" den Mut, die Fesseln ihrer zutiefst scham-orientierten Kultur zu sprengen und auf ihr früheres Schicksal aufmerksam zu machen. Schon bald folgten ähnliche öffentliche Bekenntnisse von Filipinas. So groß der Schock anfänglich auch war, er blieb und bleibt unangenehm, weil die Herrschenden in den jeweiligen Ländern nicht mit der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit konfrontiert werden wollen. Jahre vergingen, bis dieses heikle Kapitel des japanischen Militarismus international Beachtung fand und beispielsweise 1998 die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen, Gay McDougall, die Vergewaltigungs-Camps der japanischen Armee als eklatante Menschenrechtsverletzung einstufte.

1991 entstand der sogenannte Koreanische Rat, der von den von Japan für die militärische Sexsklaverei eingezogenen Frauen gegründet wurde. Dieser machte Anfang 1992 erstmalig auf sich aufmerksam, als der damalige japanische Premierminister Kiichi Miyazawa in Südkorea auf Staatsvisite weilte. "Wir erwarten", betont Chi Eun Hee, die Vorsitzende der Organisation, "dass die japanische Regierung die Wahrheit enthüllt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht, sich offiziell für diese Verbrechen entschuldigt, die Opfer gemäß internationalen Rechtsnormen entschädigt, die Geschichtsbücher korrigiert und ein Mahnmal errichtet".

Schweigen über das Schicksal der "Comfort Women"

Der Rat will so lange die Proteste aufrechterhalten, bis die japanische Regierung die volle Verantwortung für ihre Kriegsverbrechen übernimmt. Vor allem ist es den Opfern und ihren Angehörigen ein Dorn im Auge, dass Tokio mit dem von ihm 1995 aus der Taufe gehobenen "Asia Peace National Fund for Women" selektiv Kompensationszahlungen an Überlebende gewährt, doch japanische Berufungsgerichte Entschädigungsklagen koreanischer und philippinischer Zwangsprostituierter notorisch abweisen.

So besorgt sich US-Präsident Bush heute über die Menschenrechtslage in der VR China zeigt und plötzlich eine Fürsorgepflicht für dort verfolgte Falun Gong-Anhänger verspürt, ist ihm die "Comfort Women"-Problematik im Nachbarland Korea kein Sterbenswörtchen wert. Während Washington in Nordkorea einen Teil der "Achse des Bösen" sieht und auf unerbittliche Härte gegenüber der Volksrepublik setzt, bezeichnet Pjöngjangs Propaganda die Regierung in Washington wegen ihrer neuen Atompläne als "im Weißen Haus residierende Nuklear-Irren" und droht mit der Aufkündigung des 1994 vereinbarten Agreed Framework. (Dieses sieht vor, dass ein Geberkonsortium aus den USA, Japan, Südkorea und der EU die Volksrepublik mit Brennstoffen und Leichtwasserreaktoren beliefert und Pjöngjang im Gegenzug sein Nuklearprogramm einstellt.) Vom 21. bis 23. März stattete Japans Premierminister Junichiro Koizumi Südkorea einen Staatsbesuch ab, bei dem sich erneut eine Gelegenheit geboten hätte, den "Comfort Women" entgegenzukommen. Doch die beiden Herren Koizumi und Kim bewegte eine "runde Sache": Als gemeinsame Veranstalter der in wenigen Wochen beginnenden Fußballweltmeisterschaft widmete man sich lediglich der Klärung noch offener Fragen.

Rainer Werning

21. Friedenskrieg mit Frontantrieb. In den Philippinen verstärken die USA ihre Militärpräsenz

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:07

In den Philippinen, der einstigen und einzigen Kolonie der Vereinigten Staaten in Asien (1898-1946), ist ein Rekolonialisierungs- und Militarisierungsprozess in vollem Gange. Die philippinische Regierung von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo (55) sprach unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001 von der "bedingungslosen Solidarität" mit dem einstigen Kolonialherren. Kein Wunder, dass dieser nach Afghanistan auf den Inseln im Januar offiziell "die zweite Front gegen den weltweiten Terrorismus" eröffnete. Als gemeinsames US-amerikanisch-philippinisches "Manöver" getarnt, sind 660 GIs hauptsächlich in den Süden des Landes verlegt worden, um - so die offizielle Diktion in Manila und Washington - den vermeintlichen Al-Qaida-Ableger in Gestalt der auf Kidnapping spezialisierten Abu-Sayyaf-Gruppe (ASG) "auszumerzen". Nun sollen auf die südliche Insel Basilan, das Hauptoperationsgebiet der ASG, zusätzlich 300 US-Soldaten verlegt und im Norden des Archipels ein weiteres "Manöver" unter Beteiligung von 1.700 GIs inszeniert werden. Die Regierung in Manila sowie die Militärspitze des Landes schließen nicht aus, dass bis Ende April landesweit gar 5.000 US-Soldaten im Einsatz sein könnten. Die Militär"übungen" tragen das kumpelhafte Etikett "Balikatan" - Schulter an Schulter.

"Schulter an Schulter" mit dem US-Militär

Während die Mainstream-Medien die von US-Präsident George W. Bush entdeckte "Achse des Bösen" mit ihren ausgemachten Spitzbuben Irak, Iran und Nordkorea beäugen und auch schon mal auf Somalia schielen, spielt der "Antiterror"-Tango faktisch in Südostasien. Die Bush-Administration hat die Region - so wörtlich - als "new haven for terrorists", neue Zufluchtsstätte für Terroristen, bezeichnet. Sie tut das unter anderem deshalb, weil ihr der insulare Charakter - vor allem der Philippinen und Indonesiens - nicht geheuer ist. Aus Afghanistan, so erläuterte CIA-Direktor George Tenet dem U.S. Senate Armed Services Committee erst Ende März, hätten sich zig Al-Qaida-Kämpfer und Gefolgsleute Osama bin Ladens in eben diese Länder abgesetzt, deren riesige Küstenstreifen nicht ausreichend kontrolliert würden. Der republikanische Senator Ted Stevens (Alaska) plädierte umgehend für eine signifikante Aufstockung der Finanzmittel für "Counterterrorism".

"Counterterrorism" und "Counterinsurgency", der Gegenterrorismus und die Aufstands- beziehungsweise Aufruhrbekämpfung also, ist die Sesam-öffne-dich-Formel, um mit der vorgeblichen Bekämpfung des "Bösen" gleichzeitig legitimen gesellschaftlichen Dissens sowie bewaffneten Widerstand zu entsorgen. Diene die US-Militärpräsenz in den Südphilippinen der Bekämpfung des "internen Terrors und der Subversion", so der Sprecher der philippinischen Streitkräfte, Brigadegeneral Edilberto Adan, solle mit den bald beginnenden "Manövern" in Zentralluzon (im Norden) "die Abwehr äußerer Bedrohungen" geprobt werden. Impliziert ist damit die VR China, mit der die Philippinen, nebst anderen südostasiatischen Anrainern, seit Jahren wegen Territorialansprüchen auf die im Südchinesischen Meer gelegene Spratly-Inselgruppe im Clinch liegen. Und die Volksrepublik verstärkt nach den Worten von CIA-Chef Tenet nicht nur ihre Satellitenaufklärung in der Region. Sie tauchte erst jüngst in der Pentagon-"Überlegung" als eines von sieben Ländern auf, gegen die ein "Mini-Atomeinsatz" erwägenswert wäre.

Neuer Himmel für Terroristen?

Wozu dient die Aufstockung von US-Soldaten in den Philippinen und die bevorstehende Abkommandierung von GIs nach Indonesien? Erstens: In dieser ältesten Konfliktregion Südostasiens soll eine militärische "Befriedung" eng einhergehen mit einer dauerhaften US-Truppenpräsenz zur Sicherung der wichtigsten Seerouten. Zweitens: In den Philippinen bilden selbst nach Ansicht Manilas die beiden bewaffneten Widerstandsorganisationen der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) und der Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) mit jeweils etwa 12.500 Kombattanten eine formidable Kraft, die die philippinischen Streitkräfte bislang nicht aus eigener Kraft zu bezwingen vermochten. Drittens: In Indonesien soll das Militär während der laufenden Prozesse wegen Gräueltaten in Osttimor schnellstmöglich "ohne Handfesseln entfesselt" werden (so ein Pentagon-Sprecher). Viertens ist und bleibt diese von externem Kolonialismus und interner Kolonisierung gezeichnete, überaus rohstoffreiche Region eine bedeutsame Zufluchtsstätte für amerikanisches Kapital. Langfristig gilt dieser Teil des Globus - "Asienkrise" hin oder her - als dynamischste

Wachstumsregion. Schließlich richtet die neue US-Sicherheits- und -Militärdoktrin ihr Hauptaugenmerk auf eben die Region Ost- und Südostasien.

Rainer Werning

22. Ideologischer Explosivstoff. In Putins Russland liefern "nationale Patrioten" die Stichworte

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:06

Als Michail Gorbatschow 1985 den sowjetischen Juden als Ersten die Genehmigung zur Ausreise erteilte, als er 1989 der deutschen Einigung zustimmte und als Boris Jelzin 1991 die Sowjetunion auflöste - da schwappte eine Welle des Nationalismus und des Antisemitismus durch die russische Gesellschaft. Bilder marschierender russischer Nazis schockierten die westliche Presse. Wenn auch diese Bilder heute weitgehend verschwunden sind - die nationalistische Gefahr ist geblieben.

Noch vor wenigen Jahren schossen sie wie Pilze aus dem Boden: die "Pamjat"-Gruppen des Monarchisten und Antisemiten Dimitri Wassiljew, die paramilitärisch organisierten, sich offen zum Faschismus bekennenden Banden der "Russischen nationalen Einheit" (RNE) und eine Unzahl weiterer Gruppierungen. Auch der Rückzug Jelzins vom ersten tschetschenischen Krieg 1996 trieb ihnen noch einmal Mitglieder zu. Über 30 "nationalpatriotische Organisationen" listete das Moskauer "Antifaschistische Komitee" 1996 in seiner ersten Veröffentlichung auf, die von der Moskauer Stadtduma finanziert wurde. Verantwortlich zeichnete Jefgeni Proschtschetschin, als Chef des Komitees zum Abgeordneten und Leiter der "Kommission gegen Extremismus" gewählt.

Die meisten nationalistischen Gruppen blieben zahlenmäßig klein; die RNE rechnete sich in ihren Hochzeiten 1998/99 100.000 Mitglieder zu; 10.000 dürften es tatsächlich gewesen sein, hauptsächlich in den Metropolen St. Petersburg und Moskau. Nach der letzten, 1999 erschienenen Veröffentlichung der "Antifaschistischen Komitees" hatte sich die Zahl der nationalistischen Gruppen im selben Jahr auf über 100 erhöht; das lässt allerdings mehr auf Differenzierung der Gruppen als auf zahlenmäßiges Wachstum der Szene schließen. Zudem hielt das "Antifaschistische Komitee" es zu dem Zeitpunkt für angezeigt, neben dem Nationalismus auch die ansteigende Xenophobie als Kriterium des wachsenden Radikalismus anzuführen und dabei nunmehr auch die Rolle der Kirche mit abzuhandeln. Orthodoxe Popen segnen nicht nur die Waffen russischer Soldaten in Tschetschenien, viele von ihnen sind auch direkt an rassistischer, antisemitischer und nationalistischer Propaganda beteiligt.

Die RNE wollte 1999 unter dem Namen "Spas" (Rettung) sogar zu den Wahlen antreten. Ihre hakenkreuzähnlichen Symbole und ihre Parolen waren damals in Moskau und St. Petersburg ständig präsent. Erst im letzten Moment wurde die "Spas" von der Kandidatur ausgeschlossen - aus formalen Gründen, nicht wegen ihrer politischen Inhalte.

Heute ist von der RNE in der Öffentlichkeit nicht mehr viel zu sehen. Auch von antifaschistischer Seite ist öffentlich nichts mehr zu hören. Die antifaschistischen Gesetzes-Projekte der Kommission liegen unverabschiedet in der Duma. Ist Nationalismus plötzlich keine Gefahr mehr in Russland?

Nach Angaben von Jefgeni Proschtschetschin, dem Leiter des "Antifaschistischen Moskauer Komitees", stellt sich die Lage heute so dar: Die RNE hat sich nach ihrem gescheiterten Wahlabenteuer gespalten. Parteigründer und -führer Alexander Barkaschow wurde von der Mehrheit ausgeschlossen, die sich für einen Kurs der Anpassung an das putinsche Regime entschied. Barkaschow setzte seinen Kurs in einer Gruppe namens "Wache Barkaschows" fort.

Gleichzeitig, so Proschtschetschin, wächst die allgemeine Xenophobie, benutzt eine Reihe von Abgeordneten der Schirinowski-Partei und des rechten Flügels der KPRF die Strukturen der Staatsduma, um tonnenweise antisemitische, nationalistische bis offen faschistische Presse, Literatur und Videos im Lande, vor allem in der Armee, zu verteilen. Daneben häufen sich, vor allem in Moskau, die Überfälle radikalisierter Skinheads auf nicht-ethnische Russen, insbesondere Kaukasier. Einen der letzten Vorfälle dieser Art gab es Anfang November 2001, als ein Trupp von gut 300 Skinheads mit Knüppeln und Stahlruten bewaffnet drei Märkte an den äußeren Rändern Moskaus überfiel, wo die kaukasischen Händler zusammengeschlagen wurden. Dabei gab es zwei Tote und mehr als 20 Schwerverletzte. Ein halbes Jahr zuvor, zu "Führers Geburtstag" am 20. April, hatten ebensolche Horden bei einem ähnlichen Überfall einen in Moskau heimischen Tschetschenen erstochen.

Die Gruppen rekrutieren sich aus radikalisierten Jugendbanden der Vorstädte, welche die Propaganda Wladimir Putins gegen tschetschenische Banditen und die des Moskauer Bürgermeisters Juri Luschkow gegen die "Gesichter kaukasischen Ursprungs" als Aufforderung verstehen, Russland von den "Schwarzärschen" zu befreien und eine "Herrschaft der Weißen" zu errichten. Die Moskauer Polizei spricht von Fußballkrawallen. Augenzeugen berichten dagegen von RNE-Abzeichen auf den Skin-Westen. Bürgermeister Luschkow, der nach den Bombenanschlägen auf Moskauer Hochhäuser vor zwei Jahren mit entsprechenden Verordnungen die Jagd auf die Kaukasier eröffnet hatte, hielt es immerhin für nötig, von einer "gut vorbereiteten Aktion" zu sprechen. Er forderte den Einsatz von mehr V-Leuten, um die Szene ruhig zu halten.

Die entscheidende Entwicklung der letzten anderthalb Jahre aber liegt im Aufsteigen der nationalen Rechten zu offiziellen Stichwortgebern der neo-imperialen Renaissance Russlands. Exemplarisch dafür ist die Karriere Alexander Dugins, der nur ein halbes Jahr nach der Wahl eine "Eurasische Bewegung" gründete: Dugin, seinem Selbstverständnis nach "Geopolitiker", der Russland als Führungsmacht im prinzipiellen Gegensatz zu den von Amerika geführten atlantischen Mächten definiert, galt zu Zeiten der Perestroika als marginalisierter national-bolschewistischer Extremist. Als Chefredakteur einer obskuren Zeitschrift namens Elemente entwickelte er seine kruden Theorien einer mystischen Mission Russlands, das sich als Fortsetzung eines "Dritten Rom" gegenüber dem zersetzenden Westen behaupten müsse, um die Welt zu retten. Seine Theorien fußen u.a. auf Arbeiten der deutschen "konservativen Revolution", deren Wortführer zu den ideologischen Wegbereitern Hitlers gehörten. Dugins strategische Vision ist eine deutsch-russische Achse, an der die euro-asiatische und schließlich die ganze Welt genesen soll. Hitler kritisiert er nur deswegen, weil er die strategisch falsche Entscheidung getroffen habe, Stalin zu bekämpfen, statt mit ihm zusammen den Westen, speziell die USA, zu unterwerfen.

Für seine Theorien instrumentalisiert Dugin zudem die Vorstellungen der sowjetischen "Euro-Asiatiker", die in den 30er Jahren die Vision von Russland als einer christlich-sozialistischen Ordnungsmacht des euro-asiatischen Kontinents entwickelt hatten. In Dugins Neuauflage schrumpfen die Theorien der klassischen Euro-Asiatiker allerdings zu einer reinen neo-imperialen, zudem noch antisemitisch durchsetzten Ideologie.

In den ersten Jahren der Ära Jelzin gehörte Alexander Dugin zur national-bolschewistischen Opposition und war Autor der Zeitung Djen ("Der Tag") des "National-Patrioten" und Antisemiten Alexander Prochanow. In der meistgelesenen Wochenzeitung des national-patriotischen Lagers agitierte er aktiv gegen den liberalen Kurs Boris Jelzins sowie generell gegen den globalen Neoliberalismus. 1993 war Dugin unter den "Verteidigern des weißen Hauses", die Boris Jelzin von Panzern zusammenschießen ließ.

Gegen Ende der Jelzin-Zeit hatte Alexander Dugin sich zu einem der wichtigen Berater des kommunistischen Duma-Präsidenten Selesnjow heraufgearbeitet. Als Wladimir Putin gewählt wurde, sah Dugin auch seine Stunde gekommen. Er begrüßte Putins Kriegskurs als richtigen Schritt zur Wiederherstellung des Imperiums. Nur ein halbes Jahr später war die "Euroasiatische Bewegung" gegründet. Sie verfügt in Moskau heute über ein herrschaftlich ausgestattetes, mit offiziellen Geldern finanziertes Büro und unterhält Regionalgruppen im ganzen Land.

Unterstützt vom Präsidialamt Putins, der Staatsduma und hochrangigen geistlichen Würdenträgern, auch des Islam, organisierte die "Bewegung" eine Konferenz zum Islam, welche u.a. die Teilung Tschetscheniens als Lösung des tschetschenischen Problems propagierte. Gemeinsamer Nenner zwischen tschetschenischen und russischen Teilnehmern war: das Bündnis euroasiatischer, von Russland geführter Partner gegen fremde atlantische, also westlich-amerikanische Kräfte.

Weitere Konferenzen dieser Art zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen fanden in den Regionen statt. Unter dem Label des "Euroasiatismus" arbeitet Alexander Dugin erfolgreich daran, ein Zentrum für eine neo-imperiale Orientierung Russlands herauszubilden, das sich als Gegenstück zum Think-Tank der USA mit seinen Strategen Brseszinski, Kissinger oder Huntington versteht. Dem Schlagwort vom "Kampf der Kulturen" setzt Dugin das von der "Synthese der Kulturen" entgegen, der "Globalisierung" die Kritik am Neoliberalismus und die Propagierung der "nationalen Vielfalt unter einem euroasiatischen Dach".

Dies alles ist auf dem Hintergrund möglich, dass Russland sich geographisch wie historisch tatsächlich zwischen Asien und Europa definiert, dass Wladimir Putin, anders als zuvor Michail Gorbatschow und auch

noch Boris Jelzin, eine Politik zwischen Asien und Europa zu entwickeln versucht und dass sich eine weltweite Kritik an der neoliberalen Globalisierung unter Führung der USA entwickelt.

Unter Ausnutzung dieser Tatsachen hat Alexander Dugins unermüdliche Propaganda alle Aussichten, für das putinsche, ggf. auch für das nach- putinsche Russland zu einem ideologischen Treibsatz zu werden, in dem der imperiale Explosivstoff in einem scheinbar harmlosen Gemisch aus Kritik an der Globalisierung und Eintreten für eine multipolare Welt versteckt wird.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

23. "...judenreiner als irgendeine andere Organisation." Willige Verstrickung: Die evangelische Kirche und der Nationalsozialismus

Autor: Klaus-Peter Lehmann · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kirche und Religionen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:02

Als Adolf Hitler 1933 die Macht übernahm, wurde in den Kirchen gejubelt. Später waren sie in alle Bereiche der NS-Politik willig verstrickt. Das ging von der Überführung kirchlicher Jugendorganisationen in die HJ und den Betrieb eigener Zwangsarbeiterlager bis zur Aussonderung Behinderter für die Euthanasie. Eine erdrückende kirchliche Mehrheit, selbst gnadenlos antisemitisch, sah in Hitler den von Gott gesandten Erfüller eigener Anliegen.

Bischof Wurm drückte seine Zustimmung zur "Judenpolitik" der Nazis 1937 in der Stuttgarter Stiftskirche so aus: "Die Kirche hat nicht die Aufgabe, in die Judengesetzgebung des Dritten Reiches einzugreifen. Vielmehr werden wir von der Kirche her aus der bald 2000-jährigen Erfahrung sagen müssen: der Staat hat recht ... Man braucht nur Luthers Schriften zur Judenfrage zu lesen, um zu finden, dass das, was heute geschieht, ein mildes Verfahren gegenüber dem ist, was Luther und viele andere gute Christen für nötig gehalten haben."

Der kirchliche Antisemitismus wurzelt in der christlichen Antike. Die junge Kirche beschuldigte die Juden, den Erlöser der Menschheit ermordet zu haben. Folglich galten sie im Mittelalter nicht wie andere Fremde als Bestien, sondern als Teufel: als Brunnenvergifter, wenn die Pest wütete, als Mörder, die sich am Blut geschlachteter Kinder berauschten, als Hostienschänder, die im Wahn den Gottesmord ständig wiederholten. Die reformatorischen Kirchen verabschiedeten sich zwar von blutigen Mythen, kultivierten aber einen nicht minder wirksamen Antisemitismus. Auch für sie hatten verbissene Pharisäer, rachsüchtige Gesetzesausleger und geldgierige Judasse Christus getötet. In den Kirchen formte sich über die Jahrhunderte ein ewig gültiges Charakterbild von "dem Juden", einem zu allem fähigen moralischen Unhold mit teuflischen Zügen. So waren die Kirchentore geöffnet für die Wahnideen des völkischen Antisemitismus im 19. Jahrhundert: für die rassische Minderwertigkeit, die Vergiftung von Sitte und Kultur, die Gier nach Weltherrschaft, die Bedrohung der Ordnung durch einen geldgierigen Kapitalismus und einen besitzgierigen und Familien zerstörenden Kommunismus.

"Wir bitten Gott, den Führer zu segnen"

Judenfeindschaft, Hass auf die gottlose Arbeiterbewegung und völkischer Erwählungsglaube waren in den Kirchen tief verwurzelt. So verwundert es nicht, dass die Kirchen den völkischen Antisemitismus förderten, seine Krönung im Nationalsozialismus als Gottes Werk begrüßten und in Hitler den Vollstrecker christlich verpackter Rache- und Herrschaftsfantasien erblickten.

Offenbar stieß es auf kirchliches Wohlgefallen, wie die SA nach dem 30. Januar 1933 mit den sog. Novemberverbrechern aufräumte, Sozialisten und Gewerkschaftler in die ersten KZs verschleppte und öffentliche Ausschreitungen gegen Juden organisierte. Denn am 21. März, als Hitler sein Regierungsprogramm zum Ermächtigungsgesetz vom goldenen Lesepult der Potsdamer Garnisonskirche, von dem sonst die Bibel verlesen wurde, bekannt gab, verkündete der Berliner Generalsuperintendent Dibelius zur Eröffnung des Reichstages und am Tag nach der Errichtung des ersten KZs in Dachau über alle deutschen Sender, "dass die Kirche der rechtmäßigen staatlichen Gewalt nicht in den Arm fallen darf ... Wir kennen die furchtbaren Worte, mit denen Luther im Bauernkrieg die Obrigkeit aufgerufen hat schonungslos vorzugehen, damit wieder Ordnung im Lande werde ... Wenn der Staat seines Amtes waltet gegen die, ... die mit ätzenden und gemeinen Worten die Ehe zerstören, den Glauben verächtlich machen, den Tod für das Vaterland begeifern - dann walte er seines Amtes in Gottes Namen."

Bei den Judenpogromen der SA nach der Reichstagswahl am 5.3.1933 leisteten führende Kirchenvertreter Schützenhilfe, indem sie sich über die "Gräuelpropaganda" der kirchlichen Auslandspresse empörten. Den telegrafischen Hilferuf der Reichsvertretung deutscher Juden an den Evangelischen Oberkirchenrat und an Kardinal Bertram "Die deutschen Juden erhoffen gegenüber den gegen sie gerichteten Bedrohungen ein baldiges Wort ..." ignorierten beide Kirchen. Ihre Untätigkeit beruhte auf der Überzeugung, dass Hitler

Deutschland vor einem Umsturz gerettet habe, der auf eine Verschwörung von Juden und Kommunisten zurückgehe. Aus dieser Sicht begrüßte man die Brutalitäten der SA als harten Schutz des Volkes durch den Staat.

"Die Juden sind das Feindvolk"

Die damals herrschende Stimmung kommt anschaulich in der Reaktion der Pfarrer zum Ausdruck, die sich Dietrich Bonhoeffers Vortrag "Die Kirche vor der Judenfrage" anhörten. Nachdem er davon gesprochen hatte, "nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen," beendete er seinen Vortrag vor fast leerem Saal. "Wer 1933 nicht an Hitlers Mission glaubte, der war ein verfemter Mann, auch in der Bekennenden Kirche", kommentierte Karl Barth. Die angeblich oppositionelle Bekennende Kirche (BK) bildete sich aus dem Pfarrernotbund. Dieser entstand im Protest gegen die vom Staat nicht geforderte Übernahme des Arierparagrafen in die Kirche. Die deutschen Christen (DC) forcierten seine Einführung. Die BK formierte sich im Mai 1934. Aber auch wer ihr beitreten wollte, musste in Preußen den Satz unterschreiben: "Solches Bekenntnis schließt ein die Verpflichtung zur Treue und Hingabe an Volk und Vaterland."

Frühes Opfer dieser Gesinnung war ihr theologischer Vater, Karl Barth. Er war Sozialdemokrat, verweigerte den deutschen Gruß und den beamtlichen Treueid. Schnell waren sich die Organe der BK einig, "dass gegenwärtig Barth die größte Gefahr für die Deutsche Evangelische Kirche ist". Anders als Barth und Bonhoeffer sah die große Mehrheit der BK nicht im NS-Staat als solchen das zu bekämpfende Übel, sondern in seiner neuheidnischen Religiosität. Nicht wenige betrachteten den völkischen Germanenkult des deutschgläubigen Flügels der NSDAP um Rosenberg, Himmler, Streicher und Heß als "religiösen Bolschewismus". Sie setzten auf den Flügel des "positiven Christentums" um Hitler, Frick, Kerrl und Göring. Nicht umsonst wählte die BK Bischof Marahrens zu ihrem Führer. Er war mit dem für Kirchenfragen zuständigen Innenminister Frick persönlich befreundet. Die Reichsleitung der NSDAP stellte fest: "Amtswalter der NSDAP dürfen der BK angehören." Kein Wunder. Denn nachdem die DC Ende 1933 rasch zerfiel und Hitlerfreund Reichsbischof Müller den Arierparagrafen zurücknahm, triumphierte die BK, dass "ungezählte treue Nationalsozialisten ... treu zu ihrem Führer und ihrer Kirche stehen, ohne dabei die Führung Hossenfelder (Führer der DC) anzunehmen."

Nach der Reichspogromnacht schwiegen alle kirchliche Organe. Der Bischof der sog. intakten württembergischen Landeskirche Wurm schrieb am 6.12.1938 an Reichsjustizminister Gürtner: "Ich darf aus einer langjährigen Erfahrung sagen, dass es kaum einen Stand geben dürfte, der von jüdischem Wesen sich so frei gehalten hat ... wie der evangelische Pfarrerstand ... Ich bestreite mit keinem Wort dem Staat das Recht, das Judentum als ein gefährliches Element zu bekämpfen." Einer der wenigen, der gegen den mörderischen Terror der Reichsbrandnacht ein unzweideutiges Wort predigte, war Pfarrer von Jan im württembergischen Oberlenningen. Die Kirchenleitung versuchte vergeblich, ihn zum Widerruf zu bewegen. Sie kürzte dann sein Gehalt. Von Jan wurde von der SA vor seinem Haus zusammengeschlagen, später zu 16 Monaten Gefängnis und fünf Monaten Strafhaft verurteilt. Er starb nach dem Krieg an den Folgen der Haft.

Kirchlicher Protest regte sich auch nicht gegen den Krieg und gegen die immer brutalere Verfolgung der Juden. Der Krieg wurde bejubelt und die Judenchristen aus den Kirchen gedrängt. Ab dem 30. Januar 1939 kündigte Hitler wiederholt "die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" für den Fall eines Weltkrieges an. Die Junge Kirche, das Organ der BK, erklärte zum 50. Geburtstag Hitlers: "Die Gestalt des Führers hat auch für die Kirche eine neue Verpflichtung heraufgeführt. Der Christ, der das Walten der Vorsehung in den Wandlungen der Weltzeit spürt, vernimmt den Anruf treuer zu glauben, inniger zu lieben, stärker zu hoffen, fester zu bekennen ... Wir bitten Gott, den Führer zu segnen." Nach dem Überfall auf Polen hieß es in einer Kanzelabkündigung des Evangelisch-Lutherischen Kirchenrates München zum Erntedankfest: "Wir danken ihm, dass er unseren Waffen einen schnellen Sieg gegeben hat, ... dass uralter deutscher Boden zum Vaterland heimkehren durfte ... Und mit dem Dank gegen Gott verbinden wir den Dank gegen den Führer und seine Generäle."

Die Kirchenkanzlei, die offizielle Vertretung der Deutschen Evangelischen Kirche, forderte am 22.12.1941: "Den Durchbruch des rassischen Bewusstseins in unserem Volk ... hat die Ausscheidung der Juden aus der Gemeinschaft der Deutschen bewirkt ... Wir bitten daher im Einvernehmen mit dem Geistlichen Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche die obersten Behörden, geeignete Vorkehrungen zu treffen, dass die

getauften Nichtarier dem kirchlichen Leben der deutschen Gemeinde fernbleiben. Die getauften Nichtarier werden selbst Mittel und Wege suchen müssen, sich Einrichtungen zu schaffen, die ihrer gesonderten gottesdienstlichen und seelsorgerlichen Betreuung dienen können". Einen Protest von Bischof Wurm beantwortete der Geistliche Vertrauensrat erst dreieinhalb Monate später: "Das Judentum ist für uns Deutsche ohne Frage Feindvolk. Auch von den in Deutschland lebenden Juden ist mit Sicherheit anzunehmen, dass sie einen Sieg der deutschen Waffen mit Leidenschaft nicht wollen. Wie sollen wir uns aber im Gebet für Führer, Heer und Volk mit denen vereinigen können, die statt des Sieges, den wir erbitten, die Niederlage herbeisehnen."

Eine Blanko-Vollmacht für alle erdenklichen Gräuel gegen die Juden schickte Bischof Marahrens seinem Freund, dem Reichsinnenminister Frick: "Die Rassenfrage ist als völkisch-politische Frage durch die verantwortliche politische Führung zu lesen. Sie allein hat das Recht, die notwendigen Maßnahmen zur Reinhaltung des deutschen Blutes und zur Stärkung der völkischen Kraft zu treffen ... Wir lehnen es als Vertreter der Evangelischen Kirche bewusst ab, uns in diese Verantwortung einzumischen."

Klaus-Peter Lehmann

Christliche Selbstkritik

Eine Wanderausstellung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche "Kirche, Christen, Juden 1933-45 in Nordelbien" zeigt anhand von zwölf Biografien die Varianten kirchlicher Verhaltensweisen während der NS-Zeit. Es gab Mörder, Fanatiker, Zwiespältige, Opfer und Hilfsbereite. Das Verdienst der Ausstellung liegt darin, dass sie auf die immer vorhanden gewesenen Entscheidungsspielräume hinweist. Bewegend ist die Gründung einer evangelischen Gemeinde im KZ Theresienstadt. Ein "lokales Fenster" weist auf Geschehnisse im Umkreis des Ausstellungsortes hin.

In Hamburg ist die Ausstellung zu sehen in der

Christus-Kirche Wandsbek, Schloßstraße 78, 8.-31.5.02;

Gemeindezentrum Mümmelmannsberg, Havighorster Redder 50, 7.-30.6.02;

St. Petrikirche Altona, Schillerstraße 22, 3.10-3.11.02;

St. Pauluskirche Harburg-Heimfeld, Alter Postweg 46, 10.11.-8.12.02.

24. Koalition des Verdrängens. Deutschland und der Völkermord an den Armeniern

Autor: TS · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Zeitgeschichte; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:27

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat im vergangenen Jahr eine große Koalition des Verdrängens eine Petition zu den Akten gelegt, in der eine Anerkennung des Völkermords an den Armeniern durch den Deutschen Bundestag gefordert wurde. Die Petition, eingebracht u.a. vom Zentralrat der Armenier in Deutschland (ZAD), wurde vom Bundestag auf Empfehlung des Petitionsausschusses an das Außenministerium überwiesen. Mit dessen Intervention war das Petitionsverfahren im Juli 2001 beendet.

In seinem Schreiben an den Petitionsausschuss legte Fischers Ministerium offen, wo es in dieser Frage Rat gesucht hatte: "Die türkische Seite habe auf inoffizielle Kontakte auf Ebenen der Nichtregierungsorganisationen hingewiesen, wodurch erste Ansätze zur Aufarbeitung der türkisch-armenischen Vergangenheit unternommen würden. Zudem habe die türkische Seite ihrer Bitte um große Umsicht bei der Behandlung des Problems Ausdruck verliehen." Diese kurze Mitteilung reichte aus, um das Petitionsverfahren zu beenden. Man hatte mit "großer Umsicht" gehandelt und der Bitte der Völkermordleugner in Ankara entsprochen. (1)

Die Vernichtungspolitik der türkisch-nationalistischen Regierung und die Mitschuld Deutschlands wird anhand der Dokumente im Archiv des Auswärtigen Amtes deutlich: Ohne die Rückendeckung Deutschlands wäre der Völkermord an 1,5 Millionen Armenierinnen und Armeniern nicht möglich gewesen. Die enge Beziehung des deutschen Kaiserreichs zum Osmanischen Reich stützte sich auf zwei wichtige Pfeiler: die umfangreiche Militärhilfe und das Bagdad-Bahn-Projekt, dass für die Durchdringung des Nahen Ostens von großer Bedeutung war. Der türkischen Regierung erschien Deutschland als einzige europäische Großmacht, die kein Interesse an einer Aufteilung des Landes hatte. Mit dem Eintritt der Türkei in den Ersten Weltkrieg wurden die 1914 beschlossenen Reformpläne für die Armenier zunichte gemacht. Bei den Armeniern, die große Hoffnungen auf die Durchführung der Reformen gesetzt hatten, wuchs angesichts des deutsch-türkischen Kriegsbündnisses die Befürchtung, dass Deutschland, wie bereits Ende des 19. Jahrhunderts geschehen, eine anti-armenische Politik der türkischen Regierung tolerieren werde.

Kurz nach Kriegsbeginn berichtete Konsul Büge, unter den um Adana lebenden Armeniern herrsche "allgemein die Befürchtung, dass im Falle eines deutschen Sieges die Existenz des armenischen Volkes auf türkischem Boden vernichtet sei; denn Deutschland habe während der Armenierverfolgungen die türkische Regierung unterstützt und in ihrem Vorgehen ermuntert." (2) Die weitere Entwicklung der Ereignisse sollte schließlich sogar die schlimmsten Befürchtungen weit übertreffen.

Als im Frühjahr 1915 mit der systematischen Deportation der armenischen Bevölkerung begonnen wurde, setzten sich auf Drängen der türkischen Behörden deutsche Missionare dafür ein, dass die Armenier sich widerstandslos diesen Maßnahmen unterwarfen. Den naiven Missionaren waren die wahren Absichten der türkischen Regierung nicht bekannt. Sie waren davon überzeugt, dass die "Maßnahmen" und "Verschickungen" glimpflich verlaufen würden, wenn die Armenier keinen Widerstand leisteten. Als sich dann herausstellte, dass die Deutschen nicht in der Lage waren, sie vor der Vernichtung zu bewahren, war die Wut auf die Deutschen groß. Ein protestantischer Geistlicher beklagte sich über die Verhängnisvolle Einflussnahme der Deutschen: "Hätten wir uns damals allgemein der beginnenden Ausrottung unseres Volkes widersetzt, so wären wir Herren der Lage geworden und wären heute nicht dem Untergange geweiht. Aber alle unsere deutschen Freunde in Marasch, Harunije, Urfa, Malatia und Ma'muret-ul-Asis haben uns dringend geraten, uns zu unterwerfen; dann werde uns nichts geschehen. Das haben wir geglaubt, und dass wir auf den deutschen Einfluss gebaut haben, ist unser Verhängnis geworden."

"Ein Schandfleck auch für uns Deutsche"

Der in Marasch tätige deutsche Missionar Karl Blank hatte mitgewirkt, um die Armenier in Zeitun von der Sinnlosigkeit eines Widerstands gegen die türkischen Behörden zu überzeugen. Später wurde er in Marasch Zeuge der unmenschlichen Behandlung der deportierten Einwohner von Zeitun. "Wenn Sie sehen könnten, in was für einem Zustande die Leute aus Setun ankommen, man mag das Elend nicht mit ansehen (...) Doch

freute ich mich über die Leute, dass sie alles still über sich ergehen ließen." Der schlimmste Teil ihres Leidens, der Weg in die Konzentrationslager in den mesopotamischen Wüstengebieten, stand den Armeniern aber noch bevor.

Es gibt zahlreiche Dokumente von Deutschen, die empört waren über die rücksichtslose Vernichtungspolitik der türkischen Regierung. In ihrem Glauben, die deutschen Politiker seien über die tatsächlichen Ereignisse in Kleinasien nicht informiert, schrieben sie Briefe an die Botschaft in Konstantinopel. "Die ganze Maßregel läuft also allem Anschein nach auf eine völlige Ausrottung der Armenier hinaus", schrieben einige Deutsche aus dem zentralanatolischen Konya. "Diese unmenschliche Behandlung", fuhren die besorgten Deutschen fort, "bildet nicht nur für die Türken einen unauslöschlichen Schandfleck in der Weltgeschickte, sondern auch für uns Deutsche, als ihre jetzigen Verbündeten und Berater, falls wir der Sache untätig zusehen und die Vernichtung dieses Volkes zulassen ..."

Die deutsche Botschaft und auch die Reichsregierung in Berlin waren natürlich über die Vorgänge in der Türkei informiert. Der deutsche Botschafter Wangenheim hatte aber hauptsächlich die deutschen Interessen im Auge, die er bei einer "Verwendung für die Armenier" gefährdet sah: "Andernfalls laufen wir Gefahr durch das Eintreten für eine vielleicht aussichtslose Sache wichtigere und uns näher liegende Interessen aufs Spiel zu setzen." Bemerkenswert ist, dass Wangenheim dies schrieb, bevor die türkische Regierung mit der Verhaftung führender armenischer Politiker und Intellektueller am 24. April 1915 die landesweiten Deportationen einleitete. Somit hatte der deutsche Botschafter die Rettung der Armenier zu einer "aussichtslosen Sache" erklärt, als das ganze Ausmaß der Vernichtungspolitik noch gar nicht abzusehen war. Der Verweser in Erzerum erhielt vom Botschafter die Anweisung, sich wegen der Armenier nicht einzumischen. Mitte Mai schrieb der dortige Vertreter an Wangenheim, er habe "ein direktes Eingreifen zu Gunsten der Armenier, im Einklang mit der Instruction Eurer Exzellenz, vermieden. Ich habe auch alle diesbezüglichen seitens der Armenier an mich gerichteten Bitten abgewiesen".

Sorgen machte sich der deutscher Botschafter darüber, dass Deutschland später eine Mitschuld am Völkermord angelastet werden könnte. Wangenheim hatte erkannt, dass man hiergegen frühzeitig Vorkehrungen treffen musste. "An der Hand meiner Berichte", so der um das Ansehen Deutschlands besorgte Botschafter im Juli 1915, "werden wir in der Lage sein, der feindlichen Welt insbesondere durch die Presse zu gegebener Zeit nachzuweisen, dass wir die zu weit gehenden Maßnahmen der türkischen Regierung und noch mehr die Ausschreiungen lokaler Organe stets nachdrücklich verurteilt haben."

Der Konsul in Alexandrette (heutiges Iskenderum) verfasste im November 1915 einen ausführlichen Bericht "über den Stand der Armenier-Verschickung", an dessen Ende er auch auf die wirtschaftlichen und politischen Folgen für die deutsche Politik in der Region eingeht. "So unerquicklich die Beschmutzung des guten deutschen Namens aus Anlass der Armenierverschickung auch ist, so käme es, praktisch genommen, im wesentlichen doch darauf an, ob sie zu wirtschaftlichen oder politischen Nachteilen führen muss." Politische Nachteile sah der Konsul kaum, denn diese "werden um so weniger entstehen, je mehr die Vertürkung der Türkei über bloße Äußerlichkeiten hinaus wirkliche Fortschritte macht und damit der Einfluss der feindlichen Fremden und Rajas zurückgeht. In dieser Beziehung ist wohl vorläufig einige Hoffnung vorhanden."

Als trotz Pressezensur die Berichte über die Vernichtung der Armenier auch in der deutschen Öffentlichkeit bekannt wurden, geriet die Reichsregierung unter Erklärungszwang. Einerseits protestierten vor allem kirchliche Kreise gegen die Vernichtung eines christlichen Volkes in einem Land, das auf Wunsch Deutschlands den "heiligen Krieg" erklärte hatte; andererseits befürchtete man negative Auswirkungen auf das Ansehen Deutschlands, dem Verbündeten der mörderischen türkischen Regierung. Reichskanzler Bethmann-Hollweg, der über das wahre Ausmaß der Vernichtung informiert ist, versucht die empörten Kirchenleute zu beruhigen: "Die deutschen Christen können darauf vertrauen, dass ich alles, was in meiner Macht steht, tun werde, um den mir von Ihnen vorgetragenen Sorgen und Wünschen Rechnung zu tragen."

"Die Vertürkung der Türkei macht Fortschritte"

Wie wenig ernst er es meinte, zeigt sich in seiner Notiz an den deutschen Botschafters in Konstantinopel, Graf Wolff-Metternich. Wolff-Metternich war der einzige deutsche Botschafter, der, angewidert von der Skrupellosigkeit der jungtürkischen Führung, bemüht war, die Vernichtung der Armenier aufzuhalten. Nach seinen Unterredungen mit führenden türkischen Politikern schrieb er an den Reichskanzler: "Ich habe eine

äußerst scharfe Sprache geführt. Proteste nützen nichts, und türkische Ableugnung, dass keine Deportationen mehr vorgenommen werden sollten, sind wertlos .... Soll Einhalt geschehen, so sind schärfere Mittel notwendig." Davon wollte aber der Reichskanzler auf keinen Fall etwas wissen, denn "unser einziges Ziel ist die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht."

Die seit Anfang 1915 eingeleiteten Repressionen gegen die armenische Bevölkerung führte an einigen Orten zum offenen Widerstand gegen die Deportationen. Natürlich waren die Aussichten, dadurch der Vernichtung zu entgehen, fast Null. Lediglich der Widerstand in der Stadt Van und in Suediye, einem Ort an der Mittelmeerküste bei der heutigen Stadt Iskenderum, war erfolgreich. In Van kamen die russischen Truppen den Armeniern zu Hilfe, und in Suediye wurden sie von französischen Kriegsschiffen gerettet, die entlang der Küste patrouillierten.

Es gibt einige Hinweise darauf, dass deutsche Militärs an den Vernichtungsaktionen teilgenommen haben, als die Armenier sich zum bewaffneten Widerstand entschlossen hatten. Aus den spärlichen Hinweisen in den Akten des Auswärtigen Amtes kann man zumindest drei Fälle rekonstruieren, an denen jeweils der deutsche Major Eberhard Graf Wolffskeel von Reichenberg beteiligt war. Sein Einsatzgebiet befand sich im Südosten der Türkei, in der Gegend von Marasch und Urfa, wo er stets an der Seite des türkischen Generals Fakhri Pascha auftauchte und gemeinsam mit ihm armenische "Aufständische" bekämpfte.

Über die deutsch-türkische Kooperation berichtete Konsul Rößler im Juni 1915 aus Zeitun und Umgebung: "Nicht nur Familien, die nicht ganz einwandfrei waren, sind verbannt worden, sondern die ganze Bevölkerung. Auch die Familien der im Heeresdienst stehenden Soldaten." In einem anderen Bericht an die Botschaft in Konstantinopel erwähnte Rößler, "dass Graf Wolffskeel auch bei den militärischen Maßnahmen gegen die Aufständischen bei Suediye Ende September Fakhri Pascha begleitet hat." Laut Rößler "liegt kein Beweis dafür vor, dass der Bezirk von vornherein an Aufstand gedacht hat. Er ist vielmehr durch die drohende Verschickung zum Widerstand getrieben worden."

"Kriegsnotwendigkeit" geht vor "Sentimentalität"

Ein deutscher Angestellter der Bagdadbahnbau-Gesellschaft, der in Marasch die Überlebenden aus dem armenischen Ort Findicik sah, berichtete an Konsul Rößler: "Am 6. August wurde das Dorf Fundaschak bei Marasch mit etwa 3.000 Einwohnern in Grund und Boden geschossen." In einer armenischen Schule in Marasch sah er "über 100 Frauen mit zerschossenen Beinen, zerschossenen Armen und allen möglichen Verstümmlungen, darunter auch Kinder von 1 und 2 Jahren". Über die Exekution der Überlebenden des Ortes schreibt der deutsche Bagdadbahnbauer: "Ich war Augenzeuge, wie man die noch unter Todeszuckungen liegenden Leichname der Willkür einer rohen Civilbevölkerung preisgab, die die Erschossenen an Händen und Füssen zerrten, und zur Ergötzung der umstehenden muselmanischen Bevölkerung gaben Polizisten und Gendarmen noch während einer halben Stunde fortwährend Revolverschüsse auf die z.T. furchtbar entstellten Leichname ab." Konsul Rößler, dem Wolffskeels Beteiligung an den Militäraktionen nicht entgangen war, fragte in seinem Bericht an den deutschen Botschafter "ob es zweckmäßig ist, dass ein deutscher Offizier an einer Expedition gegen einen inneren türkischen Feind teilnimmt."

Anscheinend teilten seine Vorgesetzten solche Bedenken nicht, denn gleich nach dem erfolglosen Einsatz gegen Suediye eilten Fakhri Pascha und Wolffskeel nach Urfa, wo sich die Armenier in ihrem Viertel verschanzt hatten. Genauso wie in Findicik hatten die Armenier auch in Urfa keine Chance, die Belagerung lebend zu überstehen. Der Deutsche Jakob Künzler war Zeuge der Ereignisse in Urfa, "welche ja für die Armenier schlecht enden mussten. Am 16. Oktober die Übergabe der meist an der Verschwörung unbeteiligten Armenier, besonders Frauen und Kinder. Die übergebenen Männer wurden abgeschlachtet, auch einige gehängt. Die Frauen und Kinder nach und nach nach dem Süden verschickt." Im Süden befanden sich die Konzentrationslager.

Bis zum Ende des Weltkriegs waren die führenden deutschen Politiker und Militärs der Überzeugung, dass die Erhaltung des deutsch-türkischen Bündnisses wichtiger sei als eine Rettung der Armenier. Noch kurz vor Kriegsende erklärte der zum Chef des Generalstabs der türkischen Armee ernannte Hans von Seeckt: "In diesem Augenblick dürfen wir uns der Armenier nicht annehmen, sondern müssen sie als Feinde betrachten. Es ist ein unmöglicher Zustand, mit den Türken verbündet zu sein und für die Armenier einzutreten. Meiner

Überzeugung nach muss jede Rücksicht, christliche, sentimentale und politische, gegenüber einer harten aber klaren Kriegsnotwendigkeit verschwinden." Wenn nicht wenige Monate später die Mittelmächte kapituliert hätten, wären wahrscheinlich auch die letzten Armenier der "Kriegsnotwendigkeit" geopfert worden.

Anfang Januar 2001 hatte die französische Nationalversammlung einer von der konservativ-liberalen UDF eingebrachten Gesetzesinitiative zugestimmt, wonach Frankreich den Völkermord an den Armeniern anerkannte. Die VertreterInnen aller in der Nationalversammlung vertretenen Parteien hatten einstimmig für die Annahme dieses Gesetzes votiert. Der Senat hatte bereits im November 2000 der Vorlage zugestimmt, und nachdem auch Präsident Chirac seine Zustimmung erteilt hatte, war die kleine Sensation perfekt: Frankreich hatte als erstes großes europäisches Land den Völkermord an den Armeniern per Gesetz anerkannt. Die Türkei hatte es trotz massiven Drucks auf die französische Regierung nicht geschafft, diese historische Entscheidung zu verhindern. In der Türkei kam es zu einer Welle von anti-französischen Kundgebungen, die Bevölkerung wurde aufgerufen, französische Waren zu boykottieren, und die Regierung in Ankara kündigte die Stornierung von französischen Waffenlieferungen an.

Nur hoffnungslos naive Optimisten konnten erwarten, dass der Bundestag ebenfalls durch eine förmliche Entschließung den Völkermord an den Armeniern anerkennen würde. Die Stellungnahmen von SPD, CDU und FDP zu der Armenier-Petition zeigen, mit welchen unsinnigen Argumenten versucht wurde, eine Beschussfassung durch den Bundestag zu verhindern. (3) Erler, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, erklärte, dass "eine offizielle Bewertung historischer Ereignisse die Aufgabe der Geschichtswissenschaft und nicht irgendwelcher fremder Parlamente" sei. "Der Deutsche Bundestag", schrieb Erler, "war seit seinem Bestehen immer ein Zentrum der Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit, insbesondere für die Bereiche, wo Deutschland Schuld auf sich geladen hat."

Cem Özdemir und der Mythos der "modernen Türkei"

Man wünschte, dies wäre tatsächlich so gewesen. Von einer zentralen Rolle des Bundestag bei der Aufarbeitung der deutschen Geschichte kann wohl keine Rede sein, wenn man sich vor Augen hält, welche politischen Verhältnisse und Parteien in der Zeit des Kalten Krieges in Deutschland herrschten. Weder innerhalb des Bundestags noch außerhalb davon hat es bis in die 60er Jahre eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Verbrechen während der Nazi-Diktatur gegeben. Aber abgesehen davon hat es natürlich bis heute auch niemals eine Diskussion über die Mitschuld Deutschlands am Völkermord an den Armeniern gegeben. Und es kann heute in Deutschland wohl niemand ernsthaft behaupten, dass Deutschland keine Schuld auf sich geladen hat, als es der Ausrottungspolitik der türkischen Verbündeten drei Jahre lang tatenlos zusah und sie teilweise sogar unterstützte.

Es ist die Leugnungspolitik der türkischen Regierung, die dazu geführt hat, dass die Armenier versuchen, eine Anerkennung des Völkermordes durch andere Staaten zu erreichen. Nur so ist es möglich, dass dieses furchtbare Verbrechen an über 1,5 Mio. Menschen nicht in Vergessenheit gerät und die türkische Position international isoliert wird.

Erlers Bundestagskollege Wolfgang Gerhardt (FDP) war über den Zentralrat der Armenier in Deutschland empört, weil dieser die Mitverantwortung des Kaiserreiches und der deutschen Regierung für die Vertreibung und Vernichtung der Armenier hervorgehoben hatte. "Dies", so meint der damalige Vorsitzenden de FDP-Bundestagsfraktion, "scheint vor allem Ausdruck des Bemühens zu sein, an jedwedem Übel in der Welt eine wie auch immer geartete deutsche Mitschuld zu konstruieren." Karl Lamers von der CDU/CSU-Fraktion meinte zu der Völkermord-Petition, "dass das Zusammenleben zwischen Deutschen und Türken davon nicht unberührt bliebe und die Integration der in unserem Land lebenden Türken in hohem Maße erschwert würde", wenn man sich mit der Frage der Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern befassen würde.

Am spannendsten war die Frage nach der Haltung der Fischer-Partei und besonders Cem Özdemirs, der die Aufgabe übernahm, zu begründen, warum eine Anerkennung die Versöhnung zwischen Armeniern und Türken erschweren würde. Özdemir hält es für "sinnvoll, ... den türkisch-armenischen Dialog in Deutschland zu fördern. Kritische türkische Intellektuelle in Deutschland müssen Angst haben, weil wir nicht in der Lage sind, sie zu beschützen." Denn, so Özdemir, "auch hier gibt es genug Verrückte." "Die Türkei", fährt Özdemir fort, "wurde gegen das Osmanische Reich und seine Despotie gegründet, das sollte die Aufarbeitung eigentlich leichter machen. Aber zum Gründungsmythos gehört die Idee des Nationalstaates, eine europäische Idee."

Der Mythos von der "modernen Türkei", den Mustafa Kemal Atatürk gegründet habe, sitzt tief im Bewusstsein der meisten Türken, auch dem von Özdemir.

Es gehört zum Mythos "moderne Türkei", die Geschichte dieses Staates mit der Ausrufung der Republik 1923 beginnen zu lassen. Atatürk und seine Gefolgsleute, allesamt Mitglieder oder Anhänger des "Komitees für Einheit und Fortschritt", waren die Nutznießer der Armeniervernichtung und der Vertreibung der Griechen. Angesichts der Tatsache, dass die Wirtschaft der Türkei vor Kriegsbeginn 1914 von Armeniern und Griechen dominiert wurde, waren die Vernichtung der Armenier und die Vertreibung der Griechen zugleich gigantische Raubzüge der Regierungspartei "Komitee für Einheit und Fortschritt". Die Entstehungsgeschichte der türkischen Bourgeoisie ist zugleich die Geschichte des Völkermordes an den Armeniern und der Vertreibung der Griechen. Daran wollen heute die herrschenden Klasse natürlich nicht erinnert werden.

Auf die Frage, warum er das Wort "Genozid" nicht benutzen mag, antwortet Özdemir: "Ich halte mich an den Sprachgebrauch der demokratischen Opposition in der Türkei. Die spricht von ethnischer Säuberung und Vernichtung. Das schließt die so genannte Umsiedlung unter Inkaufnahme massenhaften Mordes ein. Damit ist die Gleichsetzung mit dem Holocaust vermieden, die für 99 Prozent der Bevölkerung in der Türkei jede Diskussion erstickt." Nun bleibt unklar, wer die demokratische Opposition in der Türkei ist und seit wann sie diese Umschreibung benutzt. Wie auch immer - die Diskussion wird mit Sicherheit nicht durch die Benutzung des Wortes "Völkermord" erstickt, sondern durch die türkische Regierung, die Staatssicherheitsgerichte, die nationalistische Presse usw. Es ist ein Armutszeugnis der demokratischen und linken Opposition in der Türkei, dass sie es bis heute nicht geschafft hat, grundlegende demokratische Rechte wie Meinungs- und Pressefreiheit durchzusetzen. Es ist ihr bis heute auch nicht gelungen, die Nabelschnur zu durchtrennen, die sie mit der jungtürkisch-kemalistischen Tradition verbindet. So kann sie weder einen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung noch zur Lösung gegenwärtiger Probleme wie dem der kurdischen Minderheit leisten. Und es ist auch ein Armutszeugnis für die Türkei-Politik der Schröder/Fischer-Regierung, dass sie es nicht geschafft hat, in den vergangenen Jahren die Demokratiebewegung in der Türkei zu stärken. Der Verdacht liegt nahe, dass weder Deutschland noch die übrigen EU-Staaten - trotz aller öffentlichen Beteuerungen - an wirklich demokratischen Zuständen in der Türkei interessiert sind.

Selten zuvor haben die VertreterInnen von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP in voller Übereinstimmung so viele unsinnige Argumente konstruiert wie zur Abwehr der Armenier-Petition des ZAD. Den ersten Platz hat sich zweifellos Cem Özdemir verdient, der Sonnyboy der Medien. Die Herrschenden in Ankara haben allen Grund, mächtig stolz auf ihren Türken im Bundestag zu sein.

TS

Anmerkungen:

1) Die türkischen Mitglieder der "Türkisch-Armenischen Versöhnungskommission" waren alle bekannte Vertreter des offiziellen türkischen Standpunkts in der Völkermordfrage. Sie hatten bereits frühzeitig verkündet, dass sie nicht an der historischen Aufarbeitung des Völkermordes interessiert waren. Kurz nach der Ablehnung der Armenier-Petition durch die Bundesregierung stellte die "Versöhnungskommission" ihre Arbeit ein. Aus türkischer Sicht hatte die Kommission ihren Zweck zumindest in Deutschland erfüllt.

2) Quelle der Zitate aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes ist die Website www.Armenocide.de. Die von Johannes Lepsius 1919 unter dem Titel "Deutschland und Armenien" herausgegebene Sammlung diplomatischer Aktenstücke ist dort im Originalwortlaut veröffentlicht.

3) Die Schreiben von Lamers, Gerhardt und Erler sind unter www.deutsch-armenische-gesellschaft.de veröffentlicht. Dort sind auch andere Dokumente über die Armenier-Petition zugänglich.

Mitte des 19. Jahrhunderts war Armenien aufgeteilt zwischen Russland und dem Osmanischen Reich; der größere Teil befand sich unter türkischer Herrschaft. Die "armenische Frage" wurde nach dem Russisch-Türkischen Krieg von 1877-78 und dem anschließenden Berliner Kongress zum Gegenstand der europäischen Politik. Die von der osmanischen Regierung zugesagten Reformen zu Gunsten der Armenier wurden in den folgenden Jahren nicht verwirklicht. Die unter Sultan Abdul Hamid II verschärfte Unterdrückung führte zur Gründung einer national-revolutionären Bewegung. Als Reaktion auf den bewaffneten Widerstand der Armenier organisierte die türkische Regierung zwischen 1894 und 1896 Massaker, denen etwa 300.000

Menschen zum Opfer fielen. Während die meisten europäischen Großmächte mit Empörung reagierten, erhielt der Sultan weiterhin die politische und diplomatische Unterstützung Deutschlands.

Mit der "Revolution" von 1908 kam die türkisch-nationale Oppositionsbewegung der "Jungtürken" an die Macht. Diese wurde von den armenischen Organisationen unterstützt, weil sie die Gleichberechtigung für alle Bürger des Reiches versprach. An die Macht gelangt, wollte das extrem nationalistische jungtürkische "Komitee für Einheit und Fortschritt" von seinen Versprechungen nichts mehr wissen. Sein Ziel war die Türkisierung und Islamisierung des Reiches. Ab 1913 errichtete das "Komitee" unter Führung eines Triumvirats (Talaat-Enver-Cemal) eine Diktatur.

Am 2. August 1914 wurde das deutsch-türkische Geheimabkommen unterzeichnet, und Ende Oktober trat das Osmanische Reich an der Seite Deutschlands in den Weltkrieg ein. Damit war die erhoffte Gelegenheit für die bereits 1910 beschlossene Politik der "ethnischen Homogenisierung" Kleinasiens und für die "Lösung der armenischen Frage " geschaffen. Mit der Generalmobilmachung wurden die meisten armenischen Männer eingezogen, wenig später entwaffnet und als "Lasttiere" in Arbeitsbrigaden verwendet. Wer dabei nicht zugrunde ging, wurde später getötet. Im Frühjahr 1915 kam es zu ersten Deportationen. In der Stadt Van erhoben sich im April die Armenier in einem Akt der Selbstverteidigung gegen die drohende Vernichtung. Am 24. April wurden in der Hauptstadt mehrere Hundert führende Armenier verhaftet und ins Landesinnere deportiert, wo fast alle ermordet wurden. In der folgenden Monate wurden Armenier aus allen Landesteilen deportiert, viele von ihnen gleich zu Beginn der Todesmärsche umgebracht. Wer in den Konzentrationslagern in der mesopotamischen Wüste ankam, ging dort zugrunde.

Der von der jungtürkischen Führung beschlossenen Vernichtungspolitik fielen bis zum Kriegsende etwa 1,5 Millionen Armenierinnen und Armenier zum Opfer. Kurz nach Kriegsende flüchteten die Hauptverantwortlichen - Talaat, Enver, Cemal und einige hohe Funktionäre des "Komitees" - an Bord eines deutschen Kriegsschiffes. Talaat wurde am 15. März 1921 in Berlin auf offener Straße von einem Überlebenden des Völkermordes erschossen.

TS

25. Ambivalenzen praktischer Globalisierungskritik. Jenseits des "pro und contra attac"

Autor: Uli Brand · Rubrik: Diskussion; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:20

Die Debatte geht weiter: Nachdem Werner Rätz in ak 456 dafür plädierte, sich der Auseinandersetzung mit und in attac zu stellen, kritisierten Ingo Stützle und Boris Kanzleiter diese Position in ak 459. Georg Wißmeier griff in ak 460 den Ball auf, und nahm wiederum die Argumentation Kanzleiters und Stützles kritisch unter die Lupe. In dieser Ausgabe steigt Uli Brand in die ak-Diskussion ein: mit einer Einschätzung der Potentiale und Aufgaben der globalisierungskritischen Bewegung. Wir veröffentlichen seinen Beitrag in einer gekürzten Fassung.

Eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung innerhalb und mit der "globalisierungskritischen Bewegung" und ihrem zweifellos prominentesten Teil hier zu Lande, dem Netzwerk attac, ist wichtig. Die Diskussionen der letzten beiden Jahre und insbesondere nach Genua trugen zu Klärungsprozessen bei: Es ging hier vor allem um die Frage des Staates, den Stellenwert der Tobin-Steuer-Forderung und - direkt um Genua herum - um die Bedeutung von Militanz. Auch die vielfältigen anderen politischen Spektren profitieren von der Aufbruchstimmung. Kein Wunder: Sie haben ja zu diesem veränderten politischen Klima mit beigetragen und dazu, dass sich neoliberale Kräfte (egal, ob offen wirtschaftsliberaler, konservativer oder sozialdemokratischer Couleur) zunehmend rechtfertigen müssen.

Die linke Debatte um die globalisierungskritische Bewegung konzentriert sich in Deutschland allerdings zu stark auf attac. Dabei scheinen sich zwei Einschätzungen gegenüberzustehen. Die eine Position, etwa von Werner Rätz vertreten, weist auf die politisierenden Potenziale von attac hin. "attac ist die organisatorische Form, in der sich dieses diffuse Unbehagen an den Verhältnissen in politische Dynamik verwandelt." Deshalb sei das junge Netzwerk für eine radikalere Linke wichtig. Andere, wie Ingo Stützle und Boris Kanzleiter, sind da skeptischer, weil sie nicht das "Fußvolk für die Profilierungsgelüste abgehalfterter Politfunktionäre" abgeben wollen. Was dabei häufig vergessen wird: Umgekehrt ist auch eine radikalere Linke wichtig für attac, wenn es um die weitere Politisierung, Mobilisierung, um Klärungsprozesse und die Entwicklung von Strategien geht.

Schon mal gut: wieder "gegen" etwas sein

Boris Kanzleiter und Ingo Stützle stellen eine wichtige Frage, wie nämlich "bestimmte politische Forderungen in einem diskursiven Umfeld wirken. Befördern sie eine emanzipative Gesellschaftskritik oder sind sie an hegemoniale Beschreibungen anschlussfähig und bewirken so eher das Gegenteil?" Doch die Autoren tun so, als wenn sie eine Antwort schon parat haben: dass nämlich das Anknüpfen an hegemoniale Beschreibungen per se schädlich ist. Damit unterschätzen sie aber in der Tat mögliche Prozesse der Politisierung und Radikalisierung.

In diesem Beitrag sollen einige Ambivalenzen der entstehenden Bewegungen benannt werden. Die Auflösung dieser Ambivalenzen wären in vielen Fällen nicht sinnvoll. Ein Beispiel: Den Strukturen bürgerlicher Öffentlichkeit ist nicht zu entgehen, wenn dort Kritik formuliert werden soll. Aber es sollte ihnen auch nicht vollständig aufgesessen werden. Auch zwischen Radikalität und Vermittelbarkeit konkreter Forderungen gibt es weder einen Königsweg, noch ist klar, was "radikal" und was "konkret" ist. Ist etwa die Forderung einer Tobin-Steuer konkreter als jene nach Abschaffung der WTO? Immer wieder muss entschieden werden, inwieweit und mit welchen Formen und Inhalten eine "breite Öffentlichkeit" erreicht werden soll.

Der Begriff "Globalisierungskritik" ist so ungenau wie der Globalisierungsbegriff selbst. Eines ist den jüngsten Protesten und anderen Auseinandersetzungen dennoch gelungen: Den neoliberalen Charakter "der" Globalisierung zu benennen, also ein politisch-ökonomisches Projekt, das von dominanten Kräften in Kämpfen (teilweise sehr blutigen, wie etwa in Chile) mehr oder weniger zu ihren Gunsten durchgesetzt wurde. Globalisierung bedeutet, auch das würden heute die meisten unterschreiben, internationale und gesellschaftliche Umverteilung von unten nach oben, ist Herrschaft und Ausbeutung.

Dabei stellen sich wichtige analytische Fragen: Ist der Kern dieser Herrschaft die zunehmende Macht des Finanzkapitals? Oder handelt es sich um einen Begriff, der die neoliberale Transformation des Kapitalismus in

alle Bereiche diffus benennt? Meint er vor allem die Veränderung der internationalen, d.h. imperialistischen Verhältnisse, oder findet neoliberale Globalisierung bis in den Alltag statt?

Sicher ist bislang, dass die Proteste und Organisierungsprozesse durchaus in einem weiten Spektrum eine Debatte darüber angestoßen haben, was es denn überhaupt mit dieser Globalisierung auf sich hat. Hier ist auch weiterhin die Auseinandersetzung um die Rolle des Staates zu führen. Wichtig ist es, aus der simplen Gegenüberstellung von Markt und Staat herauszukommen, die immer suggeriert, dass der Neoliberalismus hin zu mehr Markt tendiere, jetzt aber wieder mehr Staat gefordert werden müsse.

Aber vielleicht ist ein anderer Aspekt noch wichtiger, um die Dynamik der Bewegungen zu verstehen. Sie haben etwas geschaffen, was für Mobilisierungen notwendig ist: Einen Gegner. Das war zunächst "der Neoliberalismus", ist heute "die neoliberale Globalisierung" oder die - eher in anderen Ländern so genannte - "Herrschaft der Konzerne". Das bleibt diffus. Aber es zeigt an, dass es wieder gegen etwas geht. Auch die Gründe für die Tatsache, dass sich der ja schon länger wachsende Unmut politisch artikuliert, sind vielfältig: die negativen Folgen der neoliberalen Globalisierung, die Repräsentationskrise von Parteien und Verbänden, die geschickte Nutzung der Medien, die Repression in Italien. Diese Gründe genauer herauszuarbeiten, kann dazu beitragen, die Bewegung zu stabilisieren und zu dynamisieren.

Der Perversion Unordnung entgegensetzen

Dass heute Bewegung und ein konfliktives Politikverständnis "von unten" wieder an Bedeutung gewinnen, ist sehr wichtig ("von oben" ist Konflikt ja, was oft vergessen wird, gang und gebe, um herrschende Interessen durchzusetzen). Gleichzeitig werden die Forderungen an staatliche Akteure gerichtet und so ein Politikverständnis reproduziert, wonach eben die PolitikerInnen Politik machen. Suggeriert wird, dass "da oben" auch etwas verändert werden muss (neben staatlicher Politik sind dann noch die Chefetagen der Konzerne gemeint). Nun wäre es unsinnig, die Bedeutung staatlicher Politik zu negieren. Zu diskutieren ist aber, ob die Engführung von Politik auf staatliche Politik nicht eine Verkürzung ist.

Damit hängt eine weitergehende Frage zusammen: Muss sich kritisch-emanzipative Politik zuvorderst darum kümmern, wie zusammen mit den herrschenden Klassen gesellschaftliche Ordnung hergestellt und staatlicher Gestaltungsspielraum erhöht wird? Zugespitzt formuliert (und keineswegs in heller Freude an Zusammenbrüchen wie derzeit in Argentinien): Geht es angesichts der Perversionen der neoliberalen Globalisierung nicht zunächst einmal um Unordnung im Sinne einer radikalen Infragestellung des Bestehenden und im Sinne eines komplizierten Suchprozesses nach Neuem?

Nicht in den Feuilletons ...

Eine andere Gefahr sehe ich in der Privilegierung der internationalen Ebene als die einzig bedeutsame von Politik heute. Unterfüttert wird das von postmodern-marxistischen Analysen wie in "Empire" von Michael Hardt und Toni Negri, das gerade auf Deutsch erschien. Die Abschätzigkeit gegenüber lokalen Auseinandersetzungen ist hier beeindruckend. Nur jene, die "gelernt haben, auf dem Meer der Globalisierung zu segeln", können demnach mit ihrem Widerstand auf Erfolg rechnen. Dem wäre entgegenzuhalten: "Local issues are global issues adressed locally", wie die Inderin Sudha Sundararama in Porto Alegre formulierte.

Bewegungen stehen vor (mindestens) einem Dilemma. Sie benötigen klare, politisierbare Botschaften und gleichzeitig eine Perspektive, die das Bestehende überwindet. Heute verdichtet sich diese Spannung in Deutschland stark in der Forderung nach einer Tobin-Steuer einerseits und dem Motto "Eine andere Welt ist möglich!" andererseits. Wie dieses Verhältnis konkret gestaltet wird, kann nicht abstrakt festgelegt werden. Erfolgreich politisierte Forderungen schaffen einen Raum, in dem sich Gegner verhalten müssen, in dem über Sinn und Unsinn von Forderungen und Motto gestritten wird, divergierende Interessen deutlich werden. Und: Die erfolgreiche Politisierung oder gar Durchsetzung einer Forderung schafft einer Bewegung Glaubwürdigkeit (und weckt Gelüste etwa von Parteien, sie zu umarmen).

Neben den konkreten Streits werden Auseinandersetzungen um die Legitimität von Bewegungen geführt. Hier ist m.E. das derzeit zentrale Terrain die penetrante Frage verschiedener Seiten nach den "Alternativen". Immer wieder ist der Vorwurf zu hören, große Teile des globalisierungskritischen Spektrums würden ja "nur kritisieren" und hätten keine "Alternative". Manche lassen sich davon offenbarbar wirklich verunsichern. Bloß Kritik und Alternative gegenüberzustellen, ist jedoch verkürzt: Ein kritisches Begreifen der Wirklichkeit bleibt

allemal die Voraussetzung, um politisch angemessen zu handeln. Ansonsten bleibt die paradoxe Kluft zwischen dramatischen Situationsbeschreibungen und schon auf der konzeptionellen Ebene unbefriedigenden Vorschlägen. Politisches Handeln ist gerade heute, in Zeiten der scheinbar nur noch möglichen Anpassung an die herrschenden Entwicklungen, wichtig. Doch dem steht politische Kritik nicht abstrakt gegenüber, sondern - wenn die normativen Postulate einer anderen möglichen Welt ernst genommen werden - ist selbst Teil der praktischen Kritik an herrschenden Verhältnissen, d.h. ihrer schwierigen und widersprüchlichen Veränderung hin zu freieren und gerechteren Lebensbedingungen für alle Menschen.

... in den Verhältnissen kämpfen

Die Auseinandersetzung um "Alternativen" hat aber noch einen konkreteren Anteil: Es werden ja allerorten konkrete Alternativen geschaffen. Insbesondere in den Ländern des Südens gibt es spannende Prozesse, in denen Menschen sich gegen die Unterordnung unter den kapitalistischen Weltmarkt wehren oder in der Folge des Ausschlusses wieder selbst organisieren. Diese Entwicklungen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und von ihnen zu lernen scheint mir derzeit spannender als das naive Schwadronieren über "globale Marshall-Pläne" oder "planetarische Verträge". Die jüngsten Politisierungsprozesse haben einen großen Vorteil: Es gibt genug "Anschauungsmaterial", um die Dynamiken und Ambivalenzen praktischer Kämpfe um Emanzipation beurteilen zu können.

Hinsichtlich theoretischer Fragen halte ich es für ungemein wichtig, neben der Destruktion der o.g. Staatsillusion auch den Ökonomiebegriff zu "entgrenzen". "Ökonomie" ist eben nicht der "harte Kern" gesellschaftlicher Entwicklung, sondern gesellschaftlich eingebettet und in vielfältige Verhältnisse eingelassen. Mit der Abspaltung sozialökologischer Fragen oder der Ausblendung der Geschlechterverhältnisse reproduziert die Bewegung einen bürgerlichen Ökonomiebegriff und suggeriert sich selbst, nun im Zentrum der Auseinandersetzungen angekommen zu sein. Ich habe hier keine klare alternative Position, das Problem sollte jedoch genauer umrissen und angegangen werden. Eine Perspektive könnte vielleicht sein, von der Kritik ökonomischer Globalisierung wieder zu einer umfassenden Herrschaftskritik zu gelangen.

Die Suche nach dem "Kern": ergebnislos

Zusammengefasst: Skandalisierung und Öffentlichkeit sind notwendig. Ein Kriterium schlechthin bleibt jedoch, inwieweit es der globalisierungskritischen und anderen Bewegungen gelingt, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Entwicklungen nicht nur in den Feuilletons anzugreifen, sondern auch materiell zu verändern. Ab wann werden Privatisierungen nicht nur zunehmend kritisiert, sondern wirklich unterlassen und rückgängig gemacht? Inwieweit scheinen in sozialen Praxen jenseits des Staates wirklich andere gesellschaftliche Verhältnisse auf?

Wenn sich die heterogenen Bewegungen, wie sie sich etwa jüngst in Porto Alegre repräsentierten, an ihrem eigenen Anspruch messen ("Eine andere Welt ist möglich!"), dann geht es politisch, sozio-ökonomisch und kulturell ans "Eingemachte". Und daher stimme ich Werner Rätz besonders da zu, wo er darauf hinweist, dass sich Radikalität nicht verbal, sondern aus der sozialen Dynamik entwickelt.

Uli Brand

26. Konfrontation abgeschwächt. Kritische Anmerkungen zur Wehrmachtsausstellung

Autor: IGA Bielefeld · Rubrik: Militarismus; Diskussion; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:01

Die neu konzipierte Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht" bleibt in der Linken umstritten. Während Alexander Neumann in ak 459 zu einer weitgehend positiven Bewertung kam, bemängelt die Bielefelder Initiative gegen Ausgrenzung, deren Diskussionspapier wir dokumentieren, die mit der alten Ausstellung angelegte fruchtbare Konfrontation sei durch die Überarbeitung verloren gegangen.

Die linke Kritik macht sich vor allem an drei Punkten fest, die im Wesentlichen für beide Ausstellungen gelten:

Erstens: Ist Krieg kein Verbrechen? Können Kriegsrechtskonventionen als Kriterium für einen verbrecherischen Vernichtungskrieg gelten?

Auf der Grundlage der zur damaligen Zeit international anerkannten Kriegsrechtskonventionen, der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Konventionen, wird in der Ausstellung der fundamentale Unterschied zwischen dem Ostfeldzug der Wehrmacht 1941-44 und allen anderen Kriegen des 20. Jahrhunderts einschließlich der Westfeldzüge der Wehrmacht herausgearbeitet. Dies hat zum Ziel, deutlich zu machen, dass dieser Feldzug "kein Krieg im herkömmlichen Sinn" (Zitat einer zentralen Überschrift in der Ausstellung) war, sondern ein Krieg, der auf die Zerstörung einer Gesellschaft und die Vernichtung ganzer Bevölkerungsteile ausgelegt war und entsprechend durchgeführt wurde - eben ein Vernichtungskrieg.

Wählt man allerdings die Kriegsrechtskonventionen zum Maßstab dessen, was im Krieg nach internationaler Übereinstimmung zulässig ist und was nicht, so suggeriert dies eine Unterscheidung zwischen korrekter und verbrecherischer Kriegsführung, völlig unabhängig davon, zu welchem Zweck gekämpft wird. Generell entsteht der Eindruck, Krieg sei unter der Bedingung der Einhaltung dieser Spielregeln legitimes Mittel der Politik.

Die Bilder haben die Täter sichtbar gemacht

Dies kann aus linker Sicht nicht akzeptabel sein, gerade auch vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen um die Führung des "Krieges gegen den Terror". Die historische Erfahrung hat gezeigt, dass Kriege in aller Regel nur der blutigen Durchsetzung der Machtinteressen eines Teils der herrschenden Eliten im Sinne eines Rechts des Stärkeren dienen. Selten haben Kriege die umkämpften Probleme gelöst, geschweige denn den betroffenen Bevölkerungen zusätzliche Freiheiten gebracht. Ganz im Gegenteil werden unter den Bedingungen des Krieges und im Rahmen militärischer Notwendigkeiten Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt und hierarchisch-rassistische und patriarchale Strukturen forciert. Ob die Konventionen zu einer Humanisierung der sogenannten "ganz normalen" Kriege geführt haben, sei in Frage gestellt. Zudem zeigt das aktuelle Beispiel Afghanistan, wie sehr die kriegsführenden Parteien das Kriegsrecht in ihrem Sinne uminterpretieren bzw. sich darüber hinwegsetzen. Eine Problematisierung der Kriegsrechtskonventionen innerhalb der Ausstellung wäre deshalb unserer Ansicht nach notwendig gewesen; dies geschieht nicht einmal ansatzweise.

Allerdings muss diese linke Kritik aufpassen, die einmaligen Verbrechen der Wehrmacht und ihre Beteiligung am Holocaust unter der Perspektive eines radikalen Antimilitarismus nicht zu relativieren. Krieg ist nicht gleich Krieg - und der Vernichtungskrieg der Wehrmacht 1941-44 nimmt historisch eine Sonderstellung ein.

Zweitens wird in der Linken die fehlende historische Einbettung der Ausstellung kritisiert.

Die Ausstellung beschränkt sich darauf, die verbrecherischen Dimensionen dieses Krieges isoliert darzustellen, ohne sie aus den gesellschaftlichen Entwicklungen im nationalsozialistischen Deutschland und aus dessen Vorgeschichte herzuleiten. Die Darstellung der Verbrechen beginnt mit der Planung des Krieges durch das Oberkommando der Wehrmacht und anderer beteiligter nationalsozialistischer Institutionen 1940. So entsteht der Eindruck, als wäre eine bis dahin saubere und anständige Armee plötzlich auf Befehl eines "wahnsinnigen" Führers und unter Mitwirkung teils nationalsozialistisch überzeugter, teils korrumpierter Generäle ausgezogen, um Verbrechen zu begehen. Die Beteiligung unzähliger Soldaten aller Dienstränge an den Verbrechen kann aber erst auf dem Hintergrund der rassistischen und antisemitischen Traditionen

innerhalb der deutschen Bevölkerung und ihrer rapiden Radikalisierung im Nationalsozialismus verstanden werden. So arbeitet die Ausstellung positiv, im Gegensatz zur gängigen Legende des Befehlsnotstandes, den Charakter von Befehlen als Handlungsoptionen heraus - gerade auf diesem Hintergrund stellt sich aber die Frage, warum die Option des rassistischen und antisemitischen Mordens so bereitwillig aufgegriffen wurde.

Die dritte Kritik bezieht sich auf die Kontinuitäten nach 1945.

Die Ausstellung thematisiert durchaus die zum Teil sehr mangelhafte juristische Aufarbeitung der Verbrechen der Wehrmacht in der BRD und der DDR und erwähnt auch personelle Kontinuitäten in der Anfangszeit der Bundeswehr. Die Ausstellung suggeriert aber einen Bruch mit diesen Kontinuitäten durch die Ansätze einer militärhistorischen Aufarbeitung innerhalb der Bundeswehr in den 1970er Jahren. Durch die Einführung des Konzepts der inneren Führung, einer moralischen Kontrollinstanz auf allen Hierarchieebenen, habe die Bundeswehr nun den Charakter einer demokratisch orientierten Armee. Das Schlagwort des Bürgers in Uniform macht die Runde. Eine generelle Kritik der Traditionsbildung auch der heutigen Bundeswehr auf der Basis der nationalsozialistischen Wehrmacht und ihrer Vorgängerarmeen in der Weimarer Republik und im Kaiserreich bleibt in der Ausstellung aus.

Die Bundeswehr distanziert sich zwar von den nicht mehr zu leugnenden Verbrechen der Wehrmacht und benennt auch mal eine Kaserne um, wenn der bisherige Namensträger öffentlich als maßgeblich Beteiligter an den Verbrechen geoutet wird - die Wehrmacht als Institution, ihre Strukturen und Rituale werden aber nicht in Frage gestellt. Es gibt eine ungebrochene Militärtradition von der kaiserlichen Armee über die Wehrmacht bis zur heutigen Bundeswehr, wobei weitgehend unterschlagen wird, dass die in der Weimarer Republik gegründete Reichswehr ab 1933 unter Einbeziehung der Freikorps als Wehrmacht neustrukturiert und, wie die ganze Gesellschaft, systematisch vom Nationalsozialismus durchdrungen wurde; dabei konnte auf vorhandene rassistisch/antisemitische Strukturen zurückgegriffen werden. Der positive Bezug auf die Vorgängerarmee und ihre herausragenden Repräsentanten dient in der Bundeswehr auch heute noch der Bildung einer national orientierten, soldatischen Identität. Die in diesen Militärtraditionen mitüberlieferten rassistischen und antisemitischen Denkmuster werden in der Bundeswehr kaum thematisiert und treiben munter ihr Unwesen, wie z.B. die von Zeit zu Zeit an die Öffentlichkeit dringenden rassistischen Vorfälle zeigen. Diese Thematik wird in der Wehrmachtsausstellung nicht aufgegriffen, geschweige denn das weiterhin extrem patriarchale Bild des soldatischen Mannes.

Übrigens, wie steht es eigentlich mit dem sexistischen Aspekt des Vernichtungskrieges? Es gab eine enge Verzahnung von Rassismus und Sexismus. Massenvergewaltigungen gab es nicht erst in Bosnien. Die totale Ausbeutung, Kolonialisierung und Vernichtung der besetzten Gebiete 1941-44 drückte sich auch in einer Kolonialisierung und Zerstörung weiblicher Körper aus, in Fragmenten überliefert in den Berichten Überlebender. Eine systematische Aufarbeitung dieses Themas hat es in der Geschichtswissenschaft nie gegeben, geschweige denn eine öffentliche Thematisierung. In der Ausstellung wird dies mit keinem Wort erwähnt.

Die Mängel der Ausstellung machen sie in den Augen linker KritikerInnen instrumentalisierbar. So könne der Eindruck einer nach Aufarbeitung der Wehrmachtsverbrechen geläuterten Bundeswehr entstehen, die international wieder einsetzbar ist. Eine Distanzierung von den Verbrechen der Wehrmacht im Vernichtungskrieg 1941-44 bei gleichzeitigem Verschweigen der rassistischen und antisemitischen Traditionen vor und nach diesem Krieg erlaube scheinbar "saubere" Kriegseinsätze der Bundeswehr im Sinne der Kriegsrechtskonventionen ohne die Notwendigkeit, sich von den lieb gewonnenen Traditionen zu verabschieden. Ja, man könne der Bundeswehr sogar ein besonderes Gütesiegel aufkleben, sie sei durch die Aufarbeitung der Verbrechen der Wehrmacht in Deutschland in ganz besonderer Weise geeignet, humanitäre Grundrechte weltweit militärisch durchzusetzen.

Tatsächlich hat es Instrumentalisierungen in diesem Sinne gegeben. Jedes Aufbrechen eines Tabus, jedes Entlarven eines Mythos ruft schnell diejenigen auf den Plan, die dann behaupten, jetzt sei die Arbeit ja getan, man könne das Thema zu den Akten legen, einen Schlussstrich ziehen. Dies gilt natürlich auch für den angeblich letzten großen Mythos der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Frage, inwieweit die AusstellungsmacherInnen für diese Instrumentalisierbarkeit verantwortlich zu machen sind, ist schwer zu entscheiden, aber für die Beurteilung ihrer gesellschaftlichen Wirkung eher zweitrangig. Von dieser Wirkung hängt es aber maßgeblich ab, ob die Ausstellung unterstützenswert ist oder nicht.

Kein Bruch mit militärischen Traditionen

Die öffentliche Diskussion um die erste Ausstellung wurde nicht von den Instrumentalisierern dominiert. Ganz im Gegenteil wirkte die Ausstellung hochgradig polarisierend. Statt einer Integration ihrer Aussage in herrschende Intentionen rüttelte sie an einer Grundfeste der bundesrepublikanischen Gesellschaft der letzten 57 Jahre. Diese basierte auf der Überzeugung, die große Bevölkerungsmehrheit trage keine Schuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus. Der Mythos der sauber gebliebenen Wehrmacht - der Massenorganisation dieser Zeit mit über 11 Millionen Angehörigen - war wesentlicher Bestandteil dieser Überzeugung, die sich in der breiten Öffentlichkeit bis 1995 weitgehend ungebrochen hielt, obwohl in der historischen Fachwelt das Gegenteil längst als erwiesen galt. Erst die bildliche Konfrontation mit den Verbrechen und den unzähligen daran beteiligten Tätern hat die lange überfällige Auseinandersetzung in Gang gebracht. Wo bis dahin meist nur anonyme Taten geschildert wurden, bekamen hier die Verbrechen ein Gesicht, oft genug eins, das einzelne Besucher erkannten.

Die daraus resultierende Heftigkeit und Emotionalität der Auseinandersetzung hat nicht nur die Hartnäckigkeit des Mythos Wehrmacht offenbart, sondern auch gezeigt, wie wichtig eine an nationalen Traditionen orientierte Identitätsbildung für weite Teile der Gesellschaft immer noch ist. Zur Verteidigung dieser Traditionen fand sich eine Koalition neofaschistischer Kräfte und nationalkonservativer Kreise bis weit ins bürgerliche Lager zusammen. Die in der Fachwelt seit Jahrzehnten belegten Grundaussagen der Ausstellung erschienen im Medienecho daraufhin als höchst strittig, die Ausstellung galt als zu tendenziös, um in öffentlichen Räumen wie Parlamentsgebäuden gezeigt oder aus Steuergeldern unterstützt zu werden (Beispiel Bielefeld). Auf der anderen Seite hat gerade dies wiederum einerseits die Verteidiger der Inhalte dieser Ausstellung auf den Plan gerufen, andererseits AntifaschistInnen mobilisiert. Kaum ein Aufarbeitungsprojekt der letzten Jahrzehnte ist mit einem bundesweit von vielen lokalen Initiativen organisierten breiten, vielschichtigen und stark beachteten Begleitprogramm versehen worden wie die Wehrmachtsausstellung.

Die durch das massive Bildmaterial erzeugte Konfrontation wird in der zweiten Ausstellung zu Gunsten einer fundierteren Untermauerung durch andere Dokumente aufgegeben. Wir sehen dies als Manko, lag doch in der Wirkung der schockierenden Bilder viel mehr Sprengkraft als in der nüchterneren Darstellung der historischen Ereignisse. Die Grundaussage des verbrecherischen Krieges und der Täterschaft unzähliger Soldaten aller Dienstränge bleibt aber bestehen. Deshalb bietet die zweite Ausstellung, auch wenn sie in ihrer Darstellung bei weitem nicht mehr so provokativ ist wie die erste, immer noch die Chance, uns einerseits an einer wichtigen Aufarbeitungsarbeit zu beteiligen und andererseits rassistische, antisemitische und patriarchale Traditionen und Strukturen der heutigen Gesellschaft offen zu legen und zu bekämpfen.

Initiative gegen Ausgrenzung

Bielefeld

27. Bertinottis Gratwanderung. Rifondazione comunista und die Wende nach links

Autor: Henning Böke · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:18

Nicht die Internationale, sondern John Lennons "Imagine" war die Begleitmusik zur Eröffnung des V. Parteitags von Rifondazione Comunista in Rimini am 4. April. Prompt wähnte Italiens bürgerliche Presse, nun sei es mit dem Kommunismus vorbei. Sie hat sich getäuscht.

La svolta a sinistra - "die Wende nach links" war Fausto Bertinottis Eröffnungsrede (veröffentlicht in der Beilage der Liberazione vom 5. April) überschrieben. Sie folgte thematisch den Schwerpunkten, die in den Thesen der Mehrheit des Nationalen Politischen Komitees der Partei umrissen worden waren: Charakterisierung unserer Epoche durch den "Kältestrom" des Marktes, der Herrschaft und des Krieges und den "Wärmestrom" der möglichen anderen Welt, getragen von neuen Kämpfen und sozialen Erfahrungen. Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse, neue Allianz der gewerkschaftlichen Kämpfe mit den Protesten gegen die kapitalistische Globalisierung. Öffnung der Partei, Absage an hierarchische Politikmodelle und Führungsansprüche; nicht die Hegemonie der Partei über die Bewegung sei das Ziel, sondern die Hegemonie der Bewegung über die Gesellschaft. Stalinismus, so Bertinottis nachdrückliche Folgerung, sei unvereinbar mit dem Kommunismus.

Es gab allerdings Widerspruch von einem prominenten Gast: "Fausto, du irrst, der Generalstreik ist nicht das Kind der Globalisierungsgegner", meinte (laut Corriere della Sera vom 5. April) ein alter Weggefährte Bertinottis, Sergio Cofferati, heute Chef des größten italienischen Gewerkschaftsverbandes CGIL, der sich für die Teilnahme der neuen sozialen Bewegungen an den großen gewerkschaftlichen Mobilisierungen gegen die Pläne der Berlusconi-Regierung zur Lockerung des Kündigungsschutzes bedankte, jedoch zwischen den beiden Kampffronten klar differenzieren wollte. Das ist sicher eine Frage der Deutung, die sich kaum "objektiv" beantworten lässt. Mit der Auseinandersetzung um den Kündigungsschutz stellt sich tatsächlich jenseits der Bewegungs-Euphorie von Genua ein Thema, das das Verhalten der "traditionellen" Linkskräfte zueinander betrifft. Bertinotti war im Vorfeld bereits von seiner bisherigen Gleichsetzung der Blöcke Mitte-links und Mitte-rechts abgerückt, um den Linksdemokraten eine "Aktionseinheit" anzubieten, jedoch unter ausdrücklicher Ablehnung programmatischer Allianzen. Der RC-Sekretär setzt auf eine offensive Wendung: Ausdehnung des Kündigungsschutzes auch auf Kleinbetriebe. Seine Taktik zielt jetzt darauf ab, den eher reformistischen Strömungen in der Partei wie den Forderungen der Mitte-links-Kräfte entgegenzukommen, indem er ein gemeinsames Regierungshandeln nicht prinzipiell ausschließt, es jedoch strikt an die unerfüllbare Bedingung einer rigorosen Absage an Neoliberalismus und Krieg knüpft.

Die Häme bürgerlicher Pressekommentare, die ihm den Widerspruch ankreiden, eine Aktionseinheit mit Kräften in Aussicht zu stellen, die er im selben Atemzug für "tot" erklärt, dürfte Bertinotti verschmerzen können. Diffiziler ist das Problem der innerparteilichen Konflikte: Marco Ferrando, Sprecher der durch 13 Prozent der Delegierten repräsentierten ultralinken trotzkistischen Opposition, lehnte jedes Zusammengehen mit Kräften, die eine Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen ermöglicht haben, kategorisch ab. Auf der anderen Seite steht die von Claudio Grassi geführte Ernesto-Strömung, deren Stärke auf 27 Prozent der Delegierten angewachsen ist: Das sind diejenigen, die sich ideologisch als Hüter der "leninistischen" Tradition und Erbengemeinschaft des "realen Sozialismus" darstellen, jedoch in allen praktischen Fragen auf dem rechten Flügel stehen. Wenn nun die Gewerkschaften eine Regierungsalternative fordern, so argumentiert diese Strömung, könne man sich dem nicht einfach verweigern. Immerhin zeigte Grassi sich mit dem Angebot der "Aktionseinheit" zufrieden.

Scharfe Auseinandersetzungen gab es um das neue Parteistatut, das ausdrücklich jede hierarchische und bürokratische Politikkonzeption ausschließt. Umstritten war auch die von der Mehrheit durchgesetzte rigide Verkleinerung der Leitungsgremien, die gerade bei den Minderheiten das Gerangel um Posten verschärfen wird. Hier stimmten erstmals die realsozialistische Rechts- und die trotzkistische Linksopposition gemeinsam gegen die mit einer Mehrheit von 60 Prozent durchgesetzten Maßnahmen. Auch die von der Mehrheit betriebene Erhöhung der Frauenquote auf mindestens 40 Prozent fand keine Gegenliebe bei den "orthodoxen" Kräften.

Selten dürften bei einem Parteitag in so großem Umfang Gäste und Nichtmitglieder zu Wort gekommen sein. Lebhaften Applaus ernteten Nemer Hammad, Vertreter der PLO in Italien, und Vittorio Agnoletto vom Genoa

Social Forum. Zur langen Liste der RednerInnen gehörten VertreterInnen der Metallarbeitergewerkschaft FIOM und der linksradikalen Gewerkschaftsbewegung COBAS sowie die altgediente Feministin Lidia Menapace.

Dieser Parteitag war der erste, auf dem nicht mehr das Überleben von Rifondazione Comunista und ihre Existenzberechtigung links vom Ulivo in Frage stand. Jetzt geht es um die internen Kräfteverhältnisse. Eine neuerliche Spaltung durch die Wiederannäherung der Ernesto-Strömung an die 1998 ausgeschiedenen Comunisti italiani um ihre einstige Galionsfigur Armando Cossutta ist nicht in Aussicht, da die "Ex-Cossuttianer" von Ernesto sich Bertinotti gegenüber kompromissbereit zeigen. Bertinotti seinerseits tut gut daran, die rechte Opposition zu integrieren: Wenn diese die Partei verließe, hätte Bertinotti angesichts der Konfrontation mit den trotzkistischen Ultras Schwierigkeiten, sein Programm als "Wende nach links" darzustellen. Eine kommunistische Massenpartei demokratischen Charakters stellt heute unvermeidlich eine Gratwanderung dar, die der Existenz verschiedener Strömungen Rechnung tragen muss. Fürs erste, so scheint es, hat Rifondazione diese Herausforderung achtbar bestanden.

Henning Böke

28. Historischer Sonderfall. Die Französische KP nach dem Eurokommunismus

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:13

Seit dem "eurokommunistischen Frühling", der am 3. März 1977 mit der Konferenz von Madrid begann (vgl. ak 459), sind 25 Jahre vergangen. Der Parti Communiste français (PCF), nach dem italienischen PCI die größte kommunistische Partei in Westeuropa, zählte einerseits zu den Wegbereitern dieser Strömung. Seine weitere Entwicklung und sein Fortbestehen bis heute markieren andererseits einen historischen Sonderfall.

Wegbereiter des "Eurokommunismus" war die Französische Kommunistische Partei seit den frühen 1970er-Jahren. Auf ihrem 22. Parteitag im Februar 1976 hatte sie die Formel von der "Diktatur des Proletariats" aus ihrem Programm gestrichen; fortan sprach sie von einem "Sozialismus in den Farben Frankreichs". Bereits seit Juni 1972 war die KPF in der Linksunion (Union de la gauche) mit der Sozialistischen Partei unter François Mitterrand liiert. Ziel der Linksunion war es, die Regierung zu übernehmen.

Im Rahmen des Gemeinsamen Programms (Programme commun) der Union, der im Juli 1972 auch die Linksliberalen der Radikalen Partei beitraten (so heißen in Frankreich die Überreste des antiklerikalen Liberalismus aus dem späten 19. Jahrhundert), hatte die KPF das Prinzip des jederzeit möglichen Regierungswechsels akzeptiert. Aus dem selben Anlass hatte sie weitere Zugeständnisse gemacht und auch die Existenz der Force de frappe (französisches Atomwaffenarsenal) nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt. Und sie hatte auch unterschrieben, dass Frankreich nicht unverzüglich aus der NATO austreten werde. Die französische Mitgliedschaft in der NATO war damals freilich ohnehin seit 1966 durch Präsident Charles de Gaulle gelockert worden; erst seit 1995 ist Frankreich in sämtliche NATO-Strukturen zurückgekehrt.

Die kurze Blütezeit der Linksunion

Ein historischer Sonderfall war der PCF, was die weitere Geschichte des Eurokommunismus betrifft. Im selben Monat, in dem Enrico Berlinguer (PCI), Georges Marchais (PCF) und Santiago Carrillo (PCE) in Madrid ihre gemeinsame Erklärung abgaben, steuerte die französische Linksunion auf ihren bis dahin größten Erfolg zu: Am 20. März 1977 errang sie bei den Kommunalwahlen frankreichweit 54 Prozent der Stimmen und eroberte eine Reihe von Rathäusern. Doch nur ein halbes Jahr später war es mit dem Bündnis auf Jahre hinaus vorbei.

Am 23. September 1977 erklärte das "zweite Gipfeltreffen" der Linksparteien das Scheitern der Verhandlungen über eine "Aktualisierung" des Gemeinsamen Programms. Sozialisten und Kommunisten hatten Nachverhandlungen über den Text begonnen - aus denen die Linksliberalen früh ausscherten -, nachdem PS-Chef Mitterrand öffentlich die definitive Anerkennung der französischen Atomstreitmacht gefordert hatte. Zu Konflikten kam es ferner über die zu verstaatlichenden Schlüsselindustrien.

Die Sozialistische Partei (PS) hatte in den Monaten zuvor eine erkennbare Rechtsentwicklung durchgemacht. Bis dahin hatte sie sich vor allem an den südeuropäischen Sozialisten orientiert und Allianzen mit den jeweiligen KPen befürwortet. Zugleich hatte sie insbesondere die Innenpolitik der regierenden westdeutschen SPD kritisiert, namentlich die 1972 eingeführten Berufsverbote, aber auch die "Terroristenjagd" der Jahre 1976/77. Doch unter dem Einfluss der Sozialistischen Internationale (SI) - deren damaliger Präsident hieß Willy Brandt -, die wichtige finanzielle Hilfe für die Wahlkämpfe des PS fließen ließ, war diese Kritik zunehmend verstummt. Im März 1976 wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus PS und SPD eingerichtet, um die "Konzeptionen der beiden Parteien in Sachen Beziehungen zur Dritten Welt, Wirtschafts- und Sozialpolitik anzunähern". Bei einem Bonn-Besuch versicherte Mitterrand dann 1977 Helmut Schmidt, dass er "nicht auf die Kommunisten angewiesen" sei - der westdeutsche Kanzler hatte im Jahr zuvor Italien in scharfem Ton vor kommunistischen Experimenten gewarnt.

Auf Seiten des PCF wiederum begünstigten andere Motive einen Bruch der Linksallianz. Da war zum einen die Befürchtung, sich im Verhältnis zu den Sozialisten zunehmend in eine Sackgasse zu manövrieren, indem man jenen dazu verhelfe, die KP mehr und mehr zu überflügeln. Tatsächlich begann der Parti Socialiste, der im Juni 1971 auf dem Kongress von Epinay-sur-Seine neu gegründet worden war und Anfang der Siebziger noch deutlich schwächer war als die KP, mit dieser gleichzuziehen und sie ab 1976 bei Wahlen zu überholen. In den

50er- und 60er-Jahren hatte die Sozialdemokratie aus mehreren kleineren Parteien bestanden, die durch ihre Regierungsbeteiligung in die blutigen Kolonialkriege eingebunden waren. Nun befürchtete die KP, dieser in der Linken weitgehend diskreditierten Partei zu neuem Ansehen zu verhelfen. Tatsächlich war es gerade das Bündnis mit der KP, das die Sozialisten in der Arbeiterschaft wieder als "linke Kraft" erscheinen ließ. Besonders profitierte davon François Mitterrand, der 1957 als Justizminister Todesurteile gegen algerische Unabhängigkeitskämpfer und gegen den französischen Kommunisten Fernard Yveton unterzeichnete und vollstrecken ließ. Zwei Tage nach Unterzeichnung des Programme commun erklärte Mitterrand vor dem versammelten SI-Kongress in Wien, er verfolge seine Bündnispolitik mit der KP, "um zu zeigen, dass von fünf Millionen kommunistischen Wählern drei Millionen (in Zukunft) sozialistisch wählen können".

Zurück zum "sowjetischen Modell"

Hinzu kam aber auch der Druck der KPdSU, die ihren Einfluss auf die französische "Bruderpartei" nicht verlieren wollte und die Herausbildung eines neuen "Sozialismusmodells" in Westeuropa befürchtete. Andererseits aber misstraute Moskau Mitterrand auch aus außenpolitischen Motiven; man hielt ihn eher für einen "Atlantiker" als die Chefs der gaullistischen Rechten - denn Präsident de Gaulle hatte, wenn auch aus nationalistischen Motiven, die Pose einer größeren Eigenständigkeit gegenüber den USA eingenommen.

Nach dem Bruch der Linksunion nahm die französische KP zunehmend dogmatische Züge an. Noch im September 1968 hatte der PCF die sowjetische Intervention gegen den "Prager Frühling" öffentlich "bedauert". Nun unterstützte er wieder weitgehend kritiklos das "sowjetische Modell" und die Politik der UdSSR. Dies erklärt sich daraus, dass die KP bis dahin eine doppelte politische Natur gehabt hatte: Einerseits bildete sie eine fest im französischen politischen Leben verankerte Kraft, die gewissen alltagspolitischen Erwartungen ihrer - 1978 noch 5,8 Millionen - WählerInnen ausgesetzt war und etwa über ihre kommunale Regierungsverantwortung in das gesellschaftliche System eingebunden war.

Auf der anderen Seite war sie aber auch "Gegengesellschaft", eine Art "System innerhalb des bestehenden Systems" (so die französische Soziologin Annie Kriegel). Mitsamt dem ihr nahe stehenden Gewerkschaftsbund CGT besaß die KP einen weit verzweigten Apparat, der ArbeiterInnen und Arbeiterjugendlichen gesellschaftliche Aufstiegschancen bot in Zeiten, da die sozialen Hierarchien noch weitgehend undurchlässig waren. Mittels eigener "Kaderschulen", Parteiverlage, Gewerkschaftsstrukturen usw. ermöglichte sie ihnen den Zugang zu Aufstieg und Bildung und formte so eine eigene soziale Schicht. Diese Personengruppe, die im Zentrum des "Universums" der KP stand, war wiederum eng mit Strukturen des internationalen Kommunismus verflochten. Dessen Zentrum, die sowjetische KP, gab lange Zeit massive finanzielle Unterstützung für Parteischulen und -einrichtungen, deren Arbeit durch Fortbildungen in den Ländern des sowjetischen Blocks ergänzt wurden. Die Verbindung zum realsozialistischen Lager verlieh dem KP-Apparat zugleich seinen "historischen" Sinn als Träger einer zukünftigen weltweiten Gesellschaftsordnung. Ein großes politisches Problem bestand freilich darin, dass der parteiförmig organisierte Kommunismus den Kampf für eine Transformation der sozialen Ordnung stets zuallererst über seinen eigenen Apparat vermittelte und nicht durch Kämpfe in der gesellschaftlichen Wirklichkeit verfolgte.

Diese Konstellation sorgte für ein instabiles Gleichgewicht zwischen einer Alltagspolitik an der Seite der Sozialdemokratie und der Bindung an das sowjetische Modell. Der Bruch der Union de la gauche hatte zur Folge, dass die Partei rasch ihren Schwerpunkt zu verlagern begann. Das kommunistische Projekt sollte demnach künftig vor allem aus der Treue zum einen, erfolgreichen "Modell" abzuleiten sein. Dies führte jedoch zu einer politischen Erstarrung, zu inneren Konflikten und Ausschlusswellen sowie zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Isolierung der KP. Vorbei war die Zeit, in der die Sowjetunion vor allem mit dem gemeinsamen Sieg über die Nazi-Barbarei verbunden wurde und auch bürgerliche Kreise das Land mit Sympathie betrachteten. Die Ereignisse in Afghanistan und später in Polen sorgten dafür, dass die wieder enger werdende Bindung der französischen KP an die Sowjetunion die Partei mehr und mehr diskreditierte. Zugleich erodierte die traditionelle soziale Basis der KP im Zuge des ökonomischen und sozialen Wandels - dazu gehören das Ende traditioneller Industriezweige, in denen sich eine hoch konzentrierte und organisierte Arbeiterschaft befand, die fortdauernde Massenarbeitslosigkeit und die geringere Rolle des Arbeitslebens für die Sozialisierung jüngerer Generationen. Zumal der PCF, wie Pierre Zarka, der ehemalige Chefredakteur der kommunistischen Tageszeitung L'Humanité, richtig analysiert, im Mai 1968 durch sein eher konservatives Verhalten den Anschluss an den am meisten politisierten Teil der unzufriedenen Jugend tendenziell verpasst hatte.

Als im Januar 1980 der PCF-Generalsekretär Georges Marchais von Moskau aus den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan guthieß und zugleich das später geflügelte Wort vom bilan globalement positif - der positiven Gesamtbilanz - des realen Sozialismus aussprach, fand sich die KP in einer eisigen Isolierung wieder. Bei den Präsidentschaftwahlen im April und Mai 1981 fiel der PCF-Kandidat auf nur noch 15,5 Prozent der WählerInnenstimmen, nachdem die KP zuvor jahrzehntelang oberhalb der 20-Prozent-Marke geblieben war. Populistische Kampagnen zum Jahreswechsel 1980/81 - gegen Drogendealer, aber auch gegen einen "zu hohen Ausländeranteil" in den verarmten Trabantenstädten - hatten den Niedergang der Partei, die 1946 die größte politische Kraft des Landes gewesen war, nicht aufhalten können.

Öffnung um der Öffnung willen

Im Vorfeld des zweiten Wahlgangs 1981, der François Mitterrand den Sieg bescheren sollte, hatten Teile des KP-Apparats die macchiavellistische Strategie des vote révolutionnaire ausgegeben - ein Votum für die konservative Rechte und gegen Mitterrand, um in den folgenden Jahren die Linke in der Opposition neu zu formieren und dabei die KP gegenüber dem PS zu stärken. Das ging gründlich schief. Und hier begannen die Verwerfungen innerhalb der KP: Am Abend von Mitterrands Triumph bejubelte KP-Sprecher Pierre Juquin überschwänglich den "Sieg meines Genossen Mitterrand". Von ihrer gesellschaftlichen Basis getrieben, trat die KP in die Regierung unter dem von Mitterrand ernannten sozialistischen Regierungschef Pierre Mauroy ein. Doch die Sozialisten, die bei der Neuwahl des Parlaments im Juni 1981 allein 58 Prozent der Sitze errangen, hätten die KP zur Mehrheitsbildung gar nicht benötigt. Die Einbindung der KP in eine Koalition diente dem Zweck, die Unzufriedenheit in den Betrieben zu dämpfen - der PCF sollte die Rolle des "sozialen Gendarmen" der Regierung übernehmen. So geschah es auch, als die Regierung Mauroy ab dem Frühsommer 1982 ihre ursprünglichen sozialen Reformversprechungen revidierte und ab März 1983 angesichts des Drucks der "wirtschaftlichen Realitäten" - u.a. Kapitalflucht und Franc-Abwertung - eine neue Austeritätspolitik unter dem Namen tournant de la rigueur ("Wende zur Strenge") praktizierte.

Zutiefst in ihrem Inneren gespalten, mit einer frustrierten und desorientierten Anhängerschaft konfrontiert, verließ die KP nach den für sie katastrophalen Wahlen zum Europaparlament im Juni 1984 das Regierungsbündnis. In der Folgezeit igelte sie sich in ihren dogmatischen Wahrheiten ein und schottete sich auch gegen den 1985 beginnenden Reformkurs Gorbatschows in der UdSSR ab. KritikerInnen wurden mundtot gemacht oder hinausgeworfen. Eine Fraktion, angeführt von dem ehemaligen Parteisprecher Juquin und unterstützt von ehemaligen Regierungsmitgliedern wie dem Ex-Transportminister Charles Fiterman, wurden zu Dissidenten und verteidigten eine Politik der Öffnung in die Gesellschaft, aber auch die Fortsetzung der Regierungsbeteiligung. Leider blieb es bei der schlechten Alternative zwischen denen, die die Erstarrung symbolisierten, und jenen, die zwar für eine stärkere innerparteiliche Demokratie, aber zugleich auch für ein keineswegs weiter links stehendes politisches Projekt eintraten. Juquin trat bei der Präsidentschaftswahl 1988 als parteiloser, von linksalternativen Kräften getragener Bewerber gegen den offiziellen Parteikandidaten André Lajoinie an; während des Wahlkampfs wollte Juquin seinen Eintritt in eine PS-Regierung ohne größere politische Vorbedingungen nicht ausschließen. Für beide kommunistischen Kandidaten wurde die Wahl zum Debakel: Lajoinie erreichte für den PCF noch magere 6,7 Prozent, Juquin hingegen nur 2 Prozent. Heute ist Juquin Mitglied der grünen Partei und gehört dort nicht zum linken Flügel, während Fiterman dem PS angehört.

Der langjährige PCF-Generalsekretär Georges Marchais, der die Partei seit 1970 führte, blieb noch bis Januar 1994 im Amt. Auf dem 28. Parteitag wurde dann die völlig verbrauchte Führung durch eine neue Parteispitze unter Robert Hue ersetzt, der sich fortan "Nationaler Sekretär" nannte. Hue erklärte den "definitiven Bruch" mit dem sowjetischen Modell, leitete eine Serie innerparteilicher Reformen ein, führte die KP aber auch ab Juni 1997 in eine erneute Periode der Regierungsbeteiligung. Zunächst gelang der Partei die Rückeroberung politischen Terrains: Beim ersten Durchgang der letzten Parlamentswahl, im Mai 1997, kam sie mit 9,9 Prozent der Stimmen wieder knapp an die Zehn-Prozent-Marke heran.

Seit dieser Zeit öffnete sich der PCF für unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte. Er unterstützte beispielsweise ab 1996 erstmals die Kämpfe der sans-papiers, der illegalisierten ImmigrantInnen ohne gültigen Aufenthaltstitel; in den 80er-Jahren hatte er diese noch als unerwünschte Konkurrenz für den französischen Proletarier auf dem Arbeitsmarkt abgewehrt. Auch in anderen gesellschaftlichen Kämpfen - ab Herbst 2001 etwa in der "Antiglobalisierungsbewegung" - sind Teile der Partei vertreten. Zugleich gehört sie einer Regierung an, die, anders als noch im Jahr 1981, keinerlei Projekt einer Umgestaltung der

Gesellschaftsordnung mehr beansprucht und - trotz eines Diskurses, der "linker" ist als der von Blair oder Schröder - eine liberale Wirtschaftspolitik verfolgt.

Auf dem Weg zur Fünf-Prozent-Partei

Dass diese verschiedenen Öffnungen und Anpassungen schwer vereinbar sind, zeigte die Liste Bouge L'Europe (ungefähr: "Europa bewegen"), die die KP zur Europaparlamentswahl im Juni 1999 präsentierte und die zur Hälfte aus Nicht-Mitgliedern bestand. BefürworterInnen und GegnerInnen des NATO-Krieges in Jugoslawien, sozialdemokratische Politikprofis und VertreterInnen von Basisinitiativen, Sozialliberale und GewerkschafterInnen fanden sich wild durcheinander gewürfelt auf ihr wieder. Der Eindruck einer allseitigen "Öffnung um der Öffnung willen" war nicht von der Hand zu weisen. Mit 6,8 Prozent brachte diese Wahl der KP das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte.

Das Überleben der KP als eigenständige Kraft scheint heute zwar nicht in Frage zu stehen, dennoch mehren sich Anzeichen eines dauerhaften Niedergangs, da besonders die Regierungsbeteiligung die KP jährlich 4 bis 5 Prozent ihrer Mitglieder kostet. Dennoch existiert auch heute ein Wählerpotenzial von rund 15 Prozent für KandidatInnen, die sich auf marxistische und kommunistische Ideen beziehen. Es teilt sich nur anders auf: Während bei der Präsidentschaftswahl 1995 der KP-Kandidat Hue noch mit 8,7 Prozent vor der trotzkistischen Kandidatin Arlette Laguiller (5,2 Prozent) lag, hat sich in allen derzeitigen Umfragen für die im April anstehende Wahl dieses Verhältnis nunmehr umgedreht. Weitere politische Kräfte der radikalen Linken, aber auch im "linksnationalistischen" Bereich (Ex-Innenminister Jean-Pierre Chevènement), machen der KP Teile ihrer bisherigen Anhängerschaft streitig.

Falls KP-Sekretär Robert Hue im ersten Wahlgang am 21. April die Fünf-Prozent-Marke nicht überspringen sollte, dann dürfte der KP neben einer politischen auch eine finanzielle Katastrophe bevorstehen. Denn die staatliche Rückerstattung der Wahlkampfkosten (mit Ausnahme einer Pauschale von 700.000 Euro, die allen vom Verfassungsgericht zugelassenen BewerberInnen zusteht) gibt es nur für KandidatInnen, die mindestens fünf Prozent der Stimmen erreichen. Derzeit kommt Robert Hue bei den Vorwahlumfragen auf 4,5 bis 6 Prozent.

Bernhard Schmid

Paris

29. Vom Abschied von Tarzan zur Rehabilitierung von Protest. Konturen einer pluralen Linken: herrschaftskritisch und ohne Sehnsucht nach Einheitlichkeit

Autor: Moe Hierlmeier · Rubrik: Internationale Solidarität; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:25

Zentrale Begriffe internationalistischer linker Politik sind im letzten Jahrzehnt prekär geworden. Gleichzeitig entstanden und entstehen neue Konzepte von Aktion, Utopie, Organisation. Moe Hierlmeier zeichnet in seinem Buch "Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte. Von Vietnam bis Genua", das in Kürze erscheint, diese Entwicklungen nach. Wir veröffentlichen vorab einen gekürzten Auszug aus dem Buch. Dieser Beitrag ergänzt zugleich die ak-Debatte um attac, die wir in dieser Ausgabe mit dem Artikel von Uli Brand (S. 28) fortführen.

Die macht- und herrschaftskritische Linke fiel nach '89 in ein tiefes Loch. Auch die Linke, die dem autoritären Sozialismus kritisch gegenüberstand, wurde vom Sog der historischen Niederlage erfasst. "Uns droht die Freude an der politischen Arbeit verloren zu gehen. (...) Unsere Ausstrahlung und Attraktivität nähern sich der der Wachturm-Verkäufer in der Fußgängerzone", schreiben Foitzik/Marvakis (S.86). Es folgten lange Jahre einer Selbstverständnisdebatte. Die Theorieruinen von '68 bis '89 wurden besichtigt. Ein bruchloses Anknüpfen an deren Internationalismus war nicht mehr möglich. Viel Schutt musste beiseite geräumt werden. Aber es gab Bruchstücke, die auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen werden: etwa die Erweiterung des Politikbegriffs oder das Prinzip der Autonomie. Es ging um die Neuverortung einer herrschaftskritischen und internationalistischen Linken in einer doppelten Abgrenzung: gegen einen linken Traditionalismus auf der einen Seite und einen naiven, hilflosen Modernismus und Liberalismus, der von Macht nichts mehr hören will, auf der anderen Seite.

Dabei musste von einigen Mythen Abschied genommen werden. Sinnbild der internationalistischen Mythen ist Tarzan, dem es nun an den Kragen ging: "Tarzan kennt keine Zweifel. Er ist der weiße Mann, der weiß, wo es lang geht - auch im unübersichtlichen Gewirr des Dschungels. Seine Welt ist wohlgeordnet, er ist der Gute, der das Böse bekämpft. So leicht er sich durch die Welt hangelt, so hart ist seine Faust, wenn es darum geht, Jane oder seine Freunde zu retten. Tarzan hat sich bereits entschieden: Er ist kein Teil des Problems, sondern ein Teil der Lösung. Genauer: Er ist die Lösung. Tarzan ist die zu laute Parole, ist die zu glatte Aktion, ist Härte um ihrer selbst willen. (...) Für Schwache hat er kein Mitleid, er rettet sie. Widersprüche werden plattgemacht. Tarzan ist männliches Denken - nicht nur von Männern" (Foitzik/Marvakis, S.7).

Mythen geraten ins Wanken

Von diesem Tarzan galt es sich zu verabschieden. Hinterfragt wurde das eigene Menschenbild, das Bild von Maskulinität, wie es sich im "Neuen Menschen", dem bewaffneten Kämpfer oder dem Soldaten der Arbeit ausdrückt. Verabschieden musste man sich vom Bild der Einheit, der Geschlossenheit und der klaren Kampflinien. Denn damit war immer die Ausgrenzung des Anderen, der ZweiflerInnen, der Dissidenten und des Differenten einhergegangen. Die Ausgrenzung dissidenter Strömungen konnte sich auf die historisch fatale Verurteilung des "Lumpenproletariats" bei Marx berufen. Gemeint waren damit die scheinbar "rückwärts gewandten" Strömungen, wie etwa die Maschinenstürmer, die gegen die Zerstörung ihrer Lebenswelt durch Fortschritt, Entwicklung, Wachstum revoltierten. Diese Revolten wurden von den hegemonialen Strömungen der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie und dem Parteikommunismus argwöhnisch beäugt. So ging ein existentialistisch-lebensphilosophisches Korrektiv gegenüber den Wachstums- und Fortschrittsmodellen dieser Parteien verloren, nämlich die Strömungen, die die Utopie im Alltag der Gegenwart suchten und die Gegenwart nicht zu Gunsten einer abstrakten Utopie der Zukunft opfern wollten. Erst die Hippie-Bewegung der 60er Jahre und die Alternativbewegung der 70er und 80er Jahre rehabilitierte diese Strömungen praktisch. Theoretisch rehabilitiert wurden sie durch die "Postmodernen" bzw. "DekonstruktivistInnen", die in den 90er Jahren zentraler Bezugspunkt für die Neubestimmung einer internationalistischen Linken werden sollten. Dabei handelt es sich um eine in sich durchaus heterogene Strömung, die eint, dass sie das Viele gegenüber dem

Imperialismus des Einen rehabilitieren will. (...) Die Postmodernen suchen nach Wegen, die bisher noch kaum jemand gegangen ist. Zu ihren bekanntesten VertreterInnen gehören Foucault, Derrida, Lyotard, Deleuze, Guattari, Kristeva und Kofman. In Deutschland zählen dazu Wolfgang Welsch, in Italien Vattimo und der Semiotiker Umberto Eco, der mit seinem Roman "Der Name der Rose" berühmt wurde.

Sie alle beziehen sich auf die Arbeiten von Nietzsche und Heidegger und deren Kritik des abendländischen Denkens der Moderne seit Parmenides und Plato. Akribisch fördern sie zu Tage, was die Moderne verdrängt hat. Hinterfragt und kritisiert wurden die bisher als selbstverständlich hingenommenen Annahmen von Fortschritt, Wahrheit, Vernunft, Aufklärung, Volk, Nation etc. All dies sind Begriffe, die in der Arbeiterbewegung und im Internationalismus bis in die 80er Jahre unkritisch angewandt wurden.

Warum ist deren Infragestellung für einen Internationalismus wichtig, der durch die Krisen der Linken hindurchgegangen ist und immer wieder wird hindurchgehen müssen? Dies soll am Beispiel des Begriffs der Macht, der Projektepolitik und der Zapatistas verdeutlicht werden. Entscheidend ist die Erkenntnis, dass die Solidaritätsbewegung nicht außerhalb steht. Wir sind selbst Teil einer eurozentristischen Dominanzkultur und reproduzieren diese in vielfältiger Weise. In der Projektarbeit der großen NGOs werden die Menschen der sog. Dritten Welt vielfach verobjektiviert und instrumentalisiert. Nicht nur von den kirchlichen Hilfsorganisationen wie Misereor und Brot-für-die-Welt wird nach wie vor paternalistisch mit dem bemitleidenswerten schwarzen Mädchen mit Kulleraugen für Spenden geworben.

So wollte die Solidaritätsbewegung dagegen ihre Projekte etwa in Nicaragua als Befreiungshilfe verstanden wissen. Aber viele Projekte waren oft ungewollt von einem ähnlich paternalistischen Hilfs- und Entwicklungsdenken geprägt. In einem Rückblick des Infobüros Nicaragua heißt es: "In der Projektepolitik haben wir sehr viele Erfahrungen gesammelt. Hinter uns liegen Projektruinen der sandinistischen Zeit sowie Erfahrungen mit BrigadistInnen und ‚ihren` Projekten. Projektarbeit als paternalistisches Hilfsangebot, als Ausgeburt westlicher Entwicklungsmanie, als Identifikationsobjekt von schlechtem Gewissen und individuellem HelferInnensyndrom verlangt eigentlich nach einem sofortigen ‚Stopp jeder (Entwicklungs-) Hilfe` (Gustavo Esteva)" (Rundschreiben 1/98, 41). (...)

Wir können uns nicht einfach per Willensakt als gleichberechtigte PartnerInnen an der Seite der Solidarisierten imaginieren. Die Erkenntnis der eigenen Mittäterschaft führte zu einer produktiven Verunsicherung, die sensibler machte für die unterschiedlichen Formen von Machtbeziehungen. Ein wichtiges Beispiel sind die Debatten um die Mittäterschaft von Frauen bei der Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen.

Insbesondere schwarze Frauen wie z.B. bell hooks übten massive Kritik am eurozentristischen Feminismus. Dadurch gerieten "einige Mythen ins Wanken (...): So entzündete sich die Kritik an den Vorstellungen von einem gemeinsamen Opferstatus aller Frauen und an einer daraus abgeleiteten unmittelbaren Gleichheit, Schwesterlichkeit, Konflikt- und Machtfreiheit zwischen Frauen" (Frauenkollektiv, S. 295). (...)

Zu einer differenzierten Theorie der Macht haben viele Diskursstränge beigetragen, z.B. die sex/gender-Debatte, die Queer-Theorien oder der Cultural-Studies-Ansatz, in dem Frantz Fanon wieder eine Renaissance erlebt. In irgendeiner Weise beziehen sie sich alle auf die faszinierenden Analysen Michel Foucaults zur Entstehung, Reproduktion, Veränderung und Modernisierung von Machtstrukturen. In klassischen linken Theorien war Macht immer der Ort des Gegenübers, des Feindes; solange man nicht selbst die Macht übernommen hatte. Damit einher ging ein dichotomes Weltbild, wie es in der Rede von "den Mächtigen" auf der einen Seite und "dem Volk, den Unterdrückten und den Beherrschten" auf der anderen Seite zum Ausdruck kam. Hieran übten Foucault und die Postmodernen Kritik: Macht ist nicht der eine Ort, von dem aus die Herrschenden von oben nach unten ihre Positionen und Interessen durchsetzen. (...) Für Foucault gibt es eine Mikrophysik der Macht, die unsere alltäglichen Verhaltensweisen prägt. (...)

Macht hat nicht nur den einen Ort ganz oben, von dem aus die Massen beherrscht werden. Sondern Macht existiert ebenso wie Wahrheit und Vernunft nur als Streuung. Die Macht ist flexibel und geschmeidig und entsteht vor allem in den Diskursen der zivilgesellschaftlichen Apparate im Sinne Gramscis und Althussers. In den Diskursen herrscht keineswegs der zwanglose Zwang des besseren Arguments, wie Habermas zu glauben machen versucht. Die Diskurse werden von den hegemonialen Kräften einer Gesellschaft kontrolliert, organisiert, selektiert und kanalisiert. Sie bestimmen als Diskurspolizei, über was geredet werden darf und über was geschwiegen werden muss. (...)

Lobbyismus: keine Erfolgsstory

Nach Foucault kann man sich der Macht nicht per Willensakt entziehen. Macht ist ein Existenzial, das immer schon gegeben ist. Jede teleologische Vorstellung einer herrschaftsfreien Gesellschaft am Ende der Geschichte ist eine Fiktion, ein Wunschtraum, der sich nicht realisieren lässt. Die Verabschiedung der Utopie einer machtfreien Gesellschaft der Guten am Ende der Geschichte muss keineswegs zu resignativem Zynismus und zur Anerkennung aller existierenden Machtformen führen. "Denn die Aussage, es könne Gesellschaft nicht ohne Machtverhältnisse geben, heißt weder, dass die jeweils gegebenen auch notwendig sind, noch dass auf alle Fälle die MACHT im Herzen der Gesellschaft unvermeidliches Geschick darstellt, sondern dass die Analyse, die Herausarbeitung, die Infragestellung der Machtverhältnisse (...) eine beständige politische Aufgabe ist und dass gerade dies die politische Aufgabe ist, die jeglicher gesellschaftlichen Existenz innewohnt." (Foucault 1987, S. 257)

Diskurse haben zwar eine gewisse Stabilität und Trägheit, deren Materialität durch ständige Wiederholung immer wieder neu hergestellt und somit aufrechterhalten wird. Aber weil die Macht und der Diskurs Effekte einer komplexen Situation sind, sind sie auch gegenüber Widerstand nie völlig abschließbar. Denn, so Foucault, "wo es Macht gibt, gibt es auch Widerstand. Und doch oder vielmehr gerade deswegen liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht."

Auch in den Medientheorien der 90er Jahre wird eine differenzierte Machtanalyse deutlich. Lange Zeit versuchten Linke die Passivität der Massen durch die Manipulation durch die bürgerlichen Medien zu erklären. So argumentierte die APO in der Anti-Springer-Kampagne. Die Alternativbewegung der 70er Jahre baute eine eigene Medieninfrastruktur auf, um die Menschen mit "authentischen" Informationen versorgen zu können, die ihnen von den herrschenden Medien vorenthalten werden. Wie nicht zuletzt die Lügen in den letzten Kriegen bewiesen haben, sind diese Theorien bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Aber sie greifen zu kurz. So macht die Manipulationstheorie die EmpfängerInnen von Informationen zu Opfern im Kommunikationsprozess. Damit wird aber ihr Objektstatus festgeschrieben. Dies ist eine Perspektive, die keine Handlungs- und Befreiungsoptionen mehr offen lässt. Die EmpfängerInnen von Nachrichten sind immer auch Handelnde. (...)

Verteidigung sozialer Räume statt Staatsmacht

Ob und wie eine Nachricht wahrgenommen und rezipiert wird, hängt vom Zusammenspiel vielfältiger Faktoren ab und ist deshalb sehr stark kontextgebunden. Dies soll am Beispiel der Zapatistas und der EZLN in Mexiko verdeutlicht werden. Auf der Senderseite ist eine "romantische" Guerilla, deren Repräsentanten ein bisschen an die guten Rebellen wie Zorro, Robin Hood oder den Schinderhannes erinnern. Sie ist die erste Guerilla, die nicht an der Eroberung der Staatsmacht interessiert ist, sondern nur an der Verteidigung sozialer Räume. Damit unterscheidet sie sich fundamental von den früheren nationalen Befreiungsbewegungen, deren Ziel immer die Eroberung der Staatsmacht war. Diese Guerilla trifft auf eine Linke als Empfänger, die aus ihren Erfahrungen mit macht- und staatsfixierten Befreiungsbewegungen Konsequenzen gezogen hat. Mit der Niederlage der FSLN in Nicaragua hatte ein Befreiungsnationalismus, dem es zuallererst um die Eroberung der Staatsmacht ging, seine Attraktivität verloren. Wahrscheinlich wäre Marcos noch zehn Jahre zuvor als Weichei denunziert worden, gerade weil er nicht die Eroberung der Staatsmacht zum Ziel hatte. (...)

Die Bedeutung des Zeichenmaterials war für die Zapatistas zentral. Die Besetzung des Begriffes "Zapatismus" ist bereits bemerkenswert. Damit stellten sie sich in die Tradition der mexikanischen Befreiungshelden und raubten der Regierungspartei PRI und der Oligarchie das Monopol zur Interpretation der mexikanischen Geschichte. Ebenso beeindruckend war, dass Marcos das Honorar für ein Interview mit ihm an die streikenden Fiat-Arbeiter in Turin überwies. Damit kehrte er die üblichen Codes um, in denen der Süden immer Objekt von Solidarität und Hilfe war. Und schließlich war das Spiel mit (scheinbaren) Paradoxien eines der Kernelemente des zapatistischen Diskurses. Erwähnt sei nur die Waffenparade beim Dschungelkonvent, bei der die Gewehre der Marschierenden mit weißen Fähnchen geschmückt waren. Die Zapatistas sind somit ein hervorragendes Beispiel für eine Kommunikations- oder Diskursguerilla, der es immer wieder gelingt, die herrschende Symbolordnung zu stören. (...)

Außerdem verabschiedeten sich die Zapatistas vom traditionellen Avantgardekonzept früherer Befreiungsbewegungen. Sie begriffen sich als Teil der internationalen sozialen Bewegungen. Die EZLN behauptete nie, ihr Weg sei der einzig Richtige. Denn die Kampf- und Widerstandsformen hängen vielmehr

von der spezifischen Situation in den jeweiligen Ländern ab. So spielt etwa der Volks- und Nationendiskurs bei den Zapatistas eine viel positivere Rolle als er für die deutsche Linke spielen kann. All diese Elemente bündelten sich in der zentralen Parole der Zapatistas, dem "preguntando caminamos" ("fragend gehen wir voran"). Frei übersetzt: Wir kämpfen gegen den Neoliberalismus und seine Protagonisten, auch wenn wir über unsere Mittel und Ziele keine endgültige Klarheit haben. (...) Und mit Brecht betonten sie: Erwartet von uns keine andere Antwort auf eure Fragen, als die, die ihr euch selber gebt.

Diese Botschaften und Codes stießen auf eine isolierte und resignierte Linke, die diese begierig rezipierte. Die zentrale Botschaft der Zapatistas war, sich nicht dem Zynismus und der Tatenlosigkeit hinzugeben. Die Zapatistas sind wegen ihrer Betonung von Pluralität, Differenz, Widersprüchlichkeit und Kontextualität nicht zu Unrecht als erste postmoderne oder postfordistische Guerilla bezeichnet worden. Mit den von ihr initiierten "intergalaktischen" Treffen wirkte sie impulsgebend auf die herrschaftskritische Linke. Es bildeten sich internationale Netzwerke wie das Peoples Global Action (PGA), die bereits vor den Ereignissen von Seattle 1999 einen radikaleren Ton gegenüber den herrschenden Institutionen anschlugen. Allerdings veränderte sich erst mit den Massenprotesten von Seattle gegen die WTO und den Großdemonstrationen gegen das G-8-Treffen in Genua die entwicklungspolitische Landschaft grundlegend. Auch wenn die WTO-Tagung in erster Linie an den Widersprüchen zwischen den USA und der EU und an der Rücksichtnahme der Clinton-Regierung gegenüber den Gewerkschaften scheiterte, so wurde "Seattle" doch vorrangig als Kristallisationspunkt einer radikalen herrschaftskritischen Bewegung wahrgenommen. Der Protest auf der Straße hatte erstmals seit langer Zeit die Konferenzsäle als bevorzugtes Terrain oppositioneller Kritik wieder verdrängt.

Prekäre und ambivalente Verhältnisse

Dies hatte mehrere Gründe: Zum einen hatte der Neoliberalismus sein Glücksversprechen in den 90er Jahren nicht verwirklichen können, wie etwa die Krisen in Südostasien und Mexico zeigten. Es rückte wieder ins Bewusstsein, dass der neoliberale Alltag "Kollateralschäden" en masse produziert. (...)

Entscheidend für die Rehabilitierung des Protestes war aber auch, dass die Konzentration der meisten NGOs auf Lobbyismus an ihre engen Grenzen gestoßen war. Die Einsicht verbreitete sich, dass die NGOs auf den globalen Konferenzen zwar gern gesehene Diskussionsteilnehmerinnen waren und auch die eine oder andere Stellungnahme formulieren durften, dass sie aber letztendlich auf unbedeutende Spielwiesen abgeschoben wurden und keine materiellen Mitsprachemöglichkeiten hatten. Einige NGO-VertreterInnen sprachen von einem "participation overkill" und gestanden das weitgehende Scheitern der Lobby-Strategie ein.

Das Spektrum, das in der Folgezeit seinen Protest auf der Straße äußerte, ist vielfältig und in sich widersprüchlich. Es reicht von anti-institutionellen und antietatistischen Strömungen wie PGA bis hin zu nationalistischen Gewerkschaftsapparaten. Zu einem wichtigen Sammelbecken für den Protest hat sich in einigen Ländern das Netzwerk attac (übersetzt: Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen) entwickelt. Unmittelbares Ziel ist die Einführung einer geringen Steuer für kurzfristige Finanzspekulationen, nach ihrem Erfinder auch als "Tobin-Steuer" bekannt. attac nimmt Krisen vor allem als Krisen des Finanzkapitals wahr. Es sei deshalb Aufgabe des Staates, diese entfesselte und verselbstständigte Finanzökonomie wieder einzubinden: lautet dafür der Fachausdruck. Die französische attac-Vizepräsidentin Susan George träumt von einem neuen "planetarischen Gesellschaftsvertrag". Man kann die Analysen und Vorschläge von attac als einen modernisierten Linkskeynesianismus betrachten: attac propagiert in großen Teilen das Regierungsprogramm des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und Finanzministers Lafontaine. (...)

Dass attac innerhalb kürzester Zeit einen rasanten Aufstieg vollzog, ist kein Wunder. Von ihrer Politikorientierung und ihren -inhalten bedient es am ehesten die hegemoniale Vorstellung von "Politik", weil pragmatische, "realitätstaugliche" Forderungen gestellt werden. Deshalb kommt sie auch am weitesten den Bedürfnissen einer bürgerlichen Öffentlichkeit nach "klaren Alternativen" entgegen. Dies macht die Stärke von attac aus, aber auch ihre Schwäche. Zum einen blendet sie die Bedeutung der "Realsphäre" für die kapitalistischen Krisen aus. Dasselbe gilt für die Rolle des Staates, der die Transformation des keynesianischen Wohlfahrtsstaates der 70er Jahre zu einem neoliberalen Wettbewerbsstaat vorangetrieben hat. Wenn es richtig ist, dass einer der zentralen Gründe für die historische Niederlage der Linken ihr Etatismus, also die Orientierung auf "den Staat" war, dann kann diese Analyse nicht ohne Folgen bleiben. Das unkritische Staatsverständnis fördert Illusionen über die Möglichkeit emanzipatorischer Veränderungen "von

oben". (...) attac ist gleichwohl in sich sehr widersprüchlich und diffus, weshalb sich in den einzelnen Ortsgruppen die unterschiedlichsten Positionen finden. Schon allein deshalb ist attac ein wichtiger Bestandteil der internationalen Protestbewegung. Innerhalb der internationalen Protestbewegung ist attac mit ihrer Orientierung auf scheinbar konkrete Handlungsalternativen eher die Ausnahme. Viele Initiativen wenden sich gegen den Druck, konkrete Forderungen entwickeln zu müssen und verorten sich eher jenseits der Realpolitik. Anders als in den 90er Jahren entwickeln sie wieder ein Verständnis von Macht und Gegenmacht in ihren unterschiedlichen Schattierungen. Dies wird nicht ganz ohne Vereinfachungen abgehen können. Bewegungen leben auch von einer gewissen Plakativität. Die Grenze zur falschen Simplifizierung darf aber nicht überschritten werden. (...)

Entscheidend wird sein, ob es der internationalen Protestbewegung gelingt, sich lokal zu verankern und die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung in den alltäglichen Zusammenhängen zu thematisieren. Globalisierung ist kein abstrakter Prozess, der irgendwo ganz weit draußen stattfindet, sondern wirkt sich in unmittelbaren Lebenszusammenhängen aus. So haben sich die nationalen Sicherheitsstaaten in den 80er und 90er Jahren in nationale Wettbewerbsstaaten transformiert. Auch Regionen konkurrieren immer stärker um mögliche Investoren. Dasselbe gilt für die Städte. Der Wettbewerb der Städte führt zur Kontrolle und Vertreibung von "unliebsamen" Bevölkerungskreisen wie AusländerInnen, BettlerInnen, Obdachlose und Drogenabhängige aus den Innenstädten und Bahnhöfen. Diese werden als Schaufenster und Orte der Repräsentation herausgeputzt. Diese Orte unterliegen immer stärker staatlichen und privaten Kontrollregimes. (...) Es gibt kaum einen Bereich, der nicht vom "Sachzwang Weltmarkt" der neoliberalen Globalisierung betroffen ist: seien es Kultur- oder Sozialeinrichtungen, seien es die Betriebe, wo der Rationalisierungswettlauf durch "Benchmarking" fröhliche Urstände feiert. Man muss immer schneller laufen, um auf der Stelle zu bleiben, erkannte schon Alice im Wunderland das Prinzip des Kapitalismus. Es muss immer mehr von immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit "geleistet" werden.

Das Noch-nie- Dagewesene anpeilen

Neue Organisationsformen sind auch auf lokaler Ebene notwendig. Die "Sozialen Foren" in Italien sind ein Beispiel dafür. Sie sind autonome Zusammenschlüsse von unterschiedlichsten Gruppen, Komitees und Organisationen. Etwa im Prinzip der Autonomie unterscheiden sie sich grundlegend von den biederen Agenda-21-Strukturen, die nach Rio in Deutschland aus dem Boden geschossen sind. Letztere sind eingebunden in einen herrschaftsförmigen Diskurs, wo umwelt- und entwicklungspolitische Gruppen Brosamen erhalten, die dann wieder als Erfolg des Agenda-21-Prozesses verkauft werden. Bei den "Sozialen Foren" handelt es sich dagegen um den Versuch, Strukturen von Gegenmacht aufzubauen. Die noch zu schaffenden Strukturen werden kein vereinheitlichendes Zentrum und auch keine vereinheitlichten Positionen haben. Denn die Diskussion über und der Streit um Positionen sind gerade zentrale Elemente dieser Foren.

Nicht nur in Italien sollte sich eine Diskussionskultur entwickeln, die durchaus Streit und Polemik einschließt, aber sich durch den Willen zur praktischen Zusammenarbeit auszeichnet. Klarheit vor Einheit funktioniert ebenso wenig wie der Verzicht auf eine theoretische Begründung. Das Verhältnis dieser beiden Elemente wird stets prekär und ambivalent sein. Eine der zentralen Lehren der Vergangenheit, der verschiedenen Exkommunikationen und Reinheitslehren, aber auch des Zapatismus ist, dass eine internationalistische Linke nur plural sein kann. Dies ist die Ausgangsbedingung, aber noch nicht die Antwort auf die Frage nach den organisatorischen Formen der neuen Bewegung.

Eine andere Lehre aus der Vergangenheit ist, dass soziale Bewegungen ohne herrschaftskritische Positionen vom Nichts der Mitte "genichtet" werden. Die Ökologiebewegung ist dafür ein warnendes Beispiel. Dagegen hat die Anti-AKW-Bewegung nur deshalb überlebt, weil sie zu einem stets prekären Ausgleich der unterschiedlichen Interessen ihrer Teile in der Lage war. Ähnliches sollte auch die internationale Protestbewegung versuchen. In ihr wird eine herrschaftskritische Linke eine wichtige Funktion haben. Sie muss den Raum öffnen für Politikvorstellungen, die jenseits des gegenwärtig Machbaren liegen. Dabei kann es durchaus sinnvoll sein, sich zu weigern, "siegen" zu wollen. Die Sieger sind die Verlierer, behauptete Heiner Müller nicht zu Unrecht. Was er damit meinte, lässt sich mit Blick auf die verheerende Geschichte von Sozialdemokratie, orthodoxem Kommunismus, nationalen Befreiungsbewegungen und nicht zuletzt der Grünen leicht erschließen. Sie waren bisher die Letzten, die sich zu Tode gesiegt haben, weil sie sich von der Leere in der Mitte der Gesellschaft haben aufsaugen lassen. (...)

Theorie und soziale Praxis haben ihre Eigenlogik und ihren Eigenwert und gehen nicht ineinander auf. Ein theoretischer Purismus, der immer schon im Recht ist, und die Widersprüche sozialer Bewegungen nicht zur Kenntnis nehmen will, bleibt steril und ohne Perspektive. Genauso wie ein Aktionismus, dem es nur um das Event geht. Es wird keine Auseinandersetzungen ohne Widersprüche geben. Und daraus entstehen neue Ideen und Ziele. Welche Verlaufsformen sie annehmen, lässt sich nicht vorherbestimmen. Die Entstehung und Entwicklung der APO der 60er Jahre und der Internationalismusbewegung der 80er Jahre folgten keiner wie auch immer gearteten Logik. Noch kurz vor ihrer "Geburt" rechnete kaum jemand mit ihnen. Sie sind Symbole dafür, dass etwas Neues möglich war, ist und sein wird. Ob "Seattle" schon die Wende zu einer neuen GAPO (Globale außerparlamentarische Opposition) war, zu einer "neuen Internationalen" (Derrida), die vielleicht das Noch-nie-Dagewesene realisiert, wird die Zukunft zeigen.

Moe Hierlmeier: Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte. Von Vietnam bis Genua. Reihe theorie.org, 194 Seiten, 10 Euro, erscheint Mai 2002 im Schmetterling Verlag.

Literatur:

Frauenkollektiv (Hg.): Basta. Frauen gegen Kolonialismus. Edition ID-Archiv, Berlin 1992

Foitzik, Andreas; Athanasios Marvakis (Hg.): Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche.

Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1997

Foucault, Michel: Sexualität und Wahrheit Bd.1 (Der Wille zum Wissen), Suhrkamp, Frankfurt/Main 1979

ders.: Das Subjekt und die Macht, in: Hubert Dreyfus; Paul Rabinow: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik.

Athenäum, Frankfurt/Main 1987, S.243-261

30. Respekt, verdammt noch mal. Microphone Mafia spielt auf der ak-Geburtstagsparty

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:24

Sie gehören zum Urgestein des Hip Hop in Deutschland, denn seit über zehn Jahren ist die Microphone Mafia bereits am Start. Vor wenigen Wochen haben sie ihr drittes Album vorgelegt. Und am 8. Juni sind sie in Hamburg dabei, wenn ak - analyse & kritik ihren dreißigsten Geburtstag im Fundbureau und das Erscheinen des neuen Magazins Fantômas feiern wird.

Hannes Loh behauptet in der Musikzeitschrift Intro, dass Microphone Mafia auf der neuen CD Infernalia "erstmals eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Geschichte der Migration in Deutschland" vorlegt. Da ist was dran. Die drei Kölner aus dem Arbeiterviertel Flittard haben gerade ihrer dritten CD im eigenen Label al dente recordz fertig gemacht. Seit über zehn Jahren rappen die Söhne von griechischen und türkischen Eltern.

Auf Infernalia ist die persönlichen Geschichte von MM als Migranten in Deutschland nicht zu überhören. Nicht nur, dass sie deutsch, türkisch, italienisch, englisch oder auch mal spanisch rappen. Auch musikalisch greifen sie tief in den Fundus kultureller Vielfältigkeit, die die sogenannten GastarbeiterInnen mit in dieses Land brachten. So wird Hip Hop z.B. um türkische Klänge erweitert, die einerseits neu und ungewohnt klingen, die sich aber andererseits harmonisch und wie selbstverständlich in den Sound der Microphone Mafia einfügen. Auch vor tibetanischen Bläsereinsätzen schrecken die Rapper nicht zurück. Neben fetten Beats und mächtig viel Groove mixen sie so einen Sound zusammen, der die (deutschen) Ohren immer wieder mit Überraschungen konfrontiert. Dass HipHop aber einfach auch was mit Party zu tun hat und daher auch recht trivial sein kann, machen sie in Heiß wie die Hölle klar, in dem sie ihrer Stadt - wie es sich für anständige KölnerInnen gehört - eine kleine Hymne widmen.

"Viel Scheiß erlebt und mitbekommen"

Der derzeit so modische Deutsch-Rap geht der MM auf die Nerven. In einem Interview mit Level 47 bezeichnen sie dies als Ausgrenzung: "Deutschland ist solch ein Mix von Traditionen, Kulturen etc. Türkischer Rap bzw. italienischer Rap wurden in Deutschland 'erfunden'", stellen Rossi, Asia und DJ Ra fest. Klar, dass die drei Kölner Arbeiterkinder auch mit dem Mainstream-HipHop ins Gericht gehen und sich vom Deutsch-Rap absetzen: Mit "Deutschländerwürstchen", die Hip-Hop aus den Villen- und Einfamilienhauskinderzimmern betreiben und das dann mit angeblicher Street Credibility ummanteln, hat die Mafia nichts im Sinn. "Ich will mich selbst definieren ohne mich zu assimilieren" heißt es in Original. Auf Infernalia - einer hauseigenen Wortschöpfung aus Infernum und Infernale - zeigen sie, dass man auf deutsch rappen kann, ohne gleich in die übliche Mittelklasse-Belanglosigkeit zu verfallen.

Während über den vermeintlich inhaltsleeren HipHop der letzten Jahre überall geklagt wird und die Klagenden selbst häufig auch nichts auf die Reihe bringen, ist für die Microphone Mafia die Message klar. Sie rappen über die Orte und die Probleme, die sie dort vorfinden und selbst erleben. "Verdammt, wer glaubt in Köln, Hamburg oder Berlin zum Beispiel gäbe es keine gettoähnlichen Verhältnisse und Lebensweise, der sollte sich das hier mal anschauen. Wir kommen aus solchen Ecken, wo wir auf der Straße verdammt viel Scheiß erlebt und mitbekommen haben. Warum nicht dann auch darüber rappen?"

Die Palette der Themen geht vom miesen Geschäft mit vermeintlichen Benefiz-Konzerten bis zum Starkult und zur Großkotzigkeit, der (meist zu kurzzeitigem) Ruhm aufgestiegenen Rapper, denen die Musikindustrie mit Geld den Kopf verdreht.

Mit Blick auf die neue CD meint Asia: "Das sind 12 Jahre Erfahrungen, Erlebnisse plus eine große Menge Respekt an unsere Familien, Freunde und die Aktivisten im HipHop, die das ganze ehrlich meinen."

Im Zentrum der CD steht aber das, was ihre als GastarbeiterInnen nach Deutschland gekommen Eltern sich nicht laut zu fordern trauten. "Wir wollen keinen Dank, wir wollen Respekt, verdammt noch mal." (Denkmal) Es ärgert sie, wenn ihren Eltern immer wieder vorgeworfen wird, dass sie nicht deutsch gelernt hätten. Denn damals waren sie nichts anderes als billige Arbeitskräfte. Sprachkurse waren nicht angesagt. Jenseits von neumodischen Multikulti-Gefasel verweisen sie auf soziale Zusammenhänge: " ... vor den Fordwerken, egal ob Deutsch, Türke, Italiener, zusammen zeigten wir Stärke ..."

Kein Wunder also, dass die Microfone Mafia sich im Umfeld von Kanak Attac bewegt und sich an diversen Projekten beteiligt. Nicht nur, dass sie am Kanak-Attac-Song mitgemacht haben. Auf dem Kanak Attak - Konkret Konkrass 2002, der am 19./20. Mai in der Berliner Volksbühne stattfinden wird, treibt sich die Mafia ebenso rum. Dort geht es dann natürlich nicht nur um HipHop, sondern um Fragen wie: Integration? Deutsch mich nicht voll. Asia lächelt ein wenig schelmisch, wenn er sich ganz einfach als Hausband von Kanak Attac bezeichnet und immer wieder auch anmerkt, dass er mit dem Kanak im Attac damals nicht besonders glücklich war, da er sich so nicht definieren würde. Doch angesichts der vielschichtigen und spannenden Diskussionen und Projekte, die Kanak Attac in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat, sei das schon okay.

Am 8. Juni steigt im Hamburger Fundbureau die große Geburtstagspartie von ak - analyse & kritik. 30 Jahre gilt es zu feiern, der Weg vom Arbeiterkampf bis zum heutigen Titel, die Geschichte vom Kommunistischen Bund bis zum Verein für politische Bildung Analyse und Kritik. Über die politischen Bewegtheiten dieses langen Zeitraumes werden wir euch an diesem Abend allerdings verschonen. Statt dessen setzen wir auf: Bewegung als rhythmisches Ereignis. Neben Microphon-Mafia haben wir noch einige Leute am Plattenteller in petto. Alles unter dem Motto: Abtanz für 30 weitere Jahre.

DSe, rock-links.de

Anmerkungen:

Microphone Mafia, Infernalia (al dente recordz), www.microphone-mafia.de

DIE PARTY - Dreißig Jahre ak: mit Microphone Mafia und DJs findet am 8. Juni, ab 20 Uhr im Fundbureau, Stresemannstr. 114, Hamburg statt. Eintritt: 5 / 8 Euro

31. Who the hell is Fantômas?

Rubrik: Medien; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak461/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:34

Wer oder was ist Fantômas? Ganz genau weiß man es nicht. Nur so viel: Fantômas durchbricht den Bann der Polizei, des Staates, der Moral und der Angst. Er (oder sie?) bewegt sich durch unbegehbare Zonen, hinterlässt Spuren und bleibt doch unauffindbar. Ein Gespenst?

Schon möglich. Jedenfalls wissen wir, was Fantômas langweilt. Nämlich: brave Vergehen, bemühte Belehrungen, Rituale der Identifizierung. Wir wissen auch, was Fantômas reizt: dissidentes Benehmen, Rituale der Verstörung, kühne Entwürfe, der Blick nach vorne. Platz zum Denken, Streiten, Provozieren, Beruhigen, Genießen. Weglegen. Und wieder aufnehmen. Und weiter.

Sicher ist: Fantômas ist der Name des neuen Magazins von ak: 68 Seiten linke Debatte und Praxis. Im Magazinformat. Zweimal im Jahr. Fantômas ist ein Debattenjournal, dass nach Praxis sucht, ohne den Abstand aufzugeben, der nötig ist, um Praxis kritisieren zu können. Fantômas wird ein Theorie- und ein Bewegungsorgan sein. Deshalb findet ihr dort "harte" theoretische Beiträge und programmatische Dokumente ebenso wie Texte, die zur Selbstverständigung geschrieben wurden.

Unter der Überschrift zu rebellieren und zu denken wagen startet Fantômas mit seiner ersten Ausgabe. Und in der findet ihr unter der Rubrik "Dichtung & Wahrheit" Beiträge von Menschen, die ihre Praxis subjektiv-biographisch-politisch reflektieren; außerdem "Planetarische Bewegung" - Diskussionen und Fragestellungen der Anti-Globalisierungsbewegung nach Genua aus der Perspektive unterschiedlicher Spektren; unter der Überschrift "Dissens! Dissens?" gibt es streitbare Positionen und Statements zur Geschichte und Zukunft des Empires, des Antifaschismus, der Linken; ein Ausflug in die Vergangenheit findet sich im "Archiv"; aus Südafrika kommt eine Einschätzung in der Rubrik "world wide left" zur Situation in Israel/Palästina; außerdem sprachen wir - "talks" - mit der Organisation felS aus Berlin und mit der Gruppe Ultra red aus Los Angeles; schließlich findet ihr Musikalisches und Literarisches - und erfahrt etwas über das Schicksal der Marquise de Langrune, die eines Tages ...

Die AbonnentInnen bekommen das Magazin zeitgleich mit dieser ak-Ausgabe. Die anderen können Fantômas für 4,50 Euro im linken Buchhandel kaufen oder bei uns bestellen.

Was also, zum Teufel, will Fantômas?

Eine Linke, die ihre Strategien, ihre Geschichte, ihre blinden Flecken und ihre Fähigkeiten kennt. Undogmatisch, radikal, marxistisch, feministisch, antiimperialistisch, -rassistisch, -faschistisch etc.: alles, ja, und nichts davon pur. Kein Destillat. Eine Tinktur. Ohne Anspruch auf Heilung.

Fantômas: für eine Linke, die auf Gepenster nicht verzichten kann.

Lest selbst.

32. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak461/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:23

Benes und die Linke

Die Benes-Dekrete, auf deren Grundlage 1945/46 die "Sudetendeutschen" aus der Tschechoslowakei vertrieben wurden (vgl. ak 460), sind nicht nur ein Gegenstand des Streits zwischen den Regierungen Deutschlands, Österreichs und Tschechiens. Auch innerhalb der Linken gehen die Meinungen darüber auseinander, ob diese Dekrete als "gerecht" zu verteidigen oder als "inhuman" zu verurteilen sind. Die Wiener Arbeitsgruppe Marxismus (AGM) versucht mit ihrer Broschüre "Die Linke und die Benes-Dekrete" einen "Beitrag zu einer notwendigen Debatte vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung". Der Text, geschrieben von Manfred Scharinger, ist nicht nur reich an historischen Fakten. Auch die hitzige geschichtspolitische Debatte um die Dekrete ordnet der Autor richtig ein, zumindest so weit es um Österreich geht. Dort verknüpft die rechte Regierung Tschechiens EU-Beitritt ganz offen mit einer Rücknahme der Dekrete, die für Tschechien katastrophale Folgen hätte: gigantische Entschädigungsforderungen der 1945/46 Enteigneten. Solchen offenkundig revanchistischen Bestrebungen widerspricht der Autor vehement: Unabhängig davon, wie die Linke selbst zur EU stehe, müsse sie alle Erpressungsversuche gegen den Beitrittskandidaten Tschechien zurückweisen. Problematisch sind Scharingers Aussagen über die Benes-Dekrete selbst. Dass die ihnen zu Grunde liegende "Kollektivschuld-These" zur Gleichbehandlung von Tätern und Opfern führte, ist zwar nicht zu leugnen. Aber warum die "internationalistische Linke" heute für die Aufhebung der (ohnehin längst nicht mehr angewandten) Benes-Dekrete agitieren soll, kann Scharinger nicht überzeugend erklären. Da es "im Rahmen des kapitalistischen Eigentumsrechtes ... keine ‚gerechte` Lösung" geben könne, propagiert der Autor eine "proletarische, internationalistische Perspektive, die auf dem gemeinsamen Klasseninteresse der Arbeitenden aufbaut". Übersetzt in Parolenform heißt das: "Für eine Aufhebung der Benes-Dekrete, aber gegen jede Lösung der überfälligen Fragen auf Kosten der in diesen Ländern betroffenen Arbeitern und Bauern!" Da schmunzelt der Vertriebenenfunktionär, und der ak-Rezensent wendet sich mit Grausen.

Marxismus, Sondernummer 7, April 2001: Die Linke und die Benes-Dekrete. AGM, Postfach 62, A-1152 Wien; 38 Seiten, 2 EUR; agm@agmarxismus.net

RZ international

Mitte der 1970er Jahre überlegten auch einige Leute aus den Revolutionären Zellen (RZ), wie die politischen Gefangenen befreit werden könnten. Im Interview der Jungle World berichtete der ehemalige RZ-Militante Gerd Schnepel Ende 2000: "Alle sollten rausgeholt werden, RAF-Leute, Bewegung 2. Juni und Palästinenser. Das ließ sich jedoch nicht als kleine basisbezogene Organisation in Deutschland und mit Leuten machen, die tagsüber ganz normal arbeiten gingen. Für eine solche Aktion brauchten wir eine internationale Zusammenarbeit. Wir haben also nach Verbündeten gesucht und sind unter anderem auf die Palästinenser, genauer die PFLP und deren Ableger, die Wadi-Haddad-Gruppe, gestoßen." Solche Zusammenhänge sucht man in dem gerade erschienenen Buch über "Carlos" und "seine deutschen Mitstreiter aus den Revolutionären Zellen" vergeblich. Dessen Autor Oliver Schröm sucht nicht nach Erklärungen - für ihn ist diese Verquickung nicht politisch, sondern nur pathologisch zu erklären. Und so entfaltet der Autor ein Panoptikum des "internationalen Terrorismus", das sich vorwiegend in Hotelbetten abspielt, bei Trinkgelagen und im Luxus, finanziert und abgesichert von östlichen und arabischen Geheimdiensten. An Fakten kann Schröm nicht viel Neues berichten, obwohl er Interviews mit Schnepel und Magdalena Kopp geführt hat. Die spätere Ehefrau von Ilitsch Ramírez Sánchez alias "Carlos" zählte zusammen mit Johannes Weinrich zu den deutschen Unterstützern der "Organisation Internationale Revolutionäre", wie sich die "Carlos-Gruppe" selbst nannte. Daneben werden vor allem Geheimdienstquellen herangezogen, speziell die des MfS und des ungarischen Nachrichtendienstes. "Eine präzise und höchst spannende Dokumentation des internationalen Terrorismus", so preist der Ch.-Links-Verlag das Buch an. Tatsächlich ist es eher ein Politthriller. Für eine kritische Debatte über die internationale Zusammenarbeit der RZ gibt es nichts her.

Oliver Schröm: Im Schatten des Schakals. Carlos und die Wegbereiter des internationalen Terrorismus; Ch. Links Verlag, Berlin 2002, 334 Seiten, 17,90 EUR

Menschen in Tschetschenien

Als 1999 der Krieg in Tschetschenien begann - den die russische Regierung eine "Operation gegen islamische Terroristen" nennt -, war die französische Journalistin Anne Nivat vor Ort. Sie bereiste das Land und sprach unter schwierigsten Umständen mit den unterschiedlichsten Menschen über den Krieg, seine Ursachen und Auswirkungen: mit Frauen und Männer der tschetschenischen Zivilbevölkerung, mit Rebellen und deren Anführern, mit Angehörigen der russischen Armee, vom einfachen Soldaten bis zum Ranghöchsten. An der Seite der Zivilbevölkerung erlebte sie den grausamen Alltag des Krieges: die Bedrohung durch Flächenbombardements und Tellerminen, die Zerstörung der Städte, die Schwierigkeiten der Flucht, die für Flüchtlinge geschlossenen Grenzen, den Hunger, die Angst, den Tod. Mehr als einmal geriet sie selbst in Lebensgefahr. Über die Bombardierung eines Wohnhauses schreibt sie: "Die russische Rakete ist fünf Häuser weiter in einen Bauernhof eingeschlagen. Sie hat alles vernichtet, das Leben einer achtköpfigen Familie ausgelöscht." Einer der Augenzeugen sagt: "Wenn die Russen kommen, werde ich zwei oder drei von ihnen töten, dann sehen wir weiter". Dabei gab es in dieser Region zu Zeiten der Sowjetunion freundschaftliche oder berufliche Beziehungen über Landesgrenzen hinweg. "Aber seit dem Zerfall der Sowjetunion gelte ich wie meine Landsleute auf einmal als Volksfeind", sagt ein Tschetschene. Anne Nivat bringt den Menschen aufrichtiges Interesse entgegen. Es gelingt ihr, Männer und Frauen kurz und eindrücklich zu porträtieren, ihre Sorgen und Ängste zu zeigen, aber auch ihre Gelassenheit, mit dieser Situation fertig zu werden. Die Autorin kommentiert das Erlebte nicht, allein die authentische Darstellung überzeugt von der Sinnlosigkeit auch dieses Krieges und von der Sinnlosigkeit nationalistischer Positionen. Eine lesenswerte Reportage.

Anne Nivat: "Mitten durch den Krieg - ein Winter in Tschetschenien"; Rotpunktverlag, Zürich 2001, 264 Seiten,19 EUR

33. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak461/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:26

Gedenkveranstaltung

Unter dem Motto "Erinnern für die Zukunft" findet am 24.4 die Gedenkveranstaltung zur Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen statt. Um 13 Uhr ist die Gedenkfeier an der Rampe, von dort aus geht es zur Gedenkstätte am Obelisk, um 16.30 Uhr ist der Besuch der Gedenkstätten in Hörsten, Oerbke und Wietzendorf geplant. Veranstalterin ist die Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Bergen-Belsen, 21.4., 13 Uhr, Gedenkstätte Bergen-Belsen, 29303 Lohheide, Tel.: 05051/47590, E-Mail: bergen-belsen@t-online.de, Anfahrt s. unter www.bergenbelsen.de

Im Netz der Überwachung?

Verschiedene Bürgerrechtsorganisationen laden zu der Podiumsdiskussion "Im Netz der Überwachung?" ein. Es referieren u.a. Sönke Hilbrans (RAV) über Rasterfahndung, Martin Herrkind von der Redaktion CILIP über Racial Profiling, Dieter Hummel (VdJ) über Sicherheitsprüfung in Betrieben und Gewerkschaften und Udo Geiger von attac über die Aufweichung des Sozialdatenschutzes.

Berlin, 24.4., 19 Uhr, Haus der Demokratie, Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin, Bus 200, Tram 2,3,4, Haltestelle Am Friedrichshain.

"Faulenzerdebatte"

Es gibt Menschen, die glauben Vollbeschäftigung sei dann möglich, wenn die Arbeitskraft nur hinreichend billig sei. Wie jede andere Ware würde die Arbeitskraft dann aus den Regalen ausgeräumt werden. Rainer Roth stellt angesichts dieses Zynismus die Frage, wozu Vollbeschäftigung gut sein soll, die nur zum Preis des Elends zu haben ist. Im Rahmen der Vortragsreihe Lob dem "Müßiggang" vom Arbeitskreis Erwerbslose im DGB Marburg referiert Roth über "Die polit-ökonomischen Hintergründe der Faulenzerdebatte".

Marburg, 25.4, 19 Uhr, DGB-Sitzungssaal, Liebigstr. 21

"A Letter to Debbie"

Im Gebetssaal des ehemaligen Israelitischen Krankenhauses in Hamburg ist seit Anfang des Jahres die Ausstellung "A Letter to Debbie" zu sehen. In einem Brief an seine Frau Debbie schildert der amerikanische Leutnant Albert Gaynes die Befreiung des KZ Kaufering/Landsberg. Die Künsterin Yardena Dong Youners hat diesen Brief mit Fotos von der Befreiung zu einer Ausstellung zusammengestellt. Youners hat sich in vielen ihrer Arbeiten mit dem Thema Holocaust befasst. Ihre Großmutter war eine von den über tausend Frauen, die Anfang Dezember 1941 im Getto von Riga ermordet wurde. Youners Eltern verließen 1934 Nazi-Deutschland und gingen nach Israel. Zur Finissage gibt es eine Lesung "Briefwechsel mit der Vergangenheit" mit der Künstlerin, Debbie Gaynes, Roseli Bontjes van Beek und Jörg Wollenberg.

Hamburg, 5.5., 17 Uhr, Gebetssaal des Israelitischen Krankenhauses, Simon-von-Utrecht-Straße 4a, 20359 Hamburg

DDR-Geschichte

Als die DDR-Gesellschaft 1989 zusammenbrach, war das Interesse an ihrer Entwicklung unverhältnismäßig groß. Heute ist die "Konjunktur" vorbei, nur noch jede dritte Universität oder Hochschule der Bundesrepublik hat ein Thema aus der DDR-Geschichte in ihrem Lehrangebot. In der von der Historikerin Renate Hürtgen initiierten Veranstaltungsreihe "DDR-Geschichte" finden jeden Monat Vorträge zu verschiedenen Themen der DDR-Geschichte statt. Am 6. Mai referiert Jens Gieseke über die Staatssicherheit in der DDR-Gesellschaft, am 3. Juni hält Simone Barck einen Vortrag über Programmatik und Realität der Literarischen Öffentlichkeit in der DDR.

Berlin, 6.5. und 3.6., jeweils um 19 Uhr, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Robert-Havemannsaal, Greifswalderstr. 4, Prenzlauerberg

Klänge aus der Mitte

Am 8. Mai liest Martin Büsser aus seinem neuen Buch "Wie klingt die neue Mitte?". Büsser analysiert die Mentalitätsgeschichte der jüngeren Popmusik im Zusammenhang mit dem politischen Klimawandel. Der freie Journalist und Autor ist Mitherausgeber der im Ventil-Verlag erscheinenden "testcard"-Reihe. Bereits in seinen vorherigen Büchern "If the kids are united ... von Punk zu Hardcore und zurück" und "Popmusik" beschäftigte Müsser sich mit den Themen Musik und Subkultur.

Bremen, 8.5., 20 Uhr, Buchcafé Andere Seiten, Brunnenstraße 15/16 im Viertel

Privatisierung in Russland

Im Vorfeld des attac-Kongresses "Die Welt im Privatisierungswahn", der am 5. und 6. Juli in Hamburg stattfinden wird, hat die attac-Gruppe Hamburg den Journalisten und ak-Autor Kai Ehlers zu einem Vortrag zum Thema "Ergebnisse der neoliberalen Privatisierung in Russland" eingeladen. Unter der Fragestellung "Von der Nothilfe zur Perspektive?" wird Ehlers auch über mögliche Alternativen zur neoliberalen Globalisierung in Russland diskutieren.

Hamburg, 16.5., 19.30 Uhr, Curiohaus, in den Räumen der GEW, Rothenbaumchaussee 11, 20148 Hamburg

Lichter der Großstadt

Am 21. September 2001 hat jede/r fünfte HamburgerIn Law and Order gewählt. Doch die "Partei von Sicherheit und Ordnung" ist sehr viel größer und bedeutsamer als Schills Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Sie umfasst CDU, FDP, SPD und weite Teile der Grünen. Sicherheit und Ordnung, Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte, Pflichten statt Rechte, Sozialabbau und Ausgrenzung, sind die Themen, die in den nächsten Jahren nicht nur in Hamburg Dauerbrenner sein werden. Am 8. Juni findet in Hamburg die zweite Konferenz "Lichter der Großstadt. Gegen Sicherheit und Ordnung - für soziale Grundrechte" statt. OrganisatorInnen sind die Sozialpolitische Opposition Hamburg, Regenbogen, Fachgruppen von ver.di und SJD Die Falken. Geplant sind u.a. Arbeitsgruppen zu den Themen Arbeitszwang in der Sozialhilfe, Sozialpolitik in der Kriminalitätsfalle, das Elend der Kitas und Innenstadtvertreibung.

Hamburg, 8. 6., 10 bis 18 Uhr, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, Infos zur Konferenz "Lichter der Großstadt", Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040-3908862 oder unter www.lichter-der-grossstadt.de

34. LESERINBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak461/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:28

Zähnefletschen

Betr.: Bebilderung ak 460

hallo ihr lieben,

ak 460 ist super geworden! - bis auf diese hunde. beim lesen der behundeten artikel ist es nämlich erforderlich, auf mehr oder weniger subtilen ebenen widerstand gegen diese gefährlichen reisszähne zu leisten.

der ausdruck des "martialischen" ist, wie ihr im editorial andeutet, in der tat "martialisch" geraten. als ob es nicht genügte, gegen das "martialische" selber sich zu wehren, wehrt man sich also auch noch gegen dessen ausdruck durch linke layouterinnen. was ist das aber für ein ausdruck? ihr sagt es im editorial: ein spiegelbild! damit ist gesagt: werfen staatsorgane etc. militarismus gegen linke, so werfen sie militarismus - bloß seitenverkehrt - wieder zurück. dies immer im vorgegebenen winkel, ohne zwischen möglichen zielobjekten zu unterscheiden.

es geht auch anders: in den texten z.b. kommt "martialisches" zur sprache, ohne dass die sprache selber "martialisch" ist. es sollte anders gehen: anderes als vorgegebenes auf die staatsorgane etc. zurückzuschmeißen, anderes uns selber zuzuwerfen. spiegel mit autonomer struktur sozusagen. (auf dem rathaus würden sich die bilder, vergrößert, sehr gut machen!)

viele grüße, maike

35. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak461/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:36

Manche mögen's ja bekanntlich heiß. Wir auch. Wurde aber bislang nix draus. Kein Frühling in Sicht. Nur Arbeit. Diesmal sogar noch mehr als sonst: Denn in dieser Woche haben wir nicht nur die ak, sondern auch noch das neue ak-Magazin Fantômas produziert. Na ja, aus Erfahrung wird man klug. Ging halt alles nicht so schnell wie gedacht: Als die letzte Seite layoutet war, war es eigentlich Zeit, zum Fischmarkt zu gehen. Bloß stand den RedakteurInnen der Sinn mehr nach Bett als nach Fisch. Was bei dieser Nacht- und all den vielen Tag-Aktionen rausgekommen ist, können die AbonnentInnen sich sofort angucken. Die anderen: auf in den nächsten gut sortierten linken Buchladen und Fantômas gekauft!

Wundersamerweise haben trotz fortgesetzter Kälte, Wind und Grau einige RedakteurInnen Frühlingsgefühle. Genauer gesagt: einer. Nur weiß keiner genau, was das bedeutet. Schön ist es trotzdem. Bei anderen äußert sich der ausbleibende Frühling eher in einer Neigung zu wechselseitigen Bissigkeiten. Alle finden sich friedlich an der samstäglichen Kaffeetafel (diesmal spendiert vom Chef-Layouter) zum Torte-Essen ein. Also doch, wie fast immer: gute Stimmung im Keller (und das, obwohl St.Pauli jetzt noch näher am Abstieg ist als letzten Monat). Liegt möglicherweise auch an der schönen Aussicht: Diese Produktion endet mit einer Cocktail-Party, ausgerichtet von einer unserer Korrektur-Leserinnen, die diesbezüglich schon einen gewissen Ruf erworben hat.

Und alle freuen sich auch schon auf die Party im Juni. Unter der Sternbrücke, direkt an Europas meist genutzter Auto-, Zug- und Autozug-Kreuzung werden wir im "Fundbureau" mit euch abhotten, dass es nur so kracht. Über uns kleine und große Züge in alle Welt, unter uns vibrierender Boden. Das passt. Dreißig Jahre ak - unglaublich!

Offen bleibt die Frage, ob man in Zeiten des Krieges solche wenig gehaltvollen Editorials schreiben sollte. Andererseits: auf 35 Seiten Analyse und Kritik, ein Aktuell-Teil zu Israel/Palästina, ein Schwerpunkt zum Zuwanderungsgesetz; eine ganze Woche Bemühungen darum, wie man an aktuelle, gleichwohl abgesicherte Berichterstattung aus Palästina kommt; Texte werden gesucht, gefunden, übersetzt, verworfen. Diskussionen, wie man diesen Krieg einschätzt, welche Bilder man auswählt; was man glaubt, wie es weitergeht. Hier wie sonstwo: Ratlosigkeit. Da mal zwischen Layouttisch, PC und Redaktionsraum ein paar Worte über Party, Fußball und Frühlingsgefühle zu verlieren, ist schon wichtig. Findet jedenfalls

Eure ak-Redaktion

36. Quelldatei blick461.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak461/blick461.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:blick461

V-Männer, Vertuschung und NPD-Verbot Seite 3

Globalisierung und Gesundheit Seite 11

Lufthansa gegen AntirassistInnen Seite 12

Der Krieg gegen den Terror und seine Schauplätze Seite 17

Uran-Munition strahlt weiter Seite 19

Aufstieg und Niederlage der Roten Brigaden Seite 20

Sri Lanka auf dem Weg zum Frieden? Seite 22

Russlands nationale PatriotInnen Seite 24

Deutschland und der Völkermord an den Armeniern Seite 26

Jenseits des »pro und contra attac« Seite 28

Frankreichs KP: konsequent im Zickzack Seite 30

Konturen einer pluralen Linken Seite 32

37. Zuwanderung: Kasperltheater mit Folgen

CD-Datei: daten/aksuche/ak461/titelzuw.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:461:titelzuw

Harald Schmidt brachte es auf den Punkt. Kurz nach der Abstimmung über das Zuwanderungsgesetz im Bundesrat am 22. März ließ er Kasperle, das Krokodil und andere aus der Kindheit bekannte Figuren das Theater im ehemaligen Preußischen Herrenhaus nachspielen. Realistischer hätte man die Auseinandersetzungen um den Gesetzentwurf nicht darstellen können.

Wirkliche Unterschiede zwischen der Union und Rot-Grün gibt es in der Zuwanderungsfrage nicht. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung vom November vergangenen Jahres sieht vor allem die partielle Öffnung der Grenzen für ökonomisch nützliche EinwanderInnen vor: für Hochqualifizierte, Studierende und sonstige Fachkräfte. Auf der anderen Seite verschärft das vermeintliche Reformwerk die Ausgrenzung und Diskriminierung von Nicht-Deutschen, die nicht in das Nützlichkeits-Raster passen. Diese Trennung zwischen "gewollten" und "geduldeten" MigrantInnen ist nicht nur zwischen SPD und Grünen Konsens. FDP und Union sind damit völlig einverstanden.

Innenminister Otto Schily (SPD) sprach es offen aus. Ihm gehe es darum, "die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, die Zuwanderung besser als bisher zu begrenzen und den Missbrauch des Asylrechts einzudämmen." Das will eigentlich auch die Union. Doch der Entscheidung, den bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber als Kanzlerkandidaten aufzustellen, mussten Taten folgen. Der Wahlkampf ließ eine Zustimmung nicht zu. Deshalb stellte man immer wieder neue Forderungen auf. Um das "Reformwerk" zu retten, erklärte Rot-Grün alles für verhandelbar: die von der Union geforderte Begrenzung der Zuwanderung kam ins Gesetz und auch beim Familiennachzug und der nichtstaatlichen Verfolgung kam man der Union entgegen. Am Ende gab es für dieUnion eigentlich keinen inhaltlichen Grund mehr, dem Gesetz nicht zuzustimmen.

Ob das Gesetz jemals in Kraft tritt, ist noch unklar. Wir lassen in dieser Ausgabe noch einmal die Geschehnisse in Berlin Revue passieren: Einschätzungen und Bewertungen sowie Ausblicke auf die zukünftige antirassistische und flüchtlingspolitische Praxis; außerdem ein aktueller Bericht über die Abschiebung "Staatenloser"

auf den Seiten 13-16